

PLASTIK

Die neue Müllflut
durch Corona

SCHULEN

Wie andere Länder
die Krise meistern

MUSIKLEGENDEN

Das Comeback
von Deep Purple



OPERATION WAHLBETRUG

Wie Trump versucht, seinem Volk die Demokratie zu stehlen



**Zeit für die Zukunft –
mit der richtigen Strategie.**

**Morgen
kann kommen.**

Wir machen den Weg frei.

Mit unserer Genossenschaftlichen Beratung.

Der Finanzberatung, die erst zuhört und dann berät: ehrlich, kompetent, glaubwürdig und gerne auch zu Finanzthemen rund um Krisenbewältigung und Zukunftsstrategien. Probieren Sie es aus und nutzen auch Sie unsere Genossenschaftliche Beratung für Ihre unternehmerischen Ziele und Wünsche, Pläne und Vorhaben. Jetzt Termin vereinbaren und beraten lassen: [vr.de/durchstarten](https://www.vr.de/durchstarten)

**Volksbanken
Raiffeisenbanken**



Hausmitteilung

Betr.: Fauci, Belarus, Rentnermord, SPIEGEL EDITION GESCHICHTE



Hackenbroch, Bredow, Fauci

Ob Aids, Influenza, Sars oder Ebola – seit den Tagen Ronald Reagans berät der Immunologe Anthony Fauci, 79, die US-Präsidenten; auch Donald Trump briefte er täglich. Und geriet darüber mit dem Präsidenten aneinander, dem wohl missfiel, wie offen und ehrlich der Immunologe das Ausmaß des Corona-Desasters im Land beschrieb. Trump beschimpfte Fauci öffentlich, das Weiße Haus trat eine Diffamierungskampagne los. All das macht den Wissenschaftler zu einem der interessantesten

Gesprächspartner in dieser Pandemie. Nun nahm sich Fauci Zeit für ein SPIEGEL-Gespräch via Zoom. Die Wissenschaftsredakteurinnen Rafaela von Bredow und Veronika Hackenbroch waren überrascht von Faucis Vitalität. »Der Mann tritt so agil auf, als wäre er 20 Jahre jünger«, sagt Hackenbroch. »Und Trumps Beleidigungen hat er offenbar lässig verkraftet.« **Seite 92**

Freude und Schmerz liegen derzeit in Minsk nahe beieinander, wie unser Moskauer Bürochef Christian Esch bei seiner Reise durch Belarus erfahren musste. Er sah die Spuren der Polizeigewalt, mit der Autokrat Alexander Lukaschenko versucht, an der Macht zu bleiben, aber auch den Jubel der Belarussen, die zum ersten Mal seit Langem in Massen gegen den Präsidenten demonstrieren. Esch begleitete die Protestführerin Marija Kolesnikowa und war dabei, als Lukaschenko vor seinen Anhängern auftrat. Sein Fazit: Der Präsident ist nach 26 Jahren an der Macht zu allem bereit. 2010 hat er schon einmal Proteste erfolgreich niedergeschlagen. »Aber diesmal«, sagt Esch, »wird es für ihn so schwierig wie nie zuvor.« **Seite 78**

Eine Geschichte wie aus einem Krimi: Zwei Jahrzehnte lang kam niemand der Frau auf die Spur, die in einem Dorf in Sachsen-Anhalt ihren Nachbarn getötet, im Keller seines Hauses einbetoniert und seither seine Rente kassiert hatte. Angelika Hosang, heute 63, überzeugte die Rentenversicherung, die Sparkasse und die Nachbarn davon, dass der Rentner verzogen sei. Erst 2019 wurde sie verurteilt. Die Redakteure Özlem Gezer und Timofey Neshitov gehen in ihrer Reportage der Frage nach, wie es möglich ist, dass ein Vater von neun Kindern so lange von niemandem vermisst wurde. Gezer und Neshitov begleiteten Angelika Hosang bis zu ihrem Haftantritt. Immer wieder saßen sie einer Frau gegenüber, die sich zu erklären versuchte. Gezer: »Bis heute hat sie es nicht bereut, diesen Menschen getötet zu haben.« **Seite 52**



Neshitov, Hosang, Gezer



Wer das aus westlicher Sicht oft rätselhaftes Russland verstehen will, muss wissen, welche Traditionen das Land prägen und welche Widersprüche. Die neue Ausgabe von SPIEGEL EDITION GESCHICHTE zum Thema »Russland« liefert Erklärungen, etwa zur Rolle der russisch-orthodoxen Kirche, die von jeher die Obrigkeit stützte, oder zur Revolution von 1917, in der die Zarenfamilie durch Zaudern und Inkompetenz das Ende der Monarchie beschleunigte. Und heute? Wohin steuert Russland unter Putin? Das Heft erscheint am Dienstag.

»Die Schule ist wie eine Sitcom – nur ohne versteckte Kamera.«



ISBN 978-3-54806-254-9

Inhalt

74. Jahrgang | Heft 35 | 22. August 2020

Titel

USA Präsident Donald Trump versucht alles, um an der Macht zu bleiben 8

Deutschland

Leitartikel Das Fehlen einer gemeinsamen Außenpolitik ist eine Schande für die Europäische Union 6

Behörden stuften Berliner Stadtautobahn-Attentäter als ungefährlich ein / Corona-Hilfen in Milliardenhöhe fürs Militär / FDP will Tierschutz im Grundgesetz verankern / Der gesunde Menschenverstand / So gesehen: Neue Gefährder 16

Wahlkampf Bloß nicht darüber reden – wie SPD, Linke und Grüne mit der Chance für ein Linksbündnis umgehen 22

SPD Olaf Scholz' Kandidatur für den Wahlkreis in Potsdam ist dort nicht nur willkommen 25

Corona Vor dem schwierigen Herbst ringt die Politik um eine Strategie gegen das Virus 26

Union SPIEGEL-Gespräch mit Norbert Röttgen über seine Chancen, Parteivorsitzender zu werden 30

Außenpolitik Eine Berliner Denkfabrik agiert als verlängerter Arm des Kreml 32

Flüchtlinge »Wir schaffen das« – eine Bilanz fünf Jahre nach dem legendären Satz der Kanzlerin 36

Karrieren Die CDU tut sich schwer mit jungen Influencern 42

Extremismus Schwerins Innenminister Lorenz Caffier über Extremismus-Überprüfungen von Beamten 44



The Washington Post / via Getty Images

Das Wahlverbrechen

Donald Trump macht keinen Hehl daraus, dass er eine Niederlage gegen Joe Biden am 3. November anzweifeln würde. Und seine Leute arbeiten bereits mit schmutzigen Tricks daran, die Wahl zu manipulieren. Das Überleben der amerikanischen Demokratie steht auf dem Spiel. **Seite 8**



Lars Berg / DER SPIEGEL

Plastik ohne Ende

Einweggeschirr, Spülschwämme, Desinfektionsfläschchen: In der Coronakrise häuft sich der Abfall in der gelben Tonne. Doch weil Erdöl billig ist, lohnt sich Recycling kaum. Das System der Wiederverwertung wankt. **Seite 62**

Betrug Haben Heimbetreiber Senioren sediert, um sie dadurch pflegebedürftiger erscheinen zu lassen? 46

Bildung Wie andere Länder wieder Schule machen – und was Deutschland daraus lernen kann 48

Reporter

Familienalbum / Hat Corona den Fußball verändert? 50

Eine Meldung und ihre Geschichte Der Finder eines seltenen Meteoriten ahnte lange nichts von seinem Glück 51

Verbrechen Wie eine Frau am Harzrand 20 Jahre lang die Rente ihres toten Nachbarn kassierte 52

Homestory Reine Mädchenschulen können klasse sein 59

Wirtschaft

Galeria Karstadt Kaufhof verbrennt Benkos Milliarden / RWE will Änderung bei Kohleausstieg 60

Recycling Durch Corona erlebt Plastik eine fragwürdige Renaissance ... 62

Landwirtschaft Der Fall eines prominenten Bauernvertreters zeigt, wie grausam Fleisch produziert wird 65

Der neue starke Staat (VI) Die unheimliche Macht der Lobbyisten 68

Konsum Historiker Frank Trentmann erklärt, wie die Pandemie das Shoppen verändert 70

Tourismus Las Vegas lockt kaum noch Besucher 72

Energie Die deutsche Solarindustrie wagt ein Comeback **74**

Ausland

Kremlkritiker Nawalny im Koma / Zweite Welle in Spanien **76**

Belarus Stürzt der Diktator Lukaschenko? **78**

Libanon Wie gelangten die tödlichen Chemikalien in den Hafen von Beirut? Der mysteriöse Fall der »Rhosus« **84**

Analyse Brasiliens Präsident Bolsonaro hat es nach seiner Corona-Erkrankung geschafft, sehr populär zu werden **86**

Geopolitik Warum Erdoğan die Grenzen im Mittelmeer neu ziehen will **88**

Wissen

Internet macht Studenten dümmer / Künstliche Befruchtung bei bedrohten Nashörnern / Analyse: Ölkonzern will Alaskas Permafrost kühlen **90**

Pandemie SPIEGEL-Gespräch mit dem amerikanischen Immunologen Anthony Fauci über sein Verhältnis zu Donald Trump und die Fehler bei der Seuchenbekämpfung **92**

Gesundheit Zytomegalie gefährdet ungeborene Kinder, viele Schwangere wissen nicht um die Infektionsgefahr **96**

Verkehrswende Das Auto der Zukunft – warum Toyota im Alleingang auf den Wasserstoffantrieb setzt **98**

Geschichte Wie Sigmund Freud mit einer grausigen Prozedur die spätere Schwiegermutter der Queen verstümmelte **101**



Auf den Straßen von Minsk

Die führerlose und friedliche Protestbewegung erschüttert die Herrschaft von Alexander Lukaschenko in Belarus. Jetzt versucht der Autokrat, mithilfe des Kreml die Kontrolle über das Land zurückzuerlangen. **Seite 78**

Linksbündnis für Berlin?

Ein Bündnis der linken Parteien hätte vielleicht die Chance, die Union im Kanzleramt abzulösen. Doch SPD, Grüne und Linke kämpfen lieber jeder für sich. Das gegenseitige Misstrauen ist groß. Und die Angst vor den Wählern noch größer. **Seite 22**



Tausende Zeilen Hass

Seit über 30 Jahren veröffentlicht der Autor Maxim Biller Romane und Essays über sein Jüdischsein und das Deutschsein der anderen. Beliebt hat er sich nicht gemacht. »Ich will«, sagt er im SPIEGEL-Gespräch, »doch nur diskutieren.« **Seite 104**

Kultur

Untersuchung zu Geschlechterklischees in der Literatur / Neues Medienkunstmuseum in Amsterdam **102**

Zeitgeist Der Schriftsteller Maxim Biller erklärt im SPIEGEL-Gespräch, warum er eigentlich ganz nett ist **104**

Hip-Hop Die Rapperin Cardi B und ihr hoch sexualisierter Nummer-eins-Hit »WAP« **110**

Autorinnen Ronya Othmann erzählt vom Aufwachen als Jesidin in Deutschland **112**

Veteranen Deep Purple ist wieder da – Sänger Ian Gillan wundert sich über die politisch korrekte Gegenwart **114**

Filmkritik Christopher Nolans Actionthriller »Tenet« **116**

Sport

Die Rekordweiten im Golf / Gut zu wissen: Warum können immer weniger Kinder schwimmen? **117**

Champions League Bayern München spielt begeistert Fußball – wie lange hält der Zauber ohne Stadionzuschauer? **118**

Formel 1 SPIEGEL-Gespräch mit Red-Bull-Motorsportchef Helmut Marko über die Dominanz von Mercedes und dringend notwendige Reformen **120**

SPIEGEL-TV-Programm **15**
Bestseller **109**
Impressum, Leserservice ... **124**
Nachrufe **125**
Personalien **126**
Briefe **128**
Hohlspiegel / Rückspiegel ... **130**

Was Belarus über Europa verrät

Leitartikel Wenn die EU keinen außenpolitischen Ehrgeiz entwickelt, wird sie nicht überleben.

In einem Land in Europa fälscht ein Diktator routiniert die Wahl – und die Europäische Union schaut betreten zu. Der Diktator lässt auf seine protestierenden Bürger schießen, lässt sie einsperren und foltern – und die EU findet das »inakzeptabel«. Es dauert und dauert, bis die EU nach zehn Tagen endlich einen vorsichtigen Beschluss fasst: Sie erkennt das Wahlergebnis in Belarus nicht an und droht Sanktionen an.

Für diese symbolische Entscheidung, die keine konkreten Auswirkungen hat, haben Europas Staats- und Regierungschefs lange gebraucht. Fairerweise muss man sagen, dass die EU in Belarus in einer schwierigen Lage ist – es will die Demonstranten unterstützen, ohne Russlands Präsidenten Wladimir Putin den Vorwand für eine Intervention zu liefern. Das lange Schweigen ist dennoch peinlich. Es ist Ausdruck eines viel größeren Problems: Die Union wirkt außenpolitisch impotent, selbst wenn sich die Konflikte in ihrer direkten Nachbarschaft abspielen. Sie weiß nicht, was sie will, viel zu oft arbeiten die EU-Staaten sogar gegeneinander.

In einer zunehmend instabilen Nachbarschaft kann das gefährlich werden. Die EU ist zwar noch immer ein wirtschaftlich erfolgreiches Projekt. So hat Europa die Pandemie auch deshalb relativ glimpflich überstanden, weil der Kontinent reich ist und viele seiner Regierungen effizient geführt sind.

Das wird auf Dauer aber nicht reichen. Vor allem die Deutschen haben dies noch immer nicht verstanden, obwohl die Unruheherde bedrohlich näher rücken. Es begann vor zehn Jahren mit dem Arabischen Frühling, der Nordafrika und den Nahen Osten destabilisierte. Die Antwort auf den Bürgerkrieg in Syrien überließen die Europäer den USA, nur wollen die nicht länger Weltpolizist spielen. Die Folge: Millionen Flüchtlinge. Der militärische Schutzschirm der USA erlaubte es insbesondere den Deutschen, jahrzehntelang unbeeindruckt von der Weltgeschichte zu prosperieren. Damit ist es vorbei.

Das Ende dieser bequemen Unmündigkeit hat Folgen für Europa, die bisher weder in Brüssel noch in Berlin ausreichend diskutiert wurden. So macht man sich in Deutschland immer noch beliebt damit, gegen Rüstung zu sein – weil der Irrglaube verbreitet ist, eine einsatzunfähige Bundeswehr sei eine Metapher für Frieden. Aspiranten auf das

Kanzleramt können sich darauf verlassen, dass ihnen kaum Fragen zur Außenpolitik gestellt werden.

Die Wahrheit ist, dass die EU nicht überleben kann, wenn sie nicht endlich auch zu einer diplomatischen und militärischen Macht wird. Sie muss lernen, ihre Interessen zu verfolgen und durchzusetzen.

Nicht nur im Osten, auch im Mittelmeerraum hat es die Union mit aggressiven Mittelmächten zu tun: Iran, Russland und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Geradezu dreist gebärdet sich die Türkei, die in diesen Tagen sogar einen militärischen Konflikt mit dem Nato-Partner Griechenland riskiert (siehe Seite 88). Im strategisch bedeutsamen Libyen spielt Ankara die zentrale Rolle, während Rom und Paris gegnerische Parteien unterstützen. Ein europäischer Klassiker.

Frankreich ist das einzige EU-Land, das außenpolitisch vor Ehrgeiz strotzt – leider handelt Staatspräsident Emmanuel Macron zu oft unklug und allein, wie ein Ego-Shooter. Deutschland dagegen glaubt, es könne seine Politik des Abwartens und Ausgleichens ewig fortsetzen. Trotz des aufziehenden großen Konflikts zwischen den USA und China möchte es wie eine

große Schweiz neutral mit allen Seiten Handel treiben. Ein naiver Traum, wie der Konflikt mit den USA und den Osteuropäern über die Gaspipeline »Nord Stream 2« gerade offenbart.

Die Diskussion über eine gemeinsame EU-Außenpolitik ist nicht neu. Natürlich brauchte es einen EU-Außenminister, der wirkliche Befugnisse hat. Zudem müsste es Mehrheitsentscheidungen geben. Kurzfristig ist das nicht realistisch. Es wäre aber schon viel gewonnen, wenn das übervorsichtige Deutschland und das übermütige Frankreich sich auf gemeinsame geostrategische Interessen verständigen und diese vertreten würden. Noch misstrauen die beiden wichtigsten EU-Staaten einander viel zu sehr. Frankreich müsste sich einbinden lassen und Deutschland mehr Verantwortung übernehmen, dann könnten sie etwas bewegen. In Finanzfragen haben sie diese Lektion ja inzwischen gelernt, in der Außenpolitik steht sie ihnen noch bevor. Paris würde das einiges abverlangen – noch mehr aber Berlin. Die Deutschen müssten begreifen, dass »Geostrategie« kein schmutziges Wort ist. Mathieu von Rohr



Anti-Lukaschenko-Protest in Berlin

©: Messinger / Sipa USA / ddp media



ZUVERLÄSSIG MACHT LÄSSIG! MIT DHL GEHT DAS.

PAKETVERSAND MIT DHL – FÜR
EIN ENTSPANNTERES BUSINESS.

Es ist einfach beruhigend, wenn man einen Dienstleister an seiner Seite hat, auf den man sich verlassen kann. Denn ganz gleich, welche Überraschungen die Welt auch für uns bereithält: **Wir sorgen für eine zuverlässige Zustellung** – für Sie, für Ihre Waren, für Ihre Kunden.


Und bei uns haben Sie in jeder Situation einen individuellen und kompetenten Ansprechpartner – damit Sie sich ganz entspannt auf Ihr Business konzentrieren können.

Jetzt Geschäftskunde werden!

www.dhl.de/EntspannterVersenden

DHL

Drehbuch für den Coup

A photograph of Donald Trump in a dark suit and red tie, walking through a crowd of people. He is looking down and to the side. The background is blurred, showing other people and what appears to be an indoor setting with yellow walls.

USA Donald Trump droht offen damit, eine Wahlniederlage am 3. November nicht zu akzeptieren. Der Albtraum der amerikanischen Verfassungsväter könnte Wirklichkeit werden: ein Staatsstreich, organisiert im Weißen Haus.

Vor knapp acht Wochen rief Rosa Brooks, Juraprofessorin an der Georgetown-Universität in Washington, eine Gruppe von 67 Männern und Frauen zusammen, um sich auf das Unvorstellbare vorzubereiten: einen amerikanischen Präsidenten, der aus dem Weißen Haus heraus den Staatsstreich plant.

Die Runde umfasste Amerikaner jeglicher politischer Couleur: John Podesta, der Wahlkampfmanager Hillary Clintons, war genauso dabei wie der Neokonservative Bill Kristol, der einst den republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain unterstützt hatte, dazu zwei frühere Gouverneure sowie pensionierte US-Militärs. Was alle einte, war die Sorge, dass Trump sich bei der Wahl am 3. November zum Sieger ausrufen könnte – und zwar ganz egal, wie die Bürger zuvor abgestimmt haben.

Die Runde wollte ergründen, wie weit ein Präsident kommt, der sich weigert, das Oval Office zu räumen. In Videokonferenzen spielten die Teilnehmer vier Szenarien durch. Sie reichten von einem Erdbeben bis hin zu einem völlig offenen und chaotischen Wahlabend. Weil die Teilnehmer alle Tricks des politischen Geschäfts kennen, war es eine Art Stresstest für die mehr als 200 Jahre alte US-Verfassung.

Das Ergebnis war niederschmetternd. Zwischen dem Wahltag und der Vereidigung des Präsidenten am 20. Januar 2021 liegen elf volle Wochen, in denen Trump seinen ganzen Einfluss nutzen kann, um sich im Amt festzukrallen. Kein Politiker verfügt über eine derartige Machtfülle: Trump befiehlt die größte Streitmacht der Erde, ihm unterstehen 15 Ministerien mit 2,6 Millionen Bundesbeamten. Er könnte beispielsweise seinen Justizminister anweisen, einen Wahlbetrug aufzuklären, den es nie gegeben hat. Ein Fingerzeig genügt, und es könnten Geheimdienst Dokumente auftauchen, die seine Gegner in ein schlechtes Licht rücken. Trump kann den Notstand ausrufen und das Militär gegen Demonstranten aufmarschieren lassen, die um den Bestand der Demokratie fürchten – er muss nur behaupten, bei dem Protest handele es sich um einen Akt inländischen Terrorismus.

»Wir halten es für höchstwahrscheinlich, dass Präsident Trump das Wahlergebnis mit legalen und außerrechtlichen Mitteln anfechten wird, um sich an der Macht zu halten«, heißt es in dem 22-seitigen Abschlussbericht der Runde um Brooks.

Es wäre naiv, ihn als Horrorfantasie autoritärer Trump-Hasser abzutun. Fast alles, was in dem Bericht steht, hat Trump so ähnlich schon getan. Sein Justizminister William Barr setzte im Mai 2019 einen Sonderermittler ein, um jene Politiker und

FBI-Beamte zu verfolgen, die Trumps Verbindungen zum Kreml untersucht hatten. Er ließ Geheimdienstmaterial veröffentlichen, um seinen Vorgänger Barack Obama zu diskreditieren. Und er ordnete an, dass Bundespolizisten in Kampfmontur gegen Demonstranten in Portland aufmarschieren – und zwar gegen den Willen der örtlichen Behörden.

»Joe Biden kann eine Pressekonferenz einberufen, Trump die 82. Luftlandedivision«, sagt Rosa Brooks, die unter Obama im Verteidigungsministerium gedient hat. Ihre Gruppe kam zu dem Schluss, dass das gefährlichste Szenario für die Wahl am 3. November wohl das wahrscheinlichste ist: Weil Millionen Amerikaner wegen der Corona-Pandemie per Brief abstimmen, wird in der Wahlnacht aller Voraussicht nach kein eindeutiges Ergebnis vorliegen. Das wiederum böte Trump die Chance, sich vorzeitig selbst zum Sieger zu erklären.

Als die Gruppe um Brooks diese Variante durchspielte, übernahm der Republikaner Kristol den Part des Präsidenten –

»Allein durch Manipulation können wir diese Wahl verlieren.«

Donald Trump
US-Präsident

und lehrte die Demokraten das Fürchten. Gleich nach dem Wahlabend feuerte er in dieser Simulation Verteidigungsminister Mark Esper und ersetzte ihn durch einen Mann, der das Militär gefügig machen würde: Richard Grenell, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland. Kristol setzte Bundesbeamte in Marsch – angeblich, um einen Wahlbetrug zu verhindern. In Wahrheit sollten sie die Auszählung weiterer Stimmen verhindern. All das sind nur Szenarien, aber »das Erschreckende an den Szenarien ist, dass sie so plausibel sind«, erzählt Edward Luce, der US-Chefkolumnist der »Financial Times«, der bei den Planspielen den Part eines Journalisten der traditionellen Medien übernahm.

Wohl noch nie seit dem Beginn des amerikanischen Bürgerkriegs stand die Demokratie in den USA auf so wackeligen Füßen. Trumps Operation Wahlbetrug – sie hat längst begonnen. Seit Wochen zweifelt der Präsident die Rechtmäßigkeit von Briefwahlen an. Parallel schwächt er die



Nathan Howard / ZUMA PRESS / action press

Polizeigewalt bei Protesten in Portland Sollte sich Trump über den Wählerwillen hinwegsetzen, könnte das Land in Chaos und Gewalt abgleiten.

Post, die für den reibungslosen Ablauf ebenjener mitverantwortlich ist. Er sät Misstrauen in der Bevölkerung. Regieren durch Chaos. Es ist die klassische Spielanleitung von Autokraten.

Was Trump antreibt, ist vermutlich der Mut der Verzweiflung. Angesichts seiner schlechten Umfragewerte hat er ein Interesse daran, dass das Wahlergebnis möglichst lange im Nebel bleibt. Sollte es zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Trump und Biden kommen und der Präsident läge in der Wahlnacht oder in den Tagen danach für kurze Zeit vorn, könnte er sich handstreichartig zum Wahlsieger erklären und so versuchen, vollendete Tatsachen zu schaffen.

Trump, das hat er unmissverständlich klargemacht, wird bei der Wahl im November nur einen Sieger akzeptieren: sich selbst. »Allein durch Manipulation können wir diese Wahl verlieren«, sagte er am Dienstag, obwohl er in den Umfragen hinter Biden liegt. Auch das ist eine Sprache, die man bisher nur von Potentaten wie Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan kannte – Männern freilich, für die der amerikanische Präsident eine tiefe Bewunderung empfindet.

Wie ernst die Demokraten die Lage sehen, stellte am Mittwoch der frühere Präsident Barack Obama unter Beweis: Bei seiner Rede in Philadelphia, wo die amerikanische Verfassung im Jahr 1787 entworfen wurde, attackierte er Trump in einer Weise, wie noch nie ein früherer Präsident seinen Amtsnachfolger angegangen ist. »Lasst nicht zu, dass sie euch eure Demokratie wegnehmen!«, rief Obama.

Amerika und die Welt stehen an einer historischen Wegmarke. Sollte Trump tatsächlich versuchen, sich über den Wählerwillen hinwegzusetzen – und sollte ihm das gelingen – könnte das Land in Chaos und Gewalt abgleiten, warnt Lawrence Wilkerson, der einst dem amerikanischen Außenminister Colin Powell als Stabschef diente und heute Politikwissenschaft an einer Universität in Virginia lehrt. In den USA gebe es mehr als 300 Millionen Waffen in Privatbesitz, davon befänden sich rund 70 Prozent in der Hand von Trump-Anhängern, sagt er. Gleichzeitig sei die Polizei – gerade in den amerikanischen Großstädten – mit modernstem militärischen Gerät ausgestattet. Dies sei eine so explosive Mischung, dass sie »leicht in einer Art Bürgerkrieg enden kann«, so Wilkerson. »Es wäre eine Katastrophe.«

Die amerikanische Verfassung umfasst ein ausgeklügeltes System der Machtkon-

»Ich will nicht, dass jeder wählt. Unser Einfluss steigt, wenn die Wahlbeteiligung sinkt.«

Paul Weyrich
Konservativer Aktivist

trolle, um die Demokratie zu bewahren. Die Herrschaft ist aufgeteilt zwischen Präsident, Bundesstaaten, Kongress und Supreme Court. Mehr als 200 Jahre lang hat das Regelwerk allen Widrigkeiten getrotzt; es überstand die Wirren der Sezession, zwei Weltkriege und die Anschläge vom 11. September 2001. Aber die Gründer der USA waren sich immer bewusst, wie fragil ihr Konstrukt ist.

Als Benjamin Franklin im September 1787 den Verfassungskonvent in Philadelphia verließ und ihn eine Passantin fragte, welche Staatsform die neue Nation denn annehmen werde – Republik oder Monarchie? – erwiderte er: »Eine Republik – falls wir in der Lage sind, sie zu schützen.«

Der Albtraum der amerikanischen Verfassungsväter war ein Präsident, der seine Macht dazu missbraucht, sich zum Diktator aufzuschwingen.

George Washington wurde zu einem Nationalheiligen, weil er nach dem Sieg über die Briten im Unabhängigkeitskrieg am 23. Dezember 1783 vor den Kontinentalkongress in Annapolis trat und die Macht über das Militär wieder zurück in die Hände der Zivilisten legte. Er widerstand der Versuchung, sich im Rausch des Sieges zum Anführer über die jungen Kolonien zu erklären, die gerade die Ketten der britischen Krone gesprengt hatten.

Wird nun Trump zum Totengräber der amerikanischen Demokratie? »Noch vor wenigen Jahren hätte ich gesagt: Auf keinen Fall«, sagt Matt Bennett, der für Bill Clinton im Weißen Haus gearbeitet hat und anschließend den Wahlkampf des Demokraten Al Gore mitorganisierte. »Aber inzwischen glaube ich, dass ich falschliege. Vergleiche mit Nazi-Deutschland sind immer gefährlich. Aber was wir gerade erleben, erinnert mich an die Konservativen in der Weimarer Republik. Auch die dachten, sie könnten einen Clown unter Kontrolle halten, aber das ging schief.«

Die perfekte Demokratie gibt es nicht, und die amerikanische hatte in der Vergangenheit immer wieder Probleme. Das Land hat eine unrühmliche Tradition, Minderheiten von der Wahlurne fernzuhalten. Die sogenannte voter suppression, war eine Erfindung der Demokraten in den amerikanischen Südstaaten, um sich nach dem Ende der Sklaverei die Macht zu sichern. Die Republikaner haben das Instrument perfektioniert: Trump ist auch deshalb Präsident geworden, weil er seine überwiegend weißen Anhänger mobilisiert hat – zugleich haben republikanische Gouverneure und Bundesstaatsparlamente über Jahre Maßnahmen umgesetzt, die es Minderheiten erschweren, ihre Stimme abzugeben. So müssen die Wähler in Gegenden, in denen viele Schwarze wohnen, oft stundenlang anstehen, weil es zu wenig Wahllokale gibt.

Nun geht Trump weiter. Alle Umfragen deuten im Moment darauf hin, dass dem Präsidenten im Herbst eine Niederlage bevorsteht – wenn es nicht noch eine dramatische Veränderung gibt. Im Durchschnitt aller nationalen Erhebungen liegt Biden konstant deutlich in Führung. Auch in wichtigen Swing States wie Michigan, Wisconsin und Pennsylvania ist der Demokrat vorn. Trump impft seinen Anhängern deshalb ein, es gebe ein Komplott linker Hitzköpfe.

Den Vorwand dazu liefert ihm die Corona-Pandemie. Mehr als zwei Drittel der 238 Millionen Wähler wollen am 3. November wegen des Virus per Brief wählen, das ergab eine Umfrage der Nachrichtenagentur Reuters im April. Das dürfte ein entwickeltes Land wie die USA eigentlich vor keine größeren Probleme stellen. Einige Bundesstaaten wie Utah oder Washington stimmen schon seit Jahren praktisch komplett per Brief ab. Aber für Trump ist die Briefwahl ein Mittel, die Legitimität der kommenden Wahl grundsätzlich in Zweifel zu ziehen. Die USA stünden vor dem größten Wahldesaster der Geschichte, sagte er vor drei Wochen. »Vielleicht werden wir nie wissen, wer der Sieger ist.«

Das Instrument, mit dem Trump Chaos säen kann, ist der US Postal Service: Amerikas Post. Schon in der Vergangenheit hatte die Behörde Probleme bei Briefwahlen. Einerseits erreichten Wahlunterlagen die Bürger zu spät; andererseits dauerte es oft viel zu lange, bis Stimmzettel in den Wahllokalen ankamen. Bei den diesjährigen Vorwahlen zum US-Kongress wurden mindestens 65 000 Briefwahlstimmen für ungültig erklärt, weil sie nicht fristgerecht eintrudelten, so das Ergebnis einer Recherche des US-Senders NPR.

Umso kurioser schien es, als im August in sozialen Medien Berichte zu kursieren begannen, wonach in Städten und Gemeinden der USA plötzlich Briefkästen abtransportiert wurden. Auf Twitter waren Bilder mit Lastwagen zu sehen, die mit den blauen Blechkästen des US Postal Service vollgepackt waren. Warum aber einen Service ausdünnen, den die Amerikaner in einer Pandemie mehr denn je brauchen? Gleichzeitig beschwerten sich Gewerkschafter darüber, dass in den Verteilzentren der Post Sortiermaschinen stillgelegt würden. Kunden klagten, dass Briefe oft über Wochen unterwegs seien und Postfilialen ihre Öffnungszeiten einschränkten.

Was hinter all den Vorfällen steckt, wurde erst allmählich klar. Mitte Juni hatte Trump seinen Vertrauten Louis DeJoy an der Spitze des US Postal Service installiert. Der Manager, der Trumps Kampagne mit mehr als einer Million Dollar unterstützt hatte, krepelte die Behörde sofort um. Er tauschte einen Großteil des Führungspersonals aus und verfolgte einen massiven Sparkurs, zu dem unter anderem auch ein Verbot von Überstunden gehörte; Briefe und Pakete, die nicht rechtzeitig bearbeitet werden konnten, blieben fortan einfach liegen, zu Zehntausenden.

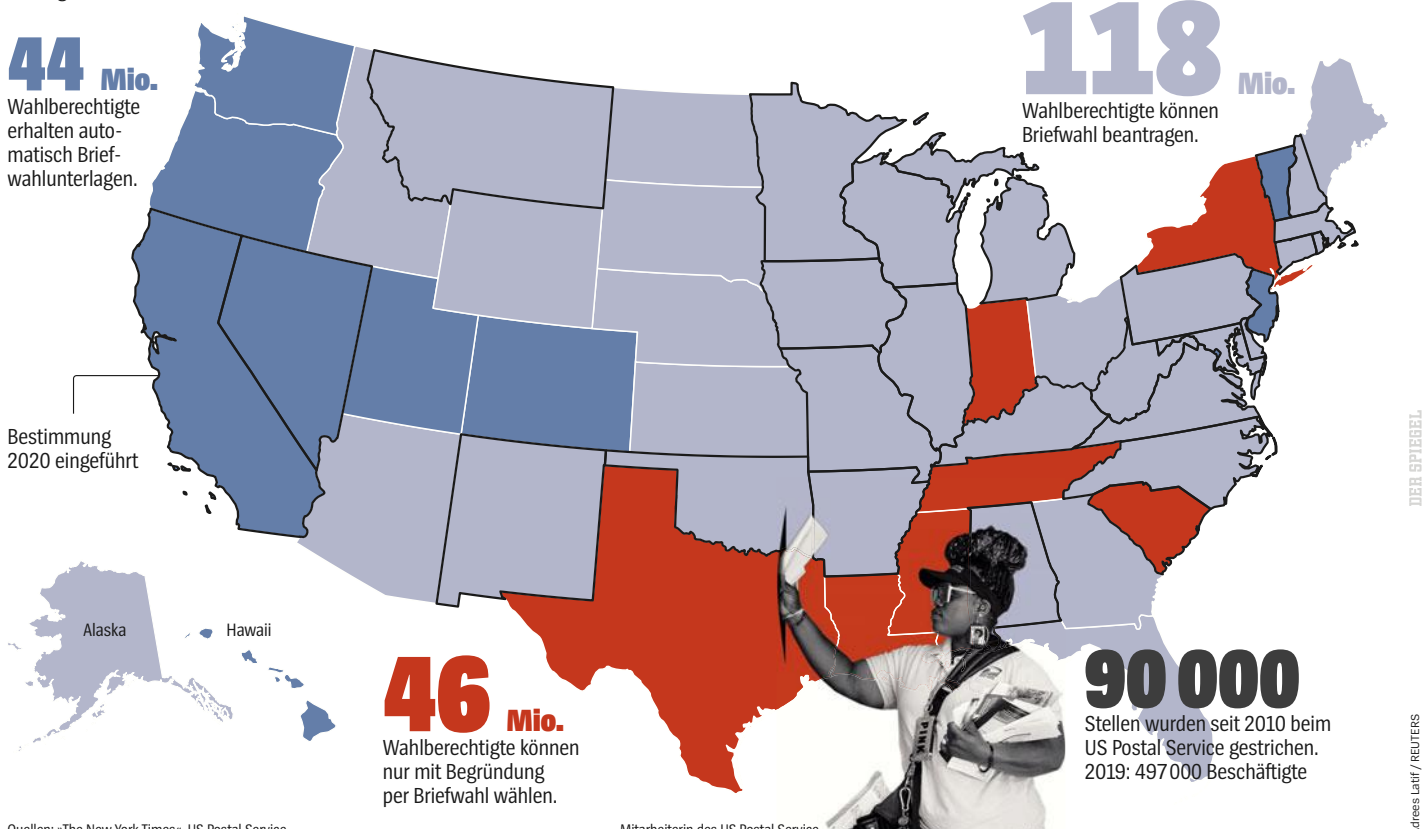
Öffentlich erklärte DeJoy, dass es ihm allein darum gehe, die Post auf Effizienz zu trimmen. Mark Dimondstein, der Chef der amerikanischen Postgewerkschaft, hat eine ganz andere Theorie. Er glaubt, das Sparprogramm diene vor allem dazu, die Briefwahl zu untergraben. In der Vergangenheit sei die Post in der Lage gewesen, diese zuverlässig abzuwickeln. Jeder, der etwas anderes behauptete, »ist selbst ein Betrüger, denn das stimmt einfach nicht«, sagt Dimondstein.

Die Post ist für Trump ein leichtes Opfer. Sie leidet unter einem jahrelangen Reformstau und einer politisch erzwungenen Zweit-

Die drohende Briefqual

Briefwahlbestimmungen in den US-Bundesstaaten bei der Präsidentschaftswahl 2020

- Briefwahlunterlagen werden automatisch an registrierte Wählerinnen und Wähler verschickt
- können beantragt werden
- Briefwahl nur mit triftigem Grund möglich



terstruktur. Sie ist eine Behörde und darf nicht arbeiten wie ein Unternehmen – soll sich aber dennoch am Markt behaupten. Das Ergebnis ist entsprechend: Allein im letzten Geschäftsjahr machte der US Postal Service einen Verlust von neun Milliarden Dollar; die Schuldenlast beträgt inzwischen 161 Milliarden Dollar – was vor allem daran liegt, dass die Behörde gesetzlich dazu genötigt wird, Gesundheitsrücklagen für ihre Angestellten zu bilden.

Nur wenn die Post von dieser Verpflichtung entbunden werde, könne sie sich sanieren, sagt der Wirtschaftswissenschaftler James O'Rourke von der University of Notre Dame. DeJoys Maßnahmen seien dagegen ungeeignet, um das Unternehmen wieder in die Gewinnzone zu bringen. »80 000 Postversandstücke liegen zu lassen macht die Post nicht kosteneffizienter«, sagt O'Rourke. Für den Ökonomen lässt das Handeln des Postchefs nur einen Schluss zu: »Ich glaube, er bekommt seine Anweisungen direkt aus dem Weißen Haus.«

Nach massivem öffentlichen Druck erklärte der Postchef am Dienstag zwar, er werde sein Sparprogramm bis nach der Wahl zurückstellen. Allerdings sind viele der Pläne schon umgesetzt. So werden die abgebauten Sortiermaschinen wohl nicht wieder aufgestellt. Unklar ist auch, ob Trump der Post die Milliarden bewilligen wird, die sie braucht, damit sie die Briefwahl im November zumindest halbwegs reibungslos abwickeln kann.

Derzeit sieht es nicht so aus. Vor einer Woche gab Trump in einem Interview mit dem Fernsehsender Fox News unumwunden zu, dass er und die Republikaner die von den Demokraten geforderten Milliarden zurückhalten werden, um die Briefwahl zu untergraben. Ohne eine Finanzspritze »kann es keine Briefwahl geben, weil sie nicht in der Lage sind, das zu machen«, sagte der Präsident. »Die Briefwahl bekommen sie dann einfach nicht.«

»Was wir gerade erleben, erinnert mich an die Weimarer Republik.«

Matt Bennett

Berater des ehemaligen Vizepräsidenten Al Gore

Trump profitiert davon, dass das mächtigste Amt der Welt in einem ebenso komplizierten wie fehleranfälligen Verfahren vergeben wird. Ein Kreis amerikanischer Experten legte im April Reformvorschläge vor. Beamte und Regierungsmitglieder werden darin auf den Grundsatz einer transparenten Wahl eingeschworen. Niemand dürfe wegen seiner Hautfarbe diskriminiert werden, heißt es weiter. Außerdem sollen die Bürger überprüfen können, ob ihre Stimme auch gezählt wurde. Warum braucht eine stolze Demokratie wie die USA solche Ratschläge?

Die Antwort ist so einfach wie bitter: weil es nötig ist. Was den USA fehlt, ist ein landesweit einheitliches Wahlrecht; mehr als 10 000 Körperschaften sind für die Umsetzung der Präsidentschaftswahl verantwortlich. In Maine dürfen Straftäter wählen, in Colorado nur nach Verbüßung ihrer Strafe, in Iowa wiederum gar nicht – es sei denn, der Gouverneur unterschreibt ein Gnadengesuch.

Utah verschickt Briefwahlunterlagen ungefragt per Post, in Illinois muss man einen Antrag dafür stellen. In New York braucht es sogar eine triftige Begründung, um per Brief abstimmen zu dürfen. Trotzdem dauerte es dort nach den Vorwahlen für den US-Kongress am 23. Juni sechs Wochen, bis die letzten Briefwahlstimmen

ausgezählt waren und die Sieger feststanden. Es war ein Debakel, das im ganzen Land Schlagzeilen machte.

Dieser Flickenteppich ist ein Problem, weil in Amerika nicht die Bürger direkt den Präsidenten bestimmen, sondern von den Bundesstaaten entsandte Wahlmänner – aufgrund des Ergebnisses im Bundesstaat. Das wiederum kann zu dem absurden Ergebnis führen, dass ein Kandidat zwar die Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereint, aber trotzdem die Wahl verliert. Hillary Clinton erging es vor vier Jahren so, sie bekam fast drei Millionen Stimmen mehr als Trump und scheiterte. Den Demokraten Al Gore ereilte dasselbe Schicksal im Jahr 2000. Gore lag in der sogenannten popular vote, der Gesamtstimmenzahl, vor George W. Bush – der Republikaner wurde aber dennoch Präsident. Am Ende wurde ihm der Staat Florida zugeschlagen, der damit über Sieg oder Niederlage entschied.

In der Wahlnacht riefen die TV-Sender erst Gore zum Sieger in Florida aus. Später, nach einer maschinellen Auszählung, dann Bush mit einem hauchdünnen Vorsprung von 537 Stimmen – woraufhin Gore gerichtlich eine manuelle Neuauszählung durchsetzte. Was folgte, war ein Rechtsstreit, der alle Defizite des US-Wahlsystems schonungslos offenbarte: Die antiquierten Lochmaschinen, die zur Wahl verwendet wurden, hatten völlig schräge Ergebnisse produziert. Manche Wahlkarten waren nur leicht eingedrückt, bei anderen war das Loch zwar ausgestanzt, der Papierfetzen hing aber noch an der Karte. Wie die Karten gewertet wurden, war ganz ins Belieben des einzelnen Wahlkreises gestellt.

Als die Stimmen neu ausgezählt wurden, schmolz der Vorsprung von Bush bedenklich dahin. Panisch organisierten die politischen Zugschlag der Republikaner spontane »Proteste« vor Wahlbüros in Miami, um die Neuauszählung zu sabotie-

Viele Bundesstaaten haben Gesetze und Regeln eingeführt, die Minderheiten das Wählen erschweren.

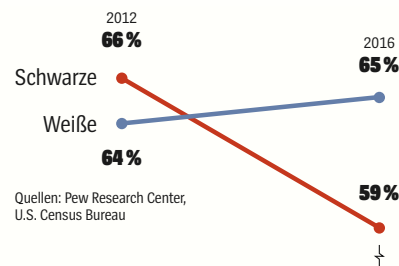
Durchschnittliche **Wartezeiten** an US-Wahllokalen bei der Präsidentschaftswahl 2016

16 Min.
warteten durchschnittlich schwarze Wählerinnen und Wähler.

10 Min.
warteten Weiße.

Warteschlange vor Wahllokal bei der Präsidentschaftsvorwahl in Wisconsin im April 2020.

Wahlbeteiligung bei US-Präsidentschaftswahlen nach Bevölkerungsgruppe



Quellen: Pew Research Center, U.S. Census Bureau

DER SPIEGEL



Drew Angerer / Getty Images

Wahlkämpfer Harris, Biden Die Demokraten haben 600 Juristen engagiert, um einen möglichen Betrug des Präsidenten abzuwehren.

ren. Einer der Köpfe der Aktion war Roger Stone, der 16 Jahre später Donald Trump zum Wahlsieg verhelfen sollte.

Schließlich eilte der Supreme Court mit seiner republikanischen Mehrheit Bush zu Hilfe: Am 9. Dezember 2000 stoppte das höchste US-Gericht die Nachzählung und machte Bush damit schließlich zum 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten. »Al Gore war zutiefst davon überzeugt, dass das Urteil des Supreme Court falsch war«, erzählt sein damaliger Berater Bennett. »Aber er prügelte nicht auf das Gericht ein, weil er sich an die Regeln halten wollte.« Von solch uneigennütigen Motiven hat sich Trump nie leiten lassen.

Die Blamage von Florida hätte ein Weckruf für eine umfassende Wahlrechtsreform sein müssen. Doch in Wahrheit haben große Teile der Republikaner kein Interesse an einheitlichen Regeln und Transparenz. Chaos bietet immer die Chance, ein unliebsames Wahlergebnis nachträglich infrage zu stellen. Und Intransparenz erleichtert es, Schwarze und Latinos von der Urne fernzuhalten, die zum überwältigenden Teil ihr Kreuz bei den Demokraten machen.

Niemand hat die Strategie der Republikaner so eindrücklich auf den Punkt gebracht wie der konservative Vordenker Paul Weyrich. Auf einer Konferenz der religiösen Rechten im Jahr 1980 in Dallas spottete er über Christen mit »Gogo-Syndrom«, wobei »Gogo« für good governance – gute Regierungsführung – steht. »Sie wollen, dass jeder wählt. Ich will nicht, dass jeder wählt«, sagte Weyrich. »Unser Einfluss bei Wahlen steigt, wenn die Wahlbeteiligung sinkt.«

In der Disziplin der Wählerunterdrückung hat es die republikanische Partei zur Meisterschaft gebracht. Möglich wird das auch durch die Tatsache, dass es in den USA – anders als in Deutschland – kein einheitliches Meldewesen und keine Personalausweise gibt. Wer wählen will, muss sich registrieren lassen. Das eröffnet Möglichkeiten.

Am eifrigsten bei der Diskriminierung von Schwarzen sind die südlichen Bundesstaaten, in denen erst der Bürgerkrieg die Sklaverei beendete und die heute zum großen Teil von Republikanern regiert werden. Wer sich in Alabama registrieren lassen will, braucht seit 2014 einen Führerschein oder ein anderes Dokument mit Foto. Die bis dahin ebenfalls zugelassenen Ausweise, die zum Bezug einer Sozialwohnung berechtigen, reichen nicht mehr. Viele sozial schwache Afroamerikaner aber besitzen kein anderes offizielles Dokument.

Der 1965 eingeführte Voting Rights Act hat solche Tricksereien lange erschwert. So wurden Staaten und Bezirke, die sich in der Vergangenheit durch eine besonders dreiste Drangsalierung von Minderheiten hervorgetan hatten, dazu verpflichtet, die Änderung von Wahlgesetzen dem Justizministerium in Washington oder einem Bundesgericht vorzulegen. Die konservative Mehrheit des Supreme Court erklärte diesen Teil des Gesetzes 2013 indes für verfassungswidrig. Die Reaktion der Republikaner ließ nicht lange auf sich warten. Nur wenige Stunden nach der Gerichtsentscheidung setzte Texas ein Gesetz in Kraft, das zum Beispiel Studentenausweise zur Wahlregistrierung nicht

mehr akzeptierte – die Genehmigung, eine verdeckte Waffe zu tragen, dagegen schon.

»Die konservativen Richter am Supreme Court haben eine große Bereitschaft gezeigt, Gesetze für gültig zu erklären, die das Wählen erschweren«, sagt der Staatsrechtler Richard Hasen, der an der University of California lehrt. Im Januar 2018 entschied ein Bundesgericht in New Jersey, dass die Republikaner erstmals seit Jahrzehnten wieder sogenannte Beobachter vor Wahllokale schicken dürfen. Angeblich soll damit Betrug verhindert werden. »Tatsächlich geht es um die Einschüchterung von afroamerikanischen Wählern«, sagt die Historikerin Carol Anderson, die an der Emory University in Atlanta lehrt.

Kaum ein Staat geht bei der Unterdrückung von Wählerstimmen so konsequent vor wie Georgia. Bei den Gouverneurswahlen vor zwei Jahren ordnete der damals zuständige Minister Brian Kemp die Schließung von über 200 Wahllokalen an, die Mehrheit davon in armen Wohngebieten. Der Witz dabei: Kemp überwachte nicht nur die Gouverneurswahlen, er war zugleich Kandidat der Republikaner – und gewann schließlich im November 2018 mit einem Vorsprung von nur 55 000 Stimmen gegen seine schwarze Konkurrentin Stacey Abrams.

Auch Trump hat bei seiner Wahl im Jahr 2016 massiv davon profitiert, dass Angehörige von Minderheiten nicht zur Wahl gingen. Er lockte vor allem weiße Männer und Frauen ohne College-Abschluss an die Urnen, während die Mobilisierung von Schwarzen und Latinos auf ein historisches Tief absackte – was auch daran lag, dass viele dieser traditionell demokratischen Wähler nicht mit Trumps Gegnerin Hillary Clinton warm wurden.

Das ist bei Joe Biden anders. Kaum ein anderer weißer Politiker ist bei schwarzen Wählern in den USA so beliebt wie Obamas ehemaliger Vizepräsident, weshalb Trump nun um seine Wiederwahl fürchtet. Nach jetzigem Stand dürfte das bewährte und hässliche Instrument der »voter suppression« aber nicht ausreichen, um sich in eine zweite Amtszeit zu retten. Trump muss zu härteren Mitteln greifen.

Schon im Wahlkampf 2016 hatte er behauptet, dass die Demokraten einen massiven Betrug vorbereiteteten. Wundersamerweise gewann er gegen Clinton, trotzdem wollte er von seiner Verschwörungstheorie nicht lassen. Nach dem Einzug ins Weiße Haus diente sie zur Erklärung, warum Clinton die »popular vote« gewonnen hatte. Der neue Präsident setzte sogar eine Kommission ein, die unter anderem Belege für seine absurde These sammeln sollte, dass Millionen illegaler Einwanderer für

Clinton gestimmt hätten. Die Gruppe wurde Anfang 2018 sang- und klanglos aufgelöst.

Trump ist ein Mann, der eine Grundregel der Demokratie nicht akzeptieren will: dass zur Politik auch die Niederlage gehört. Selbst beim Golf schummelt er und lässt in unbeobachteten Momenten einen Ball aus seiner Hosentasche kullern. Warum sollte ein Mann, der auf dem Rasen keine Fairness kennt, ausgerechnet in der Politik zu einem besseren Menschen werden? Ein Mann, der sich sein ganzes Leben mit zwielichtigen Leuten umgeben hat – Beratern wie Steve Bannon, der am Donnerstag verhaftet wurde, weil er bei einer Spendenaktion betrogen haben soll.

Fest steht: Je mehr Durcheinander in den Tagen nach der Wahl herrscht, umso glaubwürdiger kann der Präsident ein für ihn ungünstiges Ergebnis anzweifeln.

In den USA gibt es keine zentrale Instanz, die über Sieg und Niederlage bestimmt. In der Vergangenheit war es Sitte, dass Fernsehsender wie CNN oder die Nachrichtenagentur AP die Ergebnisse aus den einzelnen Staaten zusammenrechneten und schließlich einen Sieger ausriefen. In der Regel hielten sich die Kandidaten bis dahin mit eigenen Erklärungen zurück.

Aber warum sollte Trump auf Medien warten, die er ohnehin beschuldigt, »fake news« zu verbreiten. Sollte er sich zum Sieger ausrufen, würden ihm seine Anhänger das wohl abkaufen. Trump hat sich seine eigene Realitätsblase geschaffen. Weil er – verstärkt durch seinen Lieblingssender Fox News – schon seit Monaten behauptet, die Wahl im November werde manipuliert, glauben laut einer Umfrage inzwischen knapp 50 Prozent der Amerikaner, an der Behauptung sei etwas dran.

»Lasst nicht zu, dass sie eure Demokratie wegnehmen.«

Barack Obama

Ehemaliger US-Präsident

Zugleich könnte er die Republikaner in wichtigen Swing States zu einer Entscheidung zwingen. Sollte die Wahl in einem dieser Staaten Spitz auf Knopf stehen, während gleichzeitig der Präsident die Gültigkeit Zehntausender Briefwahlstimmen in Zweifel zieht, könnten sie sich auf Artikel 2 der US-Verfassung berufen.

Dieser besagt, dass die Parlamente in den einzelnen Bundesstaaten die Wahlmänner bestimmen, die dann in Washington den künftigen Präsidenten krönen. In der jüngeren US-Geschichte war die Regelung zwar nur eine Formalie – faktisch wurden die Wahlmänner von den Bürgern bestimmt, die Parlamente und die Regierungen in den Staaten reichten das Votum über die Wahlmänner nur weiter in die Hauptstadt.

Doch wenn Trump das Wahlergebnis in einem Swing State wie Michigan, Wisconsin und Pennsylvania anzweifelt, könnten sich die Parlamente in diesen Staaten – die allesamt republikanische Mehrheiten haben – wieder auf die alte Regel berufen, um Trump eine Mehrheit im Wahlmännergremium zu verschaffen. »Für uns ist dies das absolute Albtraumszenario«, sagt der Historiker Nils Gilman,

der zusammen mit Rosa Brooks die Plan-spiele für den Machtübergang organisiert hat.

Die Demokraten bereiten sich bereits auf einen solchen Coup des Präsidenten vor. In 19 Bundesstaaten haben sie Aktivisten postiert, um »voter suppression« aufzudecken und anzuprangern. Biden kündigte an, sein Team habe 600 Anwälte und 10 000 Freiwillige rekrutiert, die in jedem Staat darauf achten sollten, dass alles frei und fair ablaufe.

Natürlich muss es nicht zum Äußersten kommen. Wenn Biden die Wahl haushoch gewinnt und schon in der Nacht zum 4. November klar die großen Swing States Florida und Pennsylvania holt, wird sich Trump kaum im Amt halten können. »Am Ende sind wir immer noch die Vereinigten Staaten und nicht Venezuela«, sagt der Republikaner und Trump-Gegner Bill Kristol.

Es ist ein Hoffnungsschimmer, dass selbst Mitch McConnell, der Mehrheitsführer der Republikaner im Senat, vor einiger Zeit so etwas wie einen Rest demokratischen Gewissens offenbarte. Als im November 2019 der Republikaner Matt Bevin die Gouverneurswahl in McConnells Heimatstaat Kentucky verlor, sprach der Unterlegene sofort von Wahlbetrug. McConnell stoppte den Spuk mit den Worten, die Wahl sei verloren, und es gelte nun, nach vorn zu blicken. Mit einem ähnlichen Satz könnte McConnell auch die Präsidentschaft Trumps beenden.

Was aber, wenn sich die Republikaner wie so oft in der Vergangenheit dem Willen Trumps unterwerfen? Dann gibt es nur noch eine Verteidigungslinie: den Obersten Gerichtshof. Dieser zeigte sich in jüngster Zeit erstaunlich unabhängig, obwohl Trump dort zwei neue konservative Richter installieren konnte. So hat das Gericht – sehr zum Ärger des Weißen Hauses – ein Urteil gesprochen, das es Arbeitgebern verbietet, Transgender und Homosexuelle zu feuern. Außerdem hat es eine liberale Einwanderungsregel verteidigt, die aus der Ära Obama stammt.

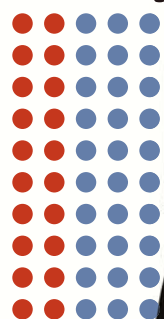
Einiges spricht also dafür, dass das Gericht einschreitet, sollte Trump offenen Rechtsbruch begehen – etwa, indem er die Auszählung von Briefwahlstimmen unterbindet.

Den USA stehen stürmische Wochen bevor. Denn nicht nur Trump, sondern auch die Demokraten sind nicht mehr bereit, sich ohne Weiteres an Gepflogenheiten zu halten, die jahrzehntelang als selbstverständlich galten. In einem der Planspiele der Gruppe um Brooks ging es um die Frage, was Joe Biden tun würde, sollte Trump ohne Trickereien die Mehrheit im Wahlmännergremium gewinnen, die Demokraten aber – wie schon im Jahr

Wahlkreise nach Wunsch

Drei beispielhafte Möglichkeiten, 50 Wahlberechtigte in fünf Wahlbezirke einzuteilen* (»Gerrymandering«)

50 Wahlberechtigte

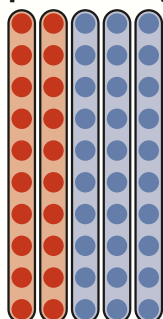


Präferenzen:
40% Rot 60% Blau

* bei absolutem
Mehrheitswahlrecht

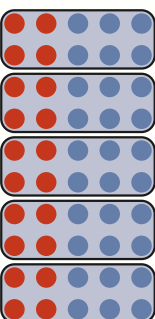


Optimale Einteilung



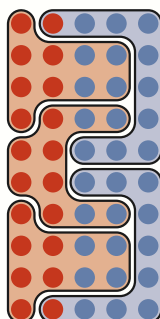
2 Wahlkreise an Rot
3 Wahlkreise an Blau
Blau gewinnt die Mehrheit

Nachteil für Rot



0 Wahlkreise an Rot
5 Wahlkreise an Blau
Blau gewinnt die Mehrheit

Nachteil für Blau



3 Wahlkreise an Rot
2 Wahlkreise an Blau
Rot gewinnt die Mehrheit

2016 – die »popular vote«. Zum großen Erstaunen etlicher Teilnehmer sagte Clintons ehemaliger Wahlkampfmanager John Podesta, Biden würde in diesem Fall nicht einfach eine Wahlniederlage einräumen. Vielmehr würde er die großen demokratisch regierten Bundesstaaten an der Westküste – allen voran Kalifornien und Oregon – ermuntern, sich von den USA abzuspalten.

Unvorstellbar?

Es gehöre zur menschlichen Natur, dass man glaube, die sichere Existenz der Gegenwart schreibe sich einfach in die Zukunft fort, sagt Rosa Brooks. »Vor dem Gemetzel auf dem Balkan in den Neunzigerjahren haben die Serben und die Bosnier auch nicht geglaubt, dass sie sich so etwas Schreckliches antun könnten. Sie haben gesagt: »Wir sind Nachbarn, Freunde, wir sind verheiratet. Der Gedanke ist lächerlich!«

Tatsächlich brauche es nicht einmal eine Mehrheit, damit ein Land in Repression und Schrecken abgleite, sagt die Professorin. »Nötig ist nur eine Minderheit, die extrem gewissenlos ist.«

Trump hat in seiner ersten Amtsperiode internationale Organisationen demoliert und gleichzeitig Potentaten rund um den Globus bestärkt. Der Präsident sah nach dem Mord an dem Journalisten Jamal Khashoggi von Sanktionen gegen Saudi-Arabien ab, obwohl seine Geheimdienste eindeutige Hinweise dafür geliefert hatten, dass Kronprinz Mohammed bin Salman hinter der Tat steckt.

Bei einem Abendessen ermunterte Trump den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, den Bau von Konzentrationslagern für die uigurische Minderheit voranzutreiben, so erinnert sich zumindest John Bolton, der ehemalige Sicherheitsberater des US-Präsidenten.

Wer soll die Fahne der Freiheit in die Hand nehmen, wenn der amerikanische Präsident sich die Macht nicht mehr nehmen lässt? Wenn das Land dem Beispiel von Ungarn, der Türkei und Brasilien folgt? Kanada, der anderen großen Demokratie auf dem amerikanischen Kontinent, fehlen dafür die Mittel und die militärische Macht. Die EU ist schon froh, wenn sie die Folgen des Brexits und der Coronakrise halbwegs meistert.

Bei allen Defiziten waren die USA immer ein Ort für alle, die sich nach Freiheit sehnten: eine »shining city upon a hill«, wie es Ronald Reagan einst formulierte. Doch über der leuchtenden Stadt ziehen dunkle Gewitterwolken auf.

Ralf Neukirch, René Pfister, Ines Zöttl

► Lesen Sie auch auf Seite 92

US-Chefimmunologe Anthony Fauci im SPIEGEL-Gespräch



Nukleartest auf dem Bikini-Atoll 1946

TERRA X

SONNTAG, 23. 8., 19.30 – 20.15 UHR, ZDF

Abenteuer Freiheit – Unterwegs auf der Panamericana

Die wilde Natur der kanadischen Pazifikküste, die Regenwälder Costa Ricas und die sagenumwobenen Anden – Sehnsuchtsorte, die eine Familie aus Kiel auf ihrer Reise entlang der Traumstraße Panamericana kennenlernt. Michaela, Tim und ihre vier Kinder sind ohne ein festes Rückreisdatum unterwegs, um sich ihren Traum von Freiheit zu erfüllen. Der Film begleitet eine Familie, die sich in ihrem umgebauten Lastwagen durch nichts unterkriegen lässt.

SPIEGEL TV WISSEN

MONTAG, 24. 8., 21.05 – 22.00 UHR, SKY und bei allen führenden Kabelnetzbetreibern

Wasser – Quelle der Macht

Der Geophysiker Alain Gachet hat ein revolutionäres Verfahren entwickelt, um Wasservorkommen in bis zu drei Kilometer Tiefe zu lokalisieren. Doch die Quelle des Lebens ist auch eine Quelle der Macht. Gachet musste feststellen, dass seine lebensretten- de Erfindung nicht allen gefällt.



Geophysiker Gachet

SPIEGEL GESCHICHTE

MONTAG, 24. 8., 22.05 – 23.35 UHR, SKY

Countdown zum Atomkrieg

Michail Gorbatschow und Ronald Reagan haben als erfolgreiche Vorkämpfer atomarer Abrüstung Geschichte geschrieben; und es schien, als hätte die Menschheit ihre Lektion aus Hiroshima und Nagasaki gelernt. Eine schonungslose Analyse der letzten drei Jahrzehnte durch den Reformier Gorbatschow, seine Berater und Verhandlungspartner lässt befürchten: Möglicherweise steht die Welt wieder vor einem Kalten Krieg.

SPIEGEL TV

MONTAG, 24. 8., 23.25 – 0.00 UHR, RTL



Verurteilte Täterin Angelika Hosang

20 Jahre eine Leiche im Keller

Warum der mysteriöse Tod des Walter Emmerich zum längsten Rentenbetrug aller Zeiten wurde

Simulierte Normalität

Corona-Testlauf auf Weihnachtsmarkt und Konzertbühne

Deutschland



Popkultur-Showdown im Kriminalgericht Moabit Einst gemeinsam auf dem roten Teppich, heute erbitterte Feinde: Haben der Berliner Clanchef Arafat Abou-Chaker (hinten Mitte) und seine Brüder den Rapper Bushido, bürgerlich Anis Ferchichi, beschimpft, bedroht und drangsaliert? Zum Prozessauftritt am Montag zeigten sich die Angeklagten mit ihren Verteidigern in bester Laune. In einem Song schrieb der Musiker über sich und sein Verhältnis zu Abou-Chaker: »Heute weiß er, damals trat der Teufel in sein Leben.« Nächste Woche ist Bushido als Zeuge geladen.

Fataler Irrtum

Stadtautobahn-Attentäter Behörden schätzten den Iraker als ungefährlich ein.

● Deutsche Sicherheitsbehörden hatten den mutmaßlichen Attentäter von der Berliner Stadtautobahn als ungefährlich eingestuft. Das geht aus vertraulichen Unterlagen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zu Sarmad A. hervor. In seinem Asylverfahren überprüften die Behörden 2016 auch, ob der Iraker Kontakte zur terroristischen Szene hatte. Damals lagen keine Hinweise darauf vor. Sie hätten im Fall A. »keine Bedenken«, hielten die Be-

amten daraufhin in offiziellen Unterlagen fest – ein fataler Irrtum. Am vergangenen Dienstagabend attackierte A. in Berlin mehrere Menschen mit seinem Auto, mutmaßlich absichtlich. Drei Motorradfahrer wurden schwer verletzt. Die Staatsanwaltschaft geht von einem islamistischen Motiv aus. Nach der Tat soll A. »Allahu akbar« gerufen und auf der Autobahn einen Gebetsteppich ausgerollt haben. Zudem soll der 30-Jährige in der Vergangenheit

Kontakt zu einem islamistischen Gefährder gehabt haben. Gleichzeitig liegen aber auch Hinweise auf eine psychische Erkrankung des Mannes vor. Ein Haftrichter ordnete die Unterbringung in der Psychiatrie an. Der Asylantrag von Sarmad A. war abgelehnt worden. Eine Abschiebung des Irakers scheiterte an fehlenden Reisedokumenten aus dem Herkunftsland. Ermittelt wird gegen Sarmad A. nun unter anderem wegen versuchten Mordes. ROL

Corona I Linke fordert Kinder-Testzentren

● Die Linksfraktion fordert eigene Corona-Testzentren für Schüler und Kita-Kinder. »Allgemeine Teststellen sind überlastet und arbeiten nicht schnell genug, obwohl die Erkältungssaison noch nicht mal angefangen hat«, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der Linken im Bundestag, Jan Korte. Deshalb solle es in jedem Schulbezirk eine Testeinrichtung geben, »die sieben Tage die Woche binnen kürzester Zeit Gewiss-

heit« über eine Infizierung geben könne. Man könne nach so langer Zeit ohne Unterricht Kindern nicht zumuten, wegen jeder Erkältung zu Hause zu bleiben. Auch könne man die anderen Kinder, Lehrer und Erzieher nicht einer Gefahr aussetzen. »Was am Flughafen für alle möglich ist, muss auch für Schul- und Kita-Kinder möglich sein«, sagt Korte. Die Bundesregierung solle das Thema beim nächsten Schulgipfel mit den Bundesländern ansprechen und Unterstützung anbieten, fordert Korte in einer schriftlichen Anfrage an die Regierung. JOS

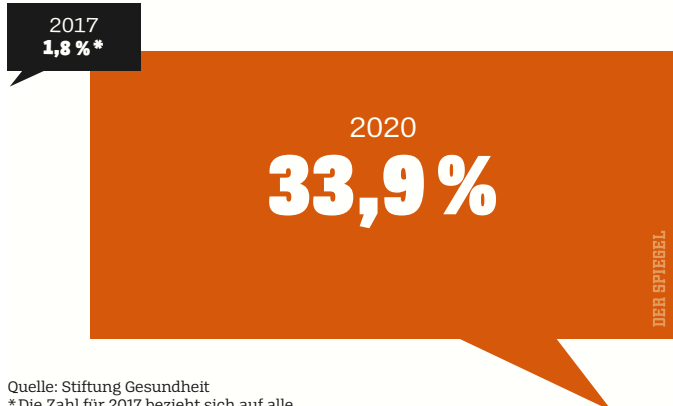
Corona II Milliarden fürs Militär

● Von einem speziellen Corona-Hilfsprogramm für Bundesbehörden sollen vor allem das Verteidigungs- und das Innenministerium profitieren – mit mehr als der Hälfte der Mittel aus einem Zehn-Milliarden-Topf im Rahmen des Corona-Konjunkturpakets. Das geht aus einem Schreiben des Finanzministeriums an den Haushaltsausschuss des Bundestags hervor. Demnach gehen 3,23 Milliarden Euro ans Verteidigungsressort und 2,56 Milliarden Euro ans

Innenministerium. Das Programm soll Ministerien und Behörden ermöglichen, geplante Investitionen vorzuziehen, und so die Wirtschaft ankurbeln. So könnte das Verteidigungsministerium etwa für 1,45 Milliarden Euro die Computernetze der Bundeswehr modernisieren. Die Haushaltspolitikerin der Linken, Gesine Lötzsch, kritisiert die Verteilung: »Das sind beim besten Willen keine Zukunftsinvestitionen. Wir haben in den vergangenen Jahren erfahren, dass die Bundeswehr viel Geld ausgeben kann, doch dafür immer nur kaputte Hubschrauber, Panzer und Flugzeuge bekommen hat.« WAS

Nachgezählt

Ambulant tätige Allgemeinmediziner und praktische Ärzte in Deutschland, die Videosprechstunden anbieten



Quelle: Stiftung Gesundheit
*Die Zahl für 2017 bezieht sich auf alle niedergelassenen Ärzte in Deutschland.

Markus Feldenkirchen **Der gesunde Menschenverstand**

Opposition ist Mist



Eines ist ja wohl klar: Die Große Koalition muss beendet werden. 11 der letzten 15 Jahre haben Union und SPD gemeinsam regiert. Das ist ungesund, denn Demokratie lebt vom Wechsel. Deutschland braucht dringend eine neue Regierung. Das sagt inzwischen selbst Olaf Scholz, der bösen Gerüchten zufolge schon als Kind in Kurt-Georg-Kiesinger-Bettwäsche schlief. Der war der erste Kanzler einer Großen Koalition in der Bundesrepublik.

Zum Glück gibt es Alternativen. Gleich vier Parteien im Bundestag sind derzeit nicht mit Regieren beschäftigt. Sie hätten alle Zeit und Muße, uns Bürgern Lust auf den Wechsel zu machen: mit Konzepten und Visionen, mit attraktiven Personalangeboten. Eine starke, kreative Opposition ist für eine lebendige Demokratie ebenso wichtig wie die Regierung selbst. Und nun zur deutschen Gegenwart.

Die FDP hat gerade ihr verwirrendes Experiment abgebrochen, Frauen in der Führungsspitze zu dulden. Sie setzt nun wieder konsequent auf ihre bewährte Personalpolitik aus der Nachkriegszeit: Männer, die irgendwas mit Wirtschaft machen. Der zuletzt angerichtete Schaden hält sich zum Glück in Grenzen: Kaum jemand hat mitbekommen, dass die gerade abgesetzte Generalsekretärin Linda Teuteberg überhaupt Generalsekretärin war. So egal ist den Bürgern die FDP mittlerweile.

Unter schlagkräftiger Opposition hat man sich etwas anderes als Milzrisse vorgestellt.

Bei den Grünen geht es zurzeit weniger darum, was sie wollen, sondern darum, was sie nicht wissen. Robert Habeck jedenfalls konnte sich zuletzt nicht so gut merken, was die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht eigentlich beruflich macht. Oder wie die Pendlerpauschale jetzt noch mal funktioniert. Immerhin kennt er sich mit Instagram aus und schmust gern mit Ponys.

In der Linken erschüttert viele das tragische Schicksal des weißrussischen Diktators Alexander Lukaschenko so sehr, dass sie vor Sorge die eigene Regierungsperspektive aus den Augen verlieren. Andrej Hunko, immerhin stellvertretender Fraktionschef der Linken im Bundestag, hat alle Hände voll zu tun, den bedauernden Genossen Lukaschenko gegen unverschämte Rufe nach Sanktionen zu verteidigen.

Auch die programmatischen Alternativen der AfD kommen gerade ein wenig zu kurz. Sie leidet unter Organklagen medizinischer Natur, weil ihr sogenanntes Spitzenpersonal die gegenseitige Sympathie etwas zu überschwänglich zum Ausdruck bringt. Der AfD-Politiker Andreas Kalbitz »knuffte« seinen Parteifreund, den Brandenburger Landtagsabgeordneten Dennis Hohloch, nach eigener Aussage zur Begrüßung so herzlich, dass dieser einen Milzriss erlitt und auf die Intensivstation musste. Unter schlagkräftiger Oppositionsarbeit hat man sich eigentlich etwas anderes vorgestellt.

»Opposition ist Mist«, die legendäre Formel des großen sauerländischen Staatstheoretikers Franz Müntefering, bekommt in dieser traurigen Gegenwart eine ganz neue Bedeutung. Was aber folgt aus diesem Versagen der Opposition? Vielleicht waren die vergangenen Jahre mit dieser elend langweiligen Großen Koalition ja doch nicht so verkehrt.

An dieser Stelle schreiben Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.

Tiergartenmord

Neue Spuren führen zu russischem Geheimdienst

● Ein möglicher Helfer des mutmaßlichen Tiergartenmörders Vadim Krasikov hat ebenfalls Verbindungen zu Russlands Inlandsgeheimdienst FSB. Nach gemeinsamen Recherchen des SPIEGEL und der Investigativplattformen Bellingcat und The Insider verwendete Roman D. zwei falsche Identitäten. D. ist ein ehemaliges Mitglied einer FSB-Eliteeinheit, die unter anderem in Afghanistan und Tschetschenien eingesetzt wurde. Heute arbeitet D. für die »Vympel«-Organisation, die von ehemaligen Mitgliedern der Kampfgruppe gegründet worden war. Vadim Krasikov wird beschuldigt, am 23. August 2019 in Berlin einen Exilgeorgier im Auftrag staatlicher russischer Stellen erschossen zu haben – was er bestreitet. Er unterhielt im Vorfeld des Attentats Verbindungen zu »Vympel«-Leuten und war wiederholt in Trainingszentren des FSB. Der Prozess gegen ihn soll im Oktober vor dem Berliner Kammergericht beginnen. Roman D. fiel den Ermittlern auf, weil er in seinem Visumantrag für den Schengenraum denselben Arbeitgeber wie der mutmaßliche Tiergartenmörder genannt und sein Visum auch am selben Tag beantragt hatte. Noch ist für die Ermittler allerdings unklar, ob er Krasikov bei dessen Tat unterstützt hat und welche Rolle er spielte. Nach Erkenntnissen tschechischer Behörden war Roman D. aber offenbar in zwei Morde in Istanbul verwickelt. RED



Ermittler am Tatort Tiergarten 2019

Chappattes Welt



CDU

Sommertour nach rechts

● Der CDU-Bundestagsabgeordnete und halleische Stadtrat Christoph Bernstiel will nichts von rechten Umtrieben eines Gesprächspartners gewusst haben. Zuletzt traf er während seiner Sommertour im Wahlkreis den Aktionskünstler und Verschwörungsideologen Rolf Becker, auch bekannt als »Drehorgel-Rolf«, zum Fototermin. »Der halleische Aktionskünstler ist ein echtes Original und mit seinen diversen Trabbis hat er mehr als 80 Länder bereist«, schrieb Bernstiel anschließend auf seiner Facebook-Seite. »Herzlichen Dank für diese einmalige

Gelegenheit und weiterhin alles Gute!« Becker verbreitet im Netz unter anderem die Behauptung, die Europäische Union sei von der CIA und Nazis gegründet worden. In einem Posting heißt es, »wir« würden von »Verbrechern geführt«, ebenso teilt er immer wieder AfD-Postings. »Die politischen Ansichten von Herrn Becker« seien ihm nicht bekannt und »auch nicht Bestandteil des Gesprächs« gewesen, heißt es dazu aus Bernstiels Büro. Der Abgeordnete gehört zum rechten Flügel des sachsen-anhaltischen CDU-Landesverbands, von dem sich manche eine Zusammenarbeit mit der AfD erhoffen. Bernstiel betont, er lehne eine Koalition mit der AfD ab. TIL

Bundespolizei

Taser auf Bahnhöfen

● Im September will die Bundespolizei einen Testlauf mit Distanz-Elektroimpulsgeräten starten, besser bekannt als Taser. Je zehn Geräte gehen für zunächst ein Jahr an Polizisten der Bahnpolizei-Inspektionen Frankfurt am Main, Kaiserslautern und am Berliner Ostbahnhof. Bisher setzen in Deutschland nur die Landespolizeien in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland auf den Taser. Versuche in anderen Bundesländern laufen. Die Bundespolizei hat bisher ihre Spezialtruppe GSG 9 damit ausgerüstet. Dort kamen die als Waffe deklarierten Taser angeblich nie zum Einsatz. Das Testgerät Taser X2 wurde nun mit der Zulassung bei der

Bundespolizei zu einem »Hilfsmittel bei unmittelbarem Zwang« herabgestuft. Der Risiken ist sich die Bundespolizei bewusst – in der hessischen Polizei gab es bisher mindestens einen Toten nach Taser-Einsätzen. Zielen sollen Bundespolizisten möglichst nur auf den Rücken oder Bauch von Personen, die sich sonst nur mit der Schusswaffe stoppen ließen. Kopf, Hals, Nacken und Genitalien sind laut Verordnung tabu. Getasert werden darf nur nach vorheriger Warnung. Auf Bahnhöfen und in Streifenfahrzeugen muss ein Defibrillator bereitstehen, sollte der Elektroschock beim mutmaßlichen Täter zum Herzstillstand führen. Vom Taser verspricht sich die Bundespolizei mehr Sicherheit für die Beamten und weniger Risiken für Angreifer. AMP

Justiz

Bayern verschleppt Digitalisierung

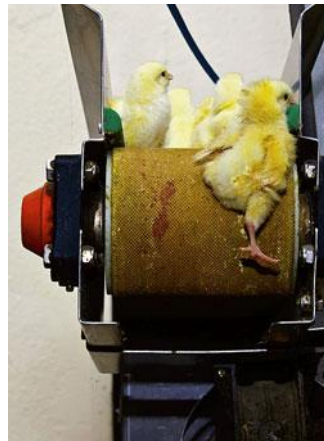
● Eine bayerische Digitalisierungsspanne beschäftigt den Bundestag. Es geht um eine Datenbank für Grundbucheinträge. Sie soll die Kommunikation zwischen Notaren, Gerichten, Kreditinstituten und Behörden erleichtern. Dafür müssen deutschlandweit etwa 37 Millionen Grundbuchblätter durch eine automatische Texterkennung in eine Datenbank überführt werden. Teilweise sind die Dokumente handschriftlich verfasst, manche noch in Sütterlinschrift. Federführend bemüht sich seit 2011 das bayerische Justizministerium darum, eine entsprechende Software für Deutschland zu

entwickeln. Doch nun musste das CSU-geführte Haus einräumen, nicht fristgerecht liefern zu können. Weil zum Jahresende eine Vorschrift abläuft, die es erlaubt, für die Software-Entwicklung Grundbuchdaten zu nutzen, muss nun der Bundestag die Frist verlängern. In der SPD sorgt das für Unmut: »Die bayerische Landesregierung ist damals vorgeprescht, weil sie sich für besonders kompetent hielt«, sagt der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Johannes Fechner. »In neun Jahren kriegt sie es aber nicht hin und meldet das kurz vor Ablauf der Frist. Jetzt müssen wir schnell die Grundbuchordnung ändern und dann weiter warten.« Dies sei ein »Armutzeugnis und für Deutschland peinlich«. LVR

FDP

Tierschutz ins Grundgesetz

● Auf dem Weg in den kommenden Bundestagswahlkampf will die FDP den Tierschutz stärker ins Visier nehmen. Auf dem Parteitag im September wird der designierte Generalsekretär Volker Wissing dazu den Delegierten einen Antrag unter dem Titel »Marktwirtschaft kann Tierschutz« vorlegen. Zentrale Punkte sind die Verankerung des Tierschutzes als »Staatsziel im Grundgesetz« und mehr Transparenz für Verbraucher. Die Forderungen der Gesellschaft zu Umwelt- und Naturschutz seien berechtigt, heißt es in dem vom Bundesvorstand mitgetragenen Papier. Für bäuerliche Betriebe müsse aber ein »fairer Lastenausgleich« geschaffen werden. Höhere Preise für artgerechte Tierhaltung will die FDP nicht über Sonderabgaben erreichen, sondern über eine »generelle Anhebung der Standards« in der EU-Tierhaltung. So müssten »Anbindehaltung und Kastenstand so schnell wie



Küken in Geflügelproduktion

möglich tierfreundlicheren Alternativen weichen«. Auch das Kükenschreddern und die Ferkelkastration ohne Betäubung müssten verboten werden. Zudem fordert die FDP ein »einfaches, transparentes und verpflichtendes Tierwohllabel in der gesamten EU«. Mit der Kaufentscheidung der Bürger sei »auch die Übernahme einer ethischen Verantwortung verbunden«, heißt es in Wissings Antrag. Der Jurist ist in Rheinland-Pfalz auch Agrarminister in einer Ampelkoalition mit SPD und Grünen. SEV



Die Augenzeugin

»Videos für die Kleinen«

Julia Buchholz, 31, ist Archivarin in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek. Seit dem Lockdown Mitte März sammelt sie dort Objekte und Fotos aus dem neuen Corona-Alltag.

● »Das größte Problem von Archiven: Niemand kann 100-prozentig sagen, was die Historiker in Zukunft interessieren wird. In der Coronakrise war das anders. Da war mir von Anfang an klar, dass diese Zeit später in allen Geschichtsbüchern stehen wird. Deshalb haben wir von der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek früh dazu aufgerufen, uns Gegenstände der Pandemie zu schicken. Jeder Schleswig-Holsteiner kann etwas zur Sammlung beitragen – beispielsweise Masken, Briefe oder auch Fotos.

Dabei war mir recht schnell bewusst, dass wir nicht mit Objekten überhäuft werden. Die meisten Gegenstände werden schließlich immer noch benutzt. Dennoch sind mittlerweile mehr als hundert Einsendungen in unserem Corona-Archiv angekommen. Einige davon sind sehr persönlich. Eine Großmutter hat eine Seite aus ihrem Tagebuch abgegeben. Darin schreibt sie einen herzergreifenden Text an ihre Enkel, die sie lange nicht sehen konnte. Solche Schilderungen sind für Historiker in Zukunft sehr wichtig, weil sie zeigen, wie die Menschen mit der Corona-Pandemie umgegangen sind und wie sich der Alltag verändert hat.

Mein bisheriges Lieblingsstück im Corona-Archiv ist aber ein selbst gemalter Comic im Stil der legendären Kinderzeitschrift »Yps«. In diesem Comic hat ein Finanzbeamter aus Kiel eine Bauanleitung für einen Abstandshalter aus alten Hänge-registaturen gemalt.

Wenn ich selbst ein Objekt einreichen müsste, dann wären es die Videos eines Bekannten. Er ist Erzieher und hat Videos für die Kleinen gedreht, während der Kindergarten geschlossen war. Das finde ich absolut archivwürdig! Er hat in den Videos einen Tag mit den Kindern simuliert und gezeigt, wie es wäre, wenn man jetzt zusammen singen und spielen könnte.

Diese Objekte aus dem Corona-Archiv ergänzen unsere eigentliche Sammlung. Insgesamt haben wir hier rund 50 000 Objekte. Von bedeutenden Gemälden bis hin zu Waffen aus dem Deutsch-Dänischen Krieg. Mit all diesen Objekten stellen wir sicher, dass es in Zukunft genügend Quellen gibt. Besonders für so etwas Einschneidendes wie die Corona-Pandemie.« Aufgezeichnet von Christian Volk

So gesehen

Neue Gefährder

Familienclans überrennen unsere Grenzen.

● Die Sicherheitsbehörden müssen handeln: Deutschland ist in Gefahr. Eine bislang unbekannt Gruppe von Gefährdern bedroht unseren Staat.

Nach Erkenntnissen der Bundespolizei reisen in diesen Tagen unzählige Familienclans in die Bundesrepublik ein, teilweise mit auffällig vielen Kindern. Von rechtschaffenen Deutschen sind sie kaum zu unterscheiden, offenbar verfügen fast alle über gültige deutsche Einreisepapiere. Manche verrät allerdings eine leichte Rot- oder Braunfärbung der Haut.

Auf ihren Smartphones haben sie harmlos wirkende Strandfotos gespeichert, bei stichprobenartigen Durchsuchungen wurden auffällige Sandreste in Koffern und Unterwäsche gefunden. Die meisten beteuern, sich direkt nach

Den Behörden sind die Hände gebunden: Verdächtige haben deutsche Papiere.

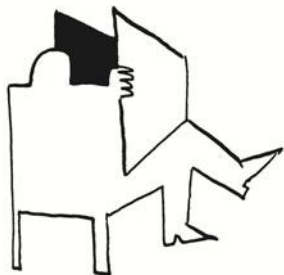
der Einreise in die deutsche Arbeitsgesellschaft integrieren zu wollen – wenn auch teilweise widerwillig. Den Behörden sind bislang die Hände gebunden: Die Verdächtigen haben einen festen Wohnsitz im Inland und meist sogar einen sozialversicherungspflichtigen

Arbeitsplatz, an dem sie angeblich »am Montag wieder antreten müssen«.

Sie tarnen sich als Normalbürger, tatsächlich handelt es sich um pflichtvergeessene Subjekte, die mit ihrem selbstsüchtigen Verhalten, ihrer schamlosen Erholungssucht und ihrer Lust am Risiko das Land ins Unglück stürzen.

Jetzt helfen nur noch rigorose Maßnahmen: Grenzen dicht und allesamt in Auffanglager, bevor sie uns mit dem eingeschleppten Coronavirus infizieren! Nur so können wir sie noch stoppen: die Unterwanderung Deutschlands durch Urlaubsheimkehrer.

Stefan Kuzmany



Katastrophenschutz

Mit kleinen Feuern üben

Deutschland muss sich dringend auf die Bekämpfung von Landschaftsbränden vorbereiten, sagt Johann Georg Goldammer, 70. Er leitet das Global Fire Monitoring Center in Freiburg.

SPIEGEL: Drei Dürrejahre in Folge – wie brandgefährlich ist das für den Wald?

Goldammer: Sehr. Nach den heißen Wochen sind Boden und Vegetation extrem ausgetrocknet. Der Grundwasserspiegel konnte sich nicht erholen. Auch deshalb haben wir im Wald viel mehr abgestorbene Bäume als früher. Weil der Holzmarkt zusammengebrochen ist, liegt zusätzlich eingeschlagenes Holz herum, das nicht vermarktet wird – jede Menge Brennstoff.

SPIEGEL: Kommt niemand zum Aufräumen?

Goldammer: Das Forstpersonal, das wir jetzt dringend brauchen, wurde in der Vergangenheit kontinuierlich abgebaut. Und die Feuerwehren sind für die Bekämpfung von Landschaftsbränden noch nicht ausreichend ausgebildet und ausgerüstet.

SPIEGEL: Warum?

Goldammer: Nach einem halben Jahrhundert Waldbrandruhe hatte das niemand auf dem Schirm – bis zur Dürre in 2018. Wir erleben jetzt die Vorboten des Klimawandels. Die Verhältnisse bei uns sind nicht vergleichbar mit Australien oder Kalifornien, wo wir im Fernsehen diese Riesenflammenwände sehen. Noch nicht. Aber wir müssen uns darauf vorbereiten. In Freiburg haben wir zusammen mit den Behörden dazu seit 2012 ein Modell aufgebaut, die Task Force Landschaftsbrand.

SPIEGEL: Was ist das Besondere daran?



Patrick Seeger / STADT FREIBURG

Goldammer

Goldammer: In Deutschland ist die Feuerwehr fürs Löschen zuständig. In der Stadt und auf den Straßen ist sie bestens aufgestellt. Aber im Wald, ohne Straßen und Hausnummern, sind die Feuerwehrleute verloren. Die Forstleute kennen ihren Wald und sind vor Ort. Sie können ein Feuer in den entscheidenden Anfangsminuten einfangen, bis die Feuerwehr kommt, und so einen Großbrand verhindern. Das ist bei uns aber bislang nicht vorgesehen. In unserem Modell schlagen wir die Brücke zwischen Forstwirten, Waldeigentümern und Feuerwehr.

SPIEGEL: Wie?

Goldammer: Förster und Waldarbeiter bekommen die gleiche Ausbildung und

Spezialausrüstung wie die Feuerwehrleute: feuerfeste, leichte Schutzkleidung, Handgeräte wie Feuerpataschen und Feuerlöschrucksäcke, andere Fahrzeuge. Sie stehen zusammen im Trainingsfeuer, lernen, was es bedeutet, wenn sich an einem heißen Tag alle paar Minuten die Windrichtung ändert und sich die Feuerfront woanders aufbaut.

Vor ein paar Wochen haben wir mit der Task Force den ersten Brand im Bergwald gelöscht. Unser Konzept ging auf. Ich denke, diese Zusammenarbeit

sollte sich im ganzen Land durchsetzen. Mein Ideal wäre eine Art Betriebsfeuerwehr in jedem gefährdeten Wald.

SPIEGEL: Spezialausbildung, Spezialausrüstung – wird das nicht ziemlich teuer?

Goldammer: Die Zusatzkosten für solche Spezialfeuerwehreinheiten sind etwa 10 000 Euro – so viel wie eine Viertelstunde Löschhubschraubereinsatz. Als vergangenes Jahr bei einem Landschaftsbrand in Mecklenburg-Vorpommern der Katastrophenzustand ausgerufen wurde, gingen allein die Flugkosten in die Millionen. BEL

Volkswagen

Vollgas über den Acker

● Im Fall des in seinem Auto verbrannten VW-Mitarbeiters Christian M. verdichten sich die Hinweise auf einen Suizid. Der Manager, der heimlich interne Gespräche über einen Konflikt des Konzerns mit einem Zulieferer mitgeschnitten haben soll, fuhr nach ersten Untersuchungen an jenem Abend mit hoher Geschwindigkeit über einen Acker und prallte dann gegen einen Erdhügel.

Daraufhin kam das Auto an einem Feldweg zum Stehen. Dabei könnte der Wagen auch in Brand geraten sein, mutmaßen die Ermittler von Polizei und Staatsanwaltschaft. Spuren einer möglichen Fremdeinwirkung entdeckten sie am Unfallort nicht. Auf einen Suizid deutet zudem ein Abschiedsbrief hin, den Christian M. nach SPIEGEL-Informationen hinterließ. Die Ergebnisse eines abschließenden Brandgutachtens liegen den Ermittlern bislang noch nicht vor. GUD



**JE MEHR WEIDEZEIT, DESTO GERINGER
DER CO₂-FUSSABDRUCK.**



WEIDEHALTUNG WEITER GEDACHT

Während Stallhaltung viel Energie für die Versorgung und Haltung der Kühe verbraucht, setzen wir fast das ganze Jahr über rund um die Uhr auf Weidehaltung. Das ist nicht nur klimafreundlicher, artgerecht und natürlich, sondern sorgt auch für die einzigartige Qualität der irischen Weidemilch und den besonderen Geschmack in allen Kerrygold Produkten. Erfahren Sie mehr auf www.Irische-Weidehaltung.de

Größeres im Sinn

Wahlkampf Eine rot-rot-grüne Koalition wäre für Grüne und SPD wohl die einzige Chance aufs Kanzleramt. Trotzdem reden viele nur widerwillig darüber. Was steckt dahinter?

Nach einer knappen Viertelstunde wird Robert Habeck jene Frage gestellt, auf die er so gar keine Lust hat. Ob er sich eine Koalition mit der SPD und der Linken vorstellen könne, will der Journalist im ARD-»Sommerinterview« vom Grünenchef wissen. Der bügelt die Frage ab: »Warum sollte ich denn jetzt unsere Kraft schwächen, indem ich mich in unsinnige Koalitionsdebatten 13 Monate vor der Wahl verstricke?«

Früher beschränkte sich die Diskussion um Rot-Rot-Grün, kurz: R2G, meist auf die Frage, ob SPD und Grüne eine Zusammenarbeit mit der doch wirklich nicht salonfähigen Linken ausschließen. Nun wird offener gefragt: Ob sie sich eine Koalition vorstellen können? Die Zweifel sind noch da, aber sie erdrücken nicht mehr alles. Eine Mehrheit für ein Linksbündnis ist laut Umfragen zwar in weiter Ferne, trotzdem wird gerade so offen wie nie zuvor über R2G im Bund geredet. Es wäre ein neues, insofern auch ein historisches Bündnis.

Man könnte vermuten, dass die Parteien links der Mitte darauf mit Neugier reagieren, mit Interesse, vielleicht sogar mit Lust. Stattdessen verströmen Habeck und Co. vor allem tierisch schlechte Laune, wenn es um ein mögliches Linksbündnis geht. Als handelte es sich um eine Zumutung, als wäre die Debatte völlig unsinnig. Ist Rot-Rot-Grün also nur ein Hirngespinnst, an das niemand glaubt, an dem kaum jemand Interesse hat?

Zwei Tage nach dem »Sommerinterview« ist Habeck im Land unterwegs, er besucht eine Agrargenossenschaft in Sachsen, die Felder liegen an der Elbe. Neuer Versuch: Herr Habeck, wie ist das jetzt mit Rot-Rot-Grün? »Das ist eine Debatte, die mich nicht umtreibt«, sagt er.

Er hat Größeres im Sinn, das lässt er schon länger durchblicken. Vor rund einem Jahr lagen die Grünen für kurze Zeit mal gleichauf mit der Union. Das hat bei Habeck die Lust auf mehr geweckt, die Hoffnung, stärkste Kraft werden zu kön-

nen. In der Union steht ein Umbruch an, Angela Merkel wird im Herbst 2021 nicht mehr zur Wahl stehen. Und niemand weiß, wie brutal der Kampf um ihre Nachfolge ausfallen und wer sich durchsetzen wird.

Habeck also will an die Spitze und sich dabei an niemanden binden, schon gar nicht an die Linken und ihre zahlreichen Exzentriker. Aber auch nicht an eine schwarz-grüne Option, in der die Grünen die Juniorrolle akzeptieren würden.

Dass ihre Partei am Ende wirklich vor der Union landen könnte, glauben längst nicht alle Grünen. Dies zu behaupten bietet aber die Chance, manchen Fragen noch eine Weile auszuweichen. Auch der Frage, welche Konstellation eigentlich die Mehrheit der Mitglieder präferiert.

Schwarz-Grün nämlich ist die Lieblingsoption konservativer Realos. »Viele fänden es gemütlicher, mit Schwarz-Grün zu regieren«, sagt ein Bundestagsabgeordneter. Auch in anderen Parteien fürchtet man, die Grünen hätten sich insgeheim schon festgelegt. Programmatisch würde das allerdings weniger passen. »Inhaltlich haben wir die größten Überschneidungen mit der SPD«, sagt Bundesgeschäftsführer Michael Kellner. Noch weiter geht der Bundestagsabgeordnete Sven-Christian Kindler: Es sei kein Geheimnis, dass die Grünen mit »der SPD und der Linken deutlich mehr inhaltliche Gemeinsamkeiten haben als mit Union und FDP«. Und die Abgeordnete Canan Bayram sagt: »Wir waren noch nie so nah an Grün-Rot-Rot wie jetzt gerade.«

Dass es einfach würde, mit SPD und Linken zu verhandeln, ist aber auch von linken Grünen nicht zu hören. Dass sich der Linkenaußenpolitiker und Reformier-

»Es wird nicht nur darum gehen, wer die schönste Braut für die CDU ist.«



Stefan Liebich aus dem Bundestag zurückziehen will, bedauern auffallend viele.

Die Zweifel an der Regierungsfähigkeit der Linken werden nicht laut ausgesprochen, aber sie sind da. Auf einer Pressekonferenz antwortete Parteichefin Annalena Baerbock auf die Frage, ob sie glaube, dass die Linken regierungsfähig seien: »Nachdem die Frage war, was ich glaube: Zum Glauben geht man in die Kirche, und ich bin kein gläubiger Mensch.« So antwortet niemand, der sich insgeheim ein linkes Bündnis wünscht.

Die Anhänger der Grünen sind da offenbar entschiedener. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey sagen rund 54 Prozent von ihnen: Wenn es nur diese zwei Optionen gibt, sollten sich die Grünen auf Rot-Rot-Grün unter Kanzler Scholz einlassen, nicht auf eine Juniorpartnerschaft mit der Union. Nur rund 31 Prozent sprechen sich für Schwarz-Grün aus. Sollten die Grünen am Ende vor der SPD liegen und selbst den Kanzler stellen können, dürfte die Zustimmung für Grün-Rot-Rot noch mal deutlich steigen.

Während die Grünen davon ausgehen können, dass sie nicht auf die beiden Roten angewiesen sein werden, um regieren zu



Steffen Roth



Andreas Chudowski / DER SPIEGEL



David Hecker / EPA-EFE / Shutterstock

Linkenchefin Kipping, SPD-Kanzlerkandidat Scholz, Grünavorsitzende Habeck, Baerbock: Jeder kämpft für sich

können, ist die Lage für die SPD vertrackter. In den meisten Umfragen liegt sie hinter den Grünen. Eine erneute Koalition mit der Union wäre selbstzerstörerisch. Selbst der frisch gekürte Kanzlerkandidat Olaf Scholz will sie angeblich nicht. Es bleiben ein Linksbündnis oder die rechnerisch und politisch noch unwahrscheinlichere Ampel.

Olaf Scholz sollte man dieser Tage ebenfalls besser nicht auf Rot-Rot-Grün ansprechen, er und Habeck bilden in dieser Hinsicht eine Koalition der Griesgramme. Im SPIEGEL sagte der Vizekanzler auf die Frage nach R2G, die »bleichgesichtigen Strategen in den abgedunkelten Hinterzimmern« sollten einfach die Wahl abwarten. In einem Interview mit »Bild TV« sagte er, er möge die Linkspartei nicht, er sei ja in der SPD. Als folge das eine aus dem anderen.

Scholz will Siegeswillen ausstrahlen, dazu Verlässlichkeit und Kontinuität, um der Union die Merkel-Wähler abzujagen. Dabei schadet die Linke nur, weil viele dieser Wähler sie ablehnen. Also bemüht man sich in der SPD wieder mal, die Ampel als realistische Option zu verkaufen. Und um Distanz zur Linken. »Jeder Satz zu Rot-Rot-Grün ist einer zu viel – es sei denn, er

kommt vom Kandidaten«, sagt ein SPD-Stratege.

Nicht wenige in den drei Parteien glauben, dass R2G überhaupt nur eine Chance hat, wenn man möglichst wenig drüber spricht. Als misstraute man den Wählern.

Wie es sonst laufe, erzählen einige, habe man doch vor drei Jahren erleben können. Damals konnte Scholz' Vorgänger Martin Schulz ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl auf sensationelle Umfragewerte verweisen. Vor der Landtagswahl im Saarland zeigte er sich offen für Rot-Rot. Das Experiment scheiterte. Nach der Saarland-Wahl erklärte Schulz: »Öffentliche Debatten über Rot-Rot-Grün sind schädlich.«

Das Leiden der Sozialdemokratie am Verhältnis zur Linken hat inzwischen Tradition. Den bundesweiten Erfolg der SED-Erben beförderte mit Oskar Lafontaine ausgerechnet ein Ex-SPD-Chef. Der hatte im Streit mit Gerhard Schröder 1999 Parteivorsitz und Ministerium aufgegeben und war 2005 zur WASG gewechselt, aus der gemeinsam mit der PDS eine gesamtdeutsche Linkspartei wurde, die sich vor allem darüber definierte, der SPD wegen der Hartz-Reformen Verrat an den kleinen Leuten vorzuwerfen.

Schon 2005 hätte es eine Mehrheit für Rot-Rot-Grün im Bund gegeben, 2013 ebenfalls. Doch beide Male entschied sich die SPD gegen das Kanzleramt und für die Union. Die Kombination aus Lafontaine, Ex-SED, radikalen Westlinken, dem Verlustschmerz über abgewanderte Wähler und Attacken des politischen Gegners verhinderte jede Annäherung.

Kurt Beck hat selbst darunter leiden müssen. Er führte die SPD von 2006 bis 2008 als Vorsitzender. Im Jahr 2008 versuchte Andrea Ypsilanti in Hessen, sich durch Tolerierung der Linken zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen – obwohl sie das vor der Wahl ausgeschlossen hatte. Beck sagt, er habe damals versucht, Ypsilanti den Plan auszureden. Vergebens. Ypsilanti scheiterte schließlich an vier Abweichlern aus den eigenen Reihen.

Heute sei die Lage anders, sagt Beck. Tatsächlich entschieden die Sozialdemokraten vor sieben Jahren auf einem Parteitag, Bündnisse mit der Linken auf Bundesebene nicht mehr auszuschließen. Dafür sollte die Linke aber in einigen Fragen ihre Politik ändern – nicht nur, aber vor allem in der Außenpolitik. »Eine Politik der Isolation darf es nicht geben«, sagt

Beck. »Ich habe den Eindruck, dass diese Lücken schwerlich zu schließen sind«, sagt Sientje Möller, Chefin des parteirechten Seeheimer Kreises. Darin waren beide Parteien immer schon gut: von der anderen zu verlangen, wie man selbst zu werden.

Scholz klingt bisher so, als wollte er an diese Tradition anknüpfen – obwohl sein Vorgänger als Kanzlerkandidat, Martin Schulz, nach seiner Distanzierung von den Linken ohne jede Machtoption dastand. Und obwohl es Frank-Walter Steinmeier 2009 und Peer Steinbrück 2013 genauso ergangen war. Rennt die SPD unter Scholz erneut in dieselbe Falle?

Anders als ihr Kanzlerkandidat werben die beiden Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans ziemlich unverschnörkelt für Rot-Rot-Grün. Esken zeigt sich sogar offen für eine Juniorpartnerschaft unter einer grünen Kanzlerin oder einem grünen Kanzler.

»Durch die Bündnisse in den Ländern wird der Umgang von Tag zu Tag entspannter«, sagt Sozialdemokrat Michael Müller, der in Berlin seit Jahren mit Linken und Grünen regiert. Mit der Linken sei weder in Berlin noch in Thüringen die DDR wiedergekehrt, sagt Müller. »Rot-Rot-Grün ist eine Option, nicht mehr und nicht weniger.« In Bremen half Sarah Ryglewski als stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, die erste rot-rot-grüne Koalition im Westen zu formen. Die Bundestagsabgeordnete ist Parlamentarische Staatssekretärin im Finanzministerium von Olaf Scholz und sagt: »Dabei ist wirklich eine neue Politik entstanden, die auch im Bund funktionieren könnte.«

Nicht einmal Carsten Schneider widerspricht da noch entschieden. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion war von 2012 bis 2017 Sprecher des Seeheimer Kreises. »Es wird nicht nur darum gehen, wer die schönste Braut für die CDU ist«, sagt er. »Wir führen keinen Wahlkampf für eine Koalition, sondern für eine starke SPD. Über alles andere entscheiden wir, wenn die Wähler das Wort hatten.«

Nichts ausschließen, zugleich maximal die Eigenständigkeit betonen: So wollen die meisten Sozialdemokraten und die Spitzen der Grünen in die Wahl ziehen. »Wir werden

mit eigenständigen Positionen in den Wahlkampf gehen«, sagt auch Linkenfraktionschef Dietmar Bartsch. Jeder kämpft für sich. Alles Weitere folgt im Herbst 2021, wenn alle Stimmen ausgezählt sind.

Aber es gibt noch eine andere Idee: dass Attraktivität nur durch die Aussicht auf Veränderung entsteht. »Wenn wir wirklich das Leben derjenigen verbessern wollen, für die wir gegründet wurden, brauchen wir eine Bündnisperspektive«, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der Linkenfraktion, Jan Korte.

So sieht es auch Parteichefin Katja Kipping: »Jetzt liegt die Möglichkeit einer progressiven Regierung auf dem Tisch. Das freut mich.« Kompromisse mache man nicht vor der Wahl, sagt Korte. Einen Lagerwahlkampf wollen beide nicht. Aber doch zeigen, dass man prinzipiell bereit ist zusammenzuarbeiten. Es brauche mehr Menschen, die Brücken bauen, sagt Kipping. Wenn man es ernst meine, müsse man versuchen, inhaltliche Gemeinsamkeiten zu erarbeiten, sagt auch Axel Troost, Parteivize der Linken und im Vorstand des Instituts Solidarische Moderne (ISM), das sich seit Jahren um eine Annäherung bemüht.

Es sind, ein ungewohntes Bild, gerade einige Linke, die am ehesten Interesse und Neugier auf Rot-Rot-Grün vermitteln. »Wir müssen unbedingt ausstrahlen, dass wir Lust auf Veränderung haben«, sagt der Linkenabgeordnete Friedrich Straetmanns. »Wer sagt, dass es gute und überzeugende Gründe gibt, die Richtung der Politik grundlegend zu ändern, der muss ans Steuerrad wollen«, sagt Susanne Hennig-Wellsow, Linkenchefin in Thüringen, die als neue Parteichefin gehandelt wird.

Die innerparteiliche Auseinandersetzung darüber steht in der Linken allerdings noch bevor – mit ungewissem Ausgang.

Auch sonst sieht es so aus, als wären die Vorsichtigen aller Lager in der Mehrheit. Anders als vor der Wahl 2017, als die zweite Reihe der Parteien mehrfach zum »Trilog«-Gespräch einlud, ist mit großen Anbahnungsrunden nicht zu rechnen.

Neue größere Formate scheint es nicht zu geben, und wenn doch angedeutet wird, da gäbe es etwas, soll es unbedingt geheim bleiben. Die alten Runden wie die »Denkfabrik« be-

stehen zwar weiter. Doch auch wenn mittlerweile jüngere Politiker dabei sind, wie der SPD-Abgeordnete Lars Castellucci, und wenn dort Bündnisse in Ländern mit vorbereitet wurden: Echte Dynamik für den Bund geht von »Denkfabrik« und ISM absehbar nicht aus.

Scheitern müsste eine Koalition, sollte das Wahlergebnis dies hergeben, trotzdem nicht. »Heute reden die Spitzen einfach selbst miteinander, die brauchen keine zweite Reihe mehr, die Gespräche anbahnt«, sagt einer, der an früheren Gesprächen beteiligt war. Die Linken- und SPD-Vorsitzenden betonen, der Austausch sei eng. SPD-Vize Kevin Kühnert pflegt guten Kontakt zu den Grünevorständen Ricarda Lang und Jamila Schäfer. Die Parlamentarischen Geschäftsführer von Linken und SPD, Korte und Schneider, verstehen sich.

Umso auffälliger ist der verkrampfte Umgang mit Koalitionsfragen, zumal die denkbaren Kombinationen so zahlreich sind wie nie. Schwarz-Grün, Grün-Schwarz, Rot-Rot-Grün, Grün-Rot-Rot, Ampel unter Führung der SPD oder der Grünen: sechs mögliche Koalitionen unter drei möglichen Kanzlerschaften.

Mehr Vielfalt als im deutschen Sechsfraktionensystem war nie und Bündnisfähigkeit nie wichtiger. Wer sie mitbringt, regiert, wie die Grünen in zahlreichen Bundesländern in unterschiedlichsten Koalitionen. Wer sie nicht hat, schaut zu. Wenn sie niemand aufbringt, droht ein Systemversagen, wie kurzzeitig in Thüringen.

Ist es da zeitgemäß, das Heil in der Eigenständigkeit zu suchen und Koalitionsfragen wie eine Zumutung zu behandeln? Wäre es nicht vorstellbar, über gemeinsame Ideen zu sprechen statt nur über Partner? Könnten so aus Diskussionen über Mehrheiten solche über Inhalte werden?

Was, wenn man etwa Janine Wissler danach fragt? Die Regierungsskeptikerin der Linken sagt: »Wir werden nicht unser Programm in die Tonne treten, um der SPD zu gefallen.« Wenn man sie also nach Inhalten fragt und verspricht, dass das wirklich nicht als Koalitionsaussage dargestellt werde, zögert sie kurz und sprudelt dann los: Den Ländern würde sie gern helfen, das »Schulsystem aus der Kaiserzeit« zu reformieren. Deutschland zum Bahnland machen, eine Verkehrswende schaffen. Pendlerströme und Mieten reduzieren. Den ländlichen Raum fördern.

Da scheint er kurz auf, der Wunsch nach Veränderung. Auch in anderen Gesprächen ist das so. Am Ende aber triumphieren meist die größten Feinde eines linken Bündnisses: Angst und Vorsicht.

Valerie Höhne, Timo Lehmann, Lydia Rosenfelder, Jonas Schaible, Christian Teevs

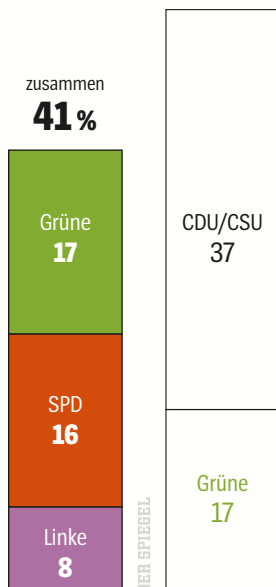
Machtperspektiven

Derzeitige Zustimmung für die Parteien eines rot-rot-grünen Dreierbündnisses

Basis: Infratest-dimap-Umfrage (Sonntagsfrage) vom 18. und 19. August, 1065 Befragte

zum Vergleich: Schwarz-Grün

54 %



DER SPIEGEL

SPD Kanzlerkandidat Scholz will in Potsdam für den Bundestag kandidieren. Das irritiert manche Genossen vor Ort.

Olafs neue Heimat



Florian Gärtner / Imago Images / Photothek.net

Minister Scholz im Filmpark Babelsberg in Potsdam 2019: »Wir passen ganz gut zueinander.«

● Kann es sein, dass der Mann, der Bundeskanzler werden will, scheitert, bevor es richtig losgeht? An einem Augustabend saß der Vorstand des SPD-Ortsvereins Potsdam-Mitte/Nord in einem Hinterhof beim Grillen beisammen. Gut zehn Genossen kamen, es gab Nackensteaks und Wassermelone. »Rein theoretisch wäre es ja denkbar, dass wir es schaffen, Olaf Scholz nicht zu nominieren«, sagte die Genossin Rita Schulze plötzlich. »Was bedeutet das dann?« Die Runde schaute sich fragend an. Dann ging es wild durcheinander am Tisch. »Dass wir auf 9,9 Prozent absinken«, sagte einer. »Dass wir uns lächerlich machen«, ein anderer. Eine Anwesende von den Jusos kündigte an, keinen Wahlkampf für Scholz zu machen.

Scholz, das wird auch in dieser Runde klar, hat in seiner neuen Heimat nicht nur Unterstützer. 309 Genossen zählt der Ortsverein Potsdam-Mitte/Nord, er ist damit der mitgliederstärkste in Brandenburg. Ein recht neues Mitglied ist der frisch gekürte Kanzlerkandidat der SPD. Und der will hier gleich kandidieren. Es geht um den Bundestagswahlkreis 61, der Potsdam und ein Stück Umland umfasst.

In den kommenden Wochen muss Scholz seine Partei hier überzeugen. Es gibt vier weitere Bewerber, die für die SPD im Wahlkreis antreten wollen. Entschieden wird bei einer Delegiertenkonferenz am 30. Oktober. Scholz hat es beim innerparteilichen Wettkampf traditionell

schwer. Bei Bundesparteitagen schnitt er oft schlecht ab, die Mitglieder wählten ihn nicht zum Parteichef. Wird er nun wenigstens die Brandenburger Genossen überzeugen?

Viele Sozialdemokraten waren jedenfalls verblüfft, dass er überhaupt in Potsdam antreten will. Scholz, der in Osnabrück geboren wurde und dessen politische Karriere vor allem mit Hamburg verbunden ist, zog vor zwei Jahren nach Potsdam, aus pragmatischen Gründen. Zum einen arbeitete er selbst wieder als Bundesminister in Berlin, zum anderen ist seine Frau, Britta Ernst, seit 2017 Bildungsministerin in Brandenburg.

Seit dem Umzug hat sich das Paar mit dem neuen Landesverband vertraut gemacht. Scholz tauchte hier immer wieder bei Terminen auf, holte seine Frau abends auch mal ab. Der Wahlkreis wurde frei, weil die Abgeordnete Manja Schüle zur Ministerin in Brandenburg berufen wurde. Scholz sagt nun, er wolle dort kandidieren, wo er lebe.

Doch der Start in seinem Wunschwahlkreis verlief holprig. Ende Mai verkündete er der Presse gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten Dietmar Woidke seine Bewerbung. Zeitgleich ging eine E-Mail an die Mitglieder des Landesverbands raus. Das sorgte für Irritationen. Sollte das übliche Verfahren etwa ausfallen und der Kandidat von oben bestimmt werden, ohne demokratischen Prozess?

Bei der vorigen Bundestagswahl war der Wahlkreis der einzige in Ostdeutschland, der von der SPD gewonnen wurde. Dass nun ein zugezogener Wessi übernehmen soll, kommt auch nicht bei allen gut an.

Das Verfahren, darauf bestanden die örtlichen Genossen, sollte erhalten bleiben. Scholz muss also um die Gunst der Potsdamer SPD-Basis kämpfen – und das macht er nun ganz beflissen. Beim Sommerfest seines Ortsvereins war er einer der Ersten, die sich anmeldeten. Wie hier berichtet wird, sei er von Grüppchen zu Grüppchen spaziert und erstaunlich zugänglich gewesen. In der ersten offiziellen Vorstellungsrunde habe er überzeugt, fünf weitere Runden bei verschiedenen Ortsvereinen sollen folgen, auch mit den Jusos will er noch sprechen. »Es ist ein gleichberechtigter Wahlkampf, und wir werden noch sehen, ob Olaf Scholz gewinnt«, sagt seine Mitbewerberin Friederike Linke.

In seinem Bewerbungsschreiben betont Scholz, im Landesverband hätten ihn mehrere, darunter Woidke, gefragt, ob er sich die Kandidatur vorstellen könne. »Joggen, rudern und wandern gehören zu meinen liebsten Hobbys – und auf diese Weise habe ich mir auch meine neue Brandenburger Heimat erschlossen.« Manch einer sage ihm Nüchternheit und politischen Pragmatismus nach. Diese Eigenschaften habe er auch bei vielen Brandenburgern angetroffen. »Ich glaube, wir passen ganz gut zueinander.«

Seine neue Ortsvereinsvorsitzende Sarah Zalfen hält das für authentisch. Potsdam sei eben auch eine Stadt der Zugezogenen, Herkunft also nicht entscheidend. Auch Ministerpräsident Woidke findet das Bild des kurzfristig zugezogenen Westdeutschen falsch: »Mit ihm hätten die Leute vor Ort eine Stimme in Berlin mit erheblichem Gewicht. Er wird – so hat er es immer getan – vor Ort sichtbar sein. Das werden die Leute schnell merken, dass sie einen verlässlichen Kämpfer für ihre Interessen gewinnen können.«

Deswegen, sagen auch die meisten Genossen beim Grillabend, müsste es Ende Oktober klappen. Sofort danach wird der Wahlkampf beginnen, die größere Herausforderung. »Wir sind ein Swingstate«, sagt Zalfen, die SPD gewinnt hier nicht sicher. Zuletzt haben die Potsdamer Genossen eine bittere Erfahrung gemacht. Ausgerechnet Klara Geywitz, Scholz' Partnerin bei der gescheiterten Bewerbung um den Parteivorsitz, verlor ihren Landtagswahlkreis an eine Konkurrentin der Grünen.

Das gleiche Schicksal könnte Scholz blühen. Denn seine Konkurrentin im Kampf um Potsdam wie vielleicht auch ums Kanzleramt ist die Grünenchefin Annalena Baerbock. Timo Lehmann

Alarmmodus für alle?

Corona Vor dem Herbst ringt die Politik um eine Strategie gegen die Pandemie. Fünf große Themen werden derzeit debattiert. Eine einheitliche Linie wird es wohl wieder nicht geben.

Es gab schon immer Leute, die konnten mehrere Monate lang Karneval feiern und in der restlichen Zeit des Jahres darüber reden. Vor allem am Rhein und im Süden Deutschlands sind sie zu Hause. Vielen Menschen im Norden ist diese Begeisterung eher fremd.

Doch Corona sorgt dafür, dass der Karneval die gesamte Republik dauerhaft beschäftigt. Einen ersten großen Schub bekam die Pandemie im Februar mit einer Narrenfeier im nordrhein-westfälischen Kreis Heinsberg. Und nun wird schon wieder über das Treiben in der fünften Jahreszeit geredet und gestritten. Denn am 11. November um 11.11 Uhr beginnt die nächste Karnevalssaison mit vielen Feiern in geschlossenen Räumen.

Bei drei Glas Bier bleibt es dabei häufig nicht. Und danach würden Corona-Regeln häufig nicht mehr eingehalten, hat Bun-

desgesundheitsminister Jens Spahn höchstselbst recherchiert, bei einem Gespräch mit Wirten im Münsterland. Anschließend hat er empfohlen, die Karnevalssaison abzusagen. Was anderen Politikern sehr schlechte Laune macht.

Die Diskussion um die richtige Corona-Politik schwillt nun wieder an. Nachdem Bund und Länder auf die Urlaubssaison mit ihren Risiken schlecht vorbereitet waren, müssen sie es im Herbst besser machen. Die Teststrategie für die Urlaubsheimkehrer kam zu spät und führte vor allem in Bayern zu Chaos. Wenn bald die Temperaturen sinken, bergen Feiern in geschlossenen Räumen ein großes Risiko.

Die Lage ist angespannt, am Donnerstag lag die Zahl der Neuinfizierten so hoch wie zuletzt Ende April. »Noch sind die Fallzahlen so, dass das Gesundheitswesen damit umgehen kann«, sagt Spahn. »Das Besorgniserregende ist die Dynamik.«

Einige Ministerpräsidenten, zum Beispiel Malu Dreyer (SPD) aus Rheinland-Pfalz und Tobias Hans (CDU) aus dem Saarland, drängen auf eine Konferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in der nächsten Woche, um sich über die großen Linien abzustimmen.

Ein solches Treffen wäre aber nur sinnvoll, wenn nicht ausschließlich gestritten würde. Ob das gelingen kann, ist offen, auch weil das Infektionsgeschehen in den Ländern so verschieden ist. In Thüringen stehen weitere Lockerungen an, was sich Hans für sein Saarland nicht vorstellen kann: »Wir müssen weiterhin vorsichtig sein und die grundlegenden Abstands- und Hygieneregeln im Alltag einhalten.« Dreyer sieht das genauso.

Vor allem fünf Corona-Themen sind es, die der Politik am Ende der Sommerpause und der Schulferien die größten Sorgen machen. Ein Überblick.



Selleriegarde der Knoblauchsländer Karnevalsgesellschaft, Kanzlerin Merkel 2019: Nach drei Bier hält sich kaum noch einer an die Regeln

Veranstaltungen

Minister Spahn hat nicht nur den Karneval im Visier, sondern alle größeren Veranstaltungen und Familienfeiern, bei denen die Obergrenze von drei Bier wackeln könnte. Seit Tagen predigt er, dass Feste mit 150 Gästen im schlimmsten Fall zum Infektionsherd werden könnten. Er kenne sich da aus, habe selbst lange genug bei Hochzeiten gekellert.

Ihm geht es nicht um eine pauschale Vorgabe. Auf dem Weihnachtsmarkt seien andere Personenzahlen denkbar als beim Sitzungskarneval, heißt es im Ministerium. Veranstaltungsort und Charakter seien entscheidend. Über das Prinzip allerdings will Spahn mit den Ländern sprechen.

Bislang ist die maximale Teilnehmerzahl Ländersache. Bayern lässt für private Feiern in geschlossenen Räumen nur 100 Gäste zu, in Brandenburg sind es bis zu 1000. Dreyer fordert hier eine Annäherung.

Am Dienstag plädierte Spahn in einer Telefonkonferenz mit dem Gesundheitsausschuss dafür, die närrische Saison ganz abzusagen. »Ich kann mir Karneval in diesem Winter, mitten in der Pandemie, schlicht nicht vorstellen«, sagte er, wie Teilnehmer berichten.

In seinem eigenen Landesverband, gespickt mit Karnevalshochburgen wie Köln und Düsseldorf, kam er damit nicht gut an. NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) hält Spahns Appell für verfrüht. Er will erst abwarten, welchen Einfluss Reiserückkehrer und Schulbeginn auf die Infektionszahlen haben.

Von strengeren Vorgaben für Familienfeiern hält Laumann nichts: Dass der Staat jetzt in die Privatwohnungen »reinregieren« müsse, »das sehe ich nicht«.

Auch aus anderen Ländern kommt Widerstand. Bodo Ramelow (Linke), Ministerpräsident von Thüringen, sagt: »Wir sollten nicht schon wieder mit der Angst operieren. Das hilft wirklich nicht weiter, ist meiner Meinung nach sogar gefährlich. Dass jetzt mal eben überall der Karneval abgesagt werden soll, finde ich völlig falsch. Ich will für Thüringen Wege suchen, damit Karneval möglich ist. Mit den Karnevalisten zusammen müssen wir doch eine Strategie finden, die das Feiern erlaubt, und nicht aus Angst vor der Apokalypse von vornherein alles abblasen.«

Tests

Das bayerische Desaster ist noch größer als bislang angenommen. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hatte vollmundig angekündigt, Rückkehrer aus dem Urlaub an den Autobahnen oder auf den Flughäfen massenhaft testen zu lassen. Doch bis zuletzt wurden nicht alle positiv Getesteten über das Ergebnis informiert.



Florian Gärtner / Photothek.net / imago images

Gesundheitsminister Spahn

»Das Besorgniserregende ist die Dynamik«

Nun zeigen SPIEGEL-Recherchen, dass es am Flughafen in München ein weiteres Problem gibt.

Einige Fluglinien versuchen seit vielen Tagen herauszufinden, wie sie mit den sogenannten Aussteigekarten verfahren sollen, die Passagiere aus Risikogebieten im Flugzeug ausfüllen müssen und die für die Gesundheitsämter bestimmt sind. Sie können damit feststellen, welcher Passagier auf welchem Platz saß und ob die Rückkehrer die Quarantäne einhalten und einen Corona-Test gemacht haben.

Eine große Fluglinie bestätigt allerdings, sie habe mehrmals versucht, beim zuständigen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in Erfahrung zu bringen, was nach einer Landung in München mit den Karten genau passieren solle. Vergebens.

Telefonanrufe wie E-Mails seien unbeantwortet geblieben. Der Zustand soll nach Informationen eines Brancheninsiders bis Mitte dieser Woche nicht abgestellt worden sein. Auch auf eine SPIEGEL-Anfrage antwortete die Behörde nicht, genauso wenig das bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Ein Sprecher des Flughafens München sagt, dass der Sachverhalt dort nicht bekannt sei, und verweist wiederum auf die beiden Behörden. So blieb unklar, wer sich um die wichtigen Passagierdaten kümmert.

In München dürften Tausende dieser Auskunftsbogen der Lufthansa oder von Turkish Airlines liegen geblieben sein. Ohne die Bogen kann aber nicht ermittelt werden, wer sich verbotenerweise nicht hat testen lassen.

Ein anderes Problem sind die unterschiedlichen Regeln für die Tests. Bärbel Bas, Gesundheitspolitikerin und stell-

vertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, sagt: »Wie in Deutschland getestet wird, ist sehr unübersichtlich geworden. Von Land zu Land, von Gesundheitsamt zu Gesundheitsamt gelten andere Regeln. Eine Strategie ist kaum mehr erkennbar. Kann ein Kind mit Schnupfen in die Kita gehen? Muss es zu Hause bleiben oder einen Test vorlegen?«

Pflegekräfte könnten sich erst testen lassen, wenn das Gesundheitsamt den Test anordnet, während Reiserückkehrer problemlos am Flughafen den Test machen können. Die Kapazitäten seien endlich, die Priorität sollte bei Schulen und medizinischem Personal liegen. »Bund, Länder und die Kanzlerin müssen sich zusammensetzen und eine einheitliche Teststrategie beschließen«, fordert Bas.

Masken

Am Freitagabend vergangener Woche um 18.33 Uhr verschickte das bayerische Landesamt für Gesundheit eine »Produktwarnung« an mehrere Behörden und Ministerien im Freistaat, darunter die Ressorts für Gesundheit und Justiz. Es ging um die »vorsorgliche Sperrung« von Schutzmasken, die der Freistaat unter anderem für Arztpraxen und das Technische Hilfswerk beschafft hatte.

In der E-Mail teilte ein Mitarbeiter des Pandemie-Zentrallagers mit, dass Masken von sechs chinesischen Herstellern »aufgrund fehlender Zertifikate« bis auf Weiteres gesperrt würden. Es geht um Produkte des chinesischen Typs »KN95«, die ungefähr den höherwertigen FFP2-Atemschutzmasken entsprechen. Die Ware eines weiteren Herstellers aus Fernost sei im Auftrag des Landesamts untersucht worden. Ergebnis: »Die Prüfmuster haben die Anforderungen vollumfänglich nicht erfüllt.« Die Behörde stoppte die weitere Auslieferung und warnte davor, die bereits verteilten Masken zu benutzen.

Die fragwürdige Ware dürfe jedoch vorerst keinesfalls entsorgt oder vernichtet werden. Mittlerweile sei ein »Rechtsverfahren« eingeleitet worden, in dem die Masken »Beweismittel« sein könnten.

Lieferant der Masken ist die Firma F&E Protective aus Passau. Ihr Chef Michael Bogner hatte sich im Frühjahr mithilfe von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) zum Retter in der Not aufgeschwungen. Die beiden kennen sich aus Scheuers Wahlkreis. Doch dann brachten SPIEGEL-Recherchen ans Licht, dass sich elf Millionen Masken, die für den Bund gedacht waren, als »Schrott« erwiesen, wie Bogner im April einräumte. Dadurch hätten sich die Lieferungen verzögert.

Jetzt musste er zugeben, dass es auch Probleme mit der Ware für die bayerische Staatsregierung gibt. Bei einer Teilliefe-

rung sei festgestellt worden, dass die Produkte »am Kinn nicht zu 100 Prozent abschlossen«. Diese Lieferung werde er »natürlich« zurücknehmen.

Ein Sprecher des bayerischen Gesundheitsministeriums erklärte den Vorgang so: Der Freistaat habe insgesamt drei Millionen Atemschutzmasken bei F&E Protective bestellt, die im Mai ausgeliefert worden seien. Bei der letzten Teillieferung von 14 000 Stück habe das »angeordnete Zertifikat« nicht vorgelegen, weshalb das Landesgesundheitsamt eine »Testung der Masken durch ein Prüflabor veranlasst« habe. Dabei hätten die Masken die Grenzwerte »nicht erfüllt«. Ob die zuvor millionenfach ausgelieferten Masken der Passauer Firma Mängel hatten, ließ das Ministerium offen.

Das Vertrauen in die Maske, die zum Symbol für die Corona-Politik wurde, wächst so natürlich nicht. Auch nicht in Söders Krisenmanagement.

Belüftung

Das Thema Belüftung werde in den nächsten Wochen eine große Rolle spielen, kündigte die Bundeskanzlerin am Dienstag an. Weil das Arbeitsministerium für den Arbeitsschutz zuständig ist, soll es die Chancen von »raumlufttechnischen Anlagen« bewerten.

Ende Juli hatte das Ministerium deshalb einen Workshop mit Experten veranstaltet. Die Erkenntnisse jedoch seien ernüchternd gewesen, wie Teilnehmer berichten. Moderne Filteranlagen könnten ein Beitrag sein, das Aerosolproblem zu mindern, aber keine vollständige Lösung.

Das Arbeitsministerium stellt nun Empfehlungen für das Kanzleramt und die anderen Ressorts zusammen. Es rät darin auch, die Wartungsintervalle für Lüftungsanlagen zu erhöhen, bevor im Herbst die Kälteperiode beginnt. Für den Einbau moderner Filteranlagen, die Aerosole effektiv reduzieren, ist außerdem ein Bund-Länder-Programm im Gespräch.

Auch für die Schulen ist die Belüftung ein Problem. Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, sagt: »Es gibt eine völlig ungelöste Problematik der Aerosole, die sich in völlig überfüllten, schlecht durchlüfteten Räumen verteilen.« Die Lehrkräfte sollten regelmäßig stoßlüften, damit frische Luft in den Raum komme und die Belastung durch Aerosole abnehme. Aber wie? »In vielen Schulen lassen sich schon aus Sicherheitsgründen die Fenster nur spaltweise öffnen und auf Kipp stellen. Kein Mensch weiß, was die kalte Jahreszeit bringt, wenn nicht stundenlang die Fenster offen sein können. Dann geht's erst richtig los.«



C. Hardt / Snapshot / Future Image



Peter Kneffel / dpa

Corona-Test, Ministerpräsident Söder*

Das Desaster ist noch größer

Quarantäne

Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte hat in dieser Woche angekündigt, die Quarantäne von 14 auf 10 Tage zu verkürzen. Das kann Folgen für die deutsche Diskussion haben.

Auch hierzulande gilt bislang eine 14-Tage-Frist: Wer aus Risikogebieten zurückkehrt und kein negatives Testergebnis vorweisen kann oder engen Kontakt zu Infizierten hatte, muss sich in häusliche »Absonderung« begeben. So will es das Infektionsschutzgesetz.

Eine Woche nach Symptombeginn sind die meisten Covid-19-Patienten allerdings nicht mehr ansteckend. Die Inkubationszeit (die Zeit zwischen Ansteckung und Symptombeginn) kann zwar auch mal zwei Wochen dauern, ist in aller Regel aber wesentlich kürzer, meist nur wenige Tage. Die Frage ist nun, ob 14 Tage die richtige Frist für die Quarantäne sind.

Streng genommen entscheiden die örtlichen Gesundheitsämter über deren Dauer. Allerdings sind die zwei Wochen Quarantäne bundesweit Standard, seitdem das Robert Koch-Institut (RKI) sie am 22. Januar in einer Empfehlung festgeschrieben hat.

Der Virologe Christian Drosten und SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach fordern das RKI seit Tagen auf, die Frist von 14 auf 7 Tage zu verkürzen. Eine längere Quarantäne habe nach neuen Erkenntnissen der Wissenschaft keinen Sinn. Mit einer Reduzierung würden zum einen die Gesundheitsämter entlastet. Zum anderen würde die Akzeptanz der Quarantäne bei den Bürgern steigen.

Der Erste Bürgermeister von Hamburg, Peter Tschentscher ist Sozialdemokrat wie Lauterbach, ist ausgebildeter Mediziner, wie Lauterbach, widerspricht ihm aber entschieden: »Ich halte nichts davon, die Quarantäneregelungen zu lockern. Sie sind medizinisch begründet, damit sind wir auf der sicheren Seite.«

Was ist schon sicher bei Corona? Das alte Problem.

Das RKI steht auf Tschentschers Seite. In einigen Studien, heißt es dort, würde auch über längere Inkubationszeiten berichtet, fünf bis zehn Prozent der Infektionen träten erst 14 Tage nach einer Ansteckung auf. »Ein Restrisiko besteht also auch nach einer Quarantänezeit von 14 Tagen, aber das Restrisiko bei Reduktion wäre erheblich«, so das RKI. Die Experten sähen daher »keine starken Argumente« von der 14-Tages-Frist abzuweichen, die auch die WHO empfiehlt.

Es gäbe also einiges zu besprechen für die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten. Im Sommer fehlte der Krisenpolitik ein Zentrum, weil es solche Treffen nicht mehr gab. Man hatte sie abgeschafft, weil die Infektionszahlen stark gesunken waren. Nun spricht vieles dafür, sie wieder aufzunehmen, auch wenn es nicht in allen Fragen Konsens geben wird.

»Ich plädiere für eine stärkere Rolle des Bundes«, sagt Lauterbach. Die Länder hätten sich in einer angenehmen Phase, der Phase der Lockerungen, ihre Entscheidungskompetenz zurückgeholt. »Jetzt, da die zweite Welle kommt, realisieren die Ministerpräsidenten, dass ihre Autonomie auch eine Hypothek ist.«

Das sieht Bodo Ramelow aus Thüringen anders. Er plädiert für ein Minimum: »Wenn es etwas bundesweit einheitlich zu regeln gilt, dann ist es die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Wenn wir eine gemeinsame Hygienekontrolle hinkriegen, dann können wir das gern gemeinsam beschließen. Aber nur weil irgendjemand nervös wird, müssen wir ja nicht alle in den Alarmmodus gehen.«

Ministerpräsidentin Dreyer kann sich eine einheitliche Obergrenze für die Teilnehmer von Veranstaltungen vorstellen, nicht aber ein generelles Verbot des Karnevals. Hier favorisiere sie individuelle Hygienekonzepte.

Einen Minimalkonsens dürfte es aber geben. Ramelow formuliert ihn so: »Einen Lockdown wie im März halte ich für ausgeschlossen und auch nicht für zulässig.«

Matthias Bartsch, Sven Becker, Markus Feldenkirchen, Silke Fokken, Florian Gathmann, Veronika Hackenbroch, Dirk Kurbjuweit, Veit Medick, Martin U. Müller, Lydia Rosenfelder, Cornelia Schmergal, Ansgar Siemens, Gerald Traufetter

* Oben: am Flughafen Köln/Bonn; unten: mit Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml.

Berlin. Auch das.

Rollfeld, Radweg, Rollschuhbahn?
Das sehen wir nicht so eng.

Landebahn 27L, Tempelhofer Feld

**JETZT
BERLIN
REISE
BUCHEN**

»Das Leben wird sich extrem verändern«

SPIEGEL-Gespräch Norbert Röttgen über seine Reformagenda für die CDU, einen möglichen Kanzler Markus Söder und den Traum, deutscher Außenminister zu werden

Röttgen, 55, ist CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Er bewirbt sich neben dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet und dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz auf dem nächsten Parteitag als CDU-Vorsitzender.

SPIEGEL: Herr Röttgen, als Sie unter Angela Merkel mal Minister waren, hatten Sie einen Spitznamen. Wissen Sie noch, welchen?

Röttgen: Sagen Sie es mir.

SPIEGEL: »Muttis Klügster«.

Röttgen: Ach, ja.

SPIEGEL: Fanden Sie den angemessen?

Röttgen: Ich sag mal so: Den Spitznamen hat die »FAZ« mir eingebrockt, aber die versteht ja bekanntlich was von klugen Köpfen.

SPIEGEL: Sie gelten immer noch als ziemlich gescheit, aber auch als Politiker mit einer gewissen Arroganz.

Röttgen: Da liegt, glaube ich, eine Verwechslung vor.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich dann, dass Sie so eine Zuschreibung bekommen?

Röttgen: Meine Wahrnehmung von anderen ist auch nicht immer korrekt. Ich muss mich da selbst manchmal korrigieren. Leute, die mich gut kennen, haben ein anderes Bild von mir.

SPIEGEL: Sie kandidieren für den Vorsitz der CDU. Braucht es dafür bestimmte Eigenschaften?

Röttgen: Das glaube ich schon. Es mag altmodisch klingen, aber gute Politik erfordert Charakter. Die wichtigste Eigenschaft für den Vorsitz der CDU ist wahrscheinlich, den Willen mitzubringen, die CDU als Partei der Mitte gesellschaftlich breiter zu verankern und programmatisch auf die großen Aufgaben in diesem Jahrzehnt vorzubereiten.

SPIEGEL: Das hört sich jetzt nicht nach einem besonders radikalen Programm an, für das es viel Mut braucht.

Röttgen: Oberflächlich betrachtet haben Sie recht. Aber allein, dass ich es als Herausforderung betrachte, die CDU in der Mitte zu halten, zeigt ja, dass ich das nicht als Phrase meine. Wir sind gefährdet in un-

serem Status als Partei der Mitte. Das gehört ausgesprochen. Wir drohen den Kontakt zur jungen Generation zu verlieren und haben eine viel zu geringe Beteiligung von Frauen. Hinzu kommt, dass wir auf die Aufgaben, die vor uns liegen, noch nicht so vorbereitet sind, wie es notwendig wäre.

SPIEGEL: Nach 15 Jahren CDU-Kanzlerschaft ist das tatsächlich eine interessante Analyse.

Röttgen: Wir müssen uns als Partei verändern. Wenn wir uns auf die großen Aufgaben vom Klimawandel bis zur Neuformulierung unserer internationalen Verantwortung einlassen wollen, können wir es nicht bei netten Botschaften belassen. Dann brauchen wir einen Mentalitätswechsel.

SPIEGEL: Die Schwarzen müssen ein bisschen grün werden. Sehen Sie es so?

Röttgen: Nein, ich will mir nicht bei den Grünen einfach etwas abgucken. Wir müssen die Gefahr des Klimawandels verinnerlichen und dürfen uns nicht nur damit beschäftigen, weil es jetzt gerade mal wieder so eine Stimmungslage gibt. Die Klimapolitik muss eine eigene Kompetenz der CDU werden. Das dürfte uns eigentlich nicht so schwerfallen. Viele der grundlegenden Fragen, was wir bewahren möchten und wie wir marktwirtschaftlich und technologisch auf die Klimakrise reagieren, können gebündelt nur von uns beantwortet werden. Aber wir haben uns die Klimapolitik stehlen lassen.

SPIEGEL: Braucht es einen neuen Klaus Töpfer?



Röttgen, SPIEGEL-Redakteure*

»Ein bisschen böse«

Röttgen: Das wäre schön. Aber wir können ja nicht auf die Ankunft von Heilsbringern warten. Das müssen wir schon aus uns selbst heraus schaffen.

SPIEGEL: Sie sagen, die CDU sei gefährdet. Um sie vor dem Absturz zu bewahren, braucht es also eine gehörige Portion politischer Führung. Oder?

Röttgen: Genau.

SPIEGEL: Was uns noch nicht so ganz klar ist: Sie kandidieren für den Vorsitz Ihrer Partei. Aber wollen Sie eigentlich auch Kanzler werden – oder nicht?

Röttgen: Der CDU-Vorsitz ist an sich schon eine gewaltige Aufgabe. Aber der Wille und die Fähigkeit, Kanzler zu werden, gehört dazu. Das sage ich uneingeschränkt.

SPIEGEL: Saskia Esken, die SPD-Chefin, hat auch mal gesagt, der Vorsitz sei eine Großaufgabe, und ein Parteichef müsse sich die Kanzlerkandidatur zutrauen. Doch alle wissen: Sie traut es sich eben nicht zu.

Röttgen: Das ist ein bisschen böse. Aber Ihrem Versuch, das auf die CDU zu übertragen, widerspreche ich. CDU-Vorsitz und Kanzlerschaft sind nicht weit voneinander entfernt. Was ich sage, ist, dass der CDU-Vorsitz ein Wert an sich ist und nicht vorrangig als Vehikel zur Kanzlerschaft genutzt werden darf. Das wäre für die Partei ganz gefährlich.

SPIEGEL: Sie haben neulich gesagt, Sie könnten sich auch einen CSU-Politiker als Kanzlerkandidaten der Union vorstellen. Aber wenn ein Christdemokrat nicht den klaren Kanzleranspruch erhebt – warum sollte er dann eine Chance auf den Parteivorsitz haben?

Röttgen: Das ist mir zu viel Parteisprech. Es ist einfach nicht selbstverständlich, dass die Union nach 16 Jahren schon wieder den Kanzler stellt. Wir müssen zusammen über die beste Aufstellung entscheiden. Wenn wir es nach 16 Jahren im Kanzleramt als Union schaffen würden, wieder einen Kanzler zu stellen, dann wäre das eine Riesenleistung – ob aus CDU oder CSU, kommt erst danach. Wir stehen vor einem absolut entscheidenden Jahrzehnt. Das Leben wird sich extrem verändern. Die Digitalisierung sorgt für einen radikalen Wandel, auch die geopolitischen Verschiebungen werden dramatische Folgen haben. Und wir geben uns alten parteipolitischen Ritualen hin? Das ist doch absurd.

SPIEGEL: Im Dezember will die CDU über den Vorsitz entscheiden. Jetzt steht wegen Corona schon wieder infrage, ob der Parteitag überhaupt stattfinden kann. Kann die Sache noch mal vertagt werden?

Röttgen: Eine erneute Verschiebung des Parteitags wäre fatal und ein völlig falsches Signal. Die Union muss bis Jahresende alle

* Christoph Schult und Veit Medick im Bundestag.



Andreas Chudowski / DER SPIEGEL

Kandidat Röttgen: »Ich will mir nicht bei den Grünen einfach etwas abgucken«

Personalfragen geklärt haben, inklusive der Kanzlerkandidatur. Wir brauchen zu Beginn des Wahljahres 2021 eine neu legitimierte Führung an der Spitze der Union und Klarheit für die Wähler. Das verträgt kein Vertagen. Ich erwarte von der jetzigen Parteiführung, dass wirklich alle Kreativität angewendet wird, die nötig ist, um den Parteitag stattfinden zu lassen. Es dürfen keinerlei Zweifel daran aufkommen, was wir wollen – nämlich Klarheit und neue Autorität.

SPIEGEL: Haben Sie eigentlich ein Wahlkampfteam?

Röttgen: Ja. Das hat jetzt keine Ausmaße wie in den USA. Aber ich habe eine ganze Reihe von Leuten aus unterschiedlichen Bereichen, die für mich arbeiten, mal programmatisch, mal organisatorisch oder kommunikativ. Viele haben sich gemeldet,

und nicht alle kannte ich vorher. Das hat mich besonders gefreut.

SPIEGEL: In der Coronakrise haben Sie keine echte Rolle. Empfinden Sie das eher als Nachteil oder als Vorteil? Markus Söder und Armin Laschet hatten ja zuletzt beide auch ihre Probleme mit ihrem Krisenmanagement.

Röttgen: Genau. Krisen sind zugleich Chancen der Bewährung und große Gefahren. Beides kann eintreten, wie wir gesehen haben. Ich hätte aber lieber die Chance gehabt, mich zu beweisen, das sage ich ganz offen.

SPIEGEL: Angela Merkel, die lange die CDU geführt hat, macht gerade viel richtig. Was würden Sie anders machen als sie?

Röttgen: Ich glaube, wir müssen uns wieder öffnen für die Diskussion der wichtigsten politischen Themen. Ich nenne nur mal die

soziale Spaltung als Beispiel. Dafür zu sorgen, dass wir in Zeiten der Digitalisierung als Gesellschaft zusammenbleiben und nicht zerfallen in Gruppen, die an dem Fortschritt teilnehmen, und solchen, die abgehängt werden, können wir doch nicht den anderen Parteien überlassen. Oder nehmen Sie die neuen wirtschaftlichen Herausforderungen. International erfolgreiche Unternehmen haben durch die Digitalisierung eine ganz andere Form von Verwundbarkeit, über Hackerangriffe zum Beispiel. Wir müssen unser Denken umstellen, und niemand kann erwarten, dass das von unten nach oben funktioniert. Das ist eine Führungsaufgabe.

SPIEGEL: Ihr Konkurrent Friedrich Merz versucht eher, den kulturellen Kern der Union wiederzufinden, die Sehnsüchte nach traditionellen Werten und Haltungen zu bedienen. Gibt es die nicht?

Röttgen: Natürlich gibt es eine Sehnsucht, den kulturellen Kern der CDU wiederzufinden. Es wird aber nichts wiedergefunden werden. Gesellschaften verändern sich, deshalb müssen wir Identitäten fortentwickeln. Zu sagen, dass die alte Sicherheit zurückkommt – das müssen wir als Illusion enttarnen.

SPIEGEL: Viele konservativ denkende Menschen könnten sich von Ihrem Ansatz überfordert fühlen.

Röttgen: Ein Zeichen unserer Zeit ist die brutale Veränderung, die wir durchleben. Überall finden revolutionäre Umbrüche statt, getrieben von Digitalisierung und neuen Technologien, kein Stein bleibt auf dem anderen. Das sorgt für ein enorm gesteigertes Sicherheitsbedürfnis, gerade auch, was Identität und Kultur anbelangt. Das ist legitim. Aber wir dürfen uns nicht der Täuschung hingeben, dass es ein Zurück gäbe. Das sollte auch gar nicht unser Ziel sein: Wir müssen die Veränderung aufnehmen und den Menschen eine neue Heimat geben. Ansonsten werden wir als CDU zum Rand in einer Gesellschaft, die sich immer weiter fortentwickelt, nur wir bleiben stehen.

SPIEGEL: Wird die Sehnsucht nach der alten Welt, nach alten Sicherheiten, gerade wegen der Coronakrise noch größer?

Röttgen: Ich bin nicht gegen alte Sicherheiten. Aber wir müssen doch auch sehen, welche Schwächen diese Krise offengelegt hat. Wir brauchen eindeutig einen Modernisierungsschub. Ansonsten leiden bei der nächsten Krise noch viel mehr Menschen.

SPIEGEL: Sie sind derzeit Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag. Wären Sie gern Außenminister?

Röttgen: Ich glaube, es überrascht niemanden, wenn ich sage, dass ich dieses Amt reizvoll finde. Aber ich habe entschieden, dass ich mich einer anderen schwierigen Aufgabe verschreiben möchte, nämlich dem Parteivorsitz. Das ist jetzt wichtiger.

SPIEGEL: Wenn Söder Kanzler wäre, könnten Sie ja ins Außenamt einziehen.

»Heimtückische Form der Kriegsführung«

Außenpolitik Interne Dokumente zeigen: Über eine Berliner Denkfabrik versucht Moskau, Politik und Wirtschaft zu beeinflussen. Im Mittelpunkt steht ein ehemaliger KGB-Mann.

Röttgen: Ich habe meine Entscheidung getroffen. Aber klar ist: Die CDU muss den Anspruch haben, das Außenministerium zu besetzen. Es ist 54 Jahre her, dass wir mit Gerhard Schröder zuletzt den Außenminister gestellt haben.

SPIEGEL: Die Kanzlerin hat – wie viele Regierungschefs – die wichtigsten außenpolitischen Bereiche an sich gezogen. Kann man als deutscher Außenminister überhaupt noch gestalten?

Röttgen: Die Aufgaben springen einen doch förmlich an. Wir erleben eine dramatische Rückkehr von Aggression und Machtpolitik. Angesichts unserer fatalen historischen Erfahrungen muss einen das doch geradezu antreiben, vor Katastrophen zu warnen, sich dagegen zu stemmen, Verbündete zu suchen. Denken Sie daran, wie sich Außenminister Gustav Stresemann in der Weimarer Republik für den Frieden aufgerieben hat bis hin zum körperlichen Zusammenbruch. Das sollte Vorbild für jeden deutschen Außenminister sein.

SPIEGEL: Im November wählen die USA, hoffen Sie auf einen Sieg von Joe Biden?

Röttgen: Die USA sind eine Demokratie, wir müssen jedes Wahlergebnis akzeptieren. Aber wenn Donald Trump zum zweiten Mal gewählt würde, wäre er befreit von jedem Druck einer Wiederwahl. Dann wäre er völlig ungebunden in der Entfaltung seiner Persönlichkeit. Das mag ich mir nicht wirklich vorstellen.

SPIEGEL: Was würde sich mit Biden ändern?

Röttgen: Der Ton und die Kommunikation würden sich ändern, aber die meisten Meinungsverschiedenheiten mit Europa würden bleiben. Die außenpolitischen Positionen unterscheiden sich zwischen Republikanern und Demokraten nicht groß, von der Fokussierung auf den Konflikt mit China über den Rückzug aus Europa bis hin zur Erwartung an Deutschland, militärisch mehr zu leisten. Nehmen Sie die deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2. Sie wird von den Demokraten genauso bekämpft wie von den Republikanern.

SPIEGEL: Sie gehören seit Längerem zu den Gegnern der Pipeline. Sind Sie froh, dass das Projekt jetzt angesichts drohender US-Sanktionen vor dem Aus steht?

Röttgen: Wenn es so käme, würde ich dem Projekt keine Träne nachweinen. Aber ich hätte es besser gefunden, wenn wir Europäer die Pipeline aus eigener Kraft gestoppt hätten. Dass die USA, obwohl sie überhaupt nicht betroffen sind, ihre außenpolitische Sicht mit extraterritorialen Wirtschaftssanktionen durchsetzen, halte ich für fatal. Die Anwendung von Sanktionen zwischen Partnern richtet großen Schaden an. Das ist keine Basis für Partnerschaft.

SPIEGEL: Herr Röttgen, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Am Gendarmenmarkt in Berlin liegt das noble Kaufhaus Galeries Lafayette, das auch Büro- und Konferenzräume beherbergt. Im Februar fand dort eine Veranstaltung mit einem ehemaligen Vizepremierminister aus Polen und einem deutschen Professor aus Karlsruhe statt. Sie diskutierten über »China und die Zukunft der Globalisierung«, eingeladen hatte das Dialogue of Civilizations Research Institute (DOC).

Der Organisation geht es »um Lösungsansätze für die zentralen Herausforderungen der internationalen Gemeinschaft«, wie es auf ihrer Website heißt. Dahinter stehe die Überzeugung, dass der »offene, respektvolle und gleichberechtigte Dialog« die »grundlegende Voraussetzung ist für das Zusammenwirken und die gemeinsame Existenz der Zivilisationen«. Das DOC veröffentlicht Aufsätze und Analysen, veranstaltet Vorträge, runde Tische und Konferenzen zu einer Vielzahl von Themen. Alles, was eine Denkfabrik üblicherweise so macht, ganz unverfänglich – auf den ersten Blick.

Tatsächlich aber scheint der Berliner Thinktank zu versuchen, die Interessen der russischen Regierung in den Westen zu tragen. Nicht offen und transparent, wie es andere Interessenorganisationen machen, sondern auf verdeckten Wegen. Mitgegründet wurde das DOC von Wladimir Jakunin, einem engen Weggefährten und Vertrauten des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Interne Dokumente zeigen, wie die Denkfabrik und ihr Mitgründer Netzwerk zwischen Politik, Wissenschaft und

Wirtschaft spannen, geben Einblick in die Finanzplanung. Sie zeigen auch, welche Rolle deutsche PR-Firmen dabei spielen sollten. Die Dokumente wurden dem Londoner Dossier Center zugespielt und liegen dem SPIEGEL vor.

Die Schlüsselfigur im Netzwerk des DOC ist der Initiator und Mitgründer Jakunin, ein russischer Millionär, der seit der Ukraine-Krise wegen seiner Nähe zu Putin auf den Sanktionslisten mehrerer Länder steht. Zu Sowjetzeiten soll er für den Geheimdienst KGB gearbeitet haben, später stieg er zum Chef der russischen Eisenbahn auf.

Seit einigen Jahren nun betätigt er sich als politischer Ideologe, der ein erzkonservatives, russisch-nationalistisch und anti-amerikanisch geprägtes Weltbild propagiert und ins Ausland trägt.

Jakunin wettet gegen eine vermeintliche »antirussische Hysterie« im Westen und war mit seinen Standpunkten in den vergangenen Jahren auch Bindeglied zur Neuen Rechten in Europa. So sprach er etwa im November 2014 auf der »Frieden mit Russland«-Konferenz des Magazins »Compact« in Berlin, das vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft ist.

Der Nationalist, der offenbar keine Behrungsängste mit Rechtsextremisten hat, versucht seit Jahren, seinen Einfluss bis tief in die deutsche Politik geltend zu machen, auch mithilfe von Menschen, die sich auf politische PR verstehen.

Im Frühjahr 2016 nahm ein Vertreter Jakunins Kontakt zu Fischer-Appelt auf, einer Agentur mit Sitz in Berlin. Das Unternehmen teilt auf SPIEGEL-Anfrage mit, »niemals für Wladimir Jakunin tätig« gewesen zu sein und die Anfrage damals »abgesagt« zu haben.

Nach SPIEGEL-Recherchen aber hat ein damaliger Mitarbeiter von Fischer-Appelt über seinen geschäftlichen E-Mail-Account zum Umfeld des russischen Geschäftsmanns Kontakt gehalten und für Jakunin ein Treffen mit dem SPD-Mann Reinhold Robbe organisiert. Robbe war lange Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und bis 2010 Wehrbeauftragter des Deutschen



DOC-Sitz Galeries-Lafayette-Haus
Rasantes Wachstum, steigendes Budget

Schoeningh / Bildagentur-Online / p-a- / dpa



Julien Chatelain / laif

Putins Mann Jakunin: »Regelmäßig Kontakte zu Staatsoberhäuptern«

Bundstags – er ist bestens vernetzt. Jakunin, Robbe und der PR-Mann trafen sich im Juni 2016 im Regent-Hotel in Berlin-Mitte. Fischer-Appelt erklärt nach Rücksprache mit dem inzwischen ausgeschiedenen Mitarbeiter, dass dieses Treffen »privat« erfolgt sei.

Robbe sieht das anders. Fischer-Appelt habe damals bei ihm angefragt, ob er bereit sei für ein Treffen mit dem Russen. »Als Hintergrund erläuterte man mir seinerzeit, dass Jakunin damit befasst sei, in Deutschland einen international besetzten und unabhängigen Thinktank zu gründen«, sagt der SPD-Veteran. Der Mitarbeiter von Fischer-Appelt habe ihm erzählt, dass man »verschiedene Persönlichkeiten« anspreche und »dass es sich bei Herrn Jakunin um eine international exzellent vernetzte Persönlichkeit mit freundschaftlichen Beziehungen zu Wladimir Putin handeln würde«.

Robbe habe damals nur unter der Bedingung zugesagt, dass »sich aus dieser Begegnung keinerlei Verpflichtungen für mich ergeben dürften«. Nach dem Gespräch stand für ihn fest, »dass ein Engagement für diese neue Initiative nicht infrage kommen würde.«

Der umtriebige Vertraute Putins versuchte in der Vergangenheit offenbar aber

auch, bis in die höchsten Ebenen der deutschen Politik zu gelangen. Wie aus den internen Dokumenten hervorgeht, wollte Jakunin seine Drähte bis in die Nähe von Kanzlerin Angela Merkel legen. In internen Schreiben behauptet er, über Kontakte zu »Vertretern aus Merkels engem Kreis« zu verfügen. Kam es zu einem Treffen des Ex-KGB-Manns mit Vertretern des Kanzleramts?

Prädestiniert für den Posten des inoffiziellen Superdiplomaten Moskaus.

Auf SPIEGEL-Anfrage wies das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung darauf hin, dass eine Pflicht zur Erfassung sämtlicher geführter Gespräche nicht bestehe. »Eine solche umfassende Dokumentation wurde auch nicht durchgeführt.« Soweit auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse ersichtlich, sei es aber zwischen 2014 und heute nicht zu bilateralen Treffen zwischen Jakunin oder Vertretern des DOC mit Mitarbeitern des Bundeskanzleramts gekommen.

Während seiner Zeit als Chef der russischen Eisenbahn und als Vorsitzender des Internationalen Eisenbahnverbands habe Jakunin »regelmäßig Kontakte zu den Staatsoberhäuptern vieler Länder, einschließlich Deutschlands« gehabt, antwortet die Pressestelle des DOC für Jakunin, an den die Anfrage des SPIEGEL eigentlich gerichtet war. Bei einer Veranstaltung in Mecklenburg-Vorpommern habe Jakunin »Angela Merkel und ihr Team« getroffen. Seitdem er im Jahr 2015 nicht mehr Chef der russischen Eisenbahn sei, habe es aber »keinen weiteren Kontakt« gegeben.

Die Nähe zur russischen Führung einerseits, gute Kontakte in die europäische Politik andererseits: Jakunin scheint prädestiniert für den Posten des inoffiziellen Superdiplomaten Moskaus. So behauptet ein Mitarbeiter in den internen Dokumenten, der Ex-Eisenbahnchef sei als einzige Person befugt, auf dem Gebiet der Außenpolitik als »inoffizielle Stimme« Russlands zu sprechen. Als solche könne er Botschaften überbringen, die für offizielle Kanäle ungeeignet seien.

Schon zu seiner Zeit als Chef der russischen Eisenbahn zeigte Jakunin Interesse an den Themen Geopolitik und Soft Power, also der nicht militärischen Machtausübung und Einflussnahme. Damals

begann er, regelmäßig zu einem Forum auf der griechischen Insel Rhodos einzuladen. Dort diskutieren bis heute Wirtschaftsvertreter, Diplomaten sowie einstige und amtierende Staatschefs Fragen der internationalen Politik – und vernetzen sich.

2013 gründete Jakunin zudem die Genfer Sankt-Andreas-Stiftung, die nach eigenen Angaben dem Zweck dient, »das russische Nationalerbe in Russland wie im Ausland zu erforschen und zu bewahren«. Sie unterstützt die orthodoxe Kirche, etwa durch die Veranstaltung von Konferenzen, durch die Restaurierung von Gotteshäusern in Russland und anderen Ländern. Die Stiftung hat ihren Sitz an derselben Genfer Adresse wie der Fonds, der das Berliner DOC finanziell trägt.

Die Annexion der Krim durch Russland Anfang 2014 und der Krieg in der Ukraine hatten dem Thema Geopolitik neue Dringlichkeit verliehen. Jakunin, damals noch Bahnchef, fand sich selbst im Mittelpunkt der Spannungen wieder: Im März desselben Jahres setzten die USA ihn auf eine Sanktionsliste, unter explizitem Verweis auf seine Nähe zu Putin. Australien zog bald darauf nach, 2019 verhängte auch Kanada Sanktionen gegen ihn. Auf einer solchen Liste steht der Russe in Europa nicht.

Das DOC mit seinem Sitz mitten in Berlin sollte Jakunins Engagement in der Welt der Denkfabriken, Stiftungen und internationalen Debatten auf eine neue Stufe heben. 2016 wurde es eröffnet.

Ein vorläufiger Budgetentwurf zeigt, mit welchen Kosten für das Institut zu rechnen war: 33 Millionen US-Dollar in fünf Jahren. Die Manager der Denkfabrik sollten 307 800 Dollar jährlich verdienen.

Im Übrigen rechnete man offenbar mit einem rasanten Wachstum der Denkfabrik und ihrer Aktivitäten, mit mehr und mehr Veranstaltungen und Projekten. Entsprechend sollten die Ausgaben für wissenschaftliches Personal steigen: von rund 1,4 Millionen Dollar im Jahr 2016 auf 4,9 Millionen Dollar 2020.

Ab 2018 dann war laut Plan auch die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen vorgesehen. Diese sollten zunächst 850 000 Dollar einbringen, anschließend ansteigen auf 3,3 Millionen Dollar im Jahr 2020. Weitere Einnahmen versprach man sich offenbar durch Sponsorengelder und Spenden. Im vergangenen Jahr erhielt das DOC eigenen Angaben zufolge rund 4,3 Millionen Euro an Spendengeldern – woher das Geld kam, wird nicht genannt.

Von Berlin aus organisiert die Denkfabrik Veranstaltungen in ganz Europa. So lud sie 2017 gemeinsam mit dem österreichischen Verteidigungsministerium und einer Studiengruppe des Partnership for Peace Consortium mit Sitz in Bayern zu



Alexei Druzhinin / ITAR-TASS / Imago images

Präsident Putin

Rückbesinnung auf nationalrussische Werte

einer Tagung auf ein mondänes Schloss aus Habsburgerzeiten in der Nähe von Wien ein.

Nahezu alle Flugkosten der Teilnehmer wurden vom DOC übernommen, Journalisten waren nicht zugelassen, Mitschnitte der Referate »streng verboten«, heißt es auf der Website der Denkfabrik. Das österreichische Ministerium und die bayerische Studiengruppe gaben auf SPIEGEL-Anfrage an, künftig nicht mehr mit dem DOC zusammenarbeiten zu wollen.

Aktuell knüpft das DOC weiter seine Netzwerke in Berlin und kooperiert zum

»Kremlfreundliche Erzählungen fördern und die Entscheidungsfindung steuern.«

Beispiel mit dem Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft. In einer »Berlin Call Initiative« soll die »Zukunft der Weltordnung nach Covid-19« untersucht werden.

Die Verantwortlichen des Berliner DOC streiten jegliche Einflussnahme der russischen Regierung ab. Es handle sich um eine gemeinnützige internationale Organisation, mit einem internationalen Team, das ein »breites Spektrum globaler Standpunkte« vertrete, heißt es auf Anfrage. Anschuldigungen, nach denen die Denkfabrik eine »Kreml-Agenda« verfolge, seien »schlichtweg falsch«.

Aber Kritiker wie Wilfried Jilge, Experte für Russland und die Ukraine bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, warnen deutlich vor der Denkfabrik.

Zwar könne man nicht von vornherein sagen, dass das Institut unwissenschaftlich arbeite oder reine Propaganda betreibe, sagt der Historiker, »aber wenn man genauer hinschaut, sieht man, dass auf eine etwas subtilere Weise russlandloyale Positionen vertreten werden.«

Jilge sieht das Institut als Teil eines größeren Soft-Power-Projekts, bei dem Jakunin eine zentrale Rolle spiele, auch durch sein Engagement in der Sankt-Andreas-Stiftung. »Sie fördert die Rückbesinnung auf nationalrussische Werte auf Basis der russischen orthodoxen Kirche ebenso wie die Verbreitung der Idee einer »russischen Welt«, sagt der Experte. Mit diesem Konzept legitimiere der Kreml zum Beispiel »die Aggression gegen die Ukraine«.

Der Einsatz von Thinktanks, Forschungsinstituten und philanthropischen Zentren nutze Moskau beim Versuch, »kremlfreundliche Erzählungen in westlichen Eliten zu fördern und so die politische Entscheidungsfindung zu steuern«, sagt Monika Richter, Expertin für Desinformationskampagnen im amerikanischen Beratungsunternehmen CounterAction. »Dies ist eine heimtückische Form der politischen Kriegsführung.«

Auch die Biografien einiger leitender Angestellter des DOC sprechen Bände. So arbeitete der Geschäftsführer zuvor im russischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten. Der ehemalige Leiter des Social-Media-Teams verbreitet auf Facebook homophobe und rassistische Memes und verherrlicht Putin. Ein Mitglied des Executive Board des DOC hat unter anderem für den russischen Staatskonzern Gazprom gearbeitet. Ein anderer Mitarbeiter war zuvor beim »Center of National Glory« angestellt – einer weiteren Jakunin-Stiftung, die sich für eine orthodoxe Außenpolitik und eine militärisch-patriotische Erziehung der Jugend einsetzt.

»Das Institut ist sehr eindeutig kremlbezogen, das sieht man sehr deutlich am Personal«, sagt Omid Nouripour, Sprecher für Außenpolitik der grünen Bundestagsfraktion. Es gehe offenbar nicht um Forschungsarbeit, »sondern um Einflussnahme zugunsten des Kreml«.

Für Konstantin Kuhle, den innenpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, ist das DOC ein Baustein der Soft-Power-Strategie Russlands. »Liberale Demokratien, internationale Institutionen und die Anerkennung der Menschenrechte sollen geschwächt werden«, sagt Kuhle. »In diese Propagandamaschine darf man sich nicht einspannen lassen. Eine Zusammenarbeit mit dem Institut sollte daher für deutsche Politikerinnen und Politiker nicht infrage kommen.«

Maik Baumgärtner, Roman Höfner, Alexander Sarovic

Die #WirStattIch-Aktion

16 % Mehrwertsteuer
geschenkt¹

Der Multivan 6.1 Family
jetzt ab 31.000 €²

Gemeinsam starten wir durch

Die größten Herausforderungen im Leben meistert man nicht allein – sondern nur mit gegenseitiger Hilfe und Unterstützung. Deshalb schenken wir Ihnen jetzt 16 % Mehrwertsteuer – und zwar auf alle Multivan 6.1 Modelle¹. Den Multivan 6.1 Family bekommen Sie jetzt schon ab 31.000 €². Und mehr Informationen bei Ihrem Volkswagen Nutzfahrzeuge Partner.

¹Bei Bestellung eines neuen Multivan 6.1 mit Bestelleingang bis 30.09.2020 und Auslieferung ab 01.07.2020 gewähren wir Ihnen einen Rabatt in Höhe des Mehrwertsteueranteils, der im jeweiligen Bruttokaufpreis enthalten ist. Dieser Rabatt entspricht einer Minderung von 13,79% des jeweiligen Bruttokaufpreises. ²Gültig für Privatkunden mit Bestelleingang bis 30.09.2020 und Auslieferung ab 01.07.2020 für einen Multivan 6.1 „Family“ 2,0 l TDI, 81 kW, 5-Gang-Schaltgetriebe (Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 7,6–7,4, außerorts 6,1–5,7, kombiniert 6,7–6,3, CO₂-Emission kombiniert: 176–167 g/km, Effizienzklasse C–B). Im Preis berücksichtigt ist die Mehrwertsteuerprämie. Gültig für Privatkunden. Bei teilnehmenden Volkswagen Nutzfahrzeuge Partnern. Abbildung zeigt Sonderausstattungen gegen Mehrpreis. Stand 07/2020.

vwn.de/aktionen-du



Das große Missverständnis

Flüchtlinge Im August 2015 sagte Kanzlerin Angela Merkel ihren legendären Satz »Wir schaffen das«. Hatte sie recht? Eine Analyse, fünf Jahre danach.

Wo anfangen, wenn alles fremd ist? Wenn man nicht viel mehr als »Ja« und »Nein« sagen kann in einer Sprache, die keine Ähnlichkeit mit der eigenen besitzt? Yazan Al Shareef schaute viel fern, meistens RTL. »Ich war so froh, als ich entdeckt habe, dass man am Fernseher deutsche Untertitel einschalten kann«, sagt er. Die Wörter, die er häufig hörte, habe er in ein Vokabelheft geschrieben.

Der 16-Jährige aus dem syrischen Rakka war nach seiner Ankunft im hessischen Lahn-Dill-Kreis unsicher, ob das alles zu schaffen sei: neue Sprache, neue Schule, neues Leben. »Ich hatte wirklich Zweifel.«

Seitdem sind fünf Jahre vergangen.

Al Shareef schüttelt den Kopf und lacht, als könnte er es nicht glauben, dass der Junge damals wirklich er war. Er lebt nach wie vor in Dillenburg und spricht fast perfekt Deutsch. Vor ein paar Wochen hat er sein Abitur bestanden, ab Herbst will er Maschinenbau studieren. »Ich bin ziemlich eingedeutscht«, sagt er. Am Gymnasium war er einer der wenigen Flüchtlinge. Sein Freundeskreis ist deutsch, er spielt als Außenverteidiger Fußball im SSV 1920 Allendorf, und er findet Mülltrennung wichtig. »Das ist gut für die Umwelt.«

Yazan Al Shareef kann sich nicht mehr vorstellen, nach Syrien zurückzukehren. Selbst wenn dort Frieden herrschte. »Höchstens um Urlaub zu machen«, sagt er. »Ich bin in Deutschland zu Hause.«

Es ist ein heißer Tag im August. Am Abend desselben Tages versammeln sich auf dem Marktplatz in Zittau die »Freunde von Pegida«. Zittau liegt rund 580 Kilometer weit von Dillenburg entfernt, auf einer Landkarte in einer fast waagerechten Linie von West nach Ost.

Rund 50 Menschen sind gekommen, einige mit Deutschlandfahnen, andere mit Plakaten. »Als Einheit gegen die Überfremdung im eigenen Land!« steht auf einem Banner, das Jugendliche, kaum älter als 16 Jahre, halten. Der erste Redner ist Pegida-Mann Wolfgang Taufkirch. »Die Muslime haben eine Taktik, und die ist immer die gleiche«, ruft er übers Mikrofon. »Einwandern, vermehren, Moscheen bauen, Islamverbände gründen, in die Politik gehen und dann das Land übernehmen.«

Dillenburg und Zittau, zwei deutsche Szenen. Was hier und dort passiert, hat



Peter Jülich / DER SPIEGEL

Syrer Al Shareef in Dillenburg: »Ich bin ziemlich eingedeutscht.«

mit dem Zustand des Landes in diesen Tagen zu tun, aber auch mit dem Zustand vor fünf Jahren und einem Satz, der damals fiel, am 31. August 2015. Er lautete: »Wir schaffen das.«

Die Bundeskanzlerin hat diesen Satz gesagt, und es ist interessant, ihn sich anzuhören. Die Kanzlerin kann grimmig, ungeduldig, genervt aussehen, was leicht davon ablenkt, dass das Schicksal sie mit einer weichen, ewig freundlichen Stimme ausgestattet hat, sodass sie selten staatstragend wirkt. Ihr »Wir schaffen das« kam so beiläufig daher, dass dieser Satz den Eindruck erwecken konnte, als wäre das, was folgen sollte, keine große Leistung.

Und damit begann das Missverständnis. Der Satz verselbstständigte sich, löste sich von der Stimmung jener Tage, in denen eine große Zahl von Flüchtlingen in Deutschland mit Wärme empfangen worden ist. Die »Willkommenskultur« war maßgeblich von Fotos ausgelöst worden: Bilder aus dem syrischen Krieg, von verzweifelten Menschen in Schlauchbooten auf dem Mittelmeer und dem Foto des ertrunkenen Flüchtlingsjungen Alan Kurdi am Strand.

Doch als sich abzeichnete, dass es mehr als eine Million Flüchtlinge werden würden, die im Jahr 2015 und 2016 in Deutschland zum ersten Mal einen Asylantrag stellen sollten – viele von ihnen aus Syrien, wo 2011 der Bürgerkrieg begonnen hatte –, glaubte eine größer werdende Gruppe das Gegenteil: dass es eben nicht zu schaffen sei. »Merkel muss weg« wurde die Parole der rechtspopulistischen Partei AfD.

Es gab vorher schon Unmut über Merkels Regierung, aber nach diesem Satz wurde der Riss jäh sichtbar. All das Trennende zwischen politischen Lagern, sozialen und regionalen Milieus machte sich nun fest an der Frage, ob Flüchtlinge hier willkommen oder unerwünscht seien.

Der Riss ging durch Familien, Freundeskreise. Zwischen der »Willkommenskultur« und der Fremdenfeindlichkeit gab es zwar ein breites Spektrum an Einstellungen, doch wie immer war es an den Rändern am lautesten. Der Mord an einer Freiburger Studentin durch einen Flüchtling aus Afghanistan im Oktober 2016, das Attentat von Anis Amri, der im Dezember 2016 auf dem Berliner Breitscheidplatz zwölf Menschen tötete – echte Ängste wurden politisch instrumentalisiert. Es sickerte ein Gift in das öffentliche Miteinander, das bis heute nicht verschwunden ist.

In der Folge wurde 2017 zum ersten Mal seit der Früh-



Bernd von Jutcsenka / opa

Flüchtlingsselfie mit Merkel 2015

Der Riss wurde sichtbar

phase der Bundesrepublik wieder eine Partei rechts von der Union in den Bundestag gewählt, dabei hatte es jahrzehntlang zum Selbstverständnis Deutschlands gehört, dass Rechtspopulisten hier nichts zu sagen haben.

Die AfD ist inzwischen in allen Landtagen vertreten. Merkels Satz half der Partei, ihr Thema zu finden. Die Anhänger der AfD weiteten ihren Argwohn gegen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin aus und misstrauten nun grundsätzlich Merkel, ihrer Regierung und den Medien. Der Trugschluss lautet, Medien und Regierung verfolgten einen geheimen Plan, der zur »Überfremdung« führe.

In diesen Tagen laufen große Prozesse. Gegen den Attentäter von Halle, der es 2019 auf Juden und Migrant*innen abgesehen hatte und vor Gericht argumentiert, durch die Flüchtlingskrise habe er keinen Platz mehr für sich in dieser Gesellschaft gesehen. Und gegen den mutmaßlichen Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke – der Politiker hatte in der Flüchtlingskrise Merkels Politik verteidigt und wurde im Juni 2019 zum Ziel einer tödlichen Attacke.

Wie also ist der Zustand Deutschlands fünf Jahre nach dem Satz? Hat das Land es geschafft, oder hat die Entwicklung uns geschafft? Sind die damals angekommenen Flüchtlinge integriert? Wie steht es um die Gesellschaft? Wie um die politische Klasse? Eine Analyse mit drei Blickrichtungen: auf Flüchtlinge und ihre Helfer, auf die Gegner der Flüchtlingspolitik und auf die Politik.

»In Deutschland habe ich zum ersten Mal in meinem Leben geatmet« – Geflüchtete und ihre Helfer

Peter Barth, 73, zieht eine Klarsichthülle mit Dokumenten aus seiner Aktentasche und legt sie auf seinen Schreibtisch. In den Excel-Tabellen hat er die Namen und weitere Daten der Geflüchteten gespeichert, die in der Gemeinschaftsunterkunft in Hebertshausen wohnen. Im Moment sind es rund 60, die meisten kommen aus Nigeria, Eritrea, Afghanistan und Sierra Leone. Auch einige Somalier leben in der oberbayerischen Gemeinde mit knapp 6000 Einwohnern nördlich von München.

Barth ist der Sprecher des Helferkreises Asyl Hebertshausen mit etwa 30 Mitgliedern. Er weiß genau, welcher Flüchtling welchen Aufenthaltsstatus hat, wer einen Ausbildungsplatz sucht und wem die Abschiebung droht. Er berät, hilft, tröstet; meist bei sich zu Hause im Arbeitszimmer.

Wenn ein jugendlicher Fußballschuh braucht oder eine Familie eine Mikrowelle, schickt er die Anfrage an seinen Mailverteiler »Sympathisanten«, rund 80 Menschen zählen dazu. »Meistens klappt das«, sagt er. »Irgendeiner hat immer etwas zu Hause rumstehen oder möchte etwas spenden.«

Menschen wie Barth haben einen großen Anteil daran, dass Merkels Satz nicht zu einer leeren Phrase wurde. Sie üben Deutsch mit Geflüchteten, helfen bei Anträgen, erklären Busfahrpläne.

»Das Engagement ist über die Zeit deutlich schwieriger geworden«, sagt er. Viele der Westafrikaner, die in Hebertshausen einen Asylantrag stellen, haben kaum Chancen darauf, als Flüchtling anerkannt zu werden. Die Angst vor der Abschiebung ist allgegenwärtig.

Barth war von Anfang an dabei. 2013 kamen die ersten 45 Flüchtlinge nach Hebertshausen, der Kaufmann war gerade in Rente gegangen. »Ich wollte etwas Sinnvolles tun«, sagt er. Seitdem ist er im Stress. Für die Flüchtlinge sei er in der Woche mehr Stunden ehrenamtlich tätig als damals in seinem Vollzeitjob für eine Textilfirma. »Ständig klingelt das Telefon«, sagt er. Sein Blick sei immer »sehr realistisch« gewesen: Wenn innerhalb kurzer Zeit mehr als eine Million Menschen über die Grenze kämen, hätte jedem klar sein müssen, dass darunter nicht jeder asylberechtigt sein würde.

Als Barth nach der Silvesternacht von 2015 auf 2016 die Nachrichten über die sexuellen Übergriffe durch meist nordafrikanische Migrant*innen auf Frauen am Kölner Hauptbahnhof hörte, fand er, das sei »eine ganz, ganz schlimme Geschichte«. Aber an seinem Engagement, seiner Einstellung änderte sich nichts.

Für viele Menschen bedeutete diese Nacht ein Wendepunkt. Standen bis dahin

Rund
890 000

Flüchtlinge

gelangten im Jahr 2015
nach Deutschland.

Allein
474 000

Syrer

stellten 2015 bis 2017 einen
Erstantrag auf Asyl.

Über **90 %**

von ihnen erlangten
wegen des Bürgerkriegs in
ihrer Heimat vorläufiges
Bleiberecht.

Quelle: BAMF, BMI

schutzbedürftige Familien aus Syrien im Mittelpunkt der Medienberichterstattung, waren es nun kriminelle Ausländer. Unter den Zuwanderern waren eben auch viele junge Männer aus schwierigen sozialen Verhältnissen.

Nennenswerte Probleme mit kriminellen Ausländern gebe es in seiner Gemeinde nicht, sagt Barth. Doch das Verhältnis zu den anderen Mietern im Haus sei »absolut erkaltet«. Denen passe nicht, dass ständig Flüchtlinge vorbeikämen, sagt er. »Ich ver-teufle sie nicht dafür. Aber ich bin auch nicht bereit auszuziehen, nur damit sie keinem Ausländer mehr an der Haustür begegnen müssen.«

Die Flüchtlingsunterkunft in Hebertshausen liegt auf einem Hügel. Das rosafarben angestrichene Haus mit Blick auf einen kleinen Park war einmal ein Altenheim. Kletterrosen wachsen an den Wänden.

Shyone Hagos, 25, und ihr Ehemann Josef Ferhan, 26, beides Christen aus Eritrea, kamen im Winter 2014 nach Deutschland, seit ihrer Ankunft wohnen sie in dem Heim. Jahrelang suchten sie nach einer eigenen Wohnung in Hebertshausen und Umgebung. »Keine Chance«, sagt Ferhan. In der Praxis gestalte sich »der Übergang in den regulären Wohnungsmarkt für Geflüchtete« schwierig, heißt es in einem aktuellen Lagebericht der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung.

Das Ehepaar konnte vor Kurzem mit seinen beiden kleinen Kindern in die Souterrainwohnung im Flüchtlingsheim ziehen, die privat vermietet wird. »Jetzt haben wir ein eigenes Bad und eine eigene Küche, das ist viel besser«, sagt Ferhan. Und dann: »In Deutschland habe ich zum ersten Mal in meinem Leben geatmet.«

Nach sechs Jahren sprechen die Eritreer gut verständlich Deutsch. Beide haben in Dachau eine zwei Jahre dauernde Berufsintegrationsklasse besucht. Nach dem starken Zuzug 2015 weitete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das Angebot an Integrationskursen, die auch einen

Deutschkurs beinhalten, bundesweit aus. Für anerkannte Flüchtlinge, die kein Deutsch können, ist der Besuch verpflichtend. Im ersten Halbjahr 2018 bestand aber gerade einmal die Hälfte der Teilnehmer den Test für das mittlere Schwierigkeitsniveau B1.

Hagos und Ferhan waren in der Berufsintegrationsklasse erfolgreich. Sie haben nun einen deutschen Schulabschluss. Hagos beginnt demnächst eine Ausbildung als medizinische Fachangestellte in einer Augenarztpraxis. Ferhan hat bereits eine Lehre als Fachlagerist in Dachau abgeschlossen. Im Moment ist er arbeitslos, vielleicht mache er bald eine weitere Ausbildung als Elektriker. »Damit kann man sich besser selbstständig machen.«

Dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge waren im Mai 2020 knapp 40 Prozent der Zuwanderer aus Kriegs- und Krisenländern arbeitslos. Bevor die Corona-Pandemie ausbrach, waren es 32,5 Prozent. Die IAB-Experten werteten die Zahlen bis zu diesem Knick als positive Entwicklung.

Wie gut ist die Familie mittlerweile in Deutschland angekommen? »Für uns ist das Leben jedes Jahr immer besser geworden«, sagt die Mutter. »Deutschland ist ein sehr gutes Land.«

Es gebe vieles, das sie noch erreichen wollten: einen sicheren Job finden, besser Deutsch sprechen, den Führerschein machen. Hagos wünscht sich zudem mehr Kontakt zu Deutschen. Zumindest ihr fünf-jähriger Sohn hat Anschluss gefunden im Kindergarten. Er hat einen Freund namens Paul. »Er war sogar schon zum Kindergeburtstag bei ihm eingeladen«, sagt Hagos und lächelt.

Zurück zu Merkels Maßstab »Wir schaffen das.« Haben es die Deutschen geschafft, die Geflüchteten zu integrieren? Die Bilanz nach fünf Jahren ist in vielen Bereichen eher gut. Helfern ist klar, dass es mehrheitlich nicht die Erwachsenen sein werden,

die ganz in Deutschland ankommen, sondern erst deren Kinder und vielleicht noch die Jugendlichen, die vor fünf Jahren kamen. Viele Flüchtlinge sind mit illusorischen Erwartungen nach Deutschland gekommen und müssen nun erkennen, dass es anstrengend ist, sich in den deutschen Fachkräftearbeitsmarkt einzugliedern. Sich von Illusionen verabschieden zu können, ist ein wichtiger Teil einer Integration, der bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger gelingt.

Und die vielen Helfer in der Flüchtlingskrise haben erkannt, dass Regierungen nicht alles »schaffen« können, dass das Leben in einer Demokratie nur dann funktioniert, wenn ihr Grundgedanke, der der Teilhabe, auch breit angenommen wird. Die Zahl der Helfer ist seit dem Höhepunkt der Zuwanderung zurückgegangen, eine Entwicklung, die an sich normal ist, aber in einigen Fällen auch damit zu tun haben dürfte, dass viele Helfer sich angegriffen, bisweilen sogar bedroht fühlen.

»Pfuuuuuuu« – die Gegner der Flüchtlingspolitik

Auf dem Marktplatz von Zittau ruft Wolfgang Taufkirch, der Pegida-Redner, über das Mikrofon: »In Bischofswerda soll in Kitas Arabisch angeboten werden, aber nicht freiwillig.« Die Menge ruft: »Pfuuuuuuu.« Die Empörung hier scheint immer dann besonders groß zu sein, wenn es um Beispiele aus der Nähe geht. Wenn die vermeintliche Überfremdung das eigene Leben berühren könnte. Bischofswerda liegt gut eine Autostunde entfernt.

Die »Freunde von Pegida« sind nicht allein auf dem Platz. Nur wenige Meter entfernt hat sich der Protest formiert, etwa zwei Dutzend Menschen stehen dort, anders als die Pegida-Leute tragen sie Masken. Auf ihren Schildern aus altem Pappkarton steht »Herz statt Hetze« oder »Kein Millimeter nach rechts«.

Grenzerfahrungen

Zahl der in Deutschland monatlich angekommenen Flüchtlinge*

2015

13. Februar

Sprengstoffanschlag auf eine Flüchtlingseinrichtung in Freiberg (Sachsen). Bis Jahresende kommt es zu insgesamt **75 rechtsextremistischen Brandanschlägen** auf Asylbewerberunterkünfte.

März

Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex warnt, der **Bürgerkrieg in Syrien** habe die »schlimmste Flüchtlingskrise seit dem 2. Weltkrieg ausgelöst«.

31. August

In einer Pressekonferenz zeigt sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zuversichtlich, Deutschland könne auch eine hohe Zahl von Flüchtlingen aufnehmen. Vor allem ihr Satz **»Wir schaffen das.«** wird kontrovers diskutiert.

4./5. September

Deutschland nimmt Tausende in **Ungarn gestrandete Migranten** auf. Ihre Ankunft wird von vielen begrüßt, zahlreiche Freiwillige helfen bei der Erstaufnahme.



Merkel auf der Pressekonferenz zur Flüchtlingskrise



Peter Schinzier / DER SPIEGEL

Eritreer Ferhan, Ehefrau Hagos mit Kindern in Hebertshausen: »Für uns ist das Leben jedes Jahr immer besser geworden«

Einer der Gegendemonstranten schreit: »Ihr Nazis!« Ein Pegida-Anhänger murrte zurück: »Was willst du?«, marschiert auf den Mann zu, baut sich auf, Gerangel, ein Wort ergibt das andere. Am Ende muss eine Polizistin die beiden trennen.

Was hat die Menschen so wütend gemacht, was die Aggressionen gegenüber Flüchtlingen entfacht? Auf dem Marktplatz in Zittau lassen sich nicht alle der einen oder anderen Front zuordnen. Da ist zum Beispiel ein Mann, der am Rand der Demonstration an einem Pfosten lehnt

und sagt, er sei zum ersten Mal bei Pegida. »Ein Arbeitskollege hat mir das empfohlen.« Er könne viele Dinge an der Politik nicht mehr verstehen. »Wieso werden straffällige Ausländer nicht einfach alle abgeschoben?«

Dann schaut er zu den Gegendemonstranten und nickt mit dem Kopf. »Eigentlich könnten wir gut mit denen auskommen. Nur hören wir einander nicht mehr zu.« Dieser Pegida-Neuling ist erreichbar für Argumente der Gegenseite – aber eben auch für Pegida.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz beschäftigte sich bereits im Dezember 2015 in einem Bericht zu »Radikalisierungstendenzen in der ›rechten‹ und rechtsextremistischen Szene angesichts der ›Flüchtlingskrise‹« mit den Übergängen zwischen radikalen Milieus und solchen, die noch nicht radikal genannt werden können: Auch »bürgerlich-rechts-populistische« Gruppen seien von der Vertrauenskrise im demokratischen Verfassungsstaat erfasst worden, heißt es. »Artikel aus Publikationen des rechts-

Oktober

Verschärfung des Asylrechts: Albanien, Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt.

206 101

Silvesternacht 2015/2016

Zahlreiche sexuelle **Übergriffe auf Frauen** in der Kölner Innenstadt. Viele der Täter sind junge Männer aus Nordafrika. In der Folge schlägt muslimischen Migranten vermehrt Ablehnung entgegen.

91 671

2016

9. März

Mazedonien und andere Balkanstaaten haben im Alleingang ihre Grenzen abgeriegelt. Damit ist die **Balkanroute faktisch geschlossen.**

18. März

EU-Türkei-Flüchtlingspakt: Ankara hindert Migranten an der irregulären Weiterreise in die EU. Im Gegenzug erhält die Türkei Finanzhilfen.

15 941

16 335

Oktober November Dezember Januar Februar März April Mai Juni

*Erstaufnahme Asylbegehrender (EASY): Die später ermittelten tatsächlichen Zahlen der Erstantragsteller auf Asyl lagen niedriger.

DER SPIEGEL Foto: Markus Boehm / DPA



Protestierende bei Pegida-Kundgebung in Zittau: »Der politische Preis war hoch«

intellektuellen Spektrums zeigen, dass mittlerweile sogar dessen Vertreter ansatzweise in Bürgerkriegskategorien denken.«

Eine Auffassung, die dem radikalen Lager entstammt, findet sich inzwischen weit in der Mitte der Gesellschaft: dass die Grenzen des Sagbaren immer enger würden, dass ein Meinungsmainstream herrsche. Umfragen zeigen, dass fast zwei Drittel der Bevölkerung so denken.

Thomas Kliche beschäftigt sich als Professor an der Hochschule Magdeburg-Stendal mit politischer Psychologie. »Wir haben als Gesellschaft die Grenzen naiver Anpassungserwartungen erfahren, die Auseinandersetzung über Identitäten hat sich verschärft«, sagt er. »Der politische Preis war hoch: Die Wirklichkeitsverweigerung namens Populismus hat sich organisiert und wird immer wieder hochblubbern und ernsthafte Politik behindern.«

Viele Menschen hätten sich »in einer Mischung aus Gefühlen und gewolltem Nichtdenken« entschieden, sich die Wirklichkeit zurechtzubiegen. Wut und Widerborstigkeit seien die populistische Version des Abschiebens von Verantwortung, dahinter stehe ein falscher Gedanke: »Statt eine neue Gesellschaft zu entwickeln, müsste man in dieser Denkweise nur die Politiker austauschen und unpassende Minderheiten wegagen.«

Solche Entwicklungen haben nie nur eine Ursache. Die Flüchtlingskrise selbst mag ein Katalysator gewesen sein, aber die Gründe liegen tiefer. Der frühere Bürgerrechtler Frank Richter war zur Anfangszeit der Pegida-Bewegung, Ende 2014, Direktor der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, mittlerweile sitzt er im Landtag; als parteiloser Politiker gehört er der SPD-Fraktion an. »Mir war schon zu Beginn klar, dass Pegida Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft haben wird«, sagt er. Pegida habe Unmut gebündelt und auf die Straße gebracht.

Das Auseinanderdriften habe allerdings weniger mit Flüchtlingen zu tun, sondern mehr mit Ost und West, mit Arm und Reich, mit Jung und Alt, mit Digitalisierung und Globalisierung. Die Differenzen seien über Jahre und Jahrzehnte angewachsen, ließen sich auch deshalb nicht in kurzer Zeit lösen.

Ähnlich sieht es Petra Köpping, in Sachsen Staatsministerin für Gesellschaftlichen Zusammenhalt. »Wir können nicht in kurzer Zeit aufholen, was zuvor viele Jahre nicht beachtet worden ist«, sagt die SPD-Politikerin. Vieles könne sie den sächsischen Bürgern heute noch nicht erklären. »Wenn mich ein Handwerker fragt, warum er 20 bis 30 Prozent weniger verdient als seine Kollegen im Westen, was soll ich ihm

dann sagen?« Köpping sieht auch Vorteile darin, dass da etwas aufgebrochen ist. Heutzutage seien die Menschen so diskussionsfreudig wie selten zuvor, vor allem während der Flüchtlingskrise. »Ich habe nie so volle Säle erlebt wie in dieser Zeit«, sagt Köpping. Das zeige, dass die Menschen Interesse hätten.

Die Entwicklungen im Osten seien auch wichtig für den Westen. »Wir erleben jetzt mit den Corona-Protesten, dass diese Bewegung vor allem vom Westen ausgeht.« Die Grundlage für die Proteste habe aber Pegida vor einigen Jahren gelegt. »Im Osten sehen wir solche Bewegungen meist ein paar Jahre früher, teilweise tauchen sie dann später in anderer Form auch im Westen auf.«

Und wie ist es hier mit Merkels Maßstab »Wir schaffen das«? Der Wunsch, der die Gegner von Merkels Migrationspolitik antreibt, Migration als Phänomen aus der Welt zu schaffen, wird sich nicht erfüllen. Das massive Wohlstandsgefälle in der Welt, die politischen Krisen, das Internet, das starke Bevölkerungswachstum in Afrika – all das trägt dazu bei.

Also muss über den Umgang damit gestritten werden, und dazu gehört das Zuhören, dies sagen sowohl Richter als auch Köpping. Der sächsische Minister-

präsident Michael Kretschmer hat im vergangenen Jahr seinen Wahlkampf mit genau dieser Strategie geführt: zuhören, zuhören, zuhören, welche Sorgen sich mit der Migration verbinden. Er konnte die AfD als stärkste Kraft im Land verhindern, die CDU behauptete sich auf dem ersten Platz.

»Als Zukunftsstrategie nicht tauglich« – die Politikerinnen und Politiker

Das Ziel der Flüchtlinge war Europa. Merkels »Wir schaffen das« wurde auf dem Kontinent vielerorts kritisch aufgenommen, der Satz galt als fahrlässige Aufforderung mit einer Sogwirkung, von der sich auch die europäischen Anrainer betroffen fühlten. Zu spät habe Merkel die anderen europäischen Länder einbezogen, so lautete ein Vorwurf. Unter dem Druck der Ereignisse begann eine Gruppe europäischer Länder, die Balkanroute abzuriegeln. Hinzu kam das von Merkel vorangetriebene EU-Türkei-Abkommen vom 18. März 2016. Die Lage entspannte sich, weil es den Flüchtlingen schwerer gemacht wurde, aber es bleibt ein fragwürdiges Abkommen: Ein Deal mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan ist ein Deal mit einem Despoten.

Das Thema, um das es in der Flüchtlingskrise wesentlich ging, war das der Grenzen – und dies wiederum rührt an das Selbstverständnis der EU wie kein zweites.

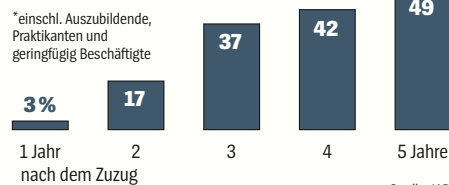
Der Wesenskern der Europäischen Union ist die Idee offener Binnengrenzen, plötzlich stand diese Idee infrage. Und nun, durch die Coronakrise, kommt dieses Thema wieder auf. Um die Pandemie einzudämmen, ergab sich im Frühjahr dieses Jahres die politische Notwendigkeit, den freien Reiseverkehr drastisch einzuschränken. Und da das erstaunlich unkompliziert ging, hat ein wichtiges Argument Merkels während der Flüchtlingskrise, Grenzen könnten nicht einfach geschlossen werden, seine Überzeugungskraft verloren.

Was es auf längere Sicht für die Europäische Union bedeutet, dass das Thema Grenzen nun zweimal hintereinander ins Zentrum rückte, lässt sich nur erahnen. Der jüngste EU-Gipfel in Brüssel, bei dem die Staats- und Regierungschefs Tage und Nächte hart um den Wiederaufbaufonds verhandelten und sich schließlich knapp einigten, machte zweierlei sichtbar: dass die Fliehkräfte innerhalb Europas zwar stark sind, es aber zu der schon in der Flüchtlingskrise befürchteten Entsolidarisierung eben doch nicht kommt.

Doch wie wirkte sich die Flüchtlingskrise auf die deutsche Regierung aus? In der Union hatten die unterschiedlichen

Angekommen ...

Erwerbstätigenquote* nach Deutschland Geflüchteter

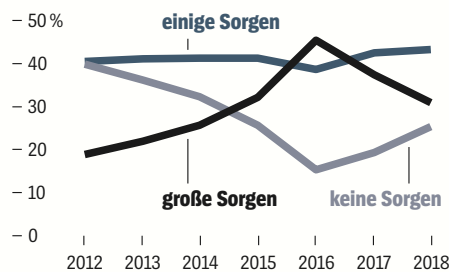


Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund: Anteil derjenigen, die mit Freundinnen und Freunden überwiegend Deutsch sprechen



... und angenommen?

So viele Bundesbürger machen sich wegen der Zuwanderung nach Deutschland ...



Haltungen das Klima in den eigenen Reihen vergiftet. Die bayerische Regierung erwog sogar eine Verfassungsklage gegen die Bundesregierung.

Horst Seehofer, vor fünf Jahren noch bayerischer Ministerpräsident, und Merkel galten während der Flüchtlingskrise als Kontrahenten. Als die bayerische Regierung auf eine Klage gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung verzichtete, zog die AfD im April 2018 vors Bundesverfassungsgericht. Das Gericht erklärte die Klage im Dezember 2018 aber für unzulässig.

Der Ablauf dieser Ereignisse zeigte, dass sich Haltungen einer etablierten Partei wie der CSU mit denen einer relativ neuen Partei wie der AfD zu überschneiden begannen. Die CSU versuchte vor der Landtagswahl im Herbst 2018, Themen und Stil der AfD zu kopieren in der Hoffnung, deren Wähler gewinnen zu können. Doch die CSU wurde mit einem für sie schlechten Ergebnis abgestraft, sodass deren neuer Ministerpräsident Markus Söder von dieser Strategie abwich. Er hat gelernt, an das heikle Thema Flüchtlinge so selten wie möglich zu rühren.

Konflikte mit Merkel vermeidet er nicht nur, er hofiert die Kanzlerin sogar und behauptet, von ihr zu lernen. In Umfragen

erreichen sowohl Merkel als auch Söder ungeahnte Popularitätswerte.

Auch Seehofer musste einsehen, dass seine Taktik, sich an den Stimmungen der lautstarken Merkel-Gegner zu orientieren, falsch gewesen ist. Inzwischen äußert auch er sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit fast liebevoll über die Kanzlerin.

Die AfD ist vollauf beschäftigt mit der Frage, inwieweit der rechtsextreme Flügel die Führung übernimmt. Alle Kraft geht nach innen, von ihrem Vorhaben, Merkel und die Regierung »jagen« zu wollen, ist zurzeit nicht viel zu sehen.

Die Coronakrise hat ein Übriges dafür getan, dass das Flüchtlingsthema in den Hintergrund getreten ist. Und doch ist es da. Gestritten wird derzeit um die Frage, ob Deutschland in größerem Umfang, als von der Koalition geplant, Flüchtlinge und insbesondere Kinder aus den schon seit Monaten überfüllten griechischen Lagern aufnehmen soll. Dies fordern nicht nur die Grünen, sondern eben auch Teile der SPD. Der Streit hierüber, der vor allem im März wieder aufflammte, zeigt, wie tief in der Politik die Ereignisse aus dem Jahr 2015 nachwirken.

Hat also die Politik es geschafft, die Flüchtlingskrise zu bewältigen? Ja, viele der drängenden Probleme aus dem Herbst 2015 konnten gelöst werden. Das ist nicht wenig – aber die Frage ist, ob es wirklich genug ist. Der Psychologe Thomas Kliche sagt dazu: »Es brachte und bringt viele Wählerstimmen, den Menschen reibungsloses Weitermachen vorzugaukeln. Diese Beschwichtigung war Merkels Erfolgsrezept – alles bleibt beim Alten, wir kennen uns ja. Diese Komplizenschaft ist als Wahlstrategie gelungen, als Zukunftsstrategie aber nicht tauglich.«

Noch sind alle gefordert: die Politik, die aufnehmende Gesellschaft, aber auch die ehemaligen Flüchtlinge. Es geht um Realitätsbewusstsein.

Streit gehört zur Demokratie dazu, insofern hat in Deutschland eine normale Entwicklung stattgefunden: Protest formierte sich auf der Straße und wurde dann von einer Partei aufgegriffen und in die Parlamente getragen. Doch es geht um Streit, nicht ums »Jagen« der AfD. Wer jagt, will die Beute erlegen. Konsens muss, so klein er auch ist, gefunden werden. Auch das gehört zur Demokratie.

Am Ende der Pegida-Demonstration in Zittau stehen die rund 50 Protestierenden stramm, aus den Boxen wummert die deutsche Nationalhymne. »Einigkeit und Recht und Freiheit«, singen die Demonstranten mit kratzigen Stimmen. »Brüderlich mit Herz und Hand.« Von den Gegendemonstranten kommt eine Minute lang kein Protest.

Susanne Beyer, Katrin Elger, Christian Volk



Dominik Butzmann / DER SPIEGEL



Dominik Butzmann / DER SPIEGEL

SPD-Newsroom-Leiterin Mohr, Influencerin Dellert: »Wie eine digitale große Schwester«

Bikinis und Bundespolitik

Karrieren Nach dem verheerenden YouTube-Video von Rezo wollten die Parteien ihr Verhältnis zu jungen Influencern verbessern. Doch sie tun sich schwer mit den Internetstars.

Einmal war sie Angela Merkel ganz nah. Louisa Dellert wartete vor dem Plenarsaal im Bundestag, der Korridor war leer. »Und plötzlich kommt diese kleine Frau mit ihrem Bodyguard rein.« Es war die Kanzlerin, die durch den Gang lief. Sie grüßten sich, das war's. Dellert strahlt noch heute, wenn sie davon erzählt. Dann sagt sie: »Zu Merkel habe ich leider noch keinen Draht.« Es klingt, als wäre das nur eine Frage der Zeit.

Louisa Dellert, 30, ist Influencerin. Sie lebt davon, Fotos und Videos aus ihrem Alltag im Internet zu zeigen. Geld verdient sie dabei mit Werbung. »Ich bin halt wie eine Zeitschrift«, sagt Dellert, »ich bin auch eine Plattform, um Produkte zu bewerben.« Fast 400 000 Menschen folgen ihr auf Instagram.

Dort ist meist Dellert selbst zu sehen: im Bikini, im Café, mit Freunden. Aber

auch: Dellert auf dem CDU-Bundesparteitag, Dellert mit SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil, Dellert mit dem FDP-Vorsitzenden Christian Lindner. Im vergangenen Jahr hätten die Anfragen aus der Politik zugenommen, sagt sie: »Man nimmt uns Influencer jetzt ernster.«

Es ist 15 Monate her, dass Rezo, ein YouTuber aus Nordrhein-Westfalen, in einem knapp einstündigen Video die Politik der Union auseinandernahm. »Die Zerstörung der CDU« erreichte binnen weniger Tage Millionen Menschen, bis heute wurde es 17 Millionen Mal aufgerufen.

Auf dieses Video folgte, zwei Tage vor der Europawahl, ein Statement von Rezo und 91 weiteren YouTubern. Die Botschaft: »Wählt nicht die CDU, wählt nicht die CSU und wählt nicht die SPD – und wählt schon gar nicht die AfD!« Bei der Wahl holten die Grünen mehr als 20 Pro-

zent, ein historisch gutes Ergebnis. Die CDU rutschte um mehr als 7 Prozentpunkte ab, blieb unter 23 Prozent. Sie hatte keine angemessene Antwort auf die Botschaften gefunden, blamierte sich mit einem elfseitigen PDF-Statement zu Rezos Zerstörungsfilm.

Nach dieser Pleite forderte CNetz, ein CDU-naher Verein für Netzpolitik, die Partei brauche eigene Influencer. »Das können und dürfen aber keine typischen Politiker sein«, stand in einem Arbeitspapier, »stattdessen sollte man meinungsfreudige Menschen identifizieren, die der CDU inhaltlich nahestehen, und bitten, diese zu unterstützen.« Das klang nach einem Richtungswechsel.

An einem heißen Tag im August dieses Jahres winkt Stefan Hennewig ab, wenn man ihn nach der Forderung aus dem CNetz-Papier fragt. Der Bundesgeschäfts-

führer der CDU ist kurz nach dem Rezo-Video ins Amt gekommen. So groß sei der Einfluss des Videos auf das Ergebnis der Europawahl letztlich nicht gewesen. Das könne man aus Untersuchungen und Befragungen erkennen, sagt er.

Dennoch suchte die CDU in den Monaten danach Anschluss an junge Influencer. »Wir wollten uns mit ein paar von ihnen austauschen und haben sie eingeladen, unseren Parteitag zu erleben und darüber zu berichten«, sagt Hennewig, »einige wollten entsprechend ihrem Geschäftsmodell aber Geld dafür.« Eine Agentur hätte 20 000 Euro Produktionskosten veranschlagt, etwaige Gagen für die Künstler noch nicht inklusive. Das sei nicht zu vermitteln, sagt Hennewig: »Wir wollen uns nicht dem Verdacht aussetzen, positive Berichterstattung einzukaufen.«

Dellert kam nach eigenen Angaben ohne finanzielle Gegenleistung zu der Veranstaltung. Insgesamt lud die CDU mehr als 20 junge Erwachsene ein, die Parteileute als potenziell CDU-offen identifiziert hatten. Darunter waren auch Namen, die gar nicht primär als Social-Media-Trendsetter bekannt sind: Teilnehmer an Castingshows, Laienschauspieler, Gesichter aus dem Privatfernsehen. Ein paar wenige sagten zu und kamen zum Parteitag, die meisten meldeten sich nie zurück.

Man versuche nicht, mit Influencern zusammenzuarbeiten, die sich auf Themen wie Lifestyle, Fashion und Beauty konzentrierten, sagt CDU-Mann Hennewig: »Das würde nicht zum Auftritt der Partei passen.« Außerdem gebe es viele Unionspolitiker, die bereits erfolgreich einen eigenen Account auf Instagram aufgebaut hätten. Die Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer mit mehr als 40 000 Followern beispielsweise.

Martin Fuchs, Social-Media-Experte und Politikberater, sieht allerdings noch Nachholbedarf. Er stelle fest, dass politische Akteure oft Angst davor hätten, sich auf Plattformen wie Instagram zu bewegen: »Viele befürchten, dass ihre Inhalte dort banalisiert werden könnten.« Gleichzeitig beobachte er, dass sich die Influencer-Szene langsam politisiere: »Viele wollen jetzt etwas anderes machen, als immer nur Produkte in die Kamera zu halten.« Das Rezo-Video habe auch das Selbstbewusstsein der Social-Media-Stars verändert: »Die haben gemerkt, dass sie was bewegen können.«

Dellert bietet seit etwa zwei Jahren politische Inhalte auf ihrem Kanal an, auf dem es früher nur um Fitness, Selbstliebe und Nachhaltigkeit ging. »Eigentlich«, sagt sie, »lohnt es sich nicht, politische Themen zu machen. Aber ich habe richtig Bock darauf.« Das scheint zu funktionieren: Fragt man im Bundestag nach In-

fluencern, hört man fast immer Dellerts Namen. Bezahlen lasse sie sich nicht, wenn sie mit Politikern oder Parteien zusammenarbeite.

Dellerts politisches Engagement fing mit Christian Lindner an. Dem schrieb sie vor zwei Jahren einen ruppigen Kommentar unter ein Foto auf Instagram: »Ich hatte mich über etwas geärgert, was er in einer Talkshow über Emissionshandel gesagt hatte.« Lindners Social-Media-Team reagierte prompt, zwei Wochen später traf Dellert den FDP-Vorsitzenden zu einem Gespräch im Bundestag. So ging es los. Jetzt findet auf ihrem Kanal politische Bildung zwischen Selfies und Bikinibildern statt. Das komme nicht überall gut an, erzählt sie: »In einem Moment spreche ich mit Olaf Scholz, im nächsten steige ich nackt aus dem Meer. Ich kann verstehen, dass man das komisch findet, aber mich stört's nicht.«

Der ehemalige Grünevorsitzende Cem Özdemir war schon auf Dellerts Kanal zu Gast. »Über soziale Medien erreiche ich Menschen, die klassischerweise weder Zeitung lesen noch ›Tagesschau‹ gucken«, sagt der Bundestagsabgeordnete. Ihm folgen 69 000 Menschen auf Instagram. Dort überträgt er unter anderem Gespräche mit

»In einem Moment spreche ich mit Scholz, im nächsten steige ich nackt aus dem Meer.«

Influencern. Zudem tritt er auf anderen Kanälen als Gast auf. Ihm sei wichtig, dass die Inhalte bei einer solchen Zusammenarbeit immer zu ihm passten. Für einen Grünenpolitiker sei das vergleichsweise leicht: »Klimaschutz ist für viele junge Menschen ein wichtiges Thema«, sagt Özdemir, »wir als Partei haben das Glück, dass unsere Themen schon auf den Plattformen sind.«

Und wie schlägt sich die SPD, von der Rezo und seine Kollegen ebenfalls abgeraten hatten? Das habe man nicht als Angriff verstanden, versichert Carline Mohr, die früher für den SPIEGEL gearbeitet hat. Sie leitet jetzt die digitale Kommunikation der Partei und sieht in der Kritik der Social-Media-Meinungsführer eine Chance: »Rezo hat eine wichtige Dynamik angestoßen«, sagt Mohr, »das Video hat den Zugang zu einer jungen Generation geöffnet.« Seit vergangenem Jahr gebe es in der Partei ein besseres Verständnis für Influencer. »Bei meiner Arbeit hat mir die Rezo-Debatte sogar geholfen«, sagt Mohr, »die Leute verstehen jetzt, warum ein Video mit Louisa Dellert kein Internetklimbim ist, sondern wertvolle Kommunikation.«

Und sie erinnert daran, was Generalsekretär Klingbeil kürzlich in einem Interview sagte: Die Bundestagswahl werde im Netz entschieden.

Ihrer Wirkmacht ist Louisa Dellert sich bewusst: »Für viele Leute da draußen bin ich wie eine digitale große Schwester. Wenn ich denen sagen würde, was sie wählen sollen, würden einige das einfach machen.« Eine solche Empfehlung werde sie deshalb nie abgeben, beteuert Dellert. Sie bemühe sich, mit allen Parteien ähnlich viel zu sprechen. Ausgenommen sei lediglich die AfD: »Die haben mich blockiert, damit muss ich mich gar nicht auseinandersetzen«, sagt Dellert.

Wie regelmäßig sie mit wem zusammenkomme, hänge auch von den Parteien ab: »Die Grünen kann ich immer anfragen, die sind superschnell, die SPD eigentlich auch.« Und die CDU? Dellert überlegt kurz, dann sagt sie: »Die versuchen das jetzt auch.«

Wenn Dellert mit der CDU zusammenarbeitet, ergreift meistens sie die Initiative. »Wir behandeln Frau Dellert und andere Influencer schon seit Jahren so wie andere Medienvertreter auch«, sagt Bundesgeschäftsführer Hennewig, »wenn jemand nach einem Termin oder Interview fragt, schauen wir natürlich, was wir für ihn tun können.«

Fragt man bei den Managern der Influencer nach, ist von vielen zu hören: »Wir hätten mit deutlich mehr Anfragen aus der Politik gerechnet.« Die Politiker hätten noch nicht erkannt, welches Potenzial ihnen entgehe, sagt einer der Manager. Er will nicht, dass sein Name in diesem Text auftaucht. Viele Influencer seien noch unpolitisch, er persönlich wünsche sich mehr Haltung. »Sollten die Social-Media-Stars es schaffen, dass sich noch mehr junge Menschen mit Politik auseinandersetzen, dann wäre das eine gute Sache.«

Auf den nächsten Parteitag wolle man, sofern die Corona-Bedingungen es zuließen, wieder Gäste einladen, darunter auch Influencer, heißt es aus der CDU.

Martin Fuchs, der Social-Media-Experte, glaubt, dass man sich deutlich intensiver mit dem Thema Influencer auseinandersetzen müsse. Der Nachholbedarf der Parteien auf dem Gebiet sei groß, sagt er: »Rezo wäre der perfekte Startschuss gewesen.« Doch seitdem sei wenig passiert.

Louisa Dellert hat schon begonnen, ihr Programm für die Bundestagswahl vorzubereiten. Sie startet eine Podcast-Reihe. Dass sie Merkel dafür vor das Mikrofon bekommt, ist jedoch unwahrscheinlich. Dellert würde ihr am liebsten ein paar private Fragen stellen: »Ich wüsste total gern, ob die auch einfach mal ein bisschen Fernsehen guckt.«

Christian Volk, Rebekka Wiese



CDU-Politiker Caffier: »Es geht um alle Beamten«

»Klare Kante«

Extremismus Innenminister Lorenz Caffier, 65, will alle Polizeibewerber in Mecklenburg-Vorpommern vom Verfassungsschutz überprüfen lassen.

SPIEGEL: Herr Caffier, wer sich als Polizistin oder Polizist in Ihrem Bundesland bewirbt, muss künftig damit leben, dass Sie beim Verfassungsschutz anfragen, ob dort etwas vorliegt. Misstrauen Sie allen Bewerbern?

Caffier: Nein, es geht um eine schlichte Abfrage, nicht um Ausforschung. Wir steigen denen nicht nach, recherchieren nicht, mit wem sie verkehren oder was sie wählen. Das ist, salopp gesagt, wie eine Schufa-Auskunft. Bei der fragt man nach, ob jemand kreditwürdig ist. Und analog fragen wir, ob die Person im Zusammenhang mit extremistischen Bestrebungen aktenkundig ist.

SPIEGEL: Von Beamten wird seit je Verfassungstreue verlangt. Warum jetzt eine solche Regelanfrage beim Verfassungsschutz?

Caffier: Wir beobachten seit Jahren, dass die politische Grundstimmung radikaler wird. Ansichten, die eher in rechten Zirkeln zu hören waren, sind in bürgerlichen Kreisen salonfähig geworden. Der Rechtsextremismus ist eine der zentralen Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden, da müssen wir eine klare Kante zeigen. Es gab ja auch bei uns einige beunruhigende

Fälle. Die Ermittlungen gegen die Gruppe »Nordkreuz« etwa ...

SPIEGEL: ... rechtsextreme Aktivisten, die Waffen gehortet und über die Tötung von Flüchtlingshelfern schwadroniert haben ...

Caffier: ... da war leider auch ein Beamter des Sondereinsatzkommandos (SEK) dabei. So etwas möchte ich verhindern. Denn sie werden solche Beamte selbst bei derart groben Verfehlungen kaum mehr los. Disziplinarische Maßnahmen müssen ruhen, solange strafrechtliche Ermittlungen laufen, und das kann Jahre dauern. Für die riesengroße Mehrheit der Polizisten, die zuverlässig und gesetzestreu ihren Dienst verrichtet, ist das verheerend. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass solche schwarzen Schafe gar nicht erst reinkommen – und damit auch die Möglichkeit verhindern, dass Extremisten über die Polizei an Waffen kommen.

SPIEGEL: Haben Sie Hinweise, dass Rechtsextremisten gezielt den Weg in die Polizei gesucht haben?

Caffier: Nein, das kann man so nicht sagen. Aber man muss feststellen, dass insbesondere Spezialeinheiten ein gewisses Eigenleben entwickeln können. Das haben auch

der Bericht der SEK-Kommission sowie der Umsetzungsbericht meiner Arbeitsgruppe gezeigt.

SPIEGEL: In den Siebzigerjahren sollten Verfassungsfeinde mit dem Extremistenbeschluss vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden. Wollen Sie ernsthaft den Radikalenerlass, der viele junge Leute dem Staat entfremdet hat, wieder aufleben lassen?

Caffier: Im Gegensatz zu damals schaffen wir eine saubere gesetzliche Grundlage. Und wir greifen nur auf Daten zu, die bei den Verfassungsschutzämtern bereits vorliegen. Wir betreiben also keine Ausforschung, die als Gesinnungsschnüffelei aufgefasst werden kann. Es entscheidet nicht der Verfassungsschutz, sondern die Einstellungsbehörde bewertet und entscheidet aufgrund der gegebenenfalls vorgelegten Daten nach einer Einzelfallprüfung, ob mögliche Zweifel an der Verfassungstreue berechtigt sind. Die Datenschützer waren von Anfang an eingebunden.

SPIEGEL: Auch das beste Verfahren ist keine Garantie, dass nicht doch einer oder eine durchrutscht. Gibt es denn auch Ideen, wie man Beamte, die erst später auffällig werden, beschleunigt aus dem Dienst entfernen kann?

Caffier: Daran müssen wir noch arbeiten. Ich würde gern das baden-württembergische Modell übernehmen, wo sie Extremisten durch einen Verwaltungsakt aus dem Dienst entfernen dürfen. Die können dagegen selbstverständlich klagen, aber man ist sie erst einmal los.

SPIEGEL: Wie weit sind Ihre Pläne?

Caffier: In unserer Koalition mit der SPD herrscht insoweit Einigkeit, dass wir die Regelanfrage beim Verfassungsschutz für die Polizei einführen wollen. Die Ressort- und Verbandsanhörungen dazu sind abgeschlossen. Ich würde aber gern noch weitergehen. Wir werden darüber reden müssen, ob man es nicht auf alle Beamten ausweitet. Schließlich geht es um die Frage der Verfassungstreue, und die betrifft nicht nur die Polizei, den Justizvollzug, Staatsanwälte und Richter, sondern letztlich alle Beamten in den Verwaltungen.

SPIEGEL: Dann würden alle angehenden Beamten überprüft?

Caffier: Ich könnte es mir vorstellen, aber dafür braucht es einen breiten politischen Konsens. Manche Entwicklungen sehe ich mit Sorge. Im Schatten vieler Proteste gegen die Corona-Regelungen finden Leute zusammen, die zu einer explosiven Mischung und so zu einer Radikalisierung der Gesellschaft führen können.

SPIEGEL: Klingt nicht sehr optimistisch.

Caffier: Als Innenminister bin ich nicht für gute Laune zuständig, sondern für die innere Sicherheit. Interview: Gunther Latsch

Das Geschäft mit den Influencern

Neues aus der SPIEGEL-Welt: Das Kindermagazin **Dein SPIEGEL** erklärt, wie schon 13-Jährige auf Instagram & Co. werben, wer damit Geld verdient – und wo Risiken lauern.



Aus »Dein SPIEGEL« 9/2020

Als heutigen Tagesdurchschnitt zeigt Emilias Handy an: 5 Stunden war sie auf Instagram, 3 Stunden auf TikTok, auf YouTube 20 Minuten. Und es ist nicht mal 18 Uhr. Natürlich postet sie nicht die ganze Zeit, aber immer wieder schreibt sie sich mit ihrer Community. »Interaktion ist alles«, sagt sie. Emilia ist 13 Jahre alt und hat Abertausende Follower. Vor fast vier Jahren postete sie ihr erstes Video. Heute ist sie Influencerin.

Denn mit den steigenden Abozahlen wurden Firmen auf Emilia aufmerksam. Influencer kommt vom englischen Wort »to influence«, das heißt »beeinflussen«. Beeinflusst werden die Kaufentscheidungen der Follower. Wie funktioniert das?

Influencer wie Emilia pflegen eine Beziehung zu ihrer Community, gewähren Einblicke ins Privatleben. Das Gefühl von Freundschaft und Vertrautheit entsteht. Deshalb gelten Influencer-Empfehlungen als verlässlich. Das macht Influencer attraktiv für Unternehmen, die Werbung machen wollen. Firmen statten Influencer mit Produkten aus, und die wiederum bekommen Geld dafür, dass sie die Sachen empfehlen, benutzen oder einfach nur zeigen. Unter Emilias Instagram-Post wird prompt kommentiert: »Woher ist das Oberteil?«

Aber nicht alle Follower sind harmlos. Darum ist es wichtig zu wissen, worauf Kinder und Jugendliche achten müssen, wenn sie sich in den sozialen Medien präsentieren.

SCHÜTZE DEINE PRIVATSPHÄRE!

Verrate niemals im Internet, wo du wohnst, wie deine Handynummer lautet oder wie du mit Nachnamen heißt. Filme oder fotografiere nicht die Gesichter deiner Freunde oder Geschwister ohne Absprache. Auch wenn du in deiner Community viele Gleichaltrige hast, die du richtig

nett findest – in Wirklichkeit sind die allermeisten Fremde, und die geht es nichts an, wie dein Bett aussieht.

LASS DICH BEGLEITEN!

Auch wenn du denkst, dass du dich besser im Internet auskennst als deine Eltern: Du bist minderjährig. Sie haben die Verantwortung für dich und deine Social-Media-Kanäle. Sprich mit ihnen ab, was okay ist, und vor allem, was nicht. Wenn dich jemand so anschreibt, dass du es komisch, unangenehm oder gar eklig findest, behalte das keinesfalls für dich. Das gilt besonders dann, wenn diese Leute dich bitten, dass die Kontaktaufnahme »unter euch« bleibt. Gib deinen Eltern sofort Bescheid.



Weitere Themen im Heft

- Am laufenden Band: So wird ein Elektroauto hergestellt
- Auf der Flucht: Die EU wollte Kinder aus griechischen Flüchtlingslagern aufnehmen. Dann kam Corona. Wie geht es jetzt für die Kinder weiter?
- In Gefahr: Warum Feldhamster so selten sind

»Dein SPIEGEL« ist das monatliche Nachrichten-Magazin für Kinder zwischen 8 und 14 Jahren. Die neue Ausgabe ist jetzt erhältlich im Zeitschriftenhandel, außerdem unter amazon.de/spiegel und meine-zeitschrift.de. 68 Seiten; 4,20 Euro; ausgewählte Texte auf spiegel.de/deinspiegel/

Plötzlich krank

Betrug Bewohner eines Altersheims sollen mit Medikamenten sediert worden sein, damit sie pflegebedürftiger wirkten.

Andrea U. erkannte ihre Mutter kaum wieder. Im April 2019 besuchte sie die Seniorin in einem Altersheim in Langelsheim am Harz. Die alte Frau habe auf einem Stuhl gesessen, mit herabhängendem Mundwinkel, und sei immer wieder zur Seite gekippt. So berichtete es die Tochter später der Polizei. Schon am nächsten Tag ging es der Mutter wieder besser.

Was Andrea U. da nicht wusste: Kurz vor dem Besuch hatte ein Gutachter des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) die Seniorin untersucht. Ergebnis: Pflegegrad 5, die höchste Stufe.

Als Andrea U. das Gutachten las, wunderte sie sich. Die MDK-Expertise führte aus, die Seniorin sei nicht in der Lage, »selbstständig ihren Kopf und Rumpf zu halten«. Andrea U. strich diese und andere falsche Feststellungen in dem Gutachten an und dokumentierte mit Fotos, wie fit ihre Mutter noch war. Denn die konnte sehr wohl allein aufstehen und frei sitzen.

Bis dahin wurde die Rentnerin deshalb nur in Pflegegrad 2 geführt, dem zweitniedrigsten. Die Tochter sagt, sie habe gleich den Verdacht gehabt, dass die Mutter vor der Untersuchung mit einem Mittel außer Gefecht gesetzt worden sei.

Warum die Seniorin damals so viel pflegebedürftiger wirkte als sonst, beschäftigt die Staatsanwaltschaft Braunschweig. Andrea U. ist Zeugin in einem Ermittlungsverfahren gegen die Leiterin des Altenheims und das Ehepaar, das es betreibt. Der Vorwurf: Betrug in einem besonders schweren Fall sowie Misshandlung von Schutzbefohlenen und schwere Körperverletzung durch Unterlassen.

Die Polizei durchsuchte vor wenigen Tagen das Heim. Der Landkreis richtete einen Sonderstab ein, um die knapp 70 Bewohner zu versorgen. Die Beschuldigten kamen vorübergehend in Untersuchungshaft – wegen Verdunkelungsgefahr.

Das Verfahren begann Anfang 2020 mit einer Strafanzeige der Heimaufsicht des Landkreises Goslar wegen »Unregelmäßigkeiten«. Ehemalige Mitarbeiter sowie Angehörige von Heimbewohnern hatten besorgniserregende Zustände gemeldet. Die Staatsanwaltschaft ließ daraufhin Telefone überwachen. Anfang Juli zeichneten die Ermittler Gespräche auf, die sich auf eine Sonderprüfung des Heims bezogen. Die Heimaufsicht hatte eine Liste der Bewohner und ihrer Pflegegrade angefordert. Eine Mitarbeiterin erkundigte sich bei ihrem Chef, welche Liste sie verschicken solle: die mit den »bekannteren« oder die mit den »gewollten« Pflegegraden?

Die Frage der Mitarbeiterin nährte einen Verdacht. Gab es einen Plan der Hausleitung für jeden einzelnen Bewohner? Das Betreiber Ehepaar bestreitet die Vorwürfe vehement. Seine Anwälte sprechen von »massiven« beziehungsweise »infamen Intrigen«. Bewohner seien nicht sediert worden. Und: »Es gab zu keinem Zeitpunkt Listen mit »gewollten Pflegegraden«, sagt Anwalt Michael Nagel, der den Heimchef vertritt.

Für die Einrichtungen geht es um viel Geld. Pflegegrad 1 bedeutet eine Pauschale von 125 Euro im Monat, Pflegegrad 5 mehr als das 16-Fache – 2005 Euro. Der Verdacht der Ermittler: Das Heim habe möglicherweise für mehrere Bewohner neue Einstufungen veranlasst, obwohl der Gesundheitszustand keinen Anlass dazu gab. Um die Gutachter in die Irre zu führen, sollen die Bewohner mit Medikamenten sediert worden sein.

Eine Mitarbeiterin des sozial-psychiatrischen Dienstes des Landkreises Goslar berichtete den Ermittlern von einer Heimbewohnerin, die sich ihr im Mai 2017 anvertraut habe. Sie habe sich für das Gutachten ins Bett legen müssen, habe die Rentnerin erzählt. Ihr sei ganz neblig gewesen. Während der Untersuchung habe sie nichts sagen können, anschließend habe sie viel geschlafen. Das Ergebnis: Pflegegrad 5.

So desolat, wie die Einstufung des MDK vermuten lässt, war der Gesundheitszustand der Bewohnerin womöglich nicht. Nach einem Streit mit der Heimleitung sei die Rentnerin Ende März 2017 in ihre vorherige Wohnung zurückgezogen. Dort hätte sie, unterstützt von einem ambulanten Pflegedienst, ihren Alltag bewältigt, berichtete die Zeugin.

Die Beschuldigten sollen überdies zwischen September 2019 und Juni 2020 mindestens drei Seniorinnen die medizinische Versorgung in einem Krankenhaus verweigert haben. Auch diese Vorwürfe bestreiten die Beschuldigten.

Eine ehemalige Mitarbeiterin, die anonym bleiben möchte, beschreibt den Umgang der Leitung mit Bewohnern und Mitarbeitern gegenüber dem SPIEGEL als »wirklich schlimm«. Abgehörte Telefonate scheinen das zu bestätigen: Der Chef des Heims äußert sich darin abfällig über die Bewohner und Angestellten, es fallen Worte wie »Tussi«, »Arschloch«, »Verräter-schwein« und »faules Pack«.

Bereits im Jahr 2009 führten die Braunschweiger Ermittler nach dem Tod einer Bewohnerin des Heims ein »Todesermittlungsverfahren«. Nach einer Durchsuchung und einer Obduktion der Leiche wurde das Verfahren eingestellt: keine Hinweise auf ein Fremdverschulden. Die Staatsanwaltschaft will den Fall erneut prüfen. Es geht aber nicht um ein mögliches Tötungsdelikt.

Die Beweisführung ist nicht einfach, weswegen die Ermittler auch zu ungewöhnlichen Mitteln greifen. Sie ließen nach der Durchsuchung Blutproben der Senioren nehmen. Die Beamten wollten so Medikamente nachweisen, die kein Arzt verschrieben hat. Die Mutter der Zeugin Andrea U. kann nicht mehr von der Staatsanwaltschaft befragt werden. Sie ist inzwischen gestorben. Hubert Gude



Frank Neuendorf / JAHN PICTURES

Razzia in Senioren- und Pflegeheim in Langelsheim: »Wir sind zutiefst bestürzt«

SPIEGEL+

Ihr Plus: inklusive digitales Magazin



Mit SPIEGEL+ lesen Sie die digitale Ausgabe des SPIEGEL schon freitags ab 13 Uhr und sind besser informiert. Sie genießen exklusive SPIEGEL+-Artikel, Beiträge aus den SPIEGEL-Magazinen und Videos auf [spiegel.de](https://www.spiegel.de). Das neue Design gibt Ihnen Klarheit und Orientierung. Dazu erhalten Sie den wöchentlichen SPIEGEL+-Newsletter der Redaktion.

Starten Sie jetzt Ihren kostenlosen Probemonat!

 abo.spiegel.de/plus

**Jetzt
1 Monat
gratis**

Lernen bei Stufe Rot

Bildung Ansteckende Kinder, Corona-Hotspots, Schließungen – die Nachrichten über deutsche Schulen bereiten vielen Eltern Sorgen. Wie es besser gehen kann, zeigen die Nordeuropäer.

Von der Angst um ihren Sohn will sich Anke Staar nicht unterkriegen lassen. Trotzdem ist diese Angst neuerdings zurück. Der 17-Jährige hat nach einem chaotischen Schulhalbjahr und den Sommerferien wieder einen weitgehend normalen Unterricht. Mit voller Stundentafel, im üblichen Kursverband.

»Er freut sich, dass er endlich wieder seine Freunde und Lehrer treffen kann, und ich freue mich eigentlich auch«, sagt Staar. »Aber wenn er morgens in die Schule geht, bleibt ein mulmiges Gefühl.« Ihr Sohn lebt mit mehreren Einschränkungen, bei einer Corona-Infektion wäre er ein Risikopatient.

Staar hätte sich gewünscht, dass die deutschen Kultusminister für das neue Schuljahr andere Regeln zum Infektionsschutz festlegen: etwa täglichen Unterricht in Kleingruppen mit reduziertem Stundenplan, Mindestabstand im Klassenzimmer, genaue Anweisungen zum Lüften.

Solche Vorgaben fordern auch Lehrervertreter. »Die große Sorge ist, dass wir in den Schulen sonst ein unkontrollierbares Infektionsgeschehen bekommen«, sagt Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbands. »Vorsicht ist besser als möglichst viel Normalität.«

Das Thema polarisiert. Die Regeln der meisten Bundesländer – etwa zum Maskentragen oder zu festen Schülergruppen, die sich nicht mischen sollen – gehen vielen Eltern schon zu weit. Als Vorsitzende der Landeselternkonferenz Nordrhein-Westfalen kennt Anke Staar aber auch Mütter und Väter, die sich mehr Infektionsschutz wünschen, selbst wenn sie oder ihre Kinder nicht zur Risikogruppe gehören. »Da ist neben dem Wunsch nach Normalität eine große Angst vor Ansteckung«, sagt Staar.

Diese Angst bekam zuletzt reichlich Nahrung. Aus Israel wurde berichtet, dass es nach Öffnung der Schulen Mitte Mai zu sogenannten Superspreading-Vorfällen kam: besonders viele Ansteckungen durch einzelne Erkrankte.

Pünktlich zu Beginn des neuen Schuljahres veröffentlichten zudem namhafte Virologen, darunter Christian Drosten, eine Stellungnahme mit mahnenden Worten: »Fehlende Präventions- und Kontrollmaßnahmen könnten in kurzer Zeit zu Ausbrüchen führen, die dann erneute Schulschließungen erzwingen.«

Dass es anders ginge, zeigt ein Blick über die deutschen Grenzen. Der Bildungsforscher Olaf Köller aus Kiel beobachtet seit Monaten, wie die nordischen Länder ihre Schulen durch die Coronakrise manövrieren – und wie viel besser und souveräner ihnen dies teilweise gelingt. Besonders krisenfest aus seiner Sicht: Norwegen und Dänemark. »Was wir von diesen Ländern lernen können,

schen dadurch nicht bewegen. »In Dänemark hat man es geschafft, dass sich die Gesellschaft bis heute auch ohne große, medial verbreitete Drohszenarien weitgehend an Abstands- und Hygieneregeln hält, und das reicht bis in die Schulen.«

Dänemark war Mitte April das erste europäische Land, das nach wochenlangem Lockdown den Schulbetrieb schrittweise wieder aufnahm. Den Anfang machten die Jüngeren bis einschließlich Klassenstufe 5.

Empfohlen wurde die Einteilung der Kinder in Zwölfergruppen (»Schutzblasen«), die zu gestaffelten Zeiten in der Schule ankamen, getrennt zu Mittag aßen und auf dem Schulhof separate Spielflächen hatten. Alle zwei Stunden sollten sie die Hände waschen, zweimal täglich mussten Flächen und Unterrichtsmaterial gereinigt werden.



Abiturientinnen in Stockholm: Vorbild beim digitalen Lernen

ist die Gelassenheit im Umgang mit der Pandemie«, findet der Psychologe, der das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik in Kiel leitet. An der Wissenschaftsakademie Leopoldina hat er an den Corona-Empfehlungen für die Bundesregierung mitgearbeitet.

Köller findet es falsch, dass Angst die deutsche Corona-Debatte beherrscht. Zur Einhaltung von Regeln ließen sich die Men-

Ähnliche Hygiene- und Abstandsregeln galten dann auch für die älteren Schüler, die einen Monat später wieder in die Klassenzimmer durften. Die deutschen Schulen ließen, unter vergleichbaren Bedingungen, die Älteren zuerst zurückkommen, damit sie besser für Prüfungen lernen konnten.

Für das neue Schuljahr seit Anfang August wurden die dänischen Abstandsregeln gelockert. Klassen oder Gruppen sollen »maximal 25 bis 30 Schüler« umfassen, nur in Ausnahmefällen ist ein Austausch zwischen den Kohorten erlaubt. Wichtig ist weiterhin die strenge Hygiene, der Unterricht soll möglichst im Freien stattfinden. Masken werden in dänischen Schulen nicht empfohlen. Erziehungsministerin

»Meine wichtigste Aufgabe ist es, die Schulen offen zu halten.«

Pernille Rosenkrantz-Theil sagt: »Der Alltag wird für unsere Kinder und Jugendlichen wieder erkennbarer, auch wenn sie, wie alle anderen, weiterhin vorsichtig bleiben müssen.«

Kurz nach den Dänen haben die Norweger ihre Schulen wieder geöffnet. Welche Regeln dort gelten, hängt von der Corona-Ampel ab, die den Stand der Gefährdung durch das Virus anzeigt. Am 2. Juni, zweieinhalb Monate nach Beginn des Lockdowns, hat die nationale Gesundheitsbehörde diese Ampel von Rot auf Gelb gestellt.

Die norwegische Bildungsministerin Guri Melby sagt zum Unterricht während der Warnstufe Gelb: »Wir haben ganze Schulklassen zusammen in den normalen Klassenzimmern.« Grundschüler müssen immer in ihrem Klassenverband bleiben,

les deutet darauf hin, dass dort, wo sich das Virus innerhalb von Familien ausgebreitet hat, die Erwachsenen ansteckender waren als der Nachwuchs.

Die Regel, dass Schulkinder schon bei geringsten Symptomen wie einer laufenden Nase daheimbleiben sollen, wird in Finnland gerade heftig diskutiert, viele Eltern finden sie übertrieben. Otto Helve, Experte für Kinder-Infektionskrankheiten am Institut für Gesundheit und Soziales, hält sie jedoch für unabdingbar, genau wie Abstands- und Hygienevorschriften sowie die Kontaktverfolgung bei Infektionen. Er sagt: »Solange die Pandemie andauert, sind Ausbrüche in Schulen zwar unvermeidlich, aber mit den von uns eingeführten Maßnahmen überwiegen die positiven Effekte des Schulbesuchs die Risiken.«



Grundschüler in Dortmund: Die Regeln gehen vielen Eltern zu weit

ältere Mädchen und Jungen, die besser Abstand halten können, dürfen sich eher über Klassengrenzen hinweg mischen. Die Hygieneregeln gleichen den dänischen.

»Meine wichtigste Aufgabe ist es zurzeit, die Schulen offen zu halten«, findet Melby. Aber selbst dann, wenn die Corona-Ampel bei einem Anstieg der Infektionszahlen auf Rot springen sollte, müssten die Schulen nicht sofort schließen. Der Unterricht würde dann in kleineren Gruppen stattfinden, und die Schüler dürften sich weniger mischen. »Wir haben bereits Erfahrung bei Stufe Rot.«

In kaum einer nordeuropäischen Nation sind Schulen zu Corona-Hotspots geworden. Eine frühe Untersuchung des finnischen Instituts für Gesundheit und Sozia-

Dies deckt sich mit den Erkenntnissen von Gérard Krause, dem Chef der Epidemiologie am Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung in Braunschweig. »Schulkinder gehören nicht in dem Maße zu den Treibern der Epidemie, wie anfänglich angenommen wurde«, sagt Krause.

Auch die verbreitete Sorge, dass Kinder ihre Großeltern anstecken und deren vorzeitigen Tod verursachen könnten, sei aus epidemiologischer Sicht unbegründet: Junge und Alte, sagt Krause, hätten oft wenig miteinander zu tun. »Kontakte zwischen der Enkel- und Großeltern- generation sind offenbar nicht so häufig und intensiv, wie man sich das im Sinne einer modellhaften Familie vielleicht wünscht.« Außerdem trügen infizierte

Kinder »nicht so stark zur Verbreitung bei wie befürchtet«.

In Deutschland kann es dennoch jederzeit zu Schulschließungen kommen. Kaum hatte der Unterricht nach den Sommerferien angefangen, machten die Gesundheitsämter in Mecklenburg-Vorpommern zwei Schulen wegen zweier Corona-Verdachtsfälle wieder zu. Auch in anderen Bundesländern schlossen die Behörden ganze Schulen oder schickten einzelne Klassen oder Jahrgänge in Quarantäne.

Weder für solche Notmaßnahmen noch für die Vorbeugung gibt es einheitliche Kriterien. 16 Kultusminister, 16 Hygienekonzepte – mal müssen Masken nur auf den Fluren getragen werden, mal auch im Unterricht, in manchen Ländern bisher gar nicht.

»Dazu kommt, dass Regeln oft auf den letzten Drücker kommen und sich schnell ändern können«, sagt der Vorsitzende des Bundeselternrats Stephan Wassmuth, Vater von vier Kindern. »Die Politik hat versäumt, klare Entscheidungen zu treffen und Verlässlichkeit zu schaffen – oft wissen Eltern nicht, wie viel Infektionsschutz und Sorge nun eigentlich angebracht ist.« In der Coronakrise habe das Vertrauen in die Schulpolitiker deutlich gelitten: »Da ist viel versaut worden.«

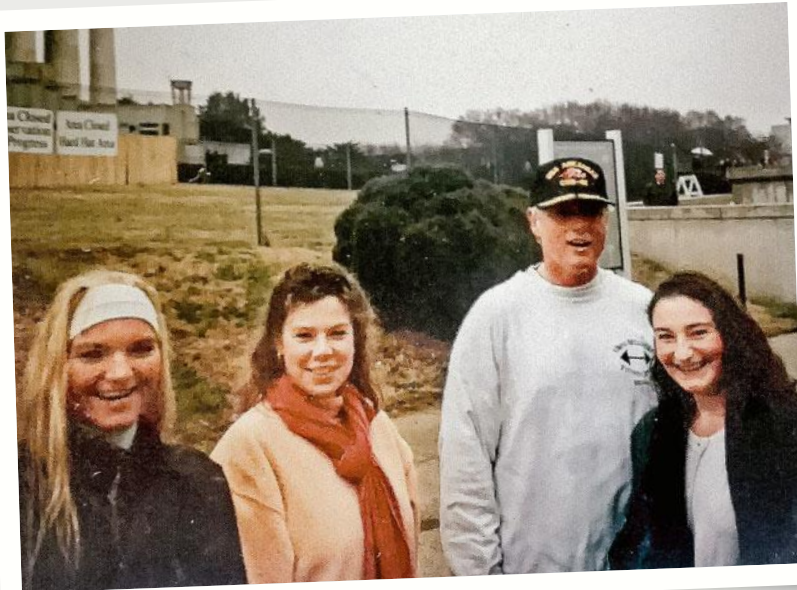
Vertrauensbildend waren auch die Erfahrungen beim Homeschooling nur selten. Eltern und Kinder hatten damit zu kämpfen, den Schulstoff zu bewältigen, das digitale Lernen war vielerorts schlecht vorbereitet. Viele Lehrkräfte verschickten Arbeitsblätter per E-Mail, wobei einigen Schülerinnen und Schülern schon der Drucker fehlte, um sie zu bearbeiten. Konnten Eltern nicht als Ersatzlehrer einspringen, lernten ihre Kinder eher wenig.

Der Kieler Bildungsforscher Köller ist überzeugt, dass Skandinavien auch in dieser Hinsicht ein Vorbild sein kann. »Das Bildungssystem ist dort viel besser aufgestellt, um mit dem Coronavirus zu leben und gleichzeitig viel Normalität aufrechtzuerhalten«, sagt er. Digitales Lernen sei im Norden »seit Jahren selbstverständlich«.

Dänemark habe sein Bildungssystem schon vor 20 Jahren modernisiert, sagt Köller. »Man hat erkannt, dass das Modell der traditionellen Klassensituation, in der Schüler mit analogen Materialien, sprich Arbeitsblättern, allein arbeiten, überholt ist.« Die Lehrkräfte seien geschult, und die Schüler seien daran gewöhnt, digitale Materialien zu bearbeiten, im Unterricht ebenso wie zu Hause. »Als die Schulen in Dänemark geschlossen wurden, ging das Lernen am Computer weiter«, sagt der Forscher. »Das hat das Land in der Pandemie resilient gemacht.«

Silke Fokken, Dietmar Pieper

Reporter



Familienalbum

Frühspurt, 1994

Annette Krimminger, 52:

Wenn ich das Foto sehe, denke ich, wie unbeschwert diese Zeit doch gewesen ist. Ich war Bodenhostess bei der Lufthansa und mit zwei Kolleginnen in Washington, D. C., ich bin auf dem Bild ganz rechts, die mit den schwarzen Haaren. Wir hatten billige Stand-by-Tickets – wenn die Plätze 20 Minuten vor Abflug noch frei waren, konnte man sie haben. Wir brauchten nur den Pass, kein Visum, keine Einreiselisten wie heute, wir flogen einfach los. Wir suchten uns ein Hotel, und am nächsten Tag waren wir wegen des Jetlags frühmorgens wach und entschlossen, trotz Nieselregen loszugehen. Es muss gegen sieben Uhr gewesen sein, die Parkanlagen um das Weiße Haus waren noch menschenleer. Plötzlich joggte etwas entfernt ein Trupp Läufer an uns vorbei, ich sagte: »Du, der sieht aus wie Bill Clinton«, als eine meiner Kolleginnen auch schon rief: »Das ist Bill Clinton«, und dann laut in dessen Richtung: »Hey Billy, come over here!« Ich dachte, ich sterbe tausend Tode, zumal Mr Clinton stoppte, kehrt-

machte und tatsächlich in unsere Richtung joggte, sehr zum Missfallen seiner Sicherheitsleute, man konnte es an ihren Gesichtern sehen. Sie wiesen uns an, die Hände aus den Jackentaschen zu lassen und Abstand zu halten. Clinton fragte uns, wer und woher wir seien – ah, aus Deutschland. »Oh really, do you enjoy the capital?« Wir waren geistesgegenwärtig genug zu fragen, ob wir ein Foto machen dürften. Jemand vom Sicherheitsdienst knipste uns dann mit dem US-Präsidenten. Es kamen noch weitere Passanten, die aber von den Sicherheitsleuten abgewiesen wurden. Nach kurzem Small Talk über sein frühes Joggen und das Wetter liefen Clinton und seine Leute weiter. Wir flogen am nächsten Tag zurück nach München und waren gespannt wie die Regenschirme, wie die Fotos entwickelt aussehen würden – damals gab es ja kaum Digitalkameras und Mobiltelefone. Aber da war er, der Präsident, auf zwei Fotos mit uns dreien. Gerade 14 Monate war er im Amt, auch für ihn war es vielleicht noch eine relativ unbeschwerte Zeit.

Aufgezeichnet von Barbara Supp

► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an:
familienalbum@spiegel.de

Kommerzialisierung

Hat Corona den Fußball verändert, Herr Starczewski?

SPIEGEL: Sie haben vergangenen Sonntag in Oer-Erkenschwick ein Nacktfußballspiel veranstaltet. Warum?

Starczewski: Ich wollte zeigen, dass Fußball heute nur noch Kommerz ist. Keine Werbung, keine Trikots, keine Hosen. Nur elf gegen elf.

SPIEGEL: Wie lief es?

Starczewski: Es war eine großartige Stimmung. Die eine Mannschaft hatte blaue Stutzen, die andere schwarze.

SPIEGEL: Haben Sie auch mitgespielt?

Starczewski: Ich wollte eigentlich nur Fotos machen, aber als ich die Jungs zehn Minuten hatte spielen sehen, musste ich mich auch ausziehen. Obwohl ich nicht in meiner Topform bin, ich habe 140 Kilo drauf. Aber da hat keiner gesagt: Guck mal, ist der dick. Einfach kicken, das ist das Spiel.

SPIEGEL: Ist dem Profifußball die Authentizität verloren gegangen?

Starczewski: Ich hatte die Idee zu dem Nacktspiel, als ich den Geschäftsführer von Borussia Dortmund, Hans-Joachim Watzke, im Fernsehen gesehen habe. Da hat er Hilfen für kleinere Klubs wegen Corona abgelehnt. Das fand ich schäbig. Früher hatten die Vereine das »e.V.« im Logo, heute sind das Kapitalgesellschaften. Die beschwören das Alte, aber der Fan ist scheißegal. Der ist nur Kunde.

SPIEGEL: Hat Corona den Fußball verändert?

Starczewski: Die Profis spielen ja nach dem Motto: Die Show muss weitergehen. Ich kenne viele, die sagen, selbst wenn sie jetzt ins Stadion könnten, hätten sie gar keine Lust. MAP

Gerrit Starczewski, 34, ist Fotograf und Fußballfan.



Nacktspiel in Oer-Erkenschwick

Stein, braun, schwer

Warum ein sensationeller Meteorit den Finder über Jahrzehnte nicht interessiert hatte

Sie hatten das Haus im schlechten Zustand gekauft, es gab viel zu tun. Die Bagger waren da, die Zimmerleute, aber das meiste hatte Hansjörg Bayer allein gemacht neben seiner Arbeit, meist am Wochenende. Und so nahm er sich an einem Samstag vor, die Garage noch mit Strom zu versorgen, mit Pickel und Schaufel arbeitete er sich durch die Erde. Er wollte ein Leerrohr legen für das Kabel, 60 Zentimeter tief, als er auf etwas ungewöhnlich Hartes stieß, einen basketballgroßen Stein, aber fester als der Jurakalk, den sie in Blaubeuren gewohnt waren. Er hebelte das Ding aus; es war so schwer, dass Bayer sich kurz wunderte, auch über die Farbe, braun. Jurakalk ist hell. Nun musste er aber fertig werden und legte den Stein zur Seite.

Und da blieb er, 31 Jahre lang, abgesehen davon, dass Bayer ihn mal umsetzte, wenn der Stein ihn störte, an den Jägerzaun der Nachbarn ins Gras, an die Garage zum Rindenmulch. Wie lange der Stein schon im Boden gelegen hatte, untersuchen Forscher gerade in Australien, Arizona, Japan.

Warum alles so lange dauerte, erzählt Bayer in seinem Wohnzimmer in Blaubeuren, ein lebhafter Mann, dunkelblaue Brille, Stoffturnschuhe, 69 Jahre alt. Er wuchs auf in der kleinen Stadt bei Ulm und hatte sich noch nie für Steine interessiert. Eher fürs Modellbauen, fürs Segelfliegen. Er wurde früh Vater, heiratete Sigrid, arbeitete als Bauführer bei der Telekom, die ihn nach der Wende nach Dresden schickte, wohin er pendelte. Sein Leben war also: voll. Familie, Arbeit, Haus. Am Haus machte er immer noch alles selbst, samstags, so vergingen die Jahre.

Der Stein? Er hatte etwas, aber Bayer hatte nie Zeit. Er beachtete ihn oft gar nicht. Der Herbst kam, sie harkten Laub um ihn herum, schippten Schnee, pflanzten Blumen, tranken Wein am Abend im Sommer. Und wenn sie doch mal an ihn dachten, eher daran, ihn doch endlich mal wegzuschmeißen. Er nervte sie schon fast, so, wie das mit Dingen ist, von denen man nicht weiß, ob man sie wegschmeißen soll oder nicht.

»Der Stein war immer wieder in Gefahr«, sagt Bayer.

»Lass mal liegen. Stört ja nicht«, sagte meist seine Frau.

Richtig schlecht stand es um ihn 2015. Sie hatten den Garten aufgeräumt für den Herbst, hatten den Heckenschnitt schon im Hänger und sagten, nun beide: Morgen kommt er in den Bauschuttcontainer. Aber dann kam die Nacht, und Bayer wachte morgens auf und beschloss, nach 26 Jahren, es wäre ein Schnellschuss, den Stein jetzt einfach zu entsorgen.

Er schleppte ihn ins Haus, die Stufen hinab in den Keller, legte ihn in den Schrank zu den Gummistiefeln und deckte ihn ab mit einem Tuch, um ihn nicht mehr zu sehen. Er dachte: aus den Augen aus dem Sinn, aber das Gegenteil geschah.

Es war im Winter, das Leben ruhte, da saß Bayer am Computer und googelte etwas wie »Stein«, »braun«, »schwer«. Genau weiß er es nicht mehr. Er stieß auf die Seite des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt und fand einen Test, in dem man die Eigenschaften eines Steines prüfen konnte, um zu erfahren, ob es sich um einen Meteoriten handeln könnte.

Einen Meteoriten? Bayer erschrak ein wenig. Nie in seinem Leben hatte er etwas mit Meteoriten zu tun gehabt.

Er machte einen Nickeltest, um Klarheit zu bekommen. In den vergangenen 15 Jahren erhielt das Luft- und Raumfahrt-Zentrum rund 2000 Einsendungen von Steinen, nur 3 waren Meteoriten. Der größte Steinmeteorit, der je in Deutschland entdeckt wurde, heißt »Benthullen« nach seinem Fundort bei Oldenburg in Oldenburg, 17,25 Kilogramm schwer.

Bayers Nickeltest fiel negativ aus. Er hatte den Stein ein wenig abgeschmirgelt, die Tinktur draufgegeben, aber nichts, keine Verfärbung. Hatte er etwas falsch gemacht? Er beließ es dabei; seine Frau war plötzlich sehr krank geworden.

Es dauerte drei Jahre, bis es ihr besser ging. Aber die schwere Zeit muss bei Bayer, dem Zögerer, etwas verändert haben. Er nahm das Telefon, wählte die Nummer vom Zentrum für Luft- und Raumfahrt, ließ sich direkt durchstellen zur Leiterin des Instituts für Planetenforschung und sagte, jetzt völlig überzeugt: »Ich habe einen Meteoriten.«

Und so nahmen die Dinge ihren Lauf. Bayer schickte Fotos und Proben, und schon bald rief der Fachmann wieder an, der bestätigte: Es war ein Meteorit. Er holte diesen zügig bei Bayer aus dem Schrank und legte ihn in einen Tresor.

Der Fachmann untersuchte, wog ihn. 30,26 Kilogramm. Damit ist Bayers Meteorit jetzt der schwerste Steinmeteorit in Deutschland.

Der Fachmann veranlasste alles Weitere, verschickte Proben in die Welt, die begeistert reagierte. Die Wissenschaftler wollten vor allem herausfinden, wie alt der Stein ist. Die Meteoritical Society in Chantilly, Virginia, USA, die weltweit höchste Meteoriteninstanz, zertifizierte unterdessen seine Echtheit. Zu Bayer kam der Bürgermeister und gratulierte, am Abend sah er seinen Stein

um 20 Uhr in der »Tagesschau«. Verschiedene Museen wollen Bayer den Meteoriten jetzt abkaufen. Aber zunächst liegt er in Blaubeuren, Bayers Heimatstadt, im Urgeschichtlichen Museum. Im Inneren des Meteoriten befinden sich kleine Kügelchen, die Chondren, die bestehen aus demselben Material, aus dem unsere Planeten entstanden sind vor 4,5 Milliarden Jahren.

Erste Analysen ergaben, dass der Meteorit aus dem Asteroidengürtel unseres Sonnensystems stammt, dem Bereich zwischen Mars und Jupiter, wo er von seinem Mutterkörper abgeschlagen wurde, auf eine Umlaufbahn um die Sonne geriet, die wiederum die Erdbahn kreuzte, bis der Stein mit einer Geschwindigkeit von sicherlich 200, 250 Kilometern pro Stunde eines Tages in den Erdboden bei Ulm schlug.

Im Museum in Blaubeuren liegt er herrschaftlich auf einem dunkelblauen Kissen unter Glas, damit ihn keiner berührt. Am Sonntag war auch Bayer da, zusammen mit seiner Frau.

Barbara Hardinghaus



Bayer, Foto des Meteoriten (u. l.)

Meteoritenfund - Die Sensation schlummerte jahrelang im Garten

Von der Website Bayerische-staatszeitung.de

Die Nachbarin

Verbrechen Eine arbeitslose Köchin pflegt einen Rentner, irgendwann verschwindet der Mann – Jahrzehnte später werden seine Knochen in einem Keller aus dem Beton gehoben. Wie kann ein Mensch so lange weg sein, und keiner sucht ihn? *Von Özlem Gezer und Timofey Neshitov*

Zwanzig Jahre lang hatte niemand in Rieder Walter Emmerich gesehen, den Mann aus dem sandfarbenen Einfamilienhaus in der Bachstraße 1a. Sein Vermieter glaubte, er sei zu seiner Schwester gezogen, nur ein paar Orte weiter. Die Frauen im Ort erzählten sich, »der Alte« lebe inzwischen in Thailand. Seine Krankenkasse hörte das letzte Mal 1995 von ihm, Walter Emmerich beantragte eine Gehstütze. Jahrelang schickte die Rentenkasse sein Geld auf ein Konto, das nie seines war.

Er hatte neun Kinder. In den vielen Jahren, die vergingen, suchte keines nach ihm. Die Einzige, die jeden Tag an ihn dachte, war Angelika Hosang.

Es war ein Mittwoch im Oktober 2016, da führte sie die Ermittler zu ihm. Sie gingen die Stufen hinunter in den Keller, rissen die Spinnweben von den Wänden, hoben Kohlereste zur Seite, zerschlugen den Beton an der Stelle, auf die Angelika Hosang mit ihrem schwarzen Stiefel getreten hatte.

In einem Erdloch lagen Walter Emmerichs Knochen, in einem zugeknöpften Kurzarmhemd mit rosafarbenen Streifen, an den Beinknochen noch die Thrombosestrümpfe mit dunkelblauen Bündchen.

Er war gehüllt in eine löchrige Gardine, verschnürt mit einem Kabel, auf ihm lagen ein langes Küchenmesser und ein Beil mit Holzgriff.

Die Ermittler trugen die Knochen von Walter Emmerich aus dem Keller, vorbei an seiner Wohnstube, raus aus dem sandfarbenen Haus in Rieder.

Rieder liegt in Sachsen-Anhalt, nicht weit von Quedlinburg entfernt, ein Dorf, am Ende von Kartoffelfeldern, am Nordrand des Harzes. Benannt ist der Ort nach dem Ried, »dem Sumpf«, an dem es einst errichtet wurde, vor mehr als tausend Jahren.

Als Walter Emmerich nach Rieder kam, im Herbst 1989, gingen andere in den Westen, Emmerich zog in den Lindenberg. In seiner neuen Straße lebte der Dorfchronist, schräg gegenüber der Totengräber, nebenan die Familie Hosang.

Es ist ein warmer Tag im vergangenen September, Angelika Hosang sitzt auf ih-

rer Veranda, ihr Mann Norbert auf der Holzbank gegenüber. In einer selbst gebauten Voliere zwitschern 21 Kanarienvögel, von der Decke hängt eine Harzhexe, an der Wand eine Kuckucksuhr. Hier erzählt sie von jener Zeit, als »der Alte«, wie sie Walter Emmerich bis heute im Ort nennen, nach Rieder kam.

Walter Emmerich, 1920 in Neundorf geboren, war Einzelkind, Sohn eines Obsthändlers. Er wurde Maler, Schlosser und Schädlingsbekämpfer, nach Rieder kam er als Witwer und Rentner.

Er hatte eine Cousine, sie lebte im Lindenberg, nur ein paar Häuser entfernt von den Hosangs. Es regnete an dem Tag, an dem er sie besuchte. Bei dem schlechten Wetter traute er sich nicht, wieder zurückzufahren, nach Staßfurt, fast 40 Kilometer weit. Seine Cousine wollte ihn schon lange mit Lisbeth verkuppeln, der Frau von gegenüber. Er fragte die Nachbarin, ob er sein Auto bei ihr unterstellen könne, sie bat ihn herein. Wenige Tage später zog Walter Emmerich bei ihr ein.

Angelika Hosang, damals Anfang dreißig, nannte die Nachbarin nur Tante Beta, eine ruhige Frau, die immer auf die Männer an ihrer Seite hörte. Tante Beta und ihr neuer Lebensgefährte brauchten bald eine neue Waschmaschine. Sie riefen Angelika rüber, sie kannte sich aus mit Versandhäusern, füllte den Bogen vom Quelle-Katalog aus.

Sie habe gern geholfen, sagt Angelika Hosang.

Tante Betas Haus war groß, bald zog der jüngste Sohn von Emmerich zu ihnen. Er hieß Friedhelm und war ein Trinker, seine Frau hatte ihn verlassen, die drei Kinder mitgenommen.

Norbert Hosang begegnete ihm in einer Kneipe, ein »feiner Kerl« sei er gewesen, der Friedhelm. Norbert ging jetzt oft zu ihm herüber, sie bauten das Dach aus, legten Wasserleitungen, pflanzten Kartoffeln im Garten, weil der Alte es wollte. Friedhelm revanchierte sich, mit Korn.

Norbert Hosang, schon damals fast blind, hatte geschickte Hände, auch sein eigenes Haus hatte er selbst ausgebaut. Er hatte nichts gelernt, war lange Jahre Bei-



fahrer in der Molkerei im Ort, seine Frau Angelika Köchin im Betriebsferienheim. Nach der Wende kam die Milch aus dem Westen, das Betriebsferienheim schloss. Sie wurden beide arbeitslos. In den Westen wollten sie nie.

Auch Walter Emmerich schien es in Rieder zu gefallen. Er ließ sich bald von dem Totengräber auf dem Friedhof rumführen und kaufte eine Grabstelle unter der großen Linde rechts. Er ließ seine verstorbene Frau Klara umbetten, stellte ihren Grabstein auf. Kurze Zeit später kam Beta ins Krankenhaus. Walter Emmerich heiratete sie, der Oberarzt wurde ihr Trauzeuge. Nach ihrem Tod ließ er ihre Urne zu seiner ersten Frau legen, stritt mit ihrem Sohn



Milos Djuric / DER SPIEGEL

Verurteilte Hosang auf ihrer Veranda in Rieder: »Der Alte behielt gern die Kontrolle«

um das Haus. Er habe sehr viel Geld investiert, behauptete sein Anwalt in einem Schreiben an das Amtsgericht, als Zeuge führte er Norbert Hosang an, den Nachbarn von gegenüber.

Das Haus wurde verkauft, Walter Emmerich bekam die Hälfte, 61.000 Mark, für ein paar Monate Ehe.

Er zog weiter, in die Bachstraße 1a: vier Zimmer, zwei Stockwerke, knapp 75 Quadratmeter, Ofenheizung, WC außerhalb des Hauses.

Emmerich hatte schwache Beine, nach oben schaffte er es kaum, in die Wohnstube stellte er eine ausziehbare Couch. Erheizte den Ofen mit selbst gehacktem Holz. Es war ein heruntergekommenes

Haus, im Dorf erzählte man sich, es habe einst einem alten Nazi gehört.

Norbert half wieder. Friedhelm und er befreiten das Dach vom Wurmfraß, trugen eine Toilette rein, verputzten die Hofmauer. Noch öfter tranken sie jetzt gemeinsam.

Bald kam auch Angelika Hosang vorbei. Sie brachte den Männern Schnitzel. Der Alte mochte ihr Essen. Du kochst eh, habe er gesagt, mach das doch auch für uns.

Angelika Hosang saugte bald durch die Stube, stopfte seine Hosen in die Waschmaschine, bügelte Hemden. Sie fuhren zu einem Züchter, kauften sich Schäferhunde, Angelika nahm Harras, Walter Rex.

Friedhelm starb, damals 40 Jahre alt, »am Suff«, sagt Norbert Hosang. Emme-

rich legte seine Urne zu seinen beiden Ehefrauen.

Walter Emmerich, so schien es, wollte Rieder nicht mehr verlassen.

Ein Eigenbrötler sei er gewesen, heißt es im Dorf. Er sei nie in eine Kneipe gegangen, habe immer ein grimmiges Gesicht gezogen. Die Einzige, die ihn jeden Tag besuchte, blieb Angelika Hosang.

Morgens brach sie ihm Brot in heiße Milch, mittags gab sie ihm, was sie auch Norbert gab. Fast immer freitags setzte Emmerich sich an das Steuer seines Krause Duo, eines Fahrzeugs auf drei Rädern aus DDR-Zeiten. Angelika saß neben ihm, sie fuhren zu seinem alten Fleischer, nach Staßfurt. Wenn der Alte keine Kraft hatte,

gab er ihr seine Bankkarte. Angelika Hosang hatte nie eine Vollmacht, sie kannte aber seine Geheimzahl, kannte die Karina von der Sparkasse am Schäferplatz, holte dort sein Geld.

Emmerich zahlte ihr kein Gehalt, er kaufte ihr, was sie sich aussuchte, beim Fleischer, im Supermarkt. Er finanzierte ihrem Sohn die Jugendweihe. Nach einem gemeinsamen Unfall weigerte sich Hosang, wieder bei Emmerich mitzufahren. Er zahlte ihr den Führerschein, 1200 Mark, in Zukunft sollte sie fahren.

Angelika Hosang ging immer öfter in die Bachstraße. Sie brachte dem Alten Zigarren, nachmittags holte sie Kuchen, bestellte ihm Cordhosen und Kurzarmhemden aus dem Katalog, einen Anorak. Am Abend lief sie über die Friedhofstraße und ging mit dem Schäferhund Rex raus.

Manchmal fragte sie Emmerich nach seinen Kindern, aber er redete ungern über sie, sagte, wenn ich mal sterbe, dann kriegst du eh alles. Er wollte das Haus kaufen in der Bachstraße, kaufte einen grünen Seat Marbella und überschrieb ihn auf Angelika. Der Wagen stand auf seinem Hof. Der Alte habe es gemocht, die Kontrolle zu behalten, sagt Angelika Hosang.

An manchen Tagen, wenn sie die Stube saugte, habe er durch ihr Haar gestrichen, ihr an die Hüfte gefasst, habe gesagt: Stell dich doch nicht so an, du magst mich, ich mag dich. Komm, leg dich zu mir ins Bett.

Ich habe meinen Mann, habe sie erwidert.

Bis zu jenem Tag sei er nie weitergegangen.

Für das, was an diesem Morgen und den Tagen danach geschah, gibt es in der Ermittlungsakte die Vernehmungsprotokolle von Angelika Hosang, die Gerüchte und Vermutungen der Angehörigen von Walter Emmerich, die Zeugenvernehmungen der Nachbarn. Es gibt einen Tatortbericht, die Obduktion. Die Tat wird beschrieben in dem psychiatrischen Gutachten, von Hosang selbst in einem Polizeivideo, von der Staatsanwaltschaft in ihrer Anklageschrift. Die Einzige, die davon erzählt, ist Angelika Hosang.

An diesem Nachmittag auf ihrer Veranda raucht sie ihre selbst gestopften Zigaretten und erzählt von jenem Morgen und der Zeit danach, so wie Angelika Hosang sie erlebt haben will.

Es war ein Septembermorgen im Herbst 1995, Monatsanfang. Sie wollten wieder gemeinsam einkaufen gehen. Sie wusch ihn, stellte ihm die Milch auf den Tisch, im Fernsehen liefen Sportnachrichten. Sie sollte den Einkaufszettel schreiben, setzte sich zu ihm, er fasste ihr ans Bein, ging weiter hoch, zog sie am Arm. Sie riss sich los und griff nach dem Küchenmesser auf dem Couchtisch, rammte es ihm in den Rücken. Er schaffte es noch zur Tür, ver-

riegelte sie. Du kommst hier nicht raus!, sagte er. Sie lief um den Tisch, wollte aus dem Fenster springen, traute sich nicht. Sah das Beil, das immer am Ofen stand, griff danach und schlug es ihm über den Kopf. Walter Emmerich lag auf dem Boden, Blut floss aus seinem Kopf, er röchelte. Angelika Hosang setzte sich auf die Stufenstufen und rauchte.

An ihrem Hosenbein war sein Blut, sie fand im Kleiderschrank eine alte Jogginghose von Friedhelm, ihre Jeans stopfte sie in eine Plastiktüte, ging rüber zu Norbert. Sie steckte die Hose in die Waschmaschine und stellte Norbert Erbensuppe hin. Am Abend ging sie wieder in die Bachstraße, vorbei an Walter Emmerich, er röchelte nicht mehr, sie schaltete den Fernseher aus, fütterte Rex.

Im Obduktionsbericht wird später stehen, es sei nicht mehr überprüfbar, wie lange Walter Emmerich noch lebte, ein paar Minuten, ein paar Stunden, einen Tag. Todesursache Schädelhirnverletzung.

Am dritten Tag nahm sie eine Spitzhacke vom Hof, ging in den Keller, brach den roten Steinboden auf. Sie hob ein Erdloch aus, es ging ihr bis zur Hüfte. Angelika Hosang ist 1,48 Meter groß.

Oben in der Stube schnitt sie den Teppich aus, auf dem Walter Emmerich lag, zog einen Strick unter seinen Armen durch, um ihn besser ziehen zu können, wickelte eine Gardine um seinen Hals, damit sein Kopf nicht auf die Stufen schlug. Sie zerrte ihn in den Flur, herunter in den Keller, wuchtete ihn mit dem Oberkörper in das Erdloch, er passte nicht rein, sie klappte seine Beine auf sein Gesicht.

Im Keller lag noch Zement von den Umbauarbeiten der Männer. Sie holte Wasser, rührte Zement rein, drei Eimer, immer halb voll, damit sie sie gut heben konnte, goss sie auf Walter Emmerich. Am nächsten Tag mischte sie wieder drei Eimer, am nächsten wieder.

Nach einer Woche kehrte sie Kohle an die Stelle, unter der sie Walter Emmerich einbetonierte hatte.

Oben in der Stube wischte sie den Boden mit Spülmittel Fit, brachte Rex zurück zum Züchter.



Fundort im Keller der Bachstraße 1a
Verschnürt mit einem Kabel

Es sei Weihnachten 1995 gewesen, sagt sie, als sie das erste Mal die Rente von Walter Emmerich abhob. Ein schönes Fest, es habe ihnen an nichts gefehlt.

Der Eigentümer der Bachstraße 1a war die Gemeinde Rieder, die Miete wurde von Emmerichs Konto abgebogen, 178,70 Mark. Walter Emmerich bekam rund 1340 Mark Rente, den Rest holte sich Hosang.

Im Dorf vermisste keiner den Alten. Für diejenigen, die fragten, hatte Angelika Hosang Antworten.

Der Karina von der Sparkasse sagte sie, der Alte sei zu seiner Tochter gezogen. Sie hole weiterhin sein Geld und bringe es ihm jeden Monat.

Im November 1996 kaufte Rudolph Senzig das Haus in der Bachstraße 1a, er betrieb die Mühle nebenan, stellte seine Silos auf den Hof, wohnte selbst gegenüber. Der Alte sei weg, sagte ihm Hosang, die Tür verriegelt, die Miete gab sie ihm auf die Hand.

Man kannte sich in Rieder, Angelika Hosang spielte in einer Musikkapelle Akkordeon, sie war Köchin im Sternehaus, später betrieb sie einen Imbiss neben der Sparkasse. Sie sei beliebt gewesen, sagt sie über sich selbst.

Keiner fragte weiter nach.

Der Alte ist weg, sagte sie auch ihrem Mann Norbert, wir dürfen aber seine Waschmaschine haben. Sie schoben eine Sackkarre rüber. Emmerichs Cordhosen waren zu klein für Norbert, der Anorak passte, er hängt noch heute im Kleiderschrank im Lindenbergweg.

Auf der Veranda sagt Angelika Hosang über diese Zeit, sie habe nie daran gedacht, die Polizei zu rufen, sei sich sicher gewesen, keiner hätte ihr geglaubt. Und Norbert, damals noch jung, hätte sie verlassen.

Sie füllte Anträge aus, fälschte seine Unterschrift, legte Ausweiskopien bei. Der Rentenkasse meldete sie ihre eigene Adresse. Als Norbert Hosang den Postboten anschrte, weil der die Rentenbescheide des Alten an seine Tür brachte, meldete Angelika Hosang der Rentenkasse, Emmerich sei wieder verzogen, zu seinem Enkel. Diesmal gab sie die Adresse ihres eigenen Sohns an.

Warum er die Post von Walter Emmerich bekam, sagt der Sohn heute, habe er sich nie gefragt. Er steckte die Briefe in ein Kuvert und schickte sie seiner Mutter.

Angelika Hosang hatte sich inzwischen an die Rente von Walter Emmerich gewöhnt. Sie bestellte bunte Pullover und Leggings bei Versandhäusern, Kleiderpäckchen bei Ebay, manchmal die gleiche Jacke in zwei Größen, Gartenzwerge aus dem Teleshopping. Sie kaufte sich einen grauen Renault Megane und zahlte einen Kredit ab für die Heizungsleitung. Sie übernahm eine Gaststätte, schloss sie wieder.



Milos Djuric / DER SPIEGEL

Ehepaar Hosang in seiner Wohnstube: Tierfilme, Kanarienvögel, Marschmusik

Sie entschied immer allein, verwaltete die Familienkonten. Norbert Hosang, Sehstärke minus 28, las keine Kontoauszüge. In manchen Monaten verbrauchte sie auch seine Rente, sagte ihm, sie sei nicht angekommen. Sie schimpften gemeinsam auf den Staat. Sie stellte ihrem Mann das Bier in die Küche, er lud seinen Kumpel ein, sie hörten Marschmusik und hoben das Glas an Hitlers Geburtstag.

Irgendwann gab sie auch dem Vermieter nicht mehr sein Geld. Als der nachfragte, warum der Alte nicht zahlte, schickte sie ihn an eine falsche Adresse in Staßfurt.

Er verkaufte bald das Haus an einen Busfahrer, der lagerte sein Werkzeug in der Wohnstube. Auch er zog nie ein.

Hosang begegnete wieder Karina von der Sparkasse, es sei doch auch für sie umständlich, dem Alten das Geld immer hinterherzufahren, habe Karina ihr gesagt. Der Emmerich solle sich doch eine Filiale in seinem neuen Wohnort suchen.

Von Ende 2005 an kam die Rente von Walter Emmerich auf das gemeinsame Konto von Norbert und Angelika Hosang bei der Postbank.

In den Jahren, in denen Angelika Hosang die Rente kassierte, meldete sie sich immer wieder arbeitslos, bekam Geld vom Staat, machte Umschulungen, ging ins

Callcenter, nahm einen Ein-Euro-Job in der Stadtinformation an. Die Hotels zahlten ihre Kurtaxe in bar, irgendwann steckte Hosang auch dieses Geld ein, am Ende knapp 2500 Euro.

In dem psychiatrischen Gutachten über sie wird später stehen, Hosang leide unter einer Diskrepanz zwischen dem Geld, das ihr zur Verfügung stehe, und der von ihr »angestrebten subjektiven Bedürfnisbefriedigung«. Ihre Betrugshandlungen seien »zielstrebig, planmäßig und mehrphasig«.

Am Ortseingang eröffnete ein Dönerimbiss, »Türkische Riviera«, der Chef hieß Kazim. Angelika Hosang sagte ihm: Ich kenne mich hier aus, soll ich dein Essen ausliefern? Kazim erinnert sich gut an sie. Angelika habe ihr wenig Haar in Dauerwellen gelegt, habe immer laut gelacht. Am Ende des Tages, sagt Kazim, habe immer Geld gefehlt, bis eines Tages das ganze Lieferportemonnaie verschwand.

In den Familienalben kratzten und schnitten seine Töchter sein Gesicht aus.

Während sie auf ihre Bestellungen wartete, ging sie in die Spielothek nebenan.

Das Haus in der Bachstraße gehörte inzwischen einer Frau, die ihren Wohnwagen auf den Hof stellte, auch sie zog nie in ein. Sie habe Angelika Hosang immer wieder dabei erwischt, sagt sie, wie »die Hexe« an ihrem Briefkasten rumfummelte.

Am 24. August 2015 wäre Walter Emmerich 95 Jahre alt geworden.

Im September forderte die Rentenversicherung ihn schriftlich auf, eine Lebensbescheinigung einzureichen. Es ist eine routinemäßige Überprüfung, der Versicherte muss persönlich bei einem Meldeamt erscheinen.

Die Bescheinigung kam nie an.

Die Rentenkasse stellte die Zahlung ein. Im Oktober rief Angelika Hosang an. Sie gab sich als Tochter aus, sie beschwerte sich.

Auch in den Jahren zuvor hatte die Rentenkasse mehrfach Zahlungen eingestellt, wenn Briefe nicht zugestellt werden konnten. Hosang hatte es mit einem Anruf immer geschafft, das Geld wieder anweisen zu lassen.

Der Sachbearbeiter fragte wieder nach der Lebensbescheinigung.

Im November rief Hosang die Rentenversicherung erneut an und meldete, Wal-

ter Emmerich sei leider verstorben. Die angeforderte Sterbeurkunde reichte sie nicht ein.

Das Einwohnermeldeamt teilte der Rentenkasse auf Anfrage mit, Emmerich sei 2000 »unbekannt verzogen«. Die AOK mailte, dass dem Leistungsnehmer seit 1995 nichts mehr gezahlt wurde.

In einem Vermerk vom 20. November 2015 hält die Versicherung fest: »Es ist nicht mehr auszuschließen, dass der Versicherte bereits tot ist und von den Angehörigen ein Leistungsmissbrauch vollzogen wurde.«

Die Rentenversicherung schickte Anfragen an Standesämter, Nachlassgerichte, Meldeämter.

Ein Jahr verging.

Anfang September 2016 bat die Rentenversicherung die Polizei, Ermittlungen aufzunehmen.

Wenige Wochen später klingelten die Beamten bei Hosangs Sohn. Seine Frau sagte, Emmerich lebe nicht bei ihnen, schickte sie in die Schmiede, zu ihrem Mann, der rief seine Mutter. Hosang kam und erzählte den Beamten, 1997 sei Emmerich von seinem Enkel nach Staßfurt geholt worden, bis 2013 habe er sein Geld noch mit seinem Enkel bei ihr abgeholt, in den letzten Jahren sei der Enkel dann allein gekommen, sie könne Quittungen vorlegen. Er sei auch derjenige gewesen, der ihr mitteilte, der Alte sei verstorben.

Wenige Tage bevor Angelika Hosang die Ermittler in den Keller führt, gibt es einen Vermerk in der Akte, beigeheftet ist ein Foto als Farbkopie. Auf dem Bild sitzt ein Mann mit grauen Haaren, Zigarre in der Hand, hinter ihm ein Mann auf einer Liege.

Der Mann mit Zigarre, notierten die Beamten, sei laut Zeugin Walter Emmerich, der Mann auf der Liege der besagte Enkel, Tobias Walter.

Die Ermittlungen ergaben, dass Walter Emmerich keinen Enkel hat, der Tobias Walter heißt.

Der Mann mit Zigarre ist Sigmund Freud, als Wachsfigur im Madame Tussauds, die Person im Hintergrund ein Patient, auch er aus Wachs.

Angelika Hosang wusste nicht, wer Sigmund Freud ist. Sie hatte bei einer Umschulung vom Arbeitsamt gelernt, wie man im Internet recherchiert. Auf ihrem Facebook-Account hatte sie Bilder von alten Männern durchgeschaut, bis sie einen fand, der Walter Emmerich ähnelte.

Am 26. Oktober 2016 holten die Ermittler Angelika Hosang aus dem Lindenweg. Norbert kam in die Psychiatrie. Auf dem Polizeivideo von diesem Tag trägt sie eine fliederfarbene Fleecejacke, schwarze Stiefel, ihr Haar ist nicht gekämmt.

Fast drei Jahre später liegen Walter Emmerichs Knochen in einer Tüte bei der Rechtsmedizin, Angelika Hosang sitzt im



Fotos: Milos Djuric / DER SPIEGEL

Hosangs Voliere, Kleiderliste fürs Gefängnis: Fünf Paar Schuhe, sieben Hosen

Saal A23 des Landgerichts Magdeburg. Die Staatsanwaltschaft ermittelte wegen Mordes, klagte Angelika Hosang wegen Totschlags und Betrugs an.

Sie wird in diesem Gerichtssaal Angehörigen von Walter Emmerich begegnen. Manche kennt sie noch aus den Neunzigerjahren. Wenn sie mit Emmerich nach Staßfurt fahren, klingelte er hin und wieder bei ihnen, nie wollten sie ihn reinlassen. Auch die Angehörigen werden in diesem Saal aussagen, Angelika Hosang zu kennen. Der Alte habe sie vorgestellt als seine Haushälterin, als seine neue Lebensgefährtin. Ihr seid enterbt, habe er gerufen. Sie sind sich sicher, Angelika Hosang habe den Vater nur erschlagen, weil sie an sein Geld wollte.

Im Saal A23 zweifelt die Rechtsmedizinerin an Angelika Hosangs Aussage, der

Rentner, mit Herz-Kreislauf-Problemen, Bronchitis und gewickelten Beinen, sei nach dem Messerstich aufgesprungen und zur Tür gelaufen. Sie versteht nicht, wie die kleine Frau in der Lage gewesen sein soll, die Leiche allein zu heben.

»Hat Ihnen dabei jemand geholfen?«, fragt der Richter.

»Nein«, antwortet Hosang.

Sie trägt eine weiße Bluse, verschränkt die Hände auf dem Tisch, sie wirkt so, als versuche sie sich zu erinnern, warum sie überhaupt hier sei.

Eine Frau im Rollstuhl wird an ihr vorbeigeschoben, in den Zeugenstand. Die Frau ist 74 Jahre alt, sie ist die älteste lebende Tochter von Walter Emmerich. Sie nennt ihren Vater auch nur »den Alten«, spricht mit leiser Stimme, irgendwann

beginnt sie zu weinen. »Wie kann ein Mensch so grausam sein?«, sagt sie. »Ich habe ihn nicht gemocht, aber so hätte er nicht sterben müssen.«

Ein Klinkerbau in Staßfurt, erster Stock. Günter Emmerich sitzt in Boxershorts auf einer braunen Couch, er ist 77, der dritte Sohn von Walter Emmerich. Vor ihm auf dem Tisch Schmerzcreme und Traubensaft. »Große Scheiße war unsere Kindheit«, sagt er. »Wir konnten nix werden, wir hatten keine Freunde, kein Erfolg in der Schule, immer hatte er Streit, mit Kollegen, mit Nachbarn.« Ein »komischer Kerl« sei der Vater gewesen, ein Wandervogel, der immer wegwollte. Er heiratete die Mutter, Klara, eine Fleischertochter, ging in den Krieg, wurde Sanitäter, erst Westfront, dann Ostfront, verletzte sein rechtes Bein, die Hüfte, den Finger, sortierte Bilder aus dem Krieg in Fotoalben. Als er zurück war, hielt er Schweine und Kaninchen. »Er hat immer für uns gesorgt«, sagt der Sohn.

Walter Emmerich sei ein »strenger Vater« gewesen, ein Bayern-München-Fan, bei dem immer die »Sportschau« lief. »Ein schöner Mann«, sagt der Sohn, ein Frauenschwarm, vor der Heirat, nach der Heirat.

Haben Sie ein Bild von Ihrem Vater?
Nein.

Haben Sie sich nicht gewundert, warum Ihr Vater nie vorbeikam?

Er war kein Besucher.
Sind Sie mal zu ihm nach Rieder?

Ich habe nie gewusst, wo der wohnt.

Warum haben Sie ihn nie gesucht?

Was soll ich bei einem Menschen, der sich von der Familie lossagt?

Ein Freizeitpark in Plötzky, Wiener Schnitzel und Cola. David, der jüngste Enkel von Walter Emmerich, ist 36 Jahre alt, er ist der Sohn von Friedhelm.

Er erzählt von einem Großvater, der ihn eine Pausenlänge in der Schule besuchte, ihm 50 Mark in die Schulmappe steckte, ihm ein rot-schwarzes Mountainbike zum neunten Geburtstag schenkte, mit ihm in die Eisdiele Benatti fuhr und immer zwei Kugeln Vanille bestellte.

Zu Hause spielte der Großvater Mau Mau mit ihm, teilte die Schmalzsnitte in kleine Würfel. Wenn er ihn umarmte, pikte sein Bart, er roch nach Rasierwasser.

Irgendwann sei Walter Emmerich nicht mehr gekommen.

Haben Sie mal nach Ihrem Großvater gesucht?

Nein.

Hat Ihr Großvater ein Grab heute?

Weiß ich nicht.

Staßfurt, eine ruhige Straße, Einfamilienhaus. Sie steht am Fenster, sie wolle nicht über ihn reden, sagt sie, wolle abschließen mit der Sache. Sie ist eine Enkelin, 57, eine Tochter von Emmerichs ältester Tochter.

In ihrem Wohnzimmer hängen Bilder in Rahmen, sie schenkt Kaffee in Porzellan.

Haben Sie sich nie gewundert, dass Ihr Großvater so lange lebt?

Wir haben mit meiner Mutti immer gedacht, böse Menschen leben halt lang.

Sie erinnert sich an sein hageres, eingefallenes Gesicht, Mundwinkel immer unten. Sie habe es gehasst, als Kind zu ihm zu gehen, später als junges Mädchen seine Fenster zu putzen, um »Omi Klara« zu helfen. Die Großmutter sei eine schwache Frau gewesen, die dem Alten nie widersprach. Sie erinnert sich an »Waldi«, den Dackel, den der Großvater immer so doll trat, dass der durch die Wohnung flog. An einen Mann, der sich nicht für Mädchen interessierte, schon gar nicht für die, die gut in der Schule waren.

Als ob sie sich nur das zurückgenommen hätte, was der Staat ihr all die Jahre verwehrte.

Und sie erinnert sich an Jürgen, an diesen Jungen, nur ein Jahr älter als sie, der bei ihren Großeltern lebte, vor dem sie alle Angst hatten als Kinder, weil er sich anders verhielt. Jürgen, der mit 16 in eine Behindertenunterkunft gegeben wurde, weil Oma Klara keine Kraft mehr hatte, sich um ihn zu kümmern.

Damals habe ihr keiner gesagt, dass Jürgen der Sohn von ihrem Großvater sei, gezeugt mit seiner zweitältesten Tochter, kurz nach deren 15. Geburtstag. Jene Frau im Rollstuhl, die im Gerichtssaal sagte, so habe der Alte nicht sterben müssen.

In den Familienalben kratzten und schnitten seine Töchter Emmerichs Gesicht aus. In der Ermittlungsakte gibt es nur ein Bild von ihm. Er steht bei einer Trauung in zweiter Reihe, trägt Anzug und Brille. Seine jüngste Tochter hat es den Ermittlern zur Verfügung gestellt.



Gast Emmerich auf einer Trauung
Böse Menschen leben lang

Auszüge aus ihrer Zeugenvernehmung: *Mein Vater war im Krieg. Wenn er auf Urlaub war, hat er meiner Mutter ein Kind gemacht. Der war Nazi durch und durch. Der hatte eine siebensträhnige Peitsche, mit der er meine großen Geschwister nur verprügelt hat.*

Das erste Mal wurde ich von meinem Vater missbraucht, als ich 13 Jahre alt war.

Ich rieche und fühle ihn heute noch. Ich werde nachts wach und habe seinen Geruch von Zigarettenrauch und Schweiß in der Nase. Ich habe immer nur gehofft, dass ich nicht von ihm schwanger werde.

Keiner aus der Familie zeigte Walter Emmerich an. Von seinem Tod erfuhren sie aus der »Volksstimme«.

Angelika Hosang steht in ihrer Küche im Lindenweg und sortiert Schweinerippen. Sie will das Fleisch anbraten, in Frischhaltebeuteln einfrieren. Norbert sei es nicht gewohnt zu kochen. Ohne sie, sagt auch er, wenn es gar nicht mehr gehe, trinke er vielleicht eine ganze Pulle und nehme sich einen Strick.

Das Gericht hat Angelika Hosang zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Der Messerstich und der Angriff mit dem Beil seien Notwehr gewesen. Hosang habe sich in der Angst gewehrt, vergewaltigt zu werden.

Verurteilt wurde sie wegen Betrugs an der Rentenversicherung über 104 833,26 Euro. Es ist der Betrag, den sie ab April 2004 einbehielt.

Der Betrug beginnt nach deutschem Recht mit ihrem ersten Anruf bei der Rentenversicherung, bei dem sie sich als seine Tochter ausgibt.

Auf ihrer Veranda sagt Angelika Hosang, sie bereue nicht, Walter Emmerich getötet zu haben. Sie denke auch heute noch jeden Tag an ihn. Sie ist wütend auf den Alten, der ihr Leben zerstört habe, alles, was sie sich aufgebaut habe.

Als Angelika Hosang vier Jahre alt war, starb die Mutter an Krebs. Sie war das zweite von sechs Geschwistern. Der Vater nahm den Sohn, gab die älteste Schwester zu den Großeltern.

Angelika und drei weitere Geschwister kamen in ein Kinderheim. Es waren ein Walzwerker und eine Putzfrau, die eine Zeitungsanzeige in der »Freiheit« lasen und Angelika zu sich holten. Sie wuchs auf als Einzelkind.

Ihr Adoptivvater ging mit ihr Pilze sammeln, Angelika spielte Akkordeon, lernte Köchin im Betriebsferienheim, arbeitete in Sterneküchen, wurde Küchenchefin.

»Ich habe mich nie anfassen lassen in all den Jahren«, sagt sie.

Sie habe nichts von seiner Vergangenheit gewusst, sagt sie. Seit der Gerichtsverhandlung redet sie immer wieder über seine Töchter und versteht nicht, warum

Das Wissen der Besten



Unter anderem mit diesen Themen:

Gesundheit

Schützen Sie Ihre Mitarbeiter vor dem Virus

Geschäftsmodelle

Wie Sie mit Abos wirklich Geld verdienen

Diversity

So bekämpfen Sie Rassismus im Unternehmen



Jetzt die neue App downloaden

harvardbusinessmanager.de

sie nicht froh sind, dass dieses Monster endlich weg sei.

Unfair und undankbar findet sie auch diesen Staat. Honecker habe sie verkauft, Kohl hätten sie noch gewählt, Schröder brachte dieses Hartz IV, das ihr nie gereicht habe. Merkel ist auf der Veranda im Lindenweg nur die »Stasi-Sau«.

Dann vergleicht sich Angelika Hosang wieder mit Uli Hoeneß, der 28,5 Millionen Euro Steuern hinterzog und wieder rauskam. Und sie solle jahrelang in den Knast?

Wenn man Angelika Hosang zuhört, wirkt es so, als ob sie sich nur das zurückgenommen hätte, was der Staat ihr all die Jahre verwehrte. Auf ihrer Veranda steht ein Fernseher, der nicht funktioniert, ein Kofferradio aus DDR-Zeiten. Dieser Staat, der denke sogar an die Neuen, die kommen, aber nie an die kleinen Leute.

Angelika Hosang telefoniert viel an diesem Nachmittag, macht Arzttermine, Gallensteine, Zysten, Magengeschwür, verstopfte Arterien, Norberts Blindheit, seine Wunden an den Beinen. Irgendetwas werde es wohl geben, hofft sie, was erst einen Haftaufschub, später ihre vorzeitige Entlassung rechtfertigen werde.

Sie streicht auf ihrem Handy durch YouTube-Videos, sieht sich einen Selbstversuch von einer Fernsehredakteurin an, die sich in eine Einzelzelle schließen lässt. »Wenn mir das passiert, drehe ich durch«, sagt sie.

Ihr werde das Autofahren fehlen, die laute Musik, wenn sie mit 170 über die Landstraßen fährt, die Tierfilme mit Norbert. Ihre Kanarienvögel.

Angelika Hosang putzt die Küche, wischt über ihre Plastikpflanzen, wählt die Nummer vom Frauengefängnis. Sie will wissen, wie viele Unterhosen und Strickjacken sie mitnehmen darf, sie notiert sich die Anzahl in einem karierten Notizblock. Als sie fragt, wie viel Bargeld sie mitbringen darf, sagt der Gefängnisbeamte, »so viel Sie haben, auch eine Million«, Hosang lacht, »schön wär's«, sagt sie.

Als sie den Beamten fragt, ob sie ihr Lieblingskissen einpacken darf, ein paar Noten fürs Musizieren vielleicht, kriegt ihre Stimme einen weichen Klang. Sie klingt nicht flehend, eher wie eine Frau, die immer bekommt, was sie will.

Anfang Juni ruft Angelika Hosang aus dem Gefängnis an. Sie ist in diesem Jahr 63 geworden. Ihre Rente sei das erste Mal gekommen, sagt sie, »eine Frechheit« sei das, 394 Euro. Sie warte seit Wochen auf ein Päckchen von zu Hause, sagt sie weiter, sie habe ihre Lieblingskekse bestellt, Kaffee, Tabak für Zigaretten.

Ihr Sohn habe ihre EC-Karte, sie erreiche ihn seit Tagen nicht.

Mitarbeit: Henrik Neumann

Entstaubt

Homestory Sind Mädchenschulen gestrig?
Meine war es nicht.

Wir waren zehn Jahre alt und mussten entscheiden, wie unser Leben weitergehen würde. Wir saßen in der Aula der Grundschule, meine Freundin und ich, es war im Sommer 2000, wir überlegten, auf welche Schule wir gehen sollten.

Es gab das gemischte Gymnasium, ein langweiliges Gebäude neben der alten Eishalle in Bad Tölz. Und dann noch das Schloss in Lenggries. Es ist hellgelb, hat einen Turm und eine Kirchturmuhre und steht auf einem Hügel an einem Wald, es war mal das Jagdschloss der Luxemburger Großherzöge. Es hat Dielentreppen, die knarzen, wenn man sich in der Pause daraufsetzt, es hat alte Statuen und Festsäule und Spukgeschichten, die man sich erzählen kann.

Ich wollte ins Schloss. Dass sich darin die von Ordensschwwestern gegründete katholische Mädchenschule St.-Ursula-Gymnasium Schloss Hohenburg befand, nahm ich in Kauf. Das Wort Mädchenschule klang für mich angestaubt, das schon. Andererseits klang es auch nach Ruhe vor Störern.

Ob Mädchen einen »Schonraum« brauchen, wird zurzeit wieder diskutiert, deshalb fiel mir meine Mädchenschule ein. Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz warb kürzlich für getrennten Unterricht in Physik und Mathematik. Anders, so ihr Argument, würden Mädchen nicht den Weg in solche Fächer wählen, im Studium nicht und nicht im Beruf.

Der Streit kommt immer wieder, in Wellenbewegungen, über mehr oder weniger Koedukation im Unterricht. Wir hatten gar keine Koedukation. Es war nicht schlecht.

Damals als Zehnjährige erzählte ich meiner Mutter von dem Wunsch, auf das Mädchengymnasium im Schloss zu gehen. Sie sagte »Klar«, obwohl sie nicht mal katholisch war und nur so quasi evangelisch. Sie zog mich und meinen Bruder allein groß, ohne Mann. Sie war kein gestriger Mensch, und natürlich klang das Konzept Mädchenschule gestrig, im damals noch tiefschwarzen Bayern, es klang nach CSU-Pädagogik und konservativem Rollenmodell. Aber meine Mutter überließ mir die Entscheidung. Also ging ich von der fünften Klasse bis zum Abitur nach Hohenburg.

Natürlich gab es Stress und Konkurrenz in meiner Mädchenklasse, man braucht dazu keine Jungs. Meine Klasse war aufgeteilt in die Coolen oder die, die sich dafür hielten, man erkannte sie an ihren »George, Gina & Lucy«-Markentaschen. Dann die Supersmartens, denen man Karrieren unterstellte, um die man sie jetzt schon beneiden konnte. Und die dazwischen, zum Beispiel mich. Ich bekam gute Noten,

wenn ich schrieb: Deutschaufsätze und Essays in evangelischer Religion. Und ich war fast hoffnungslos schlecht in Mathe. Auch die Mädchenschule Hohenburg vollbrachte da keine Wunder.

Aber die Schule hat uns etwas erspart, und damit meine ich jetzt nicht die Konkurrenz der Jungs. Ich meine das Klischee. Ich kann mich nicht erinnern, dass jemals jemand sagte: Na ja, das kannst du nicht, oder das kannst du nicht gut, weil du ein Mädchen bist. Niemand hat meine Schwächen in der Infinitesimalrechnung auf mein Geschlecht zurückgeführt. Manche Schülerinnen, auch ich, bekamen Nachhilfe von einer ehemaligen Lehrerin, bis wir das mit der Infinitesimalrechnung so weit begriffen, dass es fürs Abi reichte. Ich bekam sogar elf Punkte.

Wir hatten den Auftrag, unsere Rolle selbst zu suchen. Meine Klassenkameradinnen studierten später Biologie, Physik, Ingenieurwesen, Modedesign, eine ist Flugbegleiterin. Und ich gab das mit der Mathematik gleich wieder auf und wurde Journalistin. Zwei meiner Lehrer hatten mich dazu ermutigt.

Die Zahl der Mädchenschulen in Deutschland sinkt, doch auf dem St.-Ursula-Gymnasium Schloss Hohenburg und der angeschlossenen Realschule sind weiterhin nur Schülerinnen zugelassen. Die Hohenburger Schulbroschüre wirbt mit »gebührender Wertschätzung« für einander und »überdurchschnittlichen Abschlüssen«; natürlich muss die Schule ihre Existenz verteidigen in einer Zeit, die nach Gleichberechtigung verlangt.

Ich fuhr nach Hohenburg, um den Direktor und seinen Stellvertreter zu treffen, und ihnen die Frage nach der Existenzberechtigung der Schule zu stellen. Ich betrat das Schloss, ging vorbei am »Jagdsaal«, sah auf Wände voll mit Szenen von Männern auf der Jagd. Entschlossene Männer. Männer, die sich beweisen mussten. Ich dachte über Kunst im Patriarchat nach, fragte mich, ob mir die Gemälde früher eigentlich aufgefallen waren, bog um die Ecke, betrat das Direktorat.

Die beiden Lehrer bezogen sich auf Studien, die besagten: Auf monoedukativen Schulen seien die Abschlüsse im Durchschnitt besser.

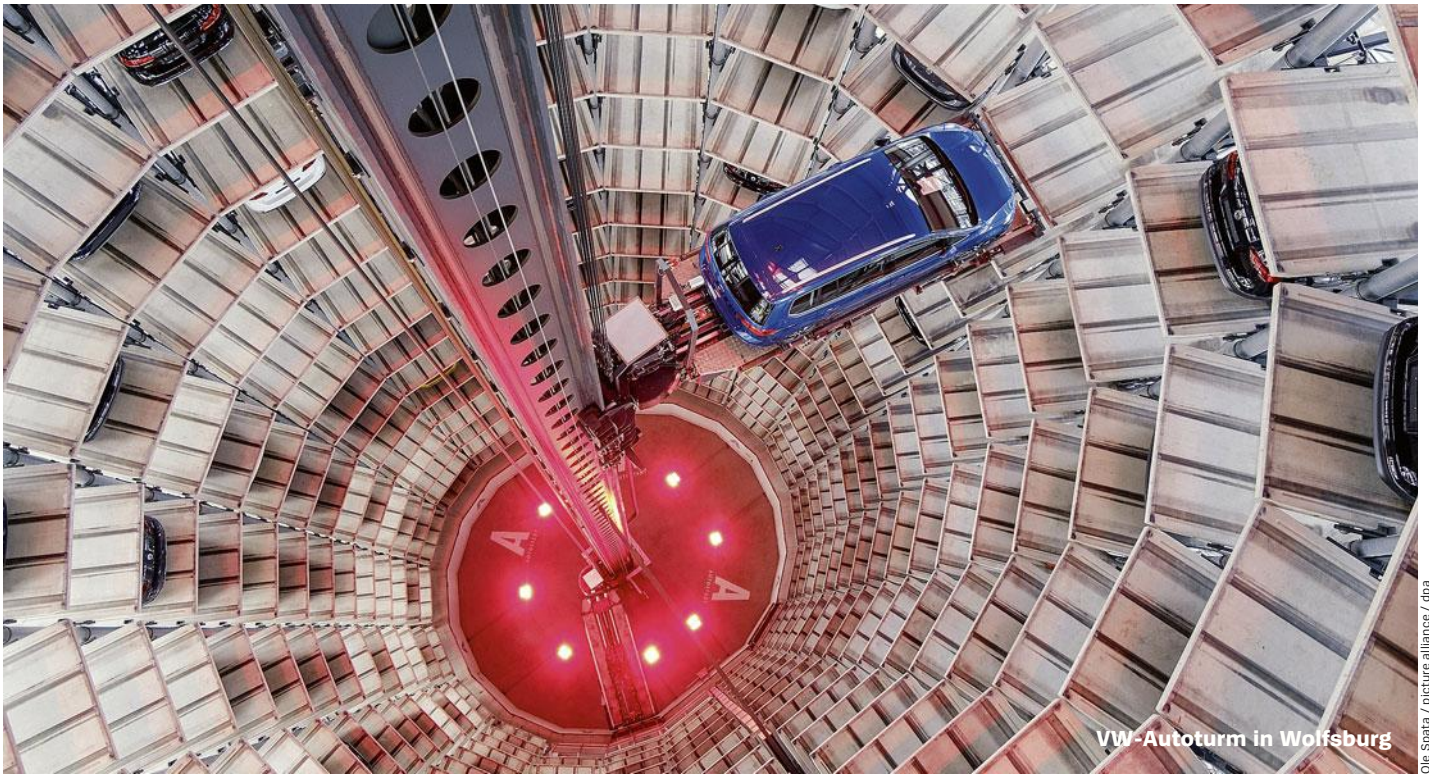
Es sei vorteilhafter, sagte der Stellvertreter, wenn Mädchen separat gefördert würden. Und er sagte: Aber die Jungs brauchten das auch.

Die beiden klangen nicht gestrig. Am Ende redeten wir über Solidarität unter Frauen und darüber, warum ich wenig davon gefunden hatte in meiner Hohenburger Zeit. Warum die Frauenbewegung kein Thema war, schließlich hatte sie seit Ende des 19. Jahrhunderts darum gekämpft, dass es Schulen wie Hohenburg überhaupt gab. »Das stimmt«, sagte der Direktor. »Es braucht Kurse hier, in denen Schülerinnen über so etwas debattierten.«

Ich verließ Hohenburg und verfiel in einen kurzen Traum. Ich sah solidarische junge Frauen, feministisch und aufgeklärt, die gemeinsam in einem Gebäude von gestern der Welt von morgen entgegenlernen. Dann fing ich mich wieder und dachte an die »George, Gina & Lucy«-Taschen und daran, wie wichtig die damals waren. Cathrin Schmiegel



Wirtschaft



Lobbyisten rügen Chaos bei der Zulassung

Autoindustrie Wegen wochenlanger Wartezeiten laufen Hersteller und Händler Sturm gegen die Ämter.

● Die deutsche Autoindustrie leidet zunehmend unter den teils wochenlangen Wartezeiten in den Zulassungsbehörden. Tausende Neu- und Gebrauchtwagen könnten derzeit nicht an die Kundinnen und Kunden übergeben werden, kritisiert Hildegard Müller, Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie (VDA). Die Folge seien »große wirtschaftliche Schäden für den Kfz-Handel und die Automobilindustrie«. Viele Ämter hatten während

des Lockdowns wochenlang geschlossen, noch immer sind vielerorts die Öffnungszeiten eingeschränkt. Arbeitsplätze und Betriebe seien durch die langen Wartezeiten gefährdet, heißt es in einer Erklärung von VDA, dem Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) und dem Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller (VDIK). Sie fordern Bundesländer und Kommunen auf, »kurzfristig und entschlossen gegenzusteuern«. Vor

allem solle endlich das Zulassungsverfahren via Internet eingeführt werden. Dann könnten Kunden Erstzulassungen oder Umschreibungen bequem von zu Hause erledigen. Auch das Bundesverkehrsministerium macht Druck: Die digitale Anmeldung scheitere vor allem daran, »dass die Portale entweder nicht vorhanden, nicht vollständig, schlecht auffindbar oder aber fehlerhaft sind«, heißt es in einem Schreiben an die Zulassungsbehörden. MIK, ROM, SH

US-Strafzölle Marmeladenkrieg fällt aus

● Der Versuch von US-Präsident Donald Trump, der deutschen Marmeladenindustrie mit Strafzöllen zu schaden, dürfte ins Leere laufen. Ab dem 1. September erheben die USA zwar zusätzlich 25 Prozent auf Fruchtarmeladen aus Deutschland. Der Branche wird das allerdings kaum etwas anhaben. Im vergangenen Jahr wurden nur zwei Prozent der hier produzier-

ten Marmelade in die USA exportiert. Die Schwartauer Werke etwa erwirtschaften 80 Prozent des Umsatzes in Deutschland. Der Aachener Hersteller Zentis gibt an, von den Strafzöllen nicht betroffen zu sein, klassische Konfitüren vertreibt Zentis in den USA nicht. »Für die Unternehmen sind die Strafzölle nicht bedrohlich, aber sehr ärgerlich«, sagt Christoph Freitag, Geschäftsführer des Bundesverbands der obst-, gemüse- und kartoffelverarbeitenden Industrie (BOGK). Im vergange-

nen Jahr seien die Marmeladenexporte in die USA um 22 Prozent gestiegen. Diese Wachstumsdynamik sei wahrscheinlich auch der Grund dafür, dass die Brotaufstriche auf der Strafzollliste der Vereinigten Staaten gelandet seien. Ursächlich für den Zollstreit ist ein Urteil der Welthandelsorganisation, wonach jahrelange EU-Subventionen für den Flugzeugbauer Airbus rechtswidrig waren. Im Gegenzug erheben die USA nun Straf-abgaben auf EU-Produkte. RWI

Konsumgüter

Überzogene Bio-Preise

● Ökologisch hergestellte Produkte werden überteuert verkauft – und können sich deshalb auf dem Massenmarkt nicht durchsetzen. Das ist das Ergebnis einer Studie der Unternehmensberatung A. T. Kearney, die dem SPIEGEL vorliegt. Danach sind 80 Prozent der Verbraucher gewillt, mehr für nachhaltige Produkte auszugeben, fast drei Viertel von ihnen würden aber maximal einen zehnpromzentigen Bio-Preisaufschlag akzeptieren. Tatsächlich seien umweltfreundliche Waren im Schnitt bis zu 85 Prozent teurer als herkömmliche. Modefirmen sowie Anbieter von Kosmetik- und Gesundheitsartikeln schlugen teils sogar mehr als 150 Prozent auf. Nötig sei das nicht, so die Berater. Die Produktion nachhaltiger Waren sei meist nur rund zehn Prozent teurer. Hinzu kämen nötige Zertifizierungen. Den großen Reibach machten demnach die weiterverarbeitende Industrie und Händler, die für 70 bis 80 Prozent des Preisanstiegs sorgten – obwohl ihnen kaum höhere Nachhaltigkeitskosten entstünden. So würgten die Unternehmen den Markt für ökologische Produkte selbst ab, schreiben die Autoren: Mittlerweile würden 58 Prozent der Kunden in Deutschland zwar gern nachhaltig einkaufen, lediglich 33 Prozent täten es jedoch auch. KIG



Braunkohletagebau

Jochen Tack

Energie

RWE fordert neue Regelung im Kohlevertrag

● RWE-Chef Rolf Martin Schmitz will den Vertrag über den Kohleausstieg noch einmal aufschnüren und dafür bei der Bundesregierung intervenieren. Der Kontrakt zwischen den Braunkohleunternehmen und dem Bund sieht milliarden-schwere Entschädigungszahlungen an die Energieversorger vor, die dafür Kraftwerke stilllegen und aus der Braunkohle-Verstromung aussteigen. Noch fehlt für das endgültige Inkrafttreten des Vertrags

allerdings die Unterschrift des ostdeutschen Kraftwerksbetreibers Leag. Das sich in tschechischer Hand befindende Unternehmen macht weiteren Abstimmungsbedarf geltend. Schmitz drückt nun aufs Tempo: Nach Wochen des Wartens brauche er für die Mitarbeiter und die Aktionäre Rechtssicherheit, hat der RWE-Chef intern bereits verkündet. Er will die Bundesregierung deshalb bitten, den Vertrag zu ändern, sodass der Essener Konzern die für die Schließung der Braunkohlemeiler ausgehandelte Zahlung von rund 2,6 Milliarden Euro auch dann erhält, wenn die Leag sich weiterhin verweigern sollte. FDO

Galeria Karstadt Kaufhof

Kaufhausrettung wird teuer für Benko

● Die Sanierung des Warenhauskonzerns Galeria Karstadt Kaufhof (GKK) wird kostspieliger als bislang gedacht. Der österreichische Eigentümer René Benko investiert in die Rettung des angeschlagenen Unternehmens nach SPIEGEL-Informationen insgesamt rund 1,7 Milliarden Euro. Allein im vergangenen Jahr hatte Benko mehr als 500 Millionen Euro über seine Signa Holding in die aus Karstadt und Kaufhof fusionierte Firma gesteckt. Als die Coronakrise den Händler dann zwang zu schließen, rettete sich GKK in ein Schutzschirmverfahren in Eigenverwaltung. Zuvor musste Benko allerdings noch einmal Geld geben: 162 Millionen Euro, um die für ein Schutzschirmverfahren nötige Liquidität zu gewährleisten. Nun hat sich der Milliardär im Insolvenzplan bereit erklärt, weitere 366 Millionen Euro nachzuschießen, damit die Sanierung des Konzerns noch gelingt. Allein

100 Millionen davon sollen die Gläubiger erhalten, die dem Plan, der dem SPIEGEL vorliegt, Anfang September zustimmen müssen. Sie verzichten damit zwar auf mehr als 95 Prozent ihrer Forderungen, die Alternative wäre jedoch ein Totalausfall gewesen. Die restlichen 266 Millionen Euro von Benko füllen die GKK-Kasse,



Benko

Andy Knoth / babrapicture

damit der Einkauf ausreichend Geld für das wichtige Weihnachtsgeschäft hat. Bis Mitte des Jahrzehnts will Benko für die Sanierung von GKK zudem auf Gewinnentnahmen verzichten: In den kommenden fünf Jahren soll GKK 650 Millionen Euro erwirtschaften und diese in den Umbau des Geschäftsmodells investieren – zu drei Vierteln in modernere Filialen, den Rest in das darübende Onlinegeschäft, das derzeit lediglich etwas mehr als vier Prozent zum Umsatz beisteuert. GKK solle so zum »vernetzten Marktplatz der Zukunft« werden, heißt es im Insolvenzplan. Damit das ambitionierte Sanierungskonzept aufgeht, muss die Gewinnmarge des Konzerns in den kommenden Jahren auf fünf Prozent steigen. Nur dann lassen sich die geplanten Investitionen finanzieren. Für dieses Jahr rechnet das Unternehmen – vor allem wegen des Corona-bedingten Shut-downs – mit einem Umsatzrückgang von 1,3 bis 1,4 Milliarden Euro, was etwa einem Drittel des Vorjahresumsatzes entspräche. Bislang war man von einer Milliarde Euro minus ausgegangen. KIG, SBO

Comeback des Plastiks

Recycling Die Coronakrise hat Kunststoff wieder salonfähig gemacht, er gilt als Schutz vor Kontamination. Doch vom Abfall in der gelben Tonne wird kaum etwas wiederverwertet: Das spottbillige Öl macht Neuware viel zu günstig.



Jens Blume kommen regelmäßig Zweifel, ob die Deutschen das mit der Mülltrennung im Gelben Sack wirklich verstanden haben. Vergangenes Jahr fischten seine Mitarbeiter eine Panzerabwehrrakete von einem der Förderbänder der Sortieranlage in Bassum bei Bremen. Ein anderes Mal ging Leuchtpurmunition in der Anlage hoch.

In den vergangenen Monaten kam für Betriebsleiter Blume ein schwerwiegendes Problem hinzu: Das Gelände drohte überzuquellen vor Kunststoffmüll aus der Wertstofftonne: 380 Tonnen kommen an normalen Tagen in Bassum an und werden auf Rüttelbändern und mit Infrarotscannern sortiert und in Ballen gepresst. Seit Corona sind es fast doppelt so viel: »Der ganze Hof stand voll, wir kamen mit der Sortierung nicht mehr hinterher.« Nicht nur, dass die Leute ihre Keller aufräumten und Blume auch mal Alteisen oder einen Elektromotor per Gelber Tonne schickten. Auf den Halden türmt sich das gesammelte Hygiene-Inventar der Krise: Einmalhandschuhe, To-go-Verpackungen, Desinfektionsfläschchen.

Corona hat Kunststoff zu einem fragwürdigen Comeback verholfen: Gut sieben Prozent mehr Verpackungsabfälle landen seit März in der Gelben Tonne von Privathaushalten. Auch wenn im Gewerbebereich weniger Müll angefallen sei, habe der Kunststoffmüll insgesamt zugenommen, teilte das Recyclingunternehmen Der Grüne Punkt mit.

Der Krise gelang, was keine PR-Kampagne je vermochte: das Image von Plastik zu drehen. Gestern noch als Verschmutzer der Weltmeere verpönt, scheint für viele Menschen Kunststoff nun der adäquate Schutz gegen eine Corona-Kontamination zu sein. Selbst geschäumtes Polystyrol-Einweggeschirr, von kommendem Jahr an in der EU verboten, werde wieder nachgefragt, heißt es beim Einweghersteller Papstar. Aus Umweltschutzgründen seien diese Produkte eigentlich »komplett im Keller« gewesen, aus gegebenem Anlass hätten einige Hersteller die Produktion nun wieder hochgefahren.

Von der Ansteckungsangst profitieren auch Firmen wie Hellma, eine Tochter des Südzucker-Konzerns. Das Unternehmen vertreibt Salz und Zucker in Papiersticks oder Honig in Plastik-Portionchen – Produkte, die in der Gastronomie wieder en vogue sind, da gläserne Salz- und Zuckerstreuer als Infektionsquelle gelten.

Der neue Plastikboom müsste die Recycler eigentlich freuen. In ihren Anlagen werden die gebrauchten Shampooflaschen, Joghurtbecher und all die aus Öl erzeugten Kunststoffpolymere aufbereitet. Ihre Maschinen schreddern, waschen und sortieren die Polystyrol-, PET- oder PP-Ballen,

die dann zu kleinen Granulatlinien geformt werden – dem Grundstoff für recyceltes Plastik, aus dem Parkbänke sowie neue PET-Flaschen hergestellt werden können.

Diese Kreislaufwirtschaft ist eines der nachhaltigeren Vermächtnisse der Kohl-Ära. Mit der Verpackungsverordnung von 1991 wurde Abfall zu einem Wertstoff und die Deutschen zu eifrigen Sortierern.

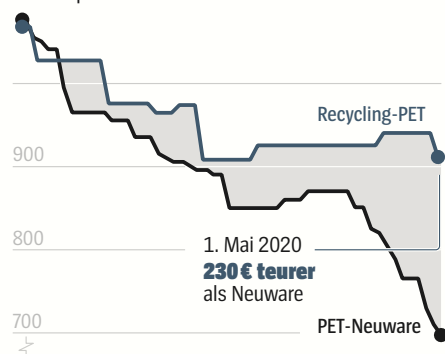
Doch so ordentlich inzwischen auch getrennt wird – wiederverwertet wird immer noch viel zu wenig: Die relativ hohe Recyclingquote von mehr als 50 Prozent täuscht

Plastikflut

Sammelmengen von **Leichtverpackungsmüll** aus Gelben Säcken, in Tonnen

März bis Juni 2019	874 175
März bis Juni 2020	937 142 (+7,2%)

Preise für Recycling-PET und PET-Neuware, in Euro pro Tonne seit Mai 2019



Ölpreis in Dollar je Barrel, Sorte Brent



Quellen: Der Grüne Punkt, ICIS, Refinitiv Datastream

darüber hinweg, dass in Deutschland nur wenig des so erzeugten Granulats wirklich zum Einsatz kommt: Von 14 Millionen Tonnen Kunststoff, die 2019 hergestellt wurden, stammten lediglich 1,9 Millionen Tonnen aus Recyclingmaterial. Knapp die Hälfte davon sind Industriereste; gerade mal gut eine Million Tonnen des deutschen Verpackungsmülls wird dem Kreislauf wieder zugeführt: mickrige sieben Prozent. Das Gros des Granulats wird neu erzeugt.

Das liegt vor allem am günstigen Preis für Neuplastik aus Erdöl, der infolge von Corona nochmals gesunken ist. Gut 900 Euro kostet die Tonne recyceltes PET-Granulat, 680 Euro die Neuware aus Öl. Auch,

weil diese aller Umweltbekundungen zum Trotz gefördert wird. Das eingesetzte Rohöl ist von der Mineralölsteuer befreit und von der Umlage für das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Vielen Verpackungsherstellern ist der umweltfreundlichere Weg folglich zu teuer. Zudem scheuen sie den leichten Grauschleier, den der Einsatz von Rezyklat mit sich bringen kann.

Für bessere Recyclingquoten sollte eigentlich das seit 2019 geltende Verpackungsgesetz sorgen, das Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) als großen Wurf feierte. Die Hersteller wurden verpflichtet, recyclingfähigere Verpackungen einzusetzen. Zudem schreibt das Gesetz vor, dass 58,5 Prozent der Plastikverpackungen aus deutschen Haushalten wiederverwertet werden müssen.

Verantwortlich für die Umsetzung sind die Unternehmen des Dualen Systems, etwa der Grüne Punkt, die sich für die Industrie um die Verwertung der Gelben Tonne kümmern. Jeder sogenannte Inverkehrbringer von Verpackungen, von Aldi bis zum Amazon-Händler, muss seine Plastikmenge bei einem Dualen System lizenzieren lassen und dafür bezahlen. Für dieses Entgelt sammeln die Systempartner die Abfälle dann ein und sorgen dafür, dass der Kunststoff bei einem Recycler landet.

Doch das Konzept des Kreislaufs ist nicht zu Ende gedacht. Wenn die Recycler nicht zu konkurrenzfähigen Preisen Plastik absetzen können, nutzt die schönste Sammelquote nichts.

Vor wenigen Wochen erst warnte die Chefin der Zentralen Stelle Verpackungsregister, Gunda Rachut, die gesetzlichen Recyclingquoten seien ohne ausreichenden Rezyklateinsatz nicht einzuhalten. Wegen der ruinösen Preise hätten »viele Hersteller über Monate nicht produziert«, sagt Rachut, deren Behörde die Einhaltung des Verpackungsgesetzes kontrollieren soll. Wenn die Industrie nicht deutlich mehr recycelte Materialien einsetze, »dann müsste der Gesetzgeber handeln«.

Thomas Fischer zeigt sich vom plötzlichen Aktivismus überrascht. Strengere Normen fordert der Kreislaufexperte der Deutschen Umwelthilfe schon lange. Das Verpackungsgesetz sei »kompletter Murks« und viel zu nachsichtig. Ausgerechnet den Dualen Systemen die Verantwortung für umweltgerechtere Verpackungen zu übertragen sei ein Fehler gewesen: »Deren Wettbewerb hat bisher zu ruinösen Rabatten für die Verpackungshersteller geführt, er lässt keinen Spielraum, umweltfreundliches Handeln zu belohnen.« Man hätte längst Mindesteinsatzquoten von Rezyklat festschreiben müssen, so Fischer.

Ähnlich sieht das Michael Wiener, Geschäftsführer des Grünen Punktes, der selbst zwei Recyclinganlagen betreibt. Es

sei falsch, nur auf die Verwertungsquoten zu schauen. Der Einsatz von Rezyklat müsse gefördert und Neuware verteuert werden. Gegen die von der EU-Kommission geplante Plastiksteuer von 80 Cent pro Kilogramm nicht recycelten Kunststoffes, die die Länder ab 2021 an Brüssel überweisen sollen, hat er grundsätzlich nichts: Nur so könne man mit dem billigen Rohölpreis konkurrieren. Allerdings sollten die Einnahmen nicht zweckentfremdet werden, sondern der Forschung und Entwicklung im Recycling zugutekommen.

DUH-Experte Fischer hält sogar eine Plastiksteuer von zwei Euro für ratsam: »Unnötige Plastikverpackungen müssen den Herstellern finanziell wehtun. Erst dann werden sie umsteuern, erst dann kann das Marketing nicht mehr glänzende Mehrschichtmaterialien diktieren, die keine Sortieranlage auseinanderbekommt und die bloß in der Verbrennung landen.«

Fragt man bei Firmen an, wie es ums Recycling bestellt sei, dann reden sie dort gern von Allianzen, in denen gegen die Plastikflut gekämpft wird, und von »Ocean Plastic«, das angeblich am Strand gesammelt und zu neuen Verpackungen verarbeitet wird. Wortkarg werden die Unternehmen hingegen, wenn es um den eigenen Plastikverbrauch geht. Henkel (Persil, Weißer Riese) etwa benötigte im Jahr 2017 noch unglaubliche 453 000 Tonnen Kunststoff für seine Produkte, 2019 waren es immerhin rund 20 Prozent weniger.

Der Rezyklateinsatz scheint noch immer ein Problem: Bei den dünnen Waschmittelbeuteln etwa würden schon »kleine Verunreinigungen« den Herstellungsprozess stören, so das Unternehmen. Sorge hat man bei Henkel um das Druckbild, die Temperaturstabilität sowie Sperr- und Barrierefunktionen, was scheinbar allein Neuplastik garantiert.

Wirklich? Die Funktionstests hat auch der Tiefkühlhersteller Frosta gemacht, der nicht Wasch-, sondern Lebensmittel produziert – und sich für die Umstellung von Plastik- auf Papierverpackungen entschieden hat.

Für etwas mehr Fortschritte in der Wiederverwertung könnten nun die deutschen Discounter sorgen, allen voran die Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland). Abfall gilt als neues Schlüsselinvestment der Neckarsulmer. In den vergangenen zwei Jahren kauften sie sich eine eigene Wiederaufbereitung zusammen und übernahmen den Entsorger Tönsmeier und den Recycler Sky Plastic. Bis 2025 sollen die Verpackungen der Eigenmarken maximal recyclingfähig werden. Schon jetzt sind Lieferanten angehalten, das Ge-



LARS BERG / DER SPIEGEL

Betriebsleiter Blume

Das Gelände drohte vor Müll überzuquellen

wicht ihrer Verpackungen zu reduzieren, mindestens 30 Prozent Rezyklat einzusetzen oder 80 Prozent Recyclingfähigkeit zu garantieren.

Klingt gut, in der Theorie. De facto standen während der Coronakrise die beiden Standorte des Schwarz-Recyclers, wo sonst 95 000 Tonnen Granulate pro Jahr hergestellt werden, wochenlang still.

Der Plastikstau zog sich quer durch die Republik, auch in der Sortieranlage in Bassum ist er unübersehbar. Weil kaum jemand die Kunststoffballen abnimmt, bleiben sie wochenlang liegen. Die Tetrapak-Restrampen umweht inzwischen ein süßlicher Gärgeruch. »Milchsäurebakterien«, sagt Betriebsleiter Blume. Wegen der hohen Temperaturen und der vielen Insekten lässt er die Ballen von Kammerjägern desinfizieren.

Beim Kunststoffrecycler APK in Merseburg fanden sich Anfang August Kakerlaken in einer Kunststofflieferung. »Da ging der ganze Lkw zurück«, sagt Vorstandschef Klaus Wohnig. Auch APK leidet unter dem Preisverfall bei Granulat. Dabei kann das Unternehmen mehr als normale Recycler: Durch ein lösemittelbasiertes Verfahren können sogar die unbeliebten Multilayer, also Mehrschichtverpackungen, zerlegt werden. Zudem ist APK in der Lage, die Kunststoffe zu entfärben, wodurch relativ helles Granulat entsteht.

Wie sehr allerdings die Qualität der Kunststoffballen leidet, die aus den überquellenden Sortierablagen kommen, zeigt sich an einer Charge aus Hamburg vom 11. August. Laut Lieferpapieren soll dieser Ballen gut zu verwertende Folien enthalten. Tatsächlich fallen Wohnig und seinen Mitarbeitern beim Auseinandernehmen Radschläuche, Styropor und eine Staubsaugerdüse entgegen. »Die Fremdteile nehmen dermaßen zu, dass wir das kaum noch verarbeiten können.«

APK bekommt von den Dualen Systemen etwa hundert Euro pro Ballen für die aufwendige Verarbeitung derartiger Reste, kein lohnendes Geschäft. Neulich habe ein Entsorger ihn auf 90 Euro drücken wollen, berichtet Wohnig. Sonst würde er die Ladung in die Türkei schicken. »Die Türkei scheint das neue Malaysia zu sein«, sagt der APK-Chef.

Malaysia wurde für viele Länder zur Rettung beim Abbau ihrer Plastikberge, als China seine Grenzen für Kunststoffreste Anfang 2018 schloss. Mehr als 130 000 Tonnen Plastikreste aller Art, mehr oder weniger gut sortiert, schickte allein Deutschland vergangenes Jahr dorthin, der vermeintliche Recyclingweltmeister. Noch näher liegt die Türkei. Verbieten ist die Lieferung in diese Länder nicht, solange die Recyclinganlagen dort entsprechend zertifiziert sind.

Vor einigen Wochen berichtete die BBC, dass britischer Hausmüll, der in der Türkei recycelt werden sollte, dort verbuddelt oder verbrannt wurde. »Die meisten Firmen hier haben zwar Importlizenzen, aber sie importieren viel mehr, als sie verarbeiten können«, sagt Nihan Temiz Atas von Greenpeace Türkei. Im Juli verhängte das Umweltministerium in Ankara deswegen gegen acht Betriebe eine Strafe von umgerechnet einer halben Million Euro und entzog ihnen die Lizenzen. »Ein Land, das nicht mal seinen eigenen Müll managen kann, sollte sich nicht noch weiteren reinholen«, sagt Atas.

Probleme mit fragwürdigen Anlagen und entsprechenden Gutachten bestätigt auch Müllaufseherin Rachut, die Chefin der Zentralen Stelle Verpackungsregister. Aus dem Dualen System würden aber nur untergeordnete Mengen exportiert.

Laut Statistischem Bundesamt lieferte Deutschland 2019 immerhin rund 64 000 Tonnen Kunststoffabfälle in die Türkei, gut dreimal mehr als 2017. Zum Recyceln.

Doch Plastikballen finden sich auch an Straßenrändern der Stadt Adana, wie in Videoaufnahmen zu sehen ist, die Greenpeace von Anwohnern im Juli erhielt. Eine Perwoll-Flasche ist darauf zu erkennen, Etiketten von Hareico-Grillbratwürsten und Spülmittelbehälter der Firma Frosch – die ja eigentlich für Umweltschutz steht. Nils Klawitter

13,7

Prozent
der in Deutschland
verarbeiteten
Kunststoffe stammen
aus recyceltem
Material.

2019; Quelle: Conversio/
PlasticsEurope Deutschland

Sauerei im Stall

Landwirtschaft Filmaufnahmen zeigen, wie qualvoll Schweine gehalten werden. Am betroffenen Betrieb ist ein bekannter Bauernvertreter beteiligt.

Neugeborene Ferkel saugen an den Zitzen ihrer Mutter, die regungslos in ihrem engen Stahlkäfig liegt. Ferkel stolpern über ihre toten Geschwister, rutschen auf der verkoteten Nachgeburt aus oder liegen sterbend auf dem Boden. Kastenstände so eng, dass sich die Schweine kaum bewegen können, manche kaum breiter als einen halben Meter.

Es sind verstörende Videobilder, die Tierrechtsaktivisten Anfang Juni in einer Anlage im vorpommerschen Siedenbollentín gedreht haben. Die Organisation Animal Rights Watch (Ariwa) hat die Aufnahmen dem SPIEGEL zur Verfügung gestellt. Der Großbetrieb gehört Dirk Andresen aus Schleswig-Holstein und seinem Vater.

Andresen ist nicht einfach Landwirt, seit verganginem Herbst ist er Sprecher der Bauernbewegung »Land schafft Verbindung« (LsV) und führt Kampagnen an gegen die Düngeverordnung, gegen schärfere Regeln für Tierhalter, gegen Umweltauflagen für Landwirte.

Auch wenn Dirk Andresen in Interviews gern angibt, er sei an dem Betrieb in Siedenbollentín beteiligt, betont er auf

eine SPIEGEL-Anfrage zu den Aufnahmen, dass er »nur eine kleine Minderheitsbeteiligung« halte und die Geschäfte nicht operativ führe.

Die Aufnahmen aus der Anlage sind schwer zu ertragen; ungewöhnlich ist das Gezeigte nicht. »Die Zustände sind branchentypisch. Kranke, verletzte, tote Tiere findet man eigentlich in jeder Schweinezucht«, sagt Sandra Franz von Ariwa. »Die Landwirte haben kein Interesse daran, die schwachen Ferkel durchzubringen.« Sie verdienten mit ihnen nur ein paar Euro.

Die Tierrechtler haben angekündigt, den Betrieb anzuzeigen, wie jedes Mal, wenn sie Verstöße gegen das Tierschutzgesetz oder die Verordnungen sehen, Konsequenzen erwarten sie daraus keine. »Die Ermittlungen werden eigentlich immer eingestellt.« Da es sich in diesem Fall wohl maximal um Ordnungswidrigkeiten handelt, käme der Tierhalter ohnehin mit einer Geldbuße davon.

Ines Advena, amtliche Tierärztin aus Münster und zweite Vorsitzende des Vereins Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft, erkennt auf den Aufnahmen indes einen klaren Verstoß gegen das Tierschutzgesetz, weil die Tiere im Abferkelbereich offenbar nicht betreut seien: »Die Überwachung der Geburtsabläufe, das Eingreifen bei Störungen ist gerade bei der Kastenstandhaltung unerlässlich.«

Zudem entsprach der Stall zum Zeitpunkt der Aufnahmen womöglich auch nicht den gesetzlichen Vorgaben. Die Haltung von Sauen in zu schmalen Kastenständen war im Jahr 2016 vom Bundesverwaltungsgericht für illegal erklärt worden. Spätestens nach dem Urteil hätten alle zu engen Ställe umgebaut werden müssen, wie es die Verordnung seit 2001 vorsieht.

Doch die Bauernproteste, auch von Andresens LsV, haben – wie so oft – gewirkt: Seit einem Bundesratsbeschluss von Anfang Juli ist die Kastenstandhaltung für weitere acht Jahre legal.

Ob die Kastenstände in Andresens Anlage groß genug sind, ist Auslegungssache. Bisher gibt die Verordnung vor, dass »jedes Schwein in Seitenlage die Gliedmaßen ausstrecken kann«. Da das häufig nicht der Fall ist, hat der Bundesrat die Formulierung erweitert: »ohne dass dem ein bauliches Hindernis entgegensteht«. Die Nachbarsau dürfte kein Hindernis in diesem Sinne sein.

Tierärztin Advena kritisiert die Änderung scharf, und auch für die Haltung in Siedenbollentín findet sie klare Worte: »Der Tierhalter scheint nicht einmal über ein Mindestmaß an Empathie zu verfügen. Er nimmt großes Leid, Schmerzen und Schäden seiner Tiere billigend in Kauf.«

Andresen selbst hat auf Anfrage zunächst über seinen Anwalt mitteilen lassen, dass in den letzten Monaten durch Bestandstierärzte, das Veterinäramt und unabhängige Audits erfolgte Kontrollen des Stalles keinerlei Anhaltspunkte liefern würden, dass die Vorwürfe zutreffen könnten. Er wolle aber das Veterinäramt unverzüglich hierüber informieren, außerdem lud er ein, den Betrieb zu besichtigen. Auf eine spätere Anfrage erneut zu inhaltlichen und technischen Details verwies er dann bei Redaktionsschluss plötzlich an die Betriebsleitung in Siedenbollentín.

Seine Position hat er aber in vielen Interviews klargemacht. Der »Lebensmittelzeitung« sagte er: »Wir brauchen jeden Tag 160 000 Schweine in Deutschland zur Versorgung der Verbraucher. Die organisiert man nicht im Kuschelstroh.« Und davon, sagt Andresen, profitierten vor allem landferne Großstadtbewohner, von denen die meiste Kritik an den Bauern komme: »Wir versorgen vor allem die Städte, übrigens auch mit Strom aus Windrädern oder Biogasanlagen.« Andresen ist selbst an Windkraft-, Solar- und Biogasanlagen beteiligt.

Längst arbeitet er am nächsten Schritt: Er möchte für die CDU in den Bundestag einziehen. Mit Trecker-Demos hat er dermaßen viel Druck aufgebaut, dass die Bundesregierung die Bewegung »Land schafft Verbindung« und den Bauernverband bat, ein Konzept für eine »Zukunftskommission Landwirtschaft« zu entwickeln. Die hat ihre Arbeit nun aufgenommen.

Ihre Aufgabe: »praxistaugliche Empfehlungen« zu erarbeiten für eine »produktive und ressourcenschonende Landwirtschaft«. Andresen sitzt mit in dem Gremium. Dass er der Richtige dafür ist, mag man angesichts der Bilder aus seinem Betrieb kaum glauben. Nicolai Kwasniewski



Stefan Weger / TSP



Animal Rights Watch

Lobbyist Andresen, Ariwa-Aufnahme: »Die organisiert man nicht im Kuschelstroh«

DER SPIEGEL

Ihre 6 Prämien der Woche

Jetzt einen neuen Leser werben und Ihre Prämie sichern!



Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglas.
Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung: € 179,-.



iPad Wi-Fi 10,2" 32 GB Spacegrau

Mit 10,2"-Retina-Display, Face ID/Touch ID und bis
10 Stunden Batterielaufzeit. Zuzahlung: € 249,-.



€100,- Prämie

Erfüllen Sie sich selbst oder Ihren Lieben einen
besonderen Wunsch!



100 € Amazon.de Gutschein

Über eine Million Bücher sowie DVDs,
Technikartikel und mehr zur Auswahl.



TechniSat DIGITRADIO 370 CD BT

DAB+/UKW-Stereoradio mit CD-Player, Audiostreaming per Bluetooth und USB-Anschluss. Ohne Zuzahlung.



Polar Fitness-Uhr »Ignite«

Die neue Generation mit GPS, Farb-Touch TFT-Display und vielen nützlichen Funktionen. Ohne Zuzahlung.

Einfach jetzt bestellen:

 **abo.spiegel.de/p20**

oder telefonisch unter: 040 3007-2700

DER SPIEGEL zum Vorzugspreis von nur €5,30 statt €5,50 je Ausgabe.

Der neue starke Staat (VI): In der Coronakrise lenkt die Regierung die Wirtschaft. Der Staat verteilt Zuschüsse, bürgt für Kredite, beteiligt sich an Firmen. Die Strategie ist teuer und



heikel. Wann wird aus dem Retter ein Vormund? Und wo gefährdet öffentlicher Einfluss den Wettbewerb? Eine SPIEGEL-Serie über das riskante Abenteuer für Staat und Markt.

Martin Hesse

Die Bosse und ihr Diener – der Staat

Essay Konzerne nutzen jede Krise und Gelegenheit, um ihre Interessen durchzusetzen. Der Kumpelkapitalismus der Deutschland AG ist einem gefährlichen, systematischen Lobbyismus gewichen.

Kennen Sie Thomas Ellerbeck? Nein? Sollten Sie aber. Er hat den Steuerzahlern, also auch Ihnen, gerade gut eine Milliarde Euro aus dem Kreuz geleiert, um den angeschlagenen Touristikkonzern TUI am Leben zu halten, zusätzlich zu den 1,8 Milliarden, die der Staat schon ein paar Wochen zuvor herausgerückt hatte.

Ellerbeck ist Group Director Corporate & External Affairs bei TUI, volkstümlicher ausgedrückt: Cheflobbyist. Er leitete einmal das Büro des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog und sitzt im Tourismusbeirat von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sowie im Vorstand des Deutschen Reiseverbands. Der Verband trommelt gerade für die Einführung von Zwangsgutscheinen für Corona-geschädigte Kunden. Flankiert werden Ellerbecks Bemühungen um die TUI, so hört man in Berlin, vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD). Was soll da schon schiefgehen?

Wenn Geld zu verteilen ist, schlägt die Stunde der Lobbyisten. So war das immer. Aber noch nie hat die Bundes-

regierung so viel Geld verabreicht wie seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie; und nie waren die Lobbyisten so einflussreich wie heute. Dabei gelingt es vor allem international agierenden Konzernen, Staatsgeld abzusaugen. Die TUI etwa ist an der Londoner Börse gelistet und gehört zu knapp einem Drittel einem russischen Oligarchen, einer spanischen Hoteliersfamilie und einem ägyptischen Milliardär. Kleinere Wettbewerber, in der Reise- und in vielen anderen Branchen, haben weder Kanäle noch Mittel, politisch Einfluss zu nehmen.

So werden die Platzhirsche bevorzugt, Newcomer und Kleine benachteiligt. Das mindert die Innovationsstärke des Landes. Von der mangelnden Gerechtigkeit ganz zu schweigen.

Die Unwucht hat ihren Ursprung in einer fatalen Abhängigkeit der Politik von den Lobbyisten der Konzerne. Die bestimmen seit Jahren mit, was in Regierungen und Parlamenten beschlossen wird. Minister und Abgeord-

nete sind abhängig von der Expertise der Unternehmen; sie lassen sich von ihnen bei der Formulierung von Gesetzen helfen und verstehen sich oft selbst als oberste Lobbyisten für die Vorzeigebereichen des Landes.

Die aktuelle Spenderfreudigkeit des Staates lockt die Strippenzieher der Konzerne an wie das Licht die Motten. Die Lobbyisten machen längst nicht mehr nur Rettungskredite locker, sondern auch als Konjunkturlösungen getarnte Subventionen. Manchmal geschieht das so offensichtlich, dass es peinlich wird. Die Autobranche etwa – angeführt von VDA-Präsidentin Hildegard Müller und unterstützt von den Ministerpräsidenten der Autoländer Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen – warb so ungeniert für eine neue Abwrackprämie, dass es der Bundesregierung kaum noch möglich war, dem nachzugeben. Die Branche erhielt stattdessen höhere Kaufanreize für E-Antriebe und eine Mehrwertsteuersenkung, die vor allem den Anbietern teurer SUV nutzt.

Die Einflüsterer wissen genau, welche Knöpfe sie bei der Politik drücken, welche Begriffe sie verwenden müssen, um zu bekommen, was sie wollen. Derzeit ist das schön an der Vokabel »systemrelevant« zu beobachten.

Eines der Lieblingsthemen von Wirtschaftsminister Altmaier war schon vor Corona, dass Deutschland »systemrelevante« Unternehmen vor ausländischem Zugriff schützen müsse. Seine Idee einer Industriepolitik war getrieben von der Angst, Europa könnte im Wettbewerb zwischen China und den USA zerrieben werden.

Corona verschob nur die Perspektive. »Systemrelevant« ist jetzt, wer einen Impfstoff entwickeln kann, bevor es Amerikaner oder Chinesen tun. In dieser Logik erschien es folgerichtig, dass sich der Bund im Juni über die Förderbank KfW mit 23 Prozent an der Biotech-Firma Curevac beteiligte. Der Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP ist zu entnehmen, dass die Initiative zu dem Staatseinstieg nicht etwa von der Bundesregierung ausging, sondern von Curevac selbst, mehrheitlich im Besitz des Multimilliardärs Dietmar Hopp.

Nahezu im Wochentakt stiegen daraufhin finanzkräftige Investoren bei Curevac ein, schließlich sammelte die Firma aus Tübingen an der US-Technologiebörse Nasdaq rund 180 Millionen Euro ein. Äußerst clever hat Curevac den Bund zum Steigbügelhalter für die eigenen Börsenpläne gemacht. Wettbewerber gucken in die Röhre.

Das Beispiel zeigt, wie gefährlich es ist, wenn Politiker den eigenen ökonomischen Sachverstand ausschalten und sich auf Souffleure verlassen.

Noch vor zwei Jahrzehnten lief das Geschäft anders. Politiker und Unternehmen bewegten sich in einem weitgehend statischen Rahmen: der Deutschland AG. Lobbyismus? Brauchte es kaum. Staat und Konzerne bildeten im rheinischen Kapitalismus eine Einheit. Man unterhielt sich auf Augenhöhe, es war ein gegenseitiges Geben und Nehmen.

Das System entstand in der Nachkriegsära; Banken finanzierten den Wiederaufbau der deutschen Industrie, sie bekamen dafür enormen Einfluss auf die Unternehmen, den sie mit Aktienbeteiligungen und Vertretern in den Aufsichtsräten festigten. Abgesichert wurde die AG durch eine stille Übereinkunft mit der Politik: Die Banken

Schattenparlament

709

Bundestagsabgeordnete

764

Akkreditierte Lobbyisten mit Bundestagshausausweis 2019

Quelle: abgeordnetenwatch.de



Kriszian Bocsi / Bloomberg / Getty Images

Kanzlerin Merkel, VW-Aufsichtsrat Hans Dieter Pötsch in Zwickau 2019

halfen strauchelnden Firmen, diese sicherten den Erhalt von Arbeitsplätzen. Die Politik hatte im Gegenzug stets ein offenes Ohr für die Interessen der Konzerne. Wenn es in der Bonner Republik Probleme zu lösen oder Rat einzuholen galt, dann reichte es, sich an zentrale Figuren der Deutschland AG zu wenden. An Alfred Herrhausen, Chef der Deutschen Bank und befreundet mit Helmut Kohl, oder an Berthold Beitz und Gerhard Cromme, die Stahlbarone aus dem Ruhrgebiet.

Es war ein männerbündisches System, das von Globalisierung und Shareholder-Value-Kapitalismus hinweggefegt wurde. In der Übergangszeit konnte Gerhard Schröder noch einmal den Kanzler der Bosse spielen, der SPD-Mann machte aus seiner Nähe zu Chefs wie Ferdinand Piëch (VW) oder Wendelin Wiedeking (Porsche) keinen Hehl. Man feierte Geburtstage bei Rotwein und Zigarren.

Der letzte Konzernchef, der diesen Status in der Politik genoss, war auf dem Höhepunkt seiner Erfolge Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank. Bundeskanzlerin Angela Merkel suchte seinen Rat in der Finanzkrise. Zwar war ihr die kumpelhafte Nähe Schröders zu den Bossen fremd, doch Ackermann durfte seinen 60. Geburtstag mit von ihm geladenen Gästen im Kanzleramt feiern.

Es war das letzte gemeinsame Fest von Macht und Management und das Ende der öffentlichen Kumpanei. Mitten in der Krise tönte Ackermann, er würde sich schämen, Geld der Steuerzahler anzunehmen, das war auch für Merkel zu viel. Die Finanzkrise entfremdete die Politik von der Geldelite des Landes. Die Diesellaffäre verschärfte die Sprachlosigkeit zwischen Konzernen und Politik später noch.

Doch der Einfluss der Unternehmen fand andere Wege. Multinationale Unternehmen haben heute alle ihre eige-

nen »Public affairs«-Spezialisten, die über große Stäbe verfügen und in Berlin rund um den Regierungssitz residieren. 5000 Lobbyisten sind einer Schätzung zufolge in Berlin im Einsatz, etwa dreimal so viele sind nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Lobbycontrol in Brüssel im Auftrag von Unternehmen tätig.

Hinzu kommt, was der Foodwatch-Gründer und Aktivist Thilo Bode Drehtüren-Mechanismus nennt: Der frühere Außenminister Joschka Fischer (Grüne) berät Siemens, BMW und RWE; Ex-Kanzler Schröder (SPD) ist Aufsichtsratschef beim russischen Ölkonzern Rosneft; Ex-Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) lobbyiert für den Rüstungskonzern Rheinmetall. Von 27 früheren EU-Kommissaren heuerte mehr als die Hälfte in der Wirtschaft an.

In die andere Richtung dreht sich die Tür seltener, politische Posten sind für Manager finanziell kaum attraktiv. Doch die Politik ist auch so mit Wirtschaftsvertretern durchwirkt, mit Kanzleien, Wirtschaftsprüfern und Unternehmensberatern. Die Großkanzlei Freshfields schulte Finanzbeamte im Umgang mit dem Steuerhinterziehungsmodell Cum-Ex. Zugleich erklärte sie den Banken, wie sie durch die Maschen der Gesetze schlüpfen könnten. Ganze Passagen dieser Steuergesetze entsprangen der Feder des Bundesverbands deutscher Banken. Geschätzter Steuerausfall: im zweistelligen Milliardenbereich.

Das sind keine Fehlleistungen eines ansonsten vernünftigen Systems. Die gesamte Konstruktion ist krank. Institutionalisierte Lobbyismus höhlt die Demokratie aus. Man muss nicht gleich eine Diktatur der Konzerne anbrechen sehen, wie Foodwatch-Aktivist Bode. Aber je größer Unternehmen werden, desto größer ist ihr Erpressungspotenzial. Wenn Tesla irgendwo auf dem Globus eine Fabrik bauen will, rollt die Politik den roten Teppich aus – und wird so zum Diener.

Das Grundproblem ist das Kompetenzgefälle zwischen Wirtschaft und Politik. Bei Themen wie künstlicher Intelligenz, Blockchain oder strukturierten Finanzprodukten sind Ministerien allein verloren. Ganz beseitigen lässt sich dieses Ungleichgewicht nicht. Aber man könnte einiges tun, um Lobbyisten die Arbeit zu erschweren. Eine schärfere Wettbewerbskontrolle, die die Macht großer Konzerne eindämmt, wäre hilfreich. Die EU-Kommission hat in den vergangenen Jahren zumindest versucht, Multis wie Google oder Facebook zu zähmen. Zusammen mit einem Lobbyregister, das transparent macht, wer in welchem Auftrag und mit welchen finanziellen Mitteln Einfluss auf Parlament und Regierung nimmt, ließen sich die schlimmsten Mausechelen eindämmen.

Brauchte es dafür noch Argumente, so hat sie der Wirecard-Skandal geliefert. Der jüngst kollabierte Dax-Konzern roch spätestens seit Anfang 2019 streng nach Betrug und Manipulation. Noch danach lobbyierten Ex-Minister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), der einstige Hamburger Bürgermeister Ole von Beust (CDU) sowie der frühere Geheimdienstkoordinator und Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche (CSU) für Wirecard. Die Kanzlerin ließ sich persönlich instrumentalisieren und legte ein gutes Wort für den Skandalkonzern bei der chinesischen Staatsführung ein, um Wirecards Expansionspläne zu unterstützen.

Wenn sonst nichts hilft, eine Bewegung gegen die Lobbymaschine der Konzerne in Gang zu setzen, dann vielleicht diese Peinlichkeit. ■

»Viele werden genügsamer«

Konsum Die Pandemie verändert die Art, wie wir einkaufen, sagt der Londoner Historiker Frank Trentmann. Er warnt vor einem neuen Zweiklassensystem.

Trentmann, 55, ist Spezialist für die Geschichte des Konsums und Autor des monumentalen Werks »Herrschaft der Dinge«. Der gebürtige Hamburger forscht und lehrt seit 2000 als Historiker am Birkbeck College der University of London.

SPIEGEL: Herr Professor Trentmann, Sie glauben, dass die Pandemie unser Einkaufsverhalten radikal verändern wird. Warum?

Trentmann: Das Virus erschüttert die Grundlage, auf der unsere moderne Konsumkultur seit 500 Jahren beruht. Das Problem sind nicht nur die paar Tausend Euro, die dem einzelnen Verbraucher in diesem Jahr zum Ausgeben fehlen. Die Pandemie verhindert den dynamischen Austausch von Dingen und Erlebnissen: in Geschäften, Einkaufspassagen, Warenhäusern, Konzerthallen, Vergnügungsvierteln. Dafür sind Mobilität und Nähe nötig, diese Voraussetzungen sind auf absehbare Zeit kaum gegeben.

SPIEGEL: Die meisten Ökonomen gehen immer noch von einer schnellen Erholung aus.

Trentmann: In Deutschland wird ständig vom »Wiederhochfahren« geredet, als würde man einen Computer reparieren: Ausschalten, Anschalten, und hoffentlich ist alles wieder wie vorher. So wird es aber nicht sein. Die Bürger werden nicht einfach zu ihren alten Gewohnheiten zurückkehren.

SPIEGEL: Wie sieht denn die neue Normalität des Konsums aus?

Trentmann: Neue Normalität ist auch ein schwieriger Begriff. Als ob wir einen plötzlichen Bruch erleben würden. Wir vergessen leicht, dass die alte Normalität auch mal neu war. Aus Kriegen, Dürren oder Energiekrisen in der Menschheitsgeschichte wissen wir, dass solche Einschnitte meist Trends beschleunigen, die bereits im Gange sind. Videostreaming oder Onlineshopping existierten ja schon lange vor dem Virus. Jetzt aber werden solche Angebote massenhaft genutzt. Und wer die entsprechenden Apps erst einmal auf seinem Smartphone eingerichtet hat, wird sie auf Dauer nutzen.

SPIEGEL: Werden wir genauso viel konsumieren wie früher?

Trentmann: Der Umfang geht zunächst einmal zurück, immerhin befinden wir uns in einer schweren Rezession. Aber auch auf Dauer werden die meisten von uns genügsamer werden. Die Vorstellung, zwei-

mal in der Woche im Restaurant zu essen und zum Kurzurlaub nach Mallorca zu reisen, ist ja kein überliefertes Menschenrecht, sondern erst vor ein bis zwei Generationen entstanden. Davor trafen sich die Bürger vielleicht mal in der Kneipe oder zu Hause und spielten Skat. Von manchen Dingen, an die wir uns gewöhnt haben, werden wir uns verabschieden müssen.

SPIEGEL: Bislang nahm man an, wir würden von Generation zu Generation ständig mehr konsumieren.

Trentmann: Ich vermute eher, die Pandemie wird ein Zweiklassensystem befördern. Wir werden das am deutlichsten bei der Frage erleben, wohin man in den Urlaub reisen kann, und bei Unterhaltungsangeboten. Die einen werden es sich leisten können, weiterhin Ausstellungen oder Konzerte live zu besuchen und für die neuen Anforderungen an Abstand, Hygiene und Mobilität zusätzlich zu bezahlen. Die anderen werden sich damit begnügen müssen, die Aufführung zu Hause am Bildschirm zu verfolgen.

SPIEGEL: Dass der eine privilegierter konsumiert als der andere, ist kein neues Phänomen.

Trentmann: Aber früher hing es in erster Linie von Einkommen und Vermögen ab, welche Lebensweise man verfolgen kann, und nicht davon, ob man beispielsweise einer Risikogruppe angehört. Vielleicht wäre es eine gute Idee, solche kulturellen Angebote wieder dorthin zu bringen, wo sich die Bürger sowieso aufhalten. Früher gab es Wanderkinos, die wie Zirkusse umhergezogen sind. Vieles, was heute als stationäres Angebot existiert, war einst permanent auf Reisen, um nahe an die Kunden zu kommen: der Bücherei-Bus oder der Tante-Emma-Wagen.



Wissenschaftler Trentmann

»Krise als erzwungene Einschränkung«

SPIEGEL: In diesem Sinne hat der Wochenmarkt im eigenen Viertel einen Vorteil gegenüber dem Einkaufszentrum an der Ausfallstraße.

Trentmann: Die Wochenmärkte und die kleinen Läden sind neben den Onlineplattformen klar die Gewinner in diesen Zeiten, das lässt sich aus den Daten gut erkennen. Der türkische Gemischtwarenhändler in dem Viertel, in dem ich mit meiner Familie in London lebe, hatte im Lockdown immer Mehl, Hefe oder Eier vorrätig. Dort gab es sogar Toilettenpapier. Die Regale im Tesco-Supermarkt wiesen dagegen immer wieder Lücken auf.

SPIEGEL: Einkaufen mit Maske und Abstandspflicht empfindet niemand als Vergnügen. Wird Shoppen zur lästigen Pflicht?

Trentmann: Natürlich macht es keinen Spaß, mit der Maske im Gesicht einen Pullover anzuprobieren. Dann bestelle ich mir das Kleidungsstück lieber im Internet, oder ich verzichte ganz darauf und kaufe weniger. So entscheiden sich offensichtlich viele, sonst hätten die Modefilialisten nicht solche Probleme. Das Paradoxe ist: Wir erleben einen Freizeitboom, wir erobern die Parks, gehen Joggen, machen Yoga, und dennoch klagen die Sportartikelhersteller über Umsatzeinbußen.

SPIEGEL: Woran liegt das?

Trentmann: Offensichtlich ist der Drang, sich neu auszustatten, nicht besonders groß. Gerade der wohlstuierte Teil der Bevölkerung, dem es nicht an Geld mangelt, hält sich zurück und sagt sich: »Vielleicht ist es ja gar nicht so wichtig, ein neues Paar Schuhe den anderen 20 hinzuzufügen.«

SPIEGEL: Dafür werden andere Artikel umso mehr gekauft.

Trentmann: Das stimmt, es geht nicht mit allem bergab. Es gibt eine riesigen Schub bei der Nachfrage nach digitalen Kommunikationsgeräten und so Dingen wie Brotmaschinen, Mixern und Musikinstrumenten. Oder versuchen Sie mal, ein ordentliches Rudergerät zu bekommen.

SPIEGEL: Weniger Mode, mehr Haushalt: Also verlagert sich der Konsum nur?

Trentmann: Nein, die Bürger fürchten zudem um ihren Arbeitsplatz, sie halten ihr Geld zusammen, zumal für Lebensmittel die Preise gegenwärtig steigen. Wir müssen uns auf eine längere Phase niedrigen Konsums einstellen.



HC PLAMBECK / laif

Amazon-Fresh-Lager in Berlin: »Die Wochenmärkte und die kleinen Läden sind neben den Onlineplattformen klar die Gewinner«

SPIEGEL: Wie verändert diese Entwicklung die Innenstädte?

Trentmann: Die Innenstädte sind die Säulen der Konsumkultur und am härtesten getroffen von Ausgangssperren und Abstandsregeln. Wenn die Angestellten nicht in die City ins Büro fahren, sondern im Homeoffice arbeiten, wenn Millionen von Städtetouristen ausbleiben, dann geht dies an den Geschäften im Zentrum nicht spurlos vorbei, ebenso wenig an den Cafés, Restaurants, Kinos oder Klubs, die dort existieren. Sie leben davon, dass die Angestellten sie in der Mittagspause oder nach Dienstschluss besuchen. Das Coronavirus ist dabei, die urbane Vergnügungswirtschaft auszuschalten.

SPIEGEL: Auch über die Pandemie hinaus?

Trentmann: Der Niedergang begann wegen der hohen Mieten und geringer Kaufkraft schon früher, das Coronavirus verstärkt lediglich den Prozess. In Großbritannien gingen im Jahr 2017 bereits rund tausend Restaurants pleite. Die Warenhäuser stecken weltweit seit Jahrzehnten in einer existenziellen Krise. Sie haben einiges unternommen, um für die Kundschaft attraktiv zu bleiben, mit Showevents, mit Musikveranstaltungen. Letztlich erfolglos.

SPIEGEL: Hat Konsum gemäß dem früheren Kaufhof-Slogan »Alles unter einem Dach« noch eine Zukunft?

Trentmann: Als sich die Warenhäuser vor rund 150 Jahren etablierten, war das Be-

sondere an ihnen, dass sie ein großes Sortiment anboten und die Verbraucher die Produkte anfassen konnten. Diesen Vorteil können sie nicht mehr ausspielen. Heute bestellen die Kunden mehrere Hemden aus einem riesigen Onlineangebot, probieren die Ware ungestört zu Hause an und schicken zurück, was ihnen nicht gefällt.

SPIEGEL: Was kann die Innenstädte noch retten?

Trentmann: Mich wundert, dass Deutschland noch immer auf den Sonntag als regulären Verkaufstag verzichtet. Das sollten die Städte flexibler handhaben. Auf diese Weise könnte man auch im Sinne der Ab-

standsregeln die Kundenströme entzerren, dann ballt es sich nicht so. Ich verstehe nicht, dass die Politik hier nicht längst gehandelt hat.

SPIEGEL: Dass der Konsum wächst, ist essenziell für den Erfolg der Marktwirtschaft. Wenn sich die Bürger dauerhaft einschränken, nimmt dann die Wirtschaftsordnung Schaden?

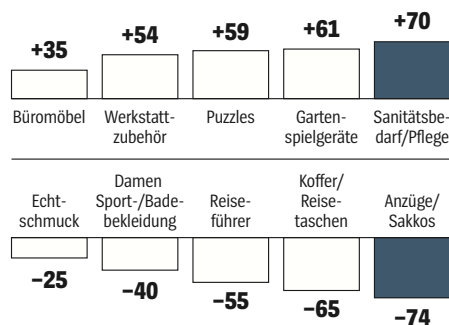
Trentmann: Ich gehöre nicht zu denen, die gleich den Kapitalismus implodieren sehen. Aber es stimmt: Der Rückgang des Konsums wird in den kommenden Jahren schwerwiegende Konsequenzen für große Teile unserer Wirtschaft haben, von den Einzelhändlern und Produktherstellern bis hin zur Tourismusbranche und den Pensionskassen, die in Handelsimmobilien investiert haben. Das wird leidvoll für viele.

SPIEGEL: Manche betrachten die Krise auch als Chance, sich auf die wirklich wichtigen Dinge im Leben zu fokussieren.

Trentmann: Schon in der Großen Depression zwischen 1929 und 1932 hatten Moralapostel mit der Botschaft »Weniger ist mehr« Konjunktur. Die Bürger, die so denken und handeln, gehören aber einer Minderheit an. Die meisten betrachten die Krise als erzwungene Einschränkung, nicht als willkommene Gelegenheit. »Weniger ist mehr« klingt wie Hohn in den Ohren von Menschen, die um ihren Arbeitsplatz bangen. Interview: Alexander Jung

Veränderter Konsum

Ausgaben für ausgesuchte Warengruppen zwischen März und Juni im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, Veränderung in Prozent



Quelle: GfK Consumer Panel Nonfood für Deutschland

Nichts geht mehr

Tourismus Die Pandemie hat Las Vegas schwer zugesetzt. Jetzt kommen die Besucher wieder, aber es sind viel zu wenige. Die Glücksspielmetropole braucht ein neues Geschäftsmodell, sonst stirbt sie aus.

Der Herrgott hat den Heißluftföhn angestellt, ein Wüstenwind weht um das versammelte nachgeäffte Weltkulturerbe, um die Kopien von Eiffelturm, Trevi-Brunnen und Freiheitsstatue, er treibt den Menschen den Schweiß auf die Stirn. Die Drinks und die Hotelzimmer sind billig wie nie, kaum einer wirkt nüchtern, schließlich ist man in Las Vegas, der »Stadt der Sünde« und des schlechten Geschmacks. Virus hin oder her.

Social Distancing ist hier eine Idee aus einer anderen Welt. Halb nackte, mit Kunstfedern geschmückte Showgirls stolzieren auf hohen Hacken über den heißen Asphalt und posieren auf Verlangen mit betrunkenen Besuchern für frivole Erinnerungsfotos: Arm in Arm, Wange an Wange. Ein älterer Herr trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift »It is what it is«, es ist nun mal so, der unfassbar ungerührte Satz, mit dem Donald Trump wiederholt die Covid-19-Todeszahlen in den USA kommentierte (aktuell: 171 823).

Vordergründig scheint es, als würde die Bürgermeisterin der Stadt, Carolyn Goodman, ihren Willen kriegen. Sie hatte kurz nach dem Lockdown im April in einem berühmt gewordenen, irrlichternden Fernsehinterview gefordert, dass Las Vegas das Virus doch einfach ignorieren möge: »Ich will, dass unsere Restaurants öffnen, ich will, dass unsere kleinen Läden öffnen, ich will die Leute zurück bei der Arbeit. Ich möchte alles offen haben.«

Es ist nun mal so: Las Vegas lebt von Touristen und Kongressbesuchern, es kann ohne die Massen nicht sein. Üblicherweise kommen gut 40 Millionen pro Jahr in die Stadt, rund dreieinhalb Millionen je Monat. Im April und Mai, als die Casinos verschlossen blieben, sank diese Zahl schockartig auf mehrere Tausend. Seit Anfang Juni dürfen die Spielhöhlen wieder öffnen, wenn auch nur bis zur Hälfte ihrer Kapazität, prompt stieg die Besucherzahl wieder auf 1,1 Millionen.

»We can't wait to welcome you back«, wir können es nicht erwarten, Sie wieder willkommen zu heißen – stand auf der Leuchtanzeige eines Casinos in Las Vegas. Die Stadt kann nicht warten, sie hat keinen Puffer für schlechte Zeiten.

Auch die Touristen und Glücksspieler können nicht warten. In der gigantischen überdachten Promenade namens Free-

mont Street Experience jedenfalls flanieren an einem Sommerabend Hundertschafften von Besuchern die schrill blinkenden Neonreklamen entlang, rundumbeschallt von pumpender Popmusik.

Etwa die Hälfte trägt Maske, die andere nicht. Ähnlich sieht es auf dem »Strip« aus,

der zentralen Ausgehmeile der Stadt, wo sich Gambling-Tempel wie Caesars Palace, Bellagio oder Venetian aneinanderreihen, in all ihrer schamlosen Pracht. Es ist bei Weitem noch nicht so voll wie in der Prä-Corona-Zeit, aber doch ungebührlich belebt mitten in einer todbringenden Pan-



Ethan Miller / Getty Images

Varietéstars bei Pro-Masken-Kampagne:

demie. Ein goldener Trump-Tower ragt aus der Skyline wie ein erhobener Mittelfinger.

Ganz so frei wie früher ist allerdings auch Vegas nicht mehr.

Bei einer Schönheitswahl zur »Mrs. Nevada America« am 9. August musste ein Casino-Mitarbeiter den Besuchern mittendrin mitteilen, dass die Veranstaltung abgebrochen werden müsse und dass die Leute bitte den Saal räumen sollten. Polizei war bei dem von rund 200 Leuten besuchten Event aufgetaucht – auch in Nevada sind nur Zusammenkünfte von bis zu 50 Personen erlaubt. Der Casino-Manager versuchte noch zu protestieren, packte seine Empörung in einen deplatzierten

Vergleich. »Das ist hier nicht Nazi-Deutschland!«, bellte er ins Mikrofon. Geholfen hat es nicht.

Am selben Ort, im Ahern Hotel, waren ein paar Tage zuvor rund 500 Gäste zu einem religiös-politischen Stelldichein namens »Evangelicals for Trump: Prayer, Praise and Patriotism« zusammengekommen, bei der die persönliche spirituelle Beraterin von US-Präsident Donald Trump, die Fernsehpredigerin Paula White, als Rednerin auftrat. Das Kongresszentrum wurde mit einem eher symbolischen Bußgeld von 250 Dollar bestraft.

Kein anderer Bundesstaat meldete in der Krise höhere Arbeitslosenquoten als Nevada, unglaubliche fast 30 Prozent wa-

ren es im April, immer noch 15 Prozent im Juni. Kein anderer US-Bundesstaat ist so sehr vom Tourismus abhängig. In der Wirtschaftsmetropolregion Las Vegas leben fast drei Viertel seiner Einwohner. Jeder dritte Job in Nevada gehört zur Unterhaltungsindustrie. Andere Zweige wie die Baubranche, der Einzelhandel oder die Transportsparte hängen an ihrem Tropf.

Es trifft, natürlich, vor allem Tieflohnangestellte – Hotelpersonal, Türsteher, Kellner, Croupiers an den Blackjack-, Poker- und Baccara-Tischen –, Jobs, die häufig von Latinos und Schwarzen erledigt werden. John Restrepo, Ökonom beim Marktforschungsinstitut RCG Economics in Las Vegas, erklärt, dass eine der wichtigsten Kennzahlen für die Wirtschaftsleistung seiner Stadt der Tagesumsatz pro Hotelzimmer sei: Der habe vor einem Jahr, im Juni 2019, bei 110 Dollar gelegen, sei dann im Frühling zeitweilig bis nahe null gesunken und habe sich nun im Juni dieses Jahres wieder auf 43 Dollar eingependelt – immer noch ein Minus von mehr als 60 Prozent gegenüber 2019.

Die Gesamtbesucherzahl liegt nach wie vor 70 Prozent unter der des Vorjahres. »Ewig halten die Hotels das nicht aus«, sagt Restrepo. Es gibt 150 259 Hotelzimmer in der Stadt, mehr als in New York.

Auch Kongresse und Konferenzen, die in der Zeit vor Corona monatlich über eine halbe Million Menschen nach Las Vegas lockten, fallen aus. Die einzige große nicht oder noch nicht abgesagte Messe ist die jährliche »SHOT Show« im kommenden Januar, ein Handelstreffen der Schießsport-, Jagd- und Feuerwaffenindustrie und der weltgrößte Anlass seiner Art. Wie die Veranstalter den Zehntausenden amerikanischen Waffen- und Freiheitsfreunden das Tragen von Atemschutzmasken nahelegen wollen, bleibt ihr Geheimnis.

Die Ungeduld der Stadt, zu einer Normalität zurückzukehren, die vielleicht nie wiederkommt, glauben Nevadas Republikaner dafür nutzen zu können, um Trump hier zum Sieg zu verhelfen. Der Bundesstaat hat 2016 nur knapp für die Demokratin Hillary Clinton gestimmt und gilt als Swing-State; Nevada stimmte zweimal für Barack Obama und zweimal für George W. Bush.

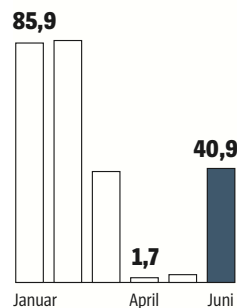
Nun soll der Bundesstaat Trumps Wiederwahl ermöglichen. »Der Aufschwung hat längst begonnen«, sagt am Telefon Keith Schipper, Sprecher des Trump-Wahlkampfteams in Nevada. Die Notkredite aus Washington für Unternehmer und die Direktzahlungen für Arbeitslose hätten der Stadt und Nevada wieder auf die Beine geholfen. »Wenn die Wirtschaft im Oktober und November weiter an-



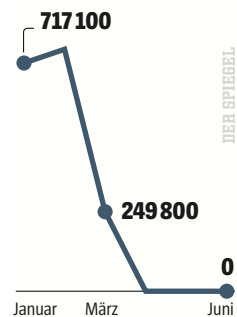
Ein halbes Las Vegas ist gar kein Las Vegas

Leergefegt

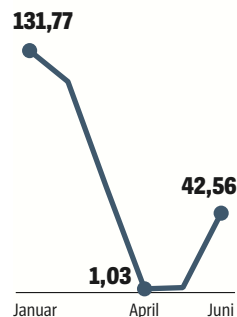
Auslastung der Hotels in Las Vegas, in Prozent



Kongressteilnehmer in Las Vegas



Umsatz je verfügbares Zimmer, in Dollar



Quelle: lvcva.com

zieht, ist Präsident Trump in einer exzellenten Position«, glaubt Schipper.

Doch kann Las Vegas in absehbarer Zeit wirklich zu alter Stärke zurückfinden? Manches, was jetzt stillsteht, kommt vielleicht nie mehr in Gang. Wie die Zeitung »USA Today« Anfang August meldete, werden vier seit der Pandemie geschlossene Glücksspielhäuser, die zur Kette Red Rock Resorts gehören, darunter das große Palms Casino, »möglicherweise nie mehr öffnen«.

»Diese Krise wird uns noch lange begleiten«, sagt Ökonom Restrepo. Es sei völlig unklar, wann und ob der Gesetzgeber Großanlässe mit dichten Menschenmengen wie die für Las Vegas so wichtigen Industriemessen wieder erlauben werde. Und auch, ob Firmen ihre Angestellten wieder zu solchen Anlässen entsenden werden, selbst wenn sie stattfinden sollten – Geschäftsreisende bilden eine der wichtigsten Kundengruppen der Stadt.

Der Stadtflughafen McCarran verzeichnete im Juni 2020 mehr als 70 Prozent weniger Passagiere als im Jahr zuvor. Eine Unterhaltungsmetropole, die dauerhaft zwei Drittel oder die Hälfte ihrer Besucher verliert, funktioniert nicht. Ein halbes Las Vegas ist gar kein Las Vegas.

Wirtschaftsexperten wie Restrepo glauben deshalb, dass sich Nevada »vom Las Vegas-Modell verabschieden muss«. Soll heißen: Der Bundesstaat und auch die Stadt selbst müssen diversifizieren, müssen neue Einnahmequellen finden, um die Abhängigkeit von Glücksspiel und vom Entertainment zu verringern. Restrepo glaubt etwa, dass das preiswerte Nevada attraktiv für Tech-Firmen oder Tech-Angestellte werden kann, denen es in Kalifornien zu teuer geworden ist und deren physische Anwesenheit im Silicon Valley dank der neuen Homeoffice-Arbeitskultur nicht mehr vonnöten ist.

Noch ist eine solche Zukunft fern. In der Gegenwart dröhnt kakophonischer Lärm aus mehr als tausend plärrenden Glücksspielautomaten im weiträumigen Casino des 30-stöckigen, pyramidenförmigen Luxor-Hotels am Las Vegas Strip. Der allgegenwärtige, selbst vom Coronavirus nicht zum Verschwinden gebrachte Gestank der Zigaretten erinnert daran, dass die Gambling-Fabriken auch als eine Art Schutzreservat für Kettenraucher dienen, seit die Nikotinsucht den Rückzug angetreten hat. An den gut besuchten Roulette- und Blackjack-Tischen stehen oder sitzen die uniformierten Croupiers hinter ihren Plexiglasscheiben und lenken mit gelangweilten Gesten schweigend das Spiel.

Diversifizieren also soll diese Stadt, um zu überleben? Welcher Ort könnte besser verstehen als Las Vegas, dass man nicht alles auf eine Karte setzen darf.

Guido Mingels

Bitterfeld, die Zweite

Energie Der erste deutsche Solarboom endete im Desaster. Nun baut die Firma Meyer Burger auf den Ruinen des einstigen Solar Valley erneut eine riesige Fotovoltaikfabrik. Kann das gut gehen?

An der Stelle, wo schon einmal Deutschlands Zukunft entstehen sollte, wuchern heute Disteln zwischen verlassenen Parkplätzen. Ein Reh drückt sich im Schatten einer geschlossenen Fabrik herum. Sonnenallee lautet die Adresse im sachsen-anhaltischen Bitterfeld-Wolfen; sie gehörte einst zum Zentrum des deutschen Solarbooms.

Es war ein Ort der Hoffnung und der Wortspiele: »Solar Valley« wurde das Industriegebiet getauft; Frank Asbeck, Gründer von Solarworld, Deutschlands einst größtem Fotovoltaikkonzern, firmierte gar als »Sonnenkönig«. Die Branche wollte viele Milliarden verdienen und zugleich das Klima retten. Doch der Boom war nur eine Blase, die schließlich platzte.

Gunter Erfurt, 47, hat all das miterlebt. Die Pleite von Solarworld, wo er lange arbeitete. Die Insolvenzen der meisten anderen Sonnenstromfirmen. Das abrupte Ende eines deutschen Traums. Es hält ihn nicht davon ab, es am gleichen Ort mit der gleichen Idee noch einmal zu versuchen. Solar Valley, Teil II. Sonnenkönig, der zweite.

»Europas Solarindustrie hat Chancen auf ein Comeback«, sagt Erfurt, der seit April den Schweizer Modulhersteller Meyer Burger leitet. Man habe Fehler analysiert, sei technologisch wieder führend – und bereit für den Export im großen Stil. »Neben der EU sehen wir die USA, Australien und Japan als attraktiv an.«

Solar Valley I scheiterte, weil die Bundesregierung zwar die Nachfrage nach Mo-

dulen mit milliardenschwerer Förderung anheizte, daraus aber keine international wettbewerbsfähige Industrie erwuchs. Chinesische Hersteller produzierten erheblich günstiger, eroberten teils mehr als 90 Prozent des globalen Marktes. In Deutschland verloren rund 100 000 Menschen ihre Jobs, die Industriepolitik war blamiert.

Auf diesen Trümmern startet Meyer Burger nun einen zweiten Versuch.

Licht

In einer staubigen Halle in Bitterfeld-Wolfen bereitet Erfurts Firma schon die Produktion vor, obwohl der Mietvertrag erst ab September läuft. Armin Schenk, 59, der Oberbürgermeister von Bitterfeld-Wolfen, hat das ermöglicht. Er blickt auf Lüftungsröhre, die ins Nichts ragen. Auf Klebebandmarkierungen für Maschinen, die längst nicht mehr da sind. »Meyer Burger versucht, ein altes Trauma zu heilen«, sagt er. »Das unterstütze ich nach Kräften.«

Firmenchef Erfurt will im Solar Valley und im sächsischen Freiberg bis 2027 rund 6,4 Gigawatt Module fertigen, das entspricht der Leistung fünf mittelgroßer Atomkraftwerke. Meyer Burger möchte damit der größte Hersteller Europas werden. Bis 2023 peilt Erfurt bis zu 415 Millionen Euro Umsatz an, bis 2025 gut 3000 neue Jobs. Der Beweis, dass das Geschäftsmodell taugt, steht noch aus.

Klar ist: Der Einstieg in die Modulproduktion ist eine Flucht nach vorn. Meyer Burger baute früher die Maschinen, mit denen Solarworld & Co. ihre Module herstellten. Dieses Geschäft ist heute fest in chinesischer Hand, und Meyer Burger erfindet sich neu: 152 Millionen Euro hat Erfurt über eine Kapitalerhöhung dafür eingesammelt.

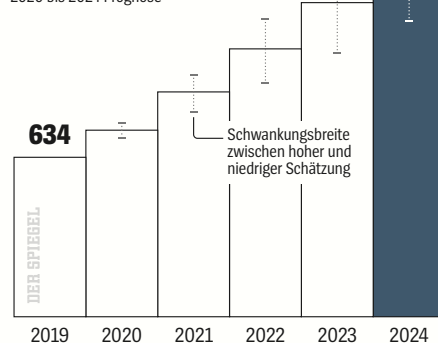
Die Schweizer sind nicht die Einzigen, die an ein Solar-Revival in Deutschland glauben. Auch das Start-up Nexwafe zieht es nach Bitterfeld-Wolfen; es will in großem Umfang sogenannte Wafer produzieren, Siliziumplatten für Solarzellen. Der US-Konzern Farasis Energy plant nebenan eine Batteriefabrik. Die Firma Solarwatt baut in Dresden eine neue Modulfabrik.

Auch der europäische Solardachverband versucht, die Wertschöpfungskette für Fotovoltaik nach Europa zurückzuholen. In den kommenden Jahren seien dafür Projekte im Wert von mehr als sechs Milliarden Euro geplant, sagt Verbandschefin

Sonnige Aussichten

Weltmarktentwicklung für Fotovoltaikanlagen, in Gigawatt

Quelle: Solarpower Europe; 2020 bis 2024 Prognose





Christian A. Werner / DER SPIEGEL



Christian A. Werner / DER SPIEGEL

Industriegebiet in Bitterfeld-Wolfen, Oberbürgermeister Schenk: »Ein altes Trauma heilen«

Walburga Hemetsberger, viele davon auf deutschem Boden.

Die neue Zuversicht hat drei Gründe. Die weltweite Kapazität von Solarmodulen könnte sich, erstens, bis 2024 fast verdoppeln, auf rund 1450 Gigawatt. Die von den USA angezettelten Handelskriege und die Coronakrise haben, zweitens, die Nachteile globaler Lieferketten gezeigt. Besonders im Energiesektor, in dem Kriege ums Öl geführt werden, scheint eine heimische Solarindustrie attraktiv. Drittens werden Module immer günstiger, was den Anteil der Transportkosten am Gesamtpreis erhöht und Importe aus dem Ausland unattraktiver macht.

Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme hält europäische Hersteller ab Produktionslinien von fünf Gigawatt wieder für konkurrenzfähig. Dem Meyer-Burger-Konzern attestiert es gar einen dreijährigen Technologievorsprung, wegen des besonders hohen Wirkungsgrads seiner Module. Alles gut also für Solar Valley II?

Schatten

Uwe Schmorl ist da lieber noch vorsichtig. Der 58-Jährige war Mitarbeiter der ersten Stunde beim deutschen Solarpionier Q-Cells. Er war dabei, als die Firma zum weltgrößten Solarkonzern aufstieg und an der Sonnenallee fast alle Fabriken betrieb. Als Kanzler und Bundespräsident kamen, um die deutsche Solarbranche und sich selbst zu feiern.

Schmorl blieb, als alles zerfiel. Als Q-Cells sich aufsplittete, darben die Firmenteile verschertelbe, Fabriken schloss. Er musste Hun-

derten Menschen sagen, dass sie entlassen werden. »Da waren Sportfreunde dabei, mein Schwager, Leute, die ich seit 20 Jahren kannte.« Es sei wohl die härteste Zeit seines Lebens gewesen. Und er habe vor allem eines gelernt.

»Module allein erwiesen sich nicht als tragfähiges Geschäftsmodell«, sagt Schmorl, dessen Büro in einem Glasturm gegenüber der künftigen Meyer-Burger-Fabrik liegt. »Sobald wir Europäer einen technischen Vorsprung hatten, holten die Chinesen diesen meist rasch wieder auf.«

Sein Arbeitgeber Q-Cells überlebte die Krise, weil 2012 die südkoreanische Firma Hanwha einstieg. Heute verpachtet Hanwha Q-Cells Solaranlagen samt Speichern, liefert Kunden Ökostrom. Schmorl ist Betriebsratschef. »Wir konnten uns retten, weil wir uns nicht auf Module fixiert haben«, sagt er. Entsprechend »spannend« finde er Meyer Burgers Pläne.

Experten teilen Schmorls Bedenken. Es sei »un glaublich schwierig«, mit Modulen allein Geld zu verdienen, schreibt Jenny Chase, sie ist Solaranalytikerin bei Bloomberg. Chinesische Firmen sind zudem berüchtigt für ihr systematisches Dumping. Sie sollen Module teils unter dem Herstellungspreis verkaufen, um Marktanteile zu erobern, gestützt vom Staat, der den Solarsektor zu einer Schlüsselindustrie erkoren hat.

»Der Solarmarkt ist seit Anfang der Zehnerjahre nicht leichter geworden«, sagt Sachsen-Anhalts Energieministerin Claudia Dalbert (Grüne). »Viele Probleme, die zum Crash in Deutschland geführt haben,

gibt es noch immer.« Sollte sich das Geschäftsmodell jedoch als tragfähig erweisen, würde sie Meyer Burger gern eine Chance geben und den Hersteller fördern.

Die Bundesregierung ist da zurückhaltender. Das Umweltministerium verweist aufs Wirtschaftsministerium, dieses auf die Länder. Um staatliche Förderkredite oder eine Bürgschaft hat sich Meyer Burger bislang vergebens bemüht. »Der Zusammenbruch der deutschen Solarindustrie war schmerzhaft«, sagt Verbandschefin Hemetsberger. »Die Bundesregierung scheint daran ungern erinnert zu werden.«

Doch ohne industriepolitische Unterstützung wird es schwer für die Branche. Sie wird ihren technologischen Vorsprung nur halten können, wenn sie schnell große Produktionslinien aufbaut. Denn auch der chinesische Staat setzt vermehrt auf Qualität. Projekte, die die effektivsten Solarmodule einsetzen, werden dort bevorzugt gefördert. Der Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer fordert eine ähnliche Regelung für Deutschland.

Manager Erfurt indes hofft, mit einem hohen Innovationstempo die Regierung zu überzeugen, dass ein Solar-Comeback in Deutschland wirklich möglich ist. Gemeinsam mit der Firma Oxford Photovoltaics forscht Meyer Burger schon an Modulen mit noch höheren Wirkungsgraden. Erfurt weiß, dass seine Branche in der Politik noch viel Vertrauen zurückgewinnen muss. Die Angst, nur die nächste Blase zu finanzieren, ist momentan noch groß.

Stefan Schultz

Ausland



Ein junges Mädchen vor einer Reihe voll verschleierter Frauen im kurdisch kontrollierten Camp al-Haul im Nordosten Syriens: Seit dem Zusammenbruch des sogenannten »Islamischen Staats« werden Familien mutmaßlicher IS-Anhänger hier festgehalten. Rund 65 000 Menschen leben in dem Lager der Provinz Hasaka unter elenden Bedingungen auf engstem Raum. Viele von ihnen hängen der Terrormiliz immer noch nach.

Politik ist tödlich

Analyse Der Kremlkritiker Nawalny wurde offenbar vergiftet. Ein Motiv, ihn loszuwerden, hätten viele.

● Seinen Namen nimmt Wladimir Putin nie in den Mund. Ganz so, als existierte Alexej Nawalny überhaupt nicht. Und auch auf den Kanälen des Staatsfernsehens taucht der Name des Oppositionspolitikers nur auf, wenn er wieder einmal verunglimpft werden soll. Das sagt schon einiges über die Bedeutung Nawalyns aus. Er ist einer der schärfsten Kritiker des Kreml.

Nun ist der wohl bekannteste Oppositionelle Russlands in Sibirien ins Koma gefallen. Vieles spricht dafür, dass der 44-Jährige vergiftet wurde, auch wenn das offiziell noch nicht bestätigt ist. Nawalny hatte vor seinem Abflug nach Moskau nur einen schwarzen Tee getrunken, war dann im Flugzeug schreiend zusammengebrochen. Das weckt böse Erinnerungen: Bei der kritischen

Journalistin Anna Politkowskaja versagten 2004 mehrere Organe. Sie hatte in einem Flugzeug offenbar vergifteten Tee eingekauft bekommen; zwei Jahre später wurde sie erschossen. Nawalny hatte bereits im Juli 2019 einmal über Vergiftungserscheinungen geklagt: Sein Gesicht schwoll plötzlich stark an, als er mal wieder eine Haftstrafe in einem Gefängnis absaß.

Nawalny weiß, dass er sich Feinde gemacht hat. Er bringt nicht nur Tausende Demonstranten gegen den Präsidenten auf die Straßen, er legt sich direkt mit den Mächtigen des Landes an. Auf YouTube zeigt er Videos von deren großzügigen Anwesen und macht so die Korruption im Land öffentlich. Immer wieder gelingt es ihm, die Kandidaten der Kremlpartei Einiges Russland vorzuführen. Bei den letzten Wahlen rief er regierungskritische Bürger auf, gezielt gegen Vertreter von Einiges Russland abstimmen zu lassen, so entgingen Putins Getreuen wichtige Mandate. Dass Nawalny jetzt wahrscheinlich vergiftet wurde, dürfte kein Zufall sein. Am 13. September will der Kreml in 18 Regionen des Landes wählen lassen – auch in Gebieten Sibiriens, wo Nawalny in Omsk auch am Donnerstagabend auf der Intensivstation noch um sein Leben kämpfte. Christina Hebel

Spanien Gefährlich locker

● Der Urlaub in Spanien sei sicher – drei Monate sind vergangen, seit Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez mit diesen Worten versucht hat, die Tourismussaison zu retten. Sánchez setzte darauf, dass sein Land das Coronavirus durch einen harten Lockdown unter Kontrolle gebracht habe. Inzwischen ist klar: Sánchez hat die Wette verloren. Spanien verzeichnete in den vergangenen Tagen rund 130 Infektionen pro 100 000 Einwohner – so viele wie kein anderes EU-Land. Rund sieben Prozent aller Tests fielen zuletzt positiv aus. Deutschland und andere Länder erklärten Spanien zum Risikogebiet. Wirtschaftlich und psychologisch ist das für die Spanierinnen und Spa-

nier eine Katastrophe; sie fragen sich, wie es so weit kommen konnte. Experten hatten eigens einen Plan für den Ausstieg aus dem Lockdown entwickelt, doch die spanische Regierung setzte ihn überhastet um. Die Einschränkungen sollten Schritt für Schritt gelockert und die Regionen gedrängt werden, genug Mitarbeiter zur Nachverfolgung der Infektionsketten einzustellen. In Madrid und Katalonien passierte das nicht, die Regionalregierungen wirkten überfordert. Gelockert wurde trotzdem, um Touristen anzulocken. Längst sind die Infektionsketten nicht mehr nachvollziehbar. Weil auch die Opposition den Alarmzustand nicht verlängern wollte, fehlen zudem die rechtlichen Instrumente, um einzelne Provinzen oder Regionen ganz abzuschotten. SLÜ

Indien Hass als Geschäftsmodell

● Facebook-Gründer Mark Zuckerberg hat oft beteuert, dass das Unternehmen keine Gefahr für die Demokratie darstelle. Aber in Indien scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Das legt ein Bericht des amerikanischen »Wall Street Journal« nahe, der sich auf die Aussagen von anonymen Mitarbeitern stützt. Demnach durften mehrere Mitglieder der hindu-nationalistischen Regierungspartei von Premier Narendra Modi auf der Plattform offen zu Gewalt aufrufen. Trotz Warnungen ließ der Tech-Konzern hetzerische Beiträge nicht löschen oder die Nutzer

sperren, wie es die Firmenrichtlinien eigentlich vorschreiben. Die Inhalte waren dabei wenig zweifelhaft: Ein Politiker der Modi-Partei BJP forderte seine Follower auf Facebook dazu auf, nach Indien geflüchtete Rohingya erschießen zu lassen. In anderen Beiträgen beschimpfte er die muslimische Minderheit im Land als Verräter und drohte damit, Moscheen dem Erdboden gleichzumachen. Facebook unternahm bis vor Kurzem nichts dagegen. Der Mann bestreitet, die Posts abgesetzt zu haben. Mitarbeiter berichten, es habe Versuche gegeben, Accounts sperren zu lassen. Doch Ankhi Das, eine hochrangige Angestellte Facebooks in Indien, sei dagegen eingeschritten. Die Frau, die gute Verbindungen zur indischen Regierung unterhält, habe gewarnt, dass es die Wachstumsaussichten der Firma gefährden könne, wenn man gegen Politiker von Modis Partei vorgehe. Facebook hat eingeräumt, dass es solche Warnungen gab, bestreitet aber, dass die Firma unterschiedliche Maßstäbe anlegt. LH



Modi, Zuckerberg 2015

Jeff Chiu/AP/dpa



Protestierende in Bangkok

André Malerba / ZUMA PRESS / action press

Thailand »Perfekter Sturm«

Mindestens 10 000 Menschen haben sich zuletzt in Bangkok versammelt, um gegen die Regierung zu demonstrieren. Es war der bisherige Höhepunkt der Studentenproteste in dem südostasiatischen Land. Die Politikwissenschaftlerin Dr. Janjira Sombatpoonsiri, 37, von der Chulalongkorn-Universität in Bangkok erklärt, warum junge Thailänderinnen und Thailänder einen politischen Wandel verlangen.

SPIEGEL: Was bedeuten die aktuellen Proteste für das Land?

Janjira: Wir haben vor wenigen Tagen die größten Massendemonstrationen seit dem Militärcoup 2014 gesehen. Viele Studenten kamen, aber auch Teile der Arbeiterklasse, die mit der Regierung unzufrieden sind. Sie fordern die Auflösung des Parlaments, eine Änderung der Verfassung. Und sie wollen, dass die Regierung damit aufhört, kritische Bürger zu verfolgen. Anfang August haben Studenten offen die Monarchie kritisiert. Das war neu.

SPIEGEL: Der thailändische König Maha Vajiralongkorn verbringt viel Zeit in Deutschland. Was stört die Menschen in seiner Heimat an ihm?

Janjira: Die Monarchie hatte nach der Revolution von 1932 noch nie so viel Macht. Der König hat Kontrolle über die royale Vermögensverwaltung. Es gibt Diskussionen über seinen Einfluss in der Armee. Im Netz gehen Vorwürfe

um, dass die Monarchie in Menschenrechtsverletzungen involviert sei. Es geht auch darum, wie Steuergelder im Ausland ausgegeben werden. **SPIEGEL:** Warum erreichen die Proteste gerade jetzt einen Höhepunkt?

Janjira: Es hat sich in Thailand eine Art perfekter Sturm zusammengebraut. Begonnen hat alles 2019 mit der Entmachtung der Future-Forward-Partei, die alle Hoffnungen der Jugend vereinte. Als Future Forward im Februar 2020 verboten wurde, brachen erste Demonstrationen aus.

SPIEGEL: Dann kam Covid-19 hinzu?

Janjira: Die anfängliche Ineffizienz der Regierung im Umgang mit der Pandemie frustrierte viele. Bis zu 14,4 Millionen von 69 Millionen Menschen könnten bis Ende des Jahres arbeitslos sein. Gleichzeitig häuften sich Korruptionsskandale in der Regierung. Viele Thailänderinnen und Thailänder fühlen sich betrogen.

SPIEGEL: Wie reagieren die Machthaber auf die Proteste?

Janjira: Es gibt zwei Flügel in der Regierung: jene, die wollen, dass die Proteste niedergeschlagen werden, und andere, die vorsichtiger sind. Wenn die Protestler friedlich bleiben, kämen Massenhaftungen beim Volk nicht gut an. Aufrührer, sogenannte Agents Provocateurs, könnten sich unter die Demonstranten mischen. Stacheln sie Gewalt an, könnte das Militär einen Grund finden, den Protest niederzuschlagen. Der Ausgang ist offen. KUK

Minsker Love-Parade

Belarus Der Aufstand gegen Alexander Lukaschenko hat keine Anführer, aber ein großes Ziel: weg mit dem Diktator. Die Menschen durchleben erst Schock und Angst, es folgen Selbstbehauptung und Stolz – und schließlich merken sie: Das wird ein langer Kampf. *Von Christian Esch*

Marija Kolesnikowa zögert, bevor sie die Autotür öffnet. »Na, wollen wir?«, fragt sie, dann steigt sie aus – eine hochgewachsene Frau mit kurzen, grellblond gefärbten Haaren, für einen letzten Augenblick noch unbemerkt von der Menge, die sie gleich umarmen, bejubeln, sich mit ihr fotografieren wird.

Kolesnikowa ist eine Protestikone auf dem Weg zum nächsten Auftritt, routiniert und überfordert zugleich. Eine Anführerin wider Willen. Ein Politikerersatz in einem Land, das wieder lernen muss, was Politik ist, weil in Alexander Lukaschenkos Diktatur dafür kein Platz war.

Es ist Dienstag Nachmittag in Soligorsk, zwei Autostunden südlich von Minsk. Rund tausend Arbeiter des örtlichen Kombinats haben sich auf dem Hauptplatz versammelt, von einer Bühne hört man große Worte. Es gelte, »den letzten Nagel in den Sarg des Lukaschenkismus« zu treiben, ruft ein beschwingter junger Redner.

Soligorsk ist eine sozialistische Planstadt, mit Plattenbauten im Zentrum und riesigen rötlich weißen Abraumhalden am Rand. Ein Fünftel der Weltexporte an Kalidüngemitteln stammt aus Belarus, und ein Gutteil der Steuereinnahmen des Landes hängt am Soligorsker Kombinat.

Deshalb ist es für Präsident Alexander Lukaschenko, der gerade ums politische Überleben kämpft, entscheidend, ob die Bergarbeiter hier zu ihm halten oder nicht. Es sieht an diesem Dienstag so aus, als wollten viele streiken, aus Protest gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahl.

In Soligorsk wie in Minsk, in Großbetrieben wie im Staatsfernsehen, auf den Straßen wie in den Herzen wird derzeit ausgefochten, ob Lukaschenkos 26 Jahre währende Herrschaft zu Ende geht. Noch ist der Kampf nicht entschieden.

Kolesnikowa kennen hier alle. Sie ist eine der drei Frauen, die stellvertretend für drei Männer den Wahlkampf geführt hatten. Die anderen sind: Swetlana Tichanowskaja, die anstelle ihres inhaftierten Mannes als Präsidentschaftskandidatin antrat und nach der Wahl nach Litauen geflohen ist. Und Weronika Zepkalo, deren Mann Walerij, ein Ex-Diplomat und IT-Unternehmer, schon vor der Wahl geflo-

hen war, um seiner Festnahme zu entgehen. Sie befindet sich jetzt in der Ukraine. Kolesnikowa, die den Wahlstab des inhaftierten Bankiers Wiktor Babariko leitete, ist als Einzige noch im Land und in Freiheit. Sie ist seither so etwas wie das Gesicht des Protests.

Es ist noch gar nicht so lange her, da war Kolesnikowa Querflötistin in Stuttgart. Es gibt Aufnahmen von ihr, wie sie in einer meerblau ausgeleuchteten Kirche vor schwäbischen Konzertbesuchern Walgesänge nachahmt. Später hat sie OK16 geleitet, eine Kulturfabrik in stillgelegten



Demonstrantinnen, Polizist an Metrostation Puschkinskaja in Minsk: Die Menschen schei-

Fabrikhallen in Minsk, die Babariko und seine Bank finanzierte. Sie ist sozusagen aus der postindustriellen Welt nach Soligorsk gekommen, wo die Industrie noch sehr real ist. Wie sie sich am Ende ihrer Rede vor den Bergarbeitern nach allen Seiten leicht verbeugt, meint man sie auf einer Konzertbühne stehen zu sehen.

Kolesnikowa liest vom Blatt und spricht ein wenig ungenau. Sie ruft auf, die Angst zu überwinden und den Streik fortzusetzen. Sie nennt Lukaschenkos Regime »eine Schrottkarre«. Sie fordert seine Polizei auf, »auf die Seite des Guten« zu wechseln. Sie sagt: »Belarussen, ich bin stolz auf euch, ich liebe euch«. Das sagt sie immer.

Aber sie sagt den Leuten nicht, was denn nun genau zu tun wäre, und sie unterhält sich auch nicht mit dem Vorsitzen-

den des Streikkomitees. 20 Minuten lang lässt sie sich umarmen, mit Fragen bestürmen und mit Blumen beschenken, macht Selfies mit vielen Dutzend Menschen. Dann muss sie zurück ins Auto, nach Minsk, zur nächsten Veranstaltung. Es gilt, den neuen Koordinationsrat der Protestbewegung vorzustellen, dem auch sie angehört wird.

Seit der Präsidentschaftswahl und den darauffolgenden Protesten ist Belarus verwandelt. Die Menschen scheinen wie aus einer langen Winterstarre erwacht, jetzt versuchen sie, sich zu orientieren.

Die belarussische Hauptstadt durchlebte in den vergangenen zwei Wochen ein Auf und Ab der Gefühle. Nach der Wahl kam zuerst der Schock: über die Unver-

frorenheit der Wahlfälschung, wonach Lukaschenko sich 80 Prozent der Stimmen zuschrieb. Und die Angst: vor der Brutalität der Sonderpolizei, dem Foltern von Protestierenden.

Dann kamen Selbstbehauptung und Stolz – und ein Wochenende der Euphorie, mit einer der größten Kundgebungen der belarussischen Geschichte, mit Hupen und Jubel und lachenden Gesichtern.

Und schließlich, nach dem Wochenende, die Einsicht: Dies wird eine lange, ermüdende Auseinandersetzung. Mit hupenden Autos lässt sich die Diktatur nicht stürzen. Die Macht muss dem Autokraten Stück für Stück entwunden werden. Nicht einmal die Angst ist besiegt, ein Rest bleibt.

Igor Kwjatko trägt die Spuren von Lukaschenkos Repressionen am Körper. Die Rückseite seiner Oberschenkel ist tiefrot, auch noch eine Woche nach den Schlägen. Kwjatko ist 23 Jahre alt, Eisenbahnarbeiter, derzeit für fünf weitere Tage krankgeschrieben, er war dafür gerade in der Poliklinik, um seine Wunden zu zeigen.

Igor war anderthalb Tage lang in der Gewalt der Polizei. Er hat wie die allermeisten Minsker, mit denen man sich unterhalten kann, für Tichanowskaja gestimmt, aber er ist nicht für sie auf die Straße gegangen. Am Dienstagabend nach der Wahl war er im Taxi unterwegs zu einem Freund. Der Weg führte durch den Stadtteil Serebrjanka, wo gerade Proteste stattfanden, Teil der Guerillataktik der Lukaschenko-Gegner.

Igor wurde aus dem Auto gezerzt. Vergebens, so erzählt er es, zeigte er der Polizei seine schwieligen, dreckigen Hände. »Ich bin Arbeiter!« Erst wurde er im Gefängnistransporter geprügelt, dann musste er auf der Polizeiwache stundenlang mit erhobenen, gefesselten Händen knien und stehen. Aber das war nur der Anfang. »Jungs, macht euch gefasst, ihr kommt jetzt in die Hände der Todesschwadron!«, rief ihm am nächsten Tag ein Polizist zu, dann kam er in das Gefängnis an der Okrestina-Straße. Der Name ist in kurzer Zeit zur Chiffre für die Grausamkeit der Polizei geworden.

Sie waren 125 Männer, sie verbrachten einen Tag und eine Nacht lang auf einem vergitterten Hof von sechs mal sechs Metern. Gleich nebenan wurde jemand gefoltert. Man hörte Faust- und Knüppelschläge, das erzwungene Geschrei »Ich liebe die Omon!«, die Omon ist Lukaschenkos Sonderpolizei. Am Ende war nur noch heiser rasselndes Atmen zu hören, sagt er, »das klang gar nicht mehr, als käme es von einem Menschen«. Igor hörte Frauen, die im Nachbarhof um Erbarmen flehten. Zu trinken gab es fast nichts.

Igor musste ein Papier unterschreiben, das er nicht lesen durfte, und sich dann



nen wie aus einer langen Winterstarre erwacht

wie alle hinlegen, um ein letztes Mal gründlich verdroschen zu werden. »Da weinten auch Männer«, sagt er. Als er das Gefängnis verließ, sprachen ihn freiwillige Helfer an, aber er war zu eingeschüchtert, um Hilfe anzunehmen. »Wenn ihr erzählt, was euch passiert ist, dann kommen wir und holen euch«, hatte man ihn gewarnt. Er hinkte allein in den Morgen. Jemand las ihn auf.

Igor erzählt das alles mit einem ungläubigen Lächeln. »Da fragt man sich: Leben wir hier in einer Demokratie oder in einer Diktatur?« Er schaut ratlos und schweigt. Es ist keine rhetorische Frage. Igor Kwjatko weiß die Antwort wirklich nicht, jedenfalls hat er über den genauen Unterschied von Diktatur und Demokratie nie so genau nachgedacht. Jetzt muss er ihn lernen.

Am Tag nach Igers Freilassung, bei einer friedlichen Kundgebung auf dem Unabhängigkeitsplatz, umarmten Minskerinnen die Truppen des Innenministeriums vor dem Parlamentsgebäude. Es sollte ein Zeichen sein: Wir wollen keine Gewalt, wir sind dankbar dafür, dass ihr uns hier demonstrieren lasst. »Ich war wütend, als ich die Bilder sah«, sagt Igor. »Erst prügeln sie einen in Gefangenentransporter, und dann werden sie noch geküsst.«

Jetzt geht auch Igor zu den Protesten. Er ist stolz auf die Belarussen und ihre friedlichen Proteste, und dennoch würde er am liebsten das Land verlassen. Von den 6700 Menschen, die nach offiziellen Angaben festgenommen wurden, sind die meisten wieder freigelassen worden. Genaue Zahlen gibt es allerdings nicht. Vor der Okrestina-Straße, in der Igor misshandelt wurde, stehen am Wochenende noch Schlangen – Männer mit blauen Flecken, die freigelassen wurden und jetzt darauf warten, ihre Habseligkeiten zurückzubekommen. Aber die kleine Zeltstadt, die die Freiwilligen zur Unterstützung der Gefangenen und Misshandelten aufgebaut haben, beginnt sich zu leeren.

Das Verblüffendste, was derzeit in Minsk zu sehen ist, ist das Rebranding eines ganzen Landes, zu erkennen an den Fahnen. Die offiziellen Landesfarben von Belarus sind Rot-Grün. Aber Minsk versinkt derzeit in einem Meer von weiß-rot-weißen Fahnen. Sie galten lange als Flagge der marginalisierten Opposition, ihr Hissen wurde scharf geahndet.

Der Farbwechsel steht symbolisch für den verzögerten

Abschied von der Sowjetzeit. Eigentlich hatte Belarus schon 1991 die weiß-rot-weiße Nationalflagge eingeführt, so wie Russland unter Boris Jelzin zur weiß-blau-roten Trikolore zurückkehrte. Aber dann wechselte Lukaschenko – damals ein populärer junger Präsident – mit Unterstützung der Wähler zurück zu den Sowjetsymbolen. Auf dem Landeswappen sieht man bis heute Ähren, einen Sowjetstern und die Sonne der Weltrevolution, die ihre ersten Strahlen über eine dunkle Erdkugel schickt. Es hat Retrocharme.

Ganz Minsk sieht aus, als wäre die Sowjetzeit nie recht vergangen; zerstört im Krieg, wurde das Zentrum im Stalin-Stil wieder aufgebaut. Das industrielle Erbe der Sowjetunion wurde in Belarus, anders als im Russland der 1990er, nicht über Nacht privatisiert und an aufstrebende Oligarchen verteilt. Es gab nie die extreme Spaltung in Reich und Arm wie in Moskau und Kiew. Der Staat erfüllte, wenn auch auf bescheidenem Niveau, zuverlässig seine Funktion. Der Bruch mit der Vergangenheit war nie so groß wie in den Nachbarländern.

Unter der Retrooberfläche allerdings tat sich viel. In Minsk gibt es reichlich Spielkasinos für Gäste aus Russland und einen Innovationspark für die aufstrebende IT-Branche. Es gibt im Land eine Sonderwirtschaftszone mit chinesischer Beteiligung, und selbst in den Staatsbetrieben wird die Arbeiterschaft mit jährlich befristeten Verträgen unter Kontrolle gehalten, als lebte man im Turbokapitalismus. Es gibt schicke Cafés, enge Kontakte in die EU, Russland, die Ukraine.

Im Fernsehen zeigt sich Präsident Lukaschenko, als wäre er immer noch der Parteisekretär einer ländlichen Kolchose, der er in Perestroika-Zeiten war. Man sieht ihn beim Klauben von Kartoffeln, beim Ernten praller Wassermelonen mit hübschen Studentinnen an seiner Seite, in vollen Weizenfeldern. Wenn die Proteste überhaupt vorkommen, dann als ein Fest der Gewalt, gefeiert von blutrünstigen Nationalisten.

Aber die auf die Straße gehen, beziehen ihre Nachrichten über die Messenger-App Telegram. Sie ist die einzige, die auch dann noch funktionierte, als am Wahltag der Zugang zum Internet blockiert wurde. Dies ist keine Social-Media-Revolution, es ist ausschließlich eine Telegram-Revolution. Vor allem ein Kanal hat davon profitiert: »Nexta

Live«, betrieben von einem jungen Aktivist aus Warschau, hat in kurzer Zeit mehr als zwei Millionen Abonnenten gewonnen, das entspricht einem Fünftel der belarussischen Bevölkerung. Der Kanal verteilt Videos und Aufrufe. Sein Ziel ist nicht verlässliche Information, sondern Mobilisierung und Lukaschenkos Sturz. Man muss kein Autokrat sein, um diese neue Medienmacht auch unheimlich zu finden.

Halb Minsk scheint am Sonntag auf den Beinen. Führerlos und doch koordiniert strömen gut hunderttausend Menschen zur Stele, dem großen Kriegsdenkmal. Die Minsker lachen einander an und grüßen mit dem Siegeszeichen, sie beschenken einander in der Hitze mit Wasserflaschen, sie schwingen riesige Fahnen. Reden gibt es keine, allein schon deshalb, weil es keine Apparatur dafür gibt. Es ist wie eine Love-Parade ohne Musik. Auch Kolesnikowa hat an der Stele einen kurzen Auftritt, aber es kann sie kaum jemand hören.

Am Montag früh hat Lukaschenko die vermutlich schwierigste Begegnung mit seinem Volk seit Jahren. Er ist in das MZKT-Werk gekommen, das Minsker Werk für Radschlepper, um einen Streik zu verhindern. Hier werden die Spezialfahrzeuge gebaut, auf denen russische Iskander-Raketen bewegt werden. Wie immer ist auch Kolja dabei, Lukaschenkos jüngster Sohn, der gut aussehende 15-Jährige könnte leicht als Mitglied einer Boygroup durchgehen. Schon am Vortag stand er neben seinem Vater, als der im Stadtzentrum sprach vor einer herangekarrten Menge von Unterstützern mit rot-grünen Fahnen. Koljas ältere Brüder sind Berater des Präsidenten. Es geht familiär zu in Minsk.

Diesmal geht die Begegnung sofort schief. »Das Klatschen können wir uns sparen«, sagt Lukaschenko am Anfang gnädig, da lachen sie schon alle. Sie wollten gar nicht klatschen. Sie rufen: »Geh weg!«

Lukaschenko spielt den Anwesenden ein abgehörtes Telefonat vor, es soll beweisen, dass bei MZKT Provokateure unterwegs seien. »Wir haben überhaupt nicht verstanden, was das für Stimmen waren«, erzählt ein Arbeiter, der dabei war. Lukaschenko spricht aggressiv und hochfahrend. Er ruft: »Solange ihr mich nicht umbringt, gibt's auch keine Neuwahlen!«

Lukaschenko ist kein schlechter Redner, und dass er gewillt ist zu kämpfen, das unterscheidet ihn von seinem ukrainischen Kollegen Wiktor Janukowytsch, der fast kampflös das Feld räumte und nach Russland floh. Allerdings ist er über die Jahre ganz erstarrt in der Rolle des Herrn im Haus. »Er sagt nur noch: Ich bin, wie ich bin, so müsst ihr mich akzeptieren«, erklärt der Politologe Andrej Kasakewitsch.



Einwohner	9,5
	Millionen
BIP	63
	Milliarden Dollar
Präsidenten seit Unabhängigkeit	1
Amtsjahre von Präsident Lukaschenko	26
Quelle: IWF	



Künstlerdemo, Polizei vor Parlamentsgebäude, Protestikone Kolesnikowa: »Ich liebe euch«

Das ist das Erstaunlichste an Lukaschenkos derzeitigem Niedergang: dass er von Anfang an einzig auf Repression, auf die Festnahme und Nichtregistrierung der Gegenkandidaten gesetzt hat, anstatt wie in den Wahlen zuvor eine Kampagne zu führen und seine Wählerschaft – nach Kasakewitschs Schätzung immerhin noch 25 bis 35 Prozent – zu mobilisieren und zu erweitern. Jetzt muss er fieberhaft nachholen, was er vor der Wahl unterlassen hat.

Während Lukaschenko drinnen ist, stehen draußen vor dem Werkstor streikende Arbeiter des Minsker Traktorenwerks, die ihre Kollegen unterstützen wollen. Auch Kolesnikowa ist da. Über ein kleines Megafon ruft sie, dass sie stolz auf die Belarussen sei und sie liebe, dann ist sie wieder verschwunden.

Pawel Latuschko, ein hochgewachsener Mittvierziger mit angenehmer Stimme, ist so etwas wie das einzige sichtbare Bindeglied zwischen der Welt von Lukaschenkos Elite und den Protestierenden. Er war Botschafter in Warschau und Paris, Kulturminister, im Frühjahr 2019 wurde er zum Chef des Janka-Kupala-Theaters ernannt.

Das Kupala-Nationaltheater ist das älteste und angesehenste im Land, es feiert dieses Jahr den 100. Geburtstag. Und es spielt einzig auf Belarussisch. Auch das macht es besonders, denn im Alltag der Hauptstadt wird fast ausschließlich Russisch gesprochen. Wie die weiß-rot-weiße Fahne stand auch die belarussische Sprache lange unter Nationalismusverdacht.

Latuschkos Theatertruppe protestierte gegen die Polizeigewalt, er selbst forderte den Rücktritt des Innenministers. Während er im Theater davon erzählt, wird er von einem Anruf unterbrochen. »Ist wahrscheinlich meine Entlassung«, sagt er ungerührt. Tatsächlich: Es ist der Kulturminister selbst, Latuschko ist ab sofort gefeuert. Im Foyer versammeln sich seine bestürzten Mitarbeiter, er erklärt ihnen – auf Russisch – die Lage. Sie klatschen. Wenig später werden sie alle ihre Kündigung einreichen. Draußen vor dem Eingang versammeln sich die ersten Unterstützer.

Am Dienstagabend sitzt Latuschko schon neben Kolesnikowa, bei der Ankündigung der ersten neuen Institution, die diese Proteste hervorgebracht haben, dem neuen »Koordinationsrat«. Er soll bei der Machtübergabe helfen, als eine Art Bürgerplattform, wie Latuschko sagt. Das Treffen findet im Wahlkampfstab von Bankier Babariko statt, am Eingang hängt groß sein Foto. Aber initiiert hat den Rat Tichanowskaja.

Viele Protestierer bezeichnen Tichanowskaja als Wahlsiegerin, aber das lässt



Kulturschaffender Latuschko, protestierende Arbeiter in Minsk: Rebranding eines ganzen Landes

sich nachträglich nicht beweisen. Eine Neuzählung der Stimmen würde schon daran scheitern, dass Wahlzettel vernichtet wurden. Aus dem litauischen Exil hat sie sich deshalb nicht als Präsidentin, sondern als »Nationalen Leader« ins Gespräch gebracht, der bloß die Übergabe der Macht begleitet.

Aber nun zeigt sich, dass gar niemand da ist, der das Volk repräsentieren könnte – so gründlich hat Lukaschenko die Gesellschaft unterworfen und atomisiert, dass es gar keine Strukturen, Formen, Gefäße für die Verteilung von Verantwortung gibt. Seit der Niederschlagung von Wählerprotesten 2010 gibt es im Land nicht nur keine Opposition mehr, sondern auch keine Politik.

Es gibt keine Oligarchen wie in der Ukraine, die eigene Parteien und Fernsehkanäle unterhalten. Es gibt nicht einmal jene Simulation demokratischer Politik, die Wladimir Putin in Russland erlaubt, mit unterschiedlichen Fraktionen im Parlament. In Belarus wird Politik nicht einmal imitiert.

Der Koordinationsrat kann das Vakuum nicht glaubhaft füllen. Er ist ein Sammelsurium von rund 70 Personen, unter ihnen viele Intellektuelle – ein wenig wie zu Perestroika-Zeiten, als Intellektuelle eine große Rolle spielten, weil Politiker fehlten. Im Präsidium sitzt Swetlana Alexijewitsch, die Literaturnobelpreisträgerin. Wird die Arbeiterschaft, auf die es derzeit besonders ankommt, sich von so einem Rat vertreten fühlen?

Lukaschenko selbst hat gewarnt, dass zusammen mit seiner Herrschaft auch die belarussische Unabhängigkeit bedroht sei. Das ist paradoxerweise wahr. Das Argument wäre aber überzeugender, hätte er nicht selbst fremde Hilfe ins Land geholt. In wenigen Tagen hat er mehrfach Wladimir Putin um Unterstützung gebeten, un-

ter dem Vorwand, der Westen bedrohe militärisch sein Land. Diese Woche befand sich ein Flugzeug, das vom Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes genutzt wird, in Minsk. Eine Kolonne unmarkierter Fahrzeuge der russischen Nationalgarde wurde auf dem Weg Richtung Belarus gesehen. Gerüchte machen die Runde in Minsk. Russische Journalisten sollen das technische Personal im Fernsehen ersetzt haben. »Wir glauben aber nicht, dass das stimmt«, sagt eine Mitarbeiterin des Fernsehens.

Klar ist, dass Wladimir Putin – anders als die EU – Wahlfälschung und Repression im Nachbarland nie kritisiert hat, und dass er grundsätzlich keine Sympathien hat für den Sturz von Autokraten durch Protestbewegungen. Sein Albtraum wäre es, nach Kiew auch Minsk an den Westen zu verlieren. Das ist einer der Gründe, warum er noch vor der Wahl die weitere Integration mit Belarus vorantreiben wollte, gegen Lukaschenkos Widerstand.

Andererseits wird auch Russland nicht alles auf eine Karte setzen. Die Opposition ist jedenfalls nicht antirussisch. Bankier Babariko, der gewichtigste Oppositionskandidat, hat fast sein ganzes Berufsleben bei einer Tochter des staatlichen russischen Gazprom-Konzerns gearbeitet.

»Ein geordneter Machtwechsel wäre auch in Russlands Interesse«, sagt der gefeuerte Theaterdirektor Latuschko. Wenn Putin die Polizei für einen gescheiterten Autokraten spielt, hat er in Minsk wie auch daheim viel Sympathien zu verlieren.

Doch Lukaschenko klammert sich an die Macht. Latuschko sagt: »Als ich noch Minister war, sagte er mir einmal am Telefon: »Wenn du mich verrätst, erwürge ich dich mit meinen eigenen Händen.«« Kaum in den Koordinationsrat eingetreten, hat Latuschko neue Drohungen erhalten – »am Mittwoch gab es fünf physische Drohungen und drei Vorschläge, mich

außer Landes zu schaffen, sogar ein Charterflugzeug wurde mir angeboten.«

Am Donnerstag dann macht die Staatsanwaltschaft wahr, was Lukaschenko angekündigt hat. Sie stuft die Bildung des Koordinationsrats als Umsturzversuch ein und eröffnet ein Strafverfahren. Den Mitgliedern drohen bis zu fünf Jahre Haft.

Und so könnte, wenn der Druck von der Straße nicht anhält, das Pendel zurückschlagen. Nach dem Rausch der Freiheit auf den Minsker Straßen an diesem Wochenende versucht Lukaschenko, die Schrauben anzuziehen – Streiks zu unterdrücken, neue Angst einzuflößen.

Russland unterstützt ihn faktisch dabei – und zeigt dennoch mit dem Finger auf den Westen. Europa gehe es nur um Geopolitik, behauptete Außenminister Sergej Lawrow jüngst. Die Emanzipation der belarussischen Gesellschaft vom »Väterchen«, wie Lukaschenko sich gern nennen lässt, droht zum Opfer äußerer Interessen zu werden.

Wie die Sache ausgeht, ist ungewiss. Auch Marija Kolesnikowa weiß es nicht, die mutig von Protest zu Protest zieht, um den Belarussen zu sagen, wie toll sie seien.

Wie wichtig Anfeuerung ist, das hat sie aus ihrem Leben im Westen mitgenommen. »Als ich in Deutschland war, habe ich mich gewundert, wie oft die Musiklehrer einen loben«, erzählt sie im Auto auf der Rückfahrt von den Fabrikarbeitern in Soligorsk. »Bei uns ist das nicht üblich. Aber es stärkt das Selbstvertrauen. Dasselbe passiert jetzt hier – plötzlich lachen die Belarussen und sind stolz auf sich selbst.«

Ist das, was hier stattfindet, im Grunde also eine kollektive Psychotherapie? »Auf jeden Fall«, sagt sie.

Twitter: @Moskwitsch

Einfach mehr Wissen



Jetzt
am
Kiosk

Das Nachrichten- Magazin für Kinder

Für alle Kinder, die mitreden wollen.
Verständlich und spannend erklären
SPIEGEL-Autoren aktuelle Themen aus
Politik, Wirtschaft, Kultur und Technik.
Dazu kommen Büchertipps, Comics und
kreative Ideen zum Mitmachen.



Dein
SPIEGEL

Mehr erfahren:

www.deinspiegel.de

Der Kriminalfall »Rhosus«

Libanon Die Explosion in Beirut ging von einer Schiffsladung aus: 2750 Tonnen Ammoniumnitrat. Recherchen von SPIEGEL und OCCRP zeigen: Es gab Verbindungen des Reeders zur Bank der Hisbollah.

Im September 2013 brechen acht Ukrainer und ein Russe mit einem Frachter aus Georgien auf, angeblich in Richtung Mosambik. Ihr Schiff ist bereits ein halbes Wrack, als sie den Schwarzmeerhaften von Batumi verlassen. Die »Rhosus« leckt, ihr Alarmsystem ist defekt, ebenso die Rettungs-ausrüstung.

Doch die Ladung, die die Seeleute mit sich führen, hat es in sich: 2750 Tonnen Ammoniumnitrat in einer hochkonzentrierten Variante, wie es zur Sprengstoffherstellung genutzt wird, mit einem Stickstoffanreicherungsgrad von knapp 35 Prozent. Sie wird sieben Jahre später, am 4. August 2020, Teile der libanesischen Hauptstadt Beirut verwüsten, rund 200 Menschen töten, Tausende verletzen.

Seither interessiert sich die Welt für die »Rhosus« und ihre Geschichte. Ermittler bemühen sich darum, ihre letzte Fahrt zu rekonstruieren. Warum ist die »Rhosus« überhaupt in Beirut gelandet? Und wer hat die explosiven Chemikalien wirklich bestellt?

Bislang hieß es, das Schiff habe Igor Gretschuschkin gehört, einem Russen. Die Fracht wiederum war für die Firma Fábrica de Explosivos de Moçambique, kurz FEM, einen mosambikanischen Sprengstoffproduzenten, bestimmt.

Gemeinsame Recherchen des SPIEGEL und des Journalistennetzwerks »Organized Crime and Corruption Reporting Project« (OCCRP) wecken nun Zweifel an der

Darstellung. Danach war der wahre Besitzer der »Rhosus« nicht der Russe Gretschuschkin, sondern der zyprische Reeder Charalambos Manoli – und der unterhielt Beziehungen zur Hausbank der Hisbollah im Libanon. Und von dem Ammoniumnitrat, das im Hafen von Beirut lagerte, scheint bereits vor der Explosion im August ein beträchtlicher Teil abhandengekommen zu sein.

Sollte die »Rhosus« also Mosambik gar nicht ansteuern? War ihre explosive Fracht womöglich für die Hisbollah bestimmt, jene islamistische Partei und Miliz, die im Libanon als Staat im Staat agiert und in Kriegen von Syrien bis Irak mitmischt?

Der Reeder Charalambos Manoli jedenfalls gab sich alle Mühe, die Eigentumsverhältnisse der »Rhosus« zu verschleiern. Eine seiner Firmen hatte die Registrierung der »Rhosus« in Moldau besorgt, wiederum eine andere, Maritime Lloyd in Georgien, hatte dem maroden Frachter Seetüchtigkeit attestiert. Der Russe Gretschuschkin hatte das Schiff letztlich nur gechartert über seine Firma Teto Shipping, registriert auf den Marshallinseln.

Manoli behauptete gegenüber dem OCCRP zunächst, das Schiff an Gretschuschkin verkauft zu haben. Dann schränkte er ein, dass der Russe nur versucht habe, das Schiff zu kaufen. Schließlich verweigerte er jede weitere Auskunft.

Tatsächlich war es Gretschuschkin, der der Besatzung der »Rhosus« die Befehle

erteilte. Von ihm kam auch die Order, die »Rhosus« möge auf dem Weg von Georgien nach Mosambik außerplanmäßig in Beirut halten. Die offizielle Begründung dafür klingt abenteuerlich: Er habe nicht genügend Geld, die Fahrt der »Rhosus« durch den Suezkanal zu bezahlen, behauptete Gretschuschkin. Deshalb sollte in Beirut weitere Ladung aufgenommen und nach Jordanien gebracht werden. »12 große Lastwagen, 15 kleine, ein 40-Fuß-Container und zwei 20-Fuß-Container«, so heißt es in einem Bericht des libanesischen Transportministeriums.

Die Fahrzeugflotte sollte auf dem Deck der »Rhosus« verstaut werden. Doch schon der erste Lastwagen rammte beim Versuch, ihn aufs Deck zu bugsieren, eine Tür. Der Ladeversuch wurde abgebrochen.

Die »Rhosus« aber lag von da an in Beirut. Mindestens zwei Firmen, bei denen Manoli Schulden hatte, ließen den Frachter festsetzen, unter ihnen ein Generatorenvermieter, bei dem Manoli zuvor einen Generator für die »Rhosus« gemietet hatte. Die Beirut-Hafenbehörde befand zudem, dass die »Rhosus« seeuntüchtig sei.

Den libanesischen Behörden war augenscheinlich nicht bekannt, dass Manoli der wahre Eigentümer der »Rhosus« war. Jedenfalls taucht sein Name in den zahlreichen Schriftwechseln nicht auf.

Dabei verfügte Manoli, anders als sein russischer Charterer Gretschuschkin, über Geschäftsbeziehungen in den Libanon. Aus Gerichtsprotokollen geht hervor, dass Manoli bereits 2011 einen Kredit über gut vier Millionen Dollar bei der tansanischen FBME-Bank aufgenommen hatte, um damit den Kauf eines anderen Schiffs, der »Sakhalin«, zu finanzieren.

FBME ist nicht irgendeine Bank. US-Ermittler warfen ihr vor, für die Hisbollah als Geldwäscherin zu fungieren. Ein weiterer Kunde war eine mutmaßlich syrische Tarnfirma, die im Chemiewaffenprogramm mitgemischt haben soll. Ausgerechnet dieser Bank schuldete Manoli Geld.

Bereits einen Monat nachdem er den Kredit erhalten hatte, blieb seine Firma Seaforce Marine Limited, ansässig im mittelamerikanischen Belize, die erste Rate schuldig. Als Sicherheit bot Manoli die »Rhosus« an. Die FBME vermutete, der Reeder wolle das Schiff verkaufen, woraufhin sie Manolis Immobilienbesitz auf Zypern einfrieren ließ.



Anthony Vralias / REUTERS

Frachter »Rhosus« 2013: Hochgefährliche Ladung



Lorenzo Tugnoli / DER SPIEGEL

Zerstörter Hafen von Beirut: Warnungen blieben ohne Folge

Interne FBME-Unterlagen zeigen, dass im Oktober 2014 noch 962 000 Euro Schulden ausstanden. Manoli dementiert jeden Zusammenhang zwischen seinen Schulden und dem Stopp des Frachters in Beirut. Ein Ermittler hingegen sagt, die FBME-Bank sei berüchtigt dafür gewesen, säumige Schuldner zu Gefälligkeiten gegenüber zwielichtigen Kunden wie der Hisbollah zu drängen.

Der offizielle Käufer des Ammoniumnitrats, die FEM in Mosambik, war ebenfalls Gegenstand von Ermittlungen. Spanische und portugiesische Behörden ermittelten gegen die Firma Moura Silva e Filhos, die 95 Prozent an FEM hält, im Zusammenhang mit den islamistischen Anschlägen von Madrid 2004. Auch wenn es letztlich zu keiner Verurteilung kam, fanden Fahnder 785 Kilogramm Sprengstoff, die nicht in den Büchern der Firma standen.

Moura Silva e Filhos ist offenkundig nicht zimperlich, wenn es ums Geschäft geht. Laut der amerikanischen Waffenschmuggelexpertin Kathi Lynn Austin, die lange im Umfeld der Firma ermittelte, pflegt die Firma unter anderem enge Kontakte zur mosambikanischen Herrscherclique.

Doch ausgerechnet jene 2750 Tonnen Ammoniumnitrat, die gemeinsam mit der »Rhosus« in Beirut strandeten, wurden

von der FEM nie reklamiert, und das, obwohl die Chemikalien von den libanesischen Behörden nicht offiziell beschlagnahmt wurden.

2015 hatte ein Zwischenhändler des Ammoniumnitrats die libanesischen Behörden über einen Anwalt beauftragt, Qualität und Quantität der Ladung zu prüfen. Doch die Gerichtsakten vermerken seltsamerweise keinen Versuch des Zwischenhändlers, die Ladung im Ursprungswert von 700 000 Dollar wiederzuerlangen.

Auch Manoli bemühte sich nicht darum, sein Schiff zurückzubekommen, das schließlich 2018 außerhalb des Hafens sank. Der vermeintliche »Rhosus«-Besitzer Gretschuschkin war für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Das Ammoniumnitrat war eine Geisterladung: Niemand gibt zu, sie bezahlt zu haben, niemand hat sie zurückgefordert.

Die hochexplosiven Chemikalien lagerten letztlich sechs Jahre lang in der Halle 12 im Hafen von Beirut. Immer wieder warnten Behörden, vor allem der Zoll, das Ammoniumnitrat müsse aus dem Hafen weggebracht werden. Doch die Schriftsätze wurden so beharrlich an das falsche Gericht geschickt, dass es beteiligten Juristen schwerfällt, an bloße Inkompetenz zu glauben. War es womög-

lich doch gewollt, dass das Ammoniumnitrat in Halle 12 bleibt?

Eine erneute Untersuchung der Ladung im Frühjahr 2020, diesmal durch die libanesische Staatssicherheit, weckte Zweifel, ob die 2750 Tonnen Ammoniumnitrat überhaupt noch vollständig vorhanden waren: Eines der Tore der Lagerhalle fehle, außerdem sei ein großes Loch in der Südwand, warnten sie. »Im Falle eines Diebstahls könnten die Täter diese Güter als Sprengstoff nutzen.« Genau nachgezählt oder -gemessen, wie viel Ammoniumnitrat noch im Lager war, hatten die Sicherheitsleute aber offenbar nicht.

Ihre Warnung landete erst Anfang Juni beim Generalstaatsanwalt, der die Sicherung der Halle anordnete. Die Staatssicherheit schickte den Bericht Mitte Juli auch an den Präsidenten und an den Premierminister. Ohne Ergebnis.

Wie viel Ammoniumnitrat am 4. August in die Luft flog, ist unklar: Europäische Geheimdienstler, die an den Ermittlungen beteiligt sind, gehen von 700 bis 1000 Tonnen aus.

Wo der größere Teil des Sprengstoffs geblieben ist? Das ist eine der vielen Fragen, die Ermittler nun klären müssen.

Maximilian Popp, Christoph Reuter, Fritz Schaap

Die Metamorphose

Analyse Brasiliens Präsident Bolsonaro inszeniert sich auf einmal als Retter der Armen. Und der Trick funktioniert überraschend gut.

Jair Bolsonaro war gut drauf, als er im Juli im Bundesstaat Bahia eine Anlage einweihte, die künftig 40 000 Personen mit Wasser versorgen wird. Der brasilianische Präsident schwang sich auf den Rücken eines Pferdes, setzte einen Schlapput auf und streifte seine Maske ab. Dann rief er einer jubelnden Menge zu, dass er ihre Region auf ein neues wirtschaftliches Level heben werde.

Es war Bolsonaros erste Reise, nachdem er Covid-19 überstanden hatte. Es hatte etwas Symbolisches, dass er den armen Nordosten Brasiliens besuchte, Feindesland in seinen Augen, das bei allen Wahlen in der jüngeren Vergangenheit fest in der Hand der linken Arbeiterpartei war.

Die Dinge aber sind im Rutschen.

Aus einer aktuellen Umfrage geht hervor, dass heute 37 Prozent der Brasilianer die Regierungsführung ihres Präsidenten als gut oder sehr gut einschätzen. So viele waren es noch nie, seit Bolsonaro im Januar 2019 sein Amt antrat. Und die meisten Zugewinne erzielte er dabei in jenen strukturschwachen Regionen, für die er sich bislang nie interessierte.

Vieles deutet darauf hin, dass Bolsonaro während seiner Quarantäne den Plan gefasst hat, sich neu zu erfinden. Der Präsident, schrieb der ehemalige grüne Abgeordnete Fernando Gabeira dieser Tage in einer Kolumne, mache eine Metamorphose durch. Um politisch zu überleben, wende er sich jetzt den Armen zu.

Lange machte Bolsonaro während dieser Pandemie den Eindruck eines irrlichternden Kapitans, der sein Schiff auf einen Eisberg zusteuert. Covid-19 tat er als »leichte Grippe« ab. Er verstrickte sich in Privatfehden mit Gouverneuren, denen er vorwarf, mit ihren Ausgangssperren die Wirtschaft zu ruinieren, und er provozierte, indem er sich bei antidemokratischen Protesten unters Volk mischte. Nachdem zwei seiner Gesundheitsminister zurückgetreten waren, berief er interimweise einen General, der ihm nicht widersprach, wenn er das umstrittene Malariamittel Chloroquin als Allheilmittel gegen Corona bewarb.

Hinzu kamen Justizskandale: der Verdacht, dass seine Söhne eine »Kabinett des Hasses« genannte Gruppe koordinieren, die politische Gegner mit öffentlich finanzierten Fake-News-Kampagnen diskreditiert. Der Rücktritt des Justizministers Sérgio Moro, der Bolsonaro beschuldigte, Zugriff auf die Bundespolizei erlangen zu wollen, um seine Familie vor Ermittlungen zu schützen. Das Bild, das Bolsonaro abgab, war so verheerend, dass zwischenzeitlich kaum noch jemand glaubte, dass er das Ende seiner Amtszeit erreichen würde.

Dass sich die Lage nun ändert, wirkt eher wie ein Unfall. Im Frühjahr, als angesichts einer drohenden Hungersnot die Forderung nach Hilfen aufkam, hatte Bolsonaro zunächst

abgewinkt. Dann schlug er einen Betrag in Höhe von 200 Real vor, rund 30 Euro monatlich für die Bedürftigsten. Der Kongress verdreifachte die Summe später, und jetzt sind es diese Überweisungen, denen er seine Popularität verdankt. Während die Mittelschicht, die ihn ins Amt gewählt hat, von ihm abrückt, ist er für Millionen Arme der Retter in der Not.

Die Frage, die sein Kabinett umtreibt, ist, wie diese Trendumkehr verstetigt werden könnte. Nachdem die Nothilfe ursprünglich auf drei Tranchen befristet war, soll sie nun zunächst bis Ende des Jahres fließen. Danach könnte sie in einem »Renda Brasil« genannten Sozialprogramm aufgehen, das das bewährte, von der Regierung des früheren Präsidenten Lula da Silva ersonnene »Bolsa Família« ersetzen könnte. Nachdem Bolsonaro das Budget dieser Sozialhilfe bislang gekürzt hatte, sieht es so aus, als arbeite er nun an

einer Art Etikettenschwindel: Es ist dasselbe drin, aber es steht sein Name drauf.

Statt unangenehmer Steuer- und Verwaltungsreformen diskutieren seine Minister, wie sie die Ausgaben des Staats erhöhen könnten. Von einem Marshall-Plan ist die Rede, von großen Infrastrukturprojekten. Kritik kommt dabei von Bolsonaros neoliberalen Wirtschaftsminister, der auf die Einhaltung der von der Verfassung vorgeschriebenen Austeritätspolitik drängt. Wenn er zu flexibel mit dem Haushalt umgehe, warnte Paulo Guedes dieser Tage, könnte es Bolsonaro ergehen wie seiner linken Vorvorgängerin Dilma Rousseff, deren Budgetschiebe-

verfahren 2016 als Vorwand für ein fragwürdiges Amtsenthebungsverfahren dienten.

Danach aber sieht es zurzeit nicht aus. Bolsonaro hat sich abgesichert in den vergangenen Wochen. Indem er sich mit einigen jener ideologiefreien Zentrumsparteien zusamm tat, die politische Unterstützung traditionell im Tausch gegen einträgliche Posten anbieten, verfügt er erstmals über eine solide Basis im Kongress. Diese Parteien stehen eigentlich für alles, womit Bolsonaro brechen wollte. Sie sind ein Synonym der alten, korrupten Elite, aber jetzt eint sie das Interesse an einem Staat, der große Summen zu verteilen hat.

Während 110 000 Menschen durch die Pandemie gestorben sind, beerdigt Bolsonaro zwei wahlentscheidende Diskurse. Auch wenn sie im Wesentlichen nur Fassade waren: Er verabschiedet sich vom Kampf gegen die Korruption und von einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Illusionen sollte man sich aber nicht hingeben. Auch der vermeintlich gewandelte Bolsonaro hat kein Interesse daran, die Lebensbedingungen seiner neuen Klientel grundlegend zu verändern. Um Strukturreformen, die die Ungleichheit verringern, geht es ihm nicht. Was ihn interessiert, sind Stimmen, die die Herrschaft seines Clans über 2022 hinaus zementieren. Marian Blasberg



Bruna Prado / Getty Images

**Kinostart am
26. August**

DER SPIEGEL lädt ins Kino ein!

Verlosung von 250 x 2 Freikarten

DER SPIEGEL – das deutsche Nachrichten-Magazin



TENET

In TENET steht die Welt kurz vor dem Untergang, und alles, was dem Protagonisten (John David Washington) für die Rettung zur Verfügung steht, ist ein einziges Wort: Tenet. Seine Mission führt den Agenten in eine zwielichtige Welt der internationalen Spionage, in der die Gesetze der Zeit nicht zu gelten scheinen...

In seinem neuen Science-Fiction-Spektakel beschäftigt sich Regisseur und Autor Christopher Nolan erneut mit dem Konzept von »Zeit«. Dabei wird es in TENET jedoch keine Zeitreisen geben, vielmehr geht es dabei um Inversion. Gedreht wurde an Originalschauplätzen in sieben verschiedenen Ländern und mit einem internationalen Cast. Neben John David Washington werden unter anderem auch Robert Pattinson, Elizabeth Debicki, Clémence Poésy und Michael Caine zu sehen sein.



QR-Code scannen
und online registrieren

Registrieren Sie sich mit Ihrem Namen und Ihrer Adresse unter:

www.spiegel.de/kartenverlosung

Einsendeschluss ist der 28.8.2020, 12 Uhr. Die Gewinner erhalten die Kinokarten per Post, hierfür sind Ihr Name und Ihre Adresse notwendig.

Die Freikarten sind in allen Kinos einlösbar, in denen der Film in Deutschland gezeigt wird. **Informieren Sie sich bitte vorab bei Ihrem Kino, ob und welche Einschränkungen aufgrund der Corona-Epidemie ggf. zu berücksichtigen sind.** Es gelten die aktuellen Datenschutzbestimmungen, insbesondere werden die Adressen der Gewinnspielteilnehmer nicht an Dritte weitergegeben. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Missbrauch wird zur Anzeige gebracht.

Erdoğan gegen alle

Geopolitik Der türkische Präsident will die Grenzen im Mittelmeer neu ziehen – und riskiert einen Krieg mit Griechenland.

Im Juni 2006 skizzierte Cem Gürdeniz, der Leiter des Planungsstabs der türkischen Marine, ein außenpolitisches Konzept, das damals kaum jemanden interessierte – zu werfen schien es, zu aggressiv. Gürdeniz forderte in einer Rede in Ankara die Expansion der Türkei im Mittelmeerraum, die Regierung müsse, notfalls mit Waffengewalt, die Grenzen neu ziehen, um die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Landes zu sichern. Er nannte seinen Plan »Mavi Vatan«, »Blaues Vaterland«. In einem Interview über Skype sagt er: »Ich wollte, dass die Türkei zu einer echten Seemacht aufsteigt.«

Dass man in Ankara von seinem Konzept zunächst nichts wissen wollte, lag vor allem daran, dass sich die Türkei noch darum bemühte, EU-Mitglied zu werden. Der damalige Premier und heutige Präsident Recep Tayyip Erdoğan hatte kein Interesse an einem Gebietsstreit mit Nachbarn wie Griechenland.

Gürdeniz' eigene Laufbahn kam zu einem jähen Ende, als er 2011 wie Hunderte weitere Offiziere verhaftet wurde. Gürdeniz bezeichnet sich selbst als Kemalist. Er fühlte sich dem säkularen Erbe des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk mehr verpflichtet als der islamisch-konservativen Regierung unter Erdoğan.

Männer wie ihn konnte Erdoğan nicht brauchen. Gürdeniz saß dreieinhalb Jahre unschuldig im Hochsicherheitsgefängnis Silivri bei Istanbul, ehe er rehabilitiert wurde.

Inzwischen hat die Türkei ihre Politik neu ausgerichtet. Erdoğan hat sich von dem Ziel einer EU-Mitgliedschaft verabschiedet. Er verfolgt einen nationalistischeren Kurs. Und so hat die Regierung auch Gürdeniz' alten Plan neu entdeckt.

Erdoğan hat das östliche Mittelmeer ins Zentrum seines geopolitischen Machtstrebens gerückt. Der Präsident, sein Außenminister, sein rechtsextremer Koalitionspartner – sie alle sprechen plötzlich öffentlich vom »Blauen Vaterland«.

Gürdeniz ist vom Staatsfeind zum außenpolitischen Stichwortgeber der Regierung aufgestiegen. Er selbst ist darüber eher verwundert als erfreut: »Es geht nicht um Erdoğan. Es geht um die Zukunft der Türkei«, sagt er.

Bislang waren die Territorien in der Mittelmeerregion durch den Vertrag von Lausanne von 1923 definiert. Erdoğan will

das nicht länger hinnehmen. Sein Land, so behauptet er, werde durch die Grenzziehung benachteiligt.

Sowohl die Türkei als auch Griechenland haben in den vergangenen Wochen ihre Marine mobilisiert. Seit sich 1996 im Streit um zwei unbewohnte Inseln in der Ägäis türkische und griechische Kriegsschiffe gegenüberstanden, war die Situation in der Region nicht mehr so angespannt wie heute.

Die Fragen, die dem Konflikt zugrunde liegen, sind eher technisch, aber das macht sie nicht weniger explosiv. Im Kern geht es darum, welchem Staat welcher Anteil am östlichen Mittelmeer zusteht.

Das Seerechtsübereinkommen der Uno von 1982 sieht vor, dass Staaten in einem Radius von 200 Meilen um ihre Inseln in einer sogenannten Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) Rohstoffe ausbeuten dürfen.

Die türkische Regierung läuft genau dagegen Sturm. Da mehrere griechische Inseln nur wenige Kilometer von der Tür-

»In Berlin ist die Sorge groß, dass die Situation außer Kontrolle gerät.«

kei entfernt liegen, ist der Umfang der türkischen AWZ sehr viel kleiner, als es Ankara gern hätte.

Die Auseinandersetzung ließe sich lösen, indem beide Seiten eine unabhängige Institution anriefen, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag oder ein Schiedsgericht. In der Zwischenzeit müssten sie sich auf eine gemeinsame Nutzung des umstrittenen Seegebiets einigen. Stattdessen beharren sie auf Maximalforderungen.

Erdoğan versprach im November Libyens Premier Fayez Sarraj Unterstützung im Kampf gegen den Warlord Khalifa Haftar. Im Gegenzug hat Sarraj einem Abkommen mit der Türkei zugestimmt, das die türkische AWZ unter anderem über die Insel Kreta hinweg ausdehnt.

Weder Griechenland noch die anderen Anrainerstaaten wie Israel oder Ägypten erkennen das Abkommen an. Athen und Kairo handelten Anfang August einen Deal aus, der der türkischen AWZ entgegensteht.

Erdoğan bemüht sich unterdessen, im Mittelmeer Fakten zu schaffen. Vergangene Woche schickte er das Forschungsschiff »Oruç Reis«, eskortiert von Kriegsschiffen, Richtung Griechenland, um vor der Insel Kastelorizo seismische Untersuchungen durchführen zu lassen. Kurz darauf kündigte er an, auch vor Zypern nach Rohstoffen zu forschen.

Die Europäer reagieren alarmiert. Die griechische Regierung nannte Erdoğan's Vorstoß »destabilisierend und friedensgefährdend«. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell forderte die Türkei nach einem Treffen der EU-Außenminister vergangene Woche auf, die Suche nach Gas im östlichen Mittelmeer »unverzüglich« einzustellen.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron entsandte zur Unterstützung Griechenlands gar eigene Kriegsschiffe ins Mittelmeer. In Tweets auf Griechisch warf er Ankara vor, durch Alleingänge Spannungen zu provozieren.

Das Interesse am Gas ist nur einer von mehreren Gründen für die offen ausgetragene Feindseligkeit. Forscher haben im östlichen Mittelmeer in den vergangenen zehn Jahren Gasvorkommen entdeckt, die fast dem 50-fachen derzeitigen Jahresverbrauch Frankreichs entsprechen.

Doch die Ressourcen lagern tief und sind nur mit Aufwand zu bergen. Die Preise für Öl und Gas sind in den vergangenen Jahren eingebrochen. Das macht nach Ansicht von Experten eine Mission im Mittelmeer wenig rentabel. Konzerne wie BP haben bereits angekündigt, aus wirtschaftlichen Gründen künftig überhaupt keine Felder mehr in neuen Ländern erschließen zu wollen.

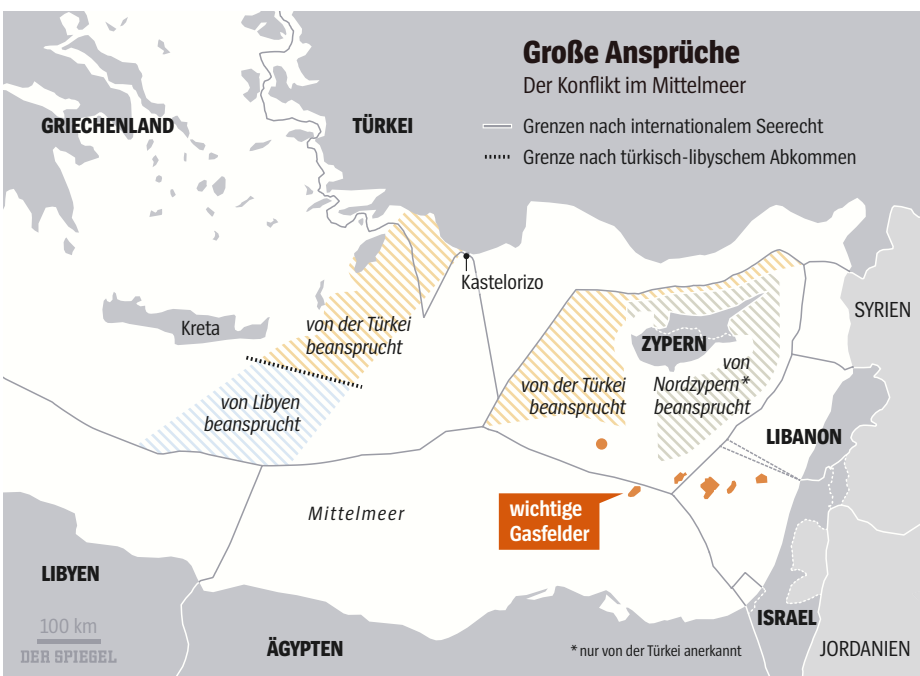
Erdoğan treibt die »Mavi Vatan«-Doktrin wohl mindestens ebenso aus gekränktem Stolz und innenpolitischem Kalkül voran. Der türkische Staatschef fühlt sich bei der Ausbeutung der Rohstoffe im Mittelmeer übergangen.

Tatsächlich haben sich Griechenland, Zypern, Ägypten, Israel, die Palästinensische Autonomiebehörde, Jordanien und Italien zu einem Energieverbund zusammengeschlossen, dem East Mediterranean Gas Forum. Die Türkei blieb außen vor. Im Juli stimmte die israelische Regierung dem Bau der Eastmed-Pipeline zu, die, gegen den Widerstand der Türkei, Gas aus israelischen Gewässern über Zypern und Griechenland nach Europa befördern soll.



Anadolu Agency / Getty Images

Staatschef Erdoğan: Aggressiv und unberechenbar



»Wenn Erdoğan keinen Platz am Tisch hat, dreht er den Tisch einfach um«, schreibt Max Hoffman, Türkeiexperte am Center for American Progress, einem US-Thinktank, auf Twitter.

Erdoğan bietet die Auseinandersetzung im Mittelmeer zudem eine willkommene Gelegenheit, von seinen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Die türkische Wirtschaft steckt seit Jahren in einer Krise, die sich durch die Corona-Pandemie weiter verschärft hat. Die Lira befindet sich mit fast 9:1 im Vergleich zum Euro auf einem historischen Tiefpunkt.

Auch Erdoğan's Umfragewerte sind so schlecht wie selten zuvor in seiner Amtszeit. Er muss fürchten, bei der Präsidentschaftswahl 2023 nicht wiedergewählt zu werden.

In Europa besteht Uneinigkeit darüber, wie mit dem zunehmend aggressiv und unberechenbar auftretenden türkischen Staats- und Regierungschef umzugehen ist. Vor allem Frankreichs Präsident Macron plädiert für einen harten Kurs. Paris und Ankara stehen sich bereits in Libyen feindlich gegenüber, wo sie verschiedene Lager im Bürgerkrieg unterstützen.

Erst im Juni stoppte die französische Fregatte »Courbet« im Mittelmeer einen von türkischen Kriegsschiffen begleiteten Frachter, der unter Verdacht stand, illegal Waffen nach Libyen zu schmuggeln.

Die Türken, so behauptet das französische Verteidigungsministerium, hätten daraufhin ihren Feuerleitradar auf die »Courbet« gerichtet, ein Manöver, das in der Regel einem Beschuss unmittelbar vorausgeht. Die Franzosen konnten eine Eskalation wohl nur dadurch vermeiden, dass sie in letzter Minute abdrehten.

Die Bundesregierung hingegen möchte Erdoğan unbedingt zurück an den Verhandlungstisch bringen. Gespräche zwischen Ankara und Athen unter der Vermittlung von Bundeskanzlerin Angela Merkel scheiterten, noch bevor sie richtig begonnen hatten.

In Berlin ist die Sorge groß, dass die Situation im Mittelmeer außer Kontrolle gerät – und sei es durch einen Unfall. Erdoğan hat bereits deutlich gemacht, dass er einen Angriff auf ein türkisches Forschungsschiff nicht unbeantwortet lassen würde. Und auch in Griechenland drängen Nationalisten die Regierung von Premier Kyriakos Mitsotakis, im Streit mit der Türkei keinesfalls nachzugeben.

Niemand wolle, dass es zu einem bewaffneten Konflikt zwischen den Nato-Partnern Griechenland und Türkei kommt, heißt es im Auswärtigen Amt. Doch durch die wechselseitige Aufrüstung wächst die Kriegsgefahr im östlichen Mittelmeer mit jedem Tag. Maximilian Popp



NASA / SOFIA / T. Pillai / J. Kauffmann; NASA / JPL-Caltech / L. Allen

Kinderstube der Sterne, 1400 Lichtjahre von der Erde entfernt: Der Serpens-Süd-Sternhaufen besteht aus einer Gruppe von rund 600 Jungsternen, von denen manche noch in der Entstehung sind. Diese Aufnahme wurde mithilfe eines Infrarot-Teleskops an Bord der fliegenden Sternwarte »Sofia« erstellt, einer umgebauten Boeing 747. Die Schlieren auf dem Bild zeigen sichtbar gemachte Magnetfeldlinien.

Kühlung für Alaska

Analyse Ein Ölkonzern tut so, als könnte er das Auftauen von Permafrostböden verhindern.

● Im Nordosten Alaskas erstreckt sich eine nahezu unberührte Wildnis. Sie ist Heimat von Eisbären und Karibus – birgt leider aber auch allerhand Erdöl und -gas. Die Küstenzone des Arctic National Wildlife Refuge könnte sich jetzt auf dramatische Weise verändern. US-Präsident Donald Trump hat Konzernen den Weg geebnet, in dieser einzigartigen und bedrohten Natur nach Öl und Gas zu bohren. Schon 2021 könnten die entsprechenden Pachtverträge versteigert werden. Vor allem für die Republikaner Alaskas war dies ein lang gehegter Wunsch. Bisher stand dem der Umweltschutz entgegen – doch im Trump-Amerika spielt der keine große Rolle mehr.

Für Bohrprojekte gibt es kaum einen schlechter geeigneten Ort als die Tundra. Die Permafrostböden von Alaska tauen infol-

ge des Klimawandels stärker und früher im Jahr als ehedem; große Mengen der Klimagase Kohlendioxid und Methan werden dabei freigesetzt. Der Tauprozess ist schon jetzt ein Problem für die Infrastruktur, weil Wohnhäuser, Straßen oder auch Ölpipelines auf dem nicht mehr eisharten Boden einsinken. Mit weiter zunehmender Erwärmung eignet sich die Arktis aber noch weniger für schwere und gefährliche Förderanlagen. Die Ölfirmen und die Genehmigungsbehörden wissen das auch. Statt daraus aber den Schluss zu ziehen, Öl und Gas im Untergrund zu belassen, erwecken sie jetzt den Eindruck, sie könnten die Permafrostschmelze aufhalten.

So hat ConocoPhillips, einer der größten US-Ölmultis, angekündigt, er werde den Boden unter den von ihm angelegten Gebäuden und Förderanlagen mit technischer Finesse nachkühlen. »Thermosiphons« sollen zum Einsatz kommen: Röhren, die Winterkälte im Boden bis in den Sommer speichern sollen. Die Kühltechnik wird in Alaska zwar in kleineren Gebäudeprojekten genutzt, aber sie ist eindeutig ungeeignet, Ökokatastrophen in einer tauenden, industriell genutzten Wildnis zu verhindern. Umweltschützer bereiten Klagen vor. Marco Evers

Bildung

Internet macht dümmer

● Junge Leute verlernen das Lernen – und schuld daran sind die allgegenwärtigen Smartphones, Laptops und das Internet, all die Geräte, die in der Bildung der Zukunft eine so zentrale Rolle spielen sollen. Das ist das Ergebnis einer Studie des US-Psychologen Arnold Glass von der Rutgers University in New Jersey. Der Forscher hat zwischen 2008 und 2018 mehr als 2400 Collegestudenten getestet und dabei eine Besonderheit festgestellt: In der Tendenz steigt der Anteil derer, die gute Hausaufgaben abgeben, in Uniprüfungen aber deutlich schlechter abschneiden. Der Grund dafür laut Glass: Mit der wachsenden Verbreitung von Smartphones hat sich der Lernstil geändert. Daheim lösen die Studenten Aufgaben mit Bravour, indem sie sich die nötigen Informationen spielend aus dem Netz besorgen. Dabei durchdringen sie den Stoff aber nur oberflächlich. »Sie vergessen rasch

die Frage und die Antwort«, sagt Glass. Das private Lernen daheim, ehemals ein sinnvolles Bildungsritual, taue unter diesen Umständen nur noch bedingt zur Prüfungsvorbereitung. Der Forscher empfiehlt, sich wieder mehr auf den eigenen Kopf zu verlassen. Seine Studie hat Glass im Fachblatt »Educational Psychology« veröffentlicht. ME



Getty Images

Fußnote

3236

Satelliten will der Onlinehändler Amazon ins All schießen, um an fast jedem Punkt der Erde einen schnellen Internetzugang zu ermöglichen. Die erforderlichen Genehmigungen hat der Konzern jetzt eingeholt. Im erdnahen Raum wird es damit bald ziemlich eng. Fast 6000 Satelliten sind derzeit oben. Neben Amazon baut auch SpaceX eine sogenannte Konstellation auf mit rund 12 000 künstlichen Erdtrabanten. 655 hat die Firma schon ins All gebracht, allein 58 in dieser Woche.

Tiere

»Unsere Patientinnen wiegen zwei Tonnen«



Der Berliner Tierarzt Thomas Hildebrandt, 57, über seinen aufwendigen Versuch, eine

Nashornunterart vor dem Aussterben zu bewahren

SPIEGEL: Herr Hildebrandt, zum dritten Mal haben Sie in Kenia den beiden letzten Nördlichen Breitmaulnashörnern der Welt Eizellen entnommen. Wie ist der Eingriff gelaufen?

Hildebrandt: Najin, das ältere Weibchen, hat einen großen Tumor an den Eierstöcken, da sind die anatomischen Verhältnisse noch schwieriger als sonst schon. Trotzdem konnten wir von ihr zwei Eizellen in guter Qualität gewinnen. Acht Eizellen haben wir ihrer Tochter Fatu entnommen. Wir werden nun versuchen, mit dem gefrorenen Spermia von bereits toten Nashornbullen daraus Embryonen herzustellen.

SPIEGEL: Ist das der gleiche Prozess wie in einer menschlichen Kinderwunschklinik?

Hildebrandt: Nicht ganz. Unsere Patientinnen wiegen zwei Tonnen. Die haben Blutgefäße so groß wie Kinderarme. Die Nadeln, die wir selbst entwickelt haben, sind fast zwei Meter lang. Wir müssen die Eizellen mit endoskopischen Instrumenten durch den Darm entnehmen, das gibt es bei keiner anderen Tierart. **SPIEGEL:** Klingt nicht ungefährlich.

Hildebrandt: Es hört sich schlimmer an, als es ist. Wir haben das bereits mehr als 50-mal gemacht bei Kühen des Südlichen Breitmaulnashorns. Eine Patientin haben wir schon fünfmal behandelt. Wir haben keinerlei Schäden verursacht.

SPIEGEL: Wie geht es weiter?

Hildebrandt: Kenia stellt uns fünf geprüfte Leihmütter des Südlichen Breitmaulnashorns für den Embryonentransfer zur Verfügung. Außerdem werden wir einen sterilisierten Lockbull einsetzen. Er hat die Aufgabe, eine Kuh auszuwählen, die gut in der Brunst steht. Er wird sie decken, aber eben nicht befruchten. Sein Ejakulat enthält Substanzen, die eine Trächtigkeit vorbereiten.

SPIEGEL: Und dann fliegen Sie erneut nach Kenia und setzen einen durch künstliche

Befruchtung entstandenen Embryo ein.

Hildebrandt: Genau. Der Transfer geht wieder über den Darm. Der Gebärmutterhals eines Nashorns ist einfach zu lang und gewunden, mit einem Katheter hätte man da keine Chance.

SPIEGEL: Glauben Sie wirklich, Sie können das Aussterben des Nördlichen Breitmaulnashorns auf diese Weise verhindern?

Hildebrandt: Ja. Unser Ziel sind 15 bis 20 Tiere, die sich untereinander fortpflanzen. Kenia hatte einmal nur fünf Exemplare des Südlichen

Breitmaulnashorns, heute liegt der Bestand bei über 700.

Die gefürchtete Inzuchtdepression ist nicht eingetreten.

SPIEGEL: Warum sind diese Nashörner so wichtig?

Hildebrandt: Sie leisten wichtige ökologische Dienste. Ihr Kot verbreitet beispielsweise Pflanzensamen und dient Hunderten Insektenarten als Lebensgrundlage. Ein Nashorn baut Straßen durch den Dschungel, auf denen Antilopen vor Löwen fliehen. Es wirbelt Insekten auf, die dann von Vögeln auf seinem Rücken gefressen werden. Wir glauben, dass der Aufwand unbedingt lohnt. ME



Nashornkuh in Narkose zur Eizellentnahme

Rio / O'Pejeta Conservancy / BioRescue

A close-up portrait of Anthony Fauci, an older man with grey hair, wearing a dark pinstriped suit jacket, a blue shirt, and a dark tie with small white polka dots. He is looking directly at the camera with a serious expression. The background is dark and out of focus.

»Die bedrohen mich, ganz handfest, mein Leben, meine Familie, das ist völlig verrückt«

SPIEGEL-Gespräch Donald Trumps Pandemieberater Anthony Fauci über die Wut seiner Gegner, sein Verhältnis zum Präsidenten, die Fehler bei der Seuchenbekämpfung und den Ausweg aus der Coronakrise

SPIEGEL: Herr Fauci, Sie haben über sich selbst gesagt, dass Sie »den Ruf haben, immer die Wahrheit zu sagen und die Dinge nicht zu beschönigen«. Können wir darauf hoffen, dass wir heute von Ihnen bisher unausgesprochene Wahrheiten erfahren?

Fauci: Aber natürlich! Ich werde Ihnen immer die Wahrheit sagen. Stellen Sie einfach Fragen, und ich werde Ihnen die Wahrheit sagen. Zumindest das, was für mich die Wahrheit ist (*lacht*).

SPIEGEL: Okay, versuchen wir es. Sie haben der Trump-Administration 2017 geraten, die Pandemievorkehrungen zu verstärken. Haben Sie eine globale Seuche wie Corona damals schon kommen sehen, ein Szenario mit Lockdowns weltweit, überfüllten Krankenhäusern und gesellschaftlicher Zerrüttung?

Fauci: Ich habe vor einer Pandemie einfach deshalb gewarnt, weil es in der Vergangenheit schon so viele Ausbrüche von neuen Infektionskrankheiten gegeben hat. Während meiner Amtszeit als Direktor dieses Instituts, also in den vergangenen 36 Jahren, habe ich HIV erlebt, ich habe eine Grippepandemie erlebt, Ebola, Zika. Es war völlig klar, dass es immer wieder neue gefährliche Infektionskrankheiten geben würde.

SPIEGEL: Wie sah damals Ihr schlimmster Albtraum aus?

Fauci: Schon vor 30 Jahren war meine große Befürchtung, dass ein neuartiger Erreger von einem tierischen Wirt auf einen Menschen überspringen könnte, der a) über die Atemwege übertragen wird, sich b) äußerst effizient von Mensch zu Mensch verbreitet und c) zu einem hohen Grad an Sterblichkeit führt, zumindest in einigen Bevölkerungsgruppen. Und genau dieser perfekte Sturm hat uns nun plötzlich eine Pandemie von historischen Ausmaßen beschert. Das, was gerade passiert, ist das Schlimmste, was wir in den vergangenen 102 Jahren seit der Spanischen Grippe von 1918 erlebt haben.

SPIEGEL: Sie als Aidsforscher halten das Coronavirus für schlimmer als HIV?

Fauci: Aids ist etwas ganz anderes. Die Coronavirus-Pandemie ist einmalig, weil sie regelrecht über uns hereingebrochen ist, weil wir uns durch sie verwundbar fühlen. In sieben oder acht Monaten hat das Coronavirus die Welt lahmgelegt. Es hat Volkswirtschaften zerstört!

SPIEGEL: Mit 5,5 Millionen Fällen und mehr als 170 000 Toten sind die Vereinigten Staaten das am schwersten betroffene Land der Welt. Was sind in Ihren Augen die entscheidenden Gründe, warum die Dinge in Ihrem Land so schiefgelaufen sind?

Fauci: Mein Land ist sehr groß und sehr vielfältig. Das ist eine unserer Stärken – aber jetzt stellt sich heraus, dass es auch eine unserer Schwächen ist. Es gab bei uns mehrere Infektionswellen, und anders als Deutschland oder Italien ist es uns nicht gelungen, die Zahl der Infektionen richtig weit herunterzudrücken. Es blieb bei etwa 20 000 Fällen pro Tag. Dann haben wir Richtlinien festgelegt für eine behutsame Wiederöffnung der Wirtschaft. Einige Bundesstaaten haben sich daran gehalten, bei ihnen lief es gut. Aber andere Staaten haben sich einfach über diese Richtlinien hinweggesetzt, und in wieder anderen Staaten machten die Bürger,

Fauci, 79, ist bereits seit 1984 Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases in Bethesda, Maryland. Mit einem derzeitigen Jahresbudget von fast sechs Milliarden Dollar ist sein Institut ein Gigant der Aids-, Tuberkulose-, Malaria- und Autoimmunforschung. Der Arzt und Immunologe, der als Apothekersohn in Brooklyn aufgewachsen ist, studierte an der renommierten Cornell University Medizin und verschaffte sich einen Namen als Wissenschaftler mit Forschungen zur Wechselwirkung zwischen Aidsviren und Immunsystem. Seit Ronald Reagan hat der begeisterte Jogger im Pandemiefall jeden amtierenden US-Präsidenten beraten. Mehrfach lehnte Fauci das Angebot ab, Chef der National Institutes of Health zu werden, weil er sich lieber der Bekämpfung von Aids widmete.

was sie wollten. Obwohl es in einigen Teilen der USA gut lief, stiegen die Fälle deshalb insgesamt auf 40 000, 50 000, 60 000 und schließlich sogar 70 000 pro Tag an.

SPIEGEL: Zudem gab es Probleme mit der Einführung des Coronavirus-Tests, sodass sich das Virus anfangs unbemerkt verbreiten konnte.

Fauci: Ja, wir hatten keinen guten Start. Ein weiterer wichtiger Grund dafür, dass es jetzt so schlecht läuft, ist aber auch, dass ganz einfache Maßnahmen des Gesundheitsschutzes in unserer gespaltenen Gesellschaft plötzlich zu einer politischen Frage wurden.

SPIEGEL: Wie das Tragen eines Mundschutzes.

Fauci: Genau. Wenn man einen Mundschutz trug, war das plötzlich eine politische Aussage. Wenn man keine Maske trug, ebenfalls. Aber das stimmt einfach

nicht! Masken dienen dem öffentlichen Gesundheitsschutz, sonst nichts.

SPIEGEL: Dieses Problem kennen wir auch aus Deutschland.

Fauci: Ich weiß. Leider macht es die erfolgreiche Bekämpfung des Virus sehr schwer.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich nicht völlig hilflos angesichts der Situation in den USA? Deprimiert und demoralisiert Sie das alles nicht?

Fauci: Ich fühle mich nie hilflos. Hilflos bedeutet, dass man nichts tun kann. Und es gibt eine Menge, was wir tun können. Es liegt an uns, es tatsächlich zu tun. Ich werde nicht depressiv. Ich bin Wissenschaftler und Leiter eines nationalen Forschungszentrums. Da reagiere ich auf eine Pandemie nicht emotional, sondern mit Gesundheitsschutzmaßnahmen. Ich lasse mich auch niemals demoralisieren, denn ich bin ein vorsichtiger Optimist und Realist.

SPIEGEL: Ist das der Grund, warum Sie trotz Ihres Alters immer noch weiter arbeiten?

Fauci: (*lacht*) Ich habe nie auch nur daran gedacht zurückzutreten!

SPIEGEL: Viele sehen in einem Impfstoff die einzige und perfekte Ausstiegsstrategie aus dieser Pandemie. Wann wird ein Coronavirus-Impfstoff für die breite Öffentlichkeit verfügbar sein? Wie gut wird er wirken? Und wird er wirklich in der Lage sein, unser Leben wieder zu dem zu machen, was es vorher war?

Fauci: Da stellen Sie drei Fragen, auf die es noch keine Antwort gibt. Lassen Sie mich erklären, wo wir derzeit in der Forschung stehen: Es gibt eine Reihe von Impfstoffen, die sich in der fortgeschrittenen Erprobung befinden, zwei davon in den USA, bald werden es drei sein. Wenn man weiß, wie lange so eine Erprobung in der Regel dauert, dann kann man sich ausrechnen, dass wir Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres wissen werden, ob wir einen Impfstoff haben, der funktioniert.

SPIEGEL: Und wann würde der wirklich zur Verfügung stehen?

Fauci: Da mehrere Unternehmen bereits mit der Herstellung begonnen haben, dürften bis Anfang 2021 Dutzende Millionen Dosen zur Verfügung stehen, bis Ende 2021 sollten es Hunderte Millionen, vielleicht sogar eine Milliarde sein. Das ist nicht genug für alle Menschen auf der Welt – aber genug, um die meisten Menschen zu impfen, die es brauchen.

SPIEGEL: Entscheidend wird allerdings sein, wie gut wirksam ein solcher Impfstoff ist.

Fauci: Ja, aber dazu wissen wir vor Abschluss der großen Studien nichts. Meine Kollegen und ich sind allerdings vorsichtig optimistisch – und ich sage bewusst »vorsichtig optimistisch« und nicht »zuversicht-

Das Gespräch führten die Redakteurinnen Rafaela von Bredow und Veronika Hackenbroch über Zoom.



John Moore / Getty Images

Sanitäter, Covid-19-Patientin in Texas: »Wir hatten keinen guten Start«

lich« –, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Denn die frühen Studien an mehreren der Impfstoffkandidaten deuten darauf hin, dass diese Impfstoffe beim Menschen eine Immunantwort auslösen können – ähnlich der von Menschen, die Covid-19 durchgemacht haben.

SPIEGEL: Sie haben gesagt, dass ein Impfstoff mit 50 bis 60 Prozent Wirksamkeit akzeptabel wäre. Und es besteht auch die Möglichkeit, dass er nicht die Infektion an sich, sondern nur schwere Verläufe der Krankheit verhindern kann. Wenn dies der Fall sein sollte, bedeutet das dann, dass die Pandemie nie wirklich vorbei sein wird?

Fauci: Ich glaube nicht, dass das passieren wird. Wir streben auf jeden Fall mehr als 70 Prozent Wirksamkeit an. Das ist zwar nicht so gut wie ein Masernimpfstoff, der zu 97 bis 98 Prozent wirksam ist. Aber wenn wir einen Coronavirus-Impfstoff mit 70-prozentiger Wirksamkeit mit Hygienemaßnahmen kombinieren, dann glaube ich, dass wir diese Pandemie innerhalb eines Jahres ganz gut in den Griff bekommen können. Ich glaube nicht, dass das Coronavirus unser Leben noch fünf Jahre lang dramatisch verändern wird.

SPIEGEL: Aber mehr als ein Drittel der Bevölkerung der USA will gar nicht geimpft werden.

Fauci: Nun, das ist eine weitere Herausforderung. Wir haben ein Aufklärungsprogramm entwickelt, um zu versuchen, die Menschen von den Vorteilen einer Impfung zu überzeugen.

SPIEGEL: Zu Beginn des Ausbruchs in den USA haben Sie jeden Tag mit Präsident Trump konferiert. Warum wirkte er dennoch so schlecht beraten? Spielte die Pandemie erst herunter, gab dann gefährliche Ratschläge? Ist der Mann ein hoffnungs-

loser Fall, wenn es darum geht, Wissenschaft zu verstehen? Oder ist das Ihre Schuld, weil Sie sich ihm gegenüber nicht klar genug ausgedrückt haben?

Fauci: (*lacht*) Sie bekommen den Preis für die Fangfrage des Jahres!

SPIEGEL: Geben Sie uns dann auch die Antwort des Jahres?

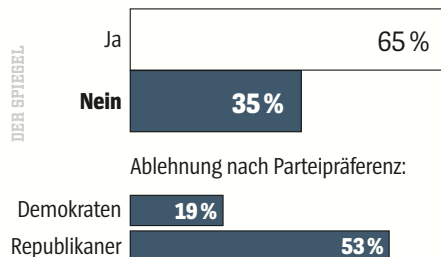
Fauci: Im Ernst, der Präsident ist ein kluger Mensch, er versteht die Dinge. Er hat seine eigenen Vorstellungen davon, drückt sie anders aus, aber er ist ein ziemlich kluger Kerl. Und ich drücke mich ziemlich klar aus, finde ich; oft rede ich ja auch vor großem Publikum in den USA – und jetzt gerade mit einem internationalen Publikum, jedenfalls in Deutschland.

SPIEGEL: Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie hörten, dass Donald Trump empfohlen hat, Desinfektionsmittel zu injizieren?

Fauci: Das ist ein wenig aus dem Zusammenhang gerissen, er hat das nie empfohlen. Wenn Sie sich den Videoclip ansehen, hat er es eher so gesagt: »Was ist eigentlich damit? Wäre das was?«

Amerikas Impfgegner

»Würden Sie sich impfen lassen, wenn jetzt ein kostenloser und von der FDA* zugelassener Impfstoff gegen Covid-19 verfügbar wäre?«



* U.S. Food and Drug Administration; Gallup-Umfrage vom 20. Juli bis 2. August; 7632 Befragte; Unsicherheit rund +/- 2 Prozentpunkte

SPIEGEL: Und da dachten Sie: »Na ja, er hat es ja nicht wirklich empfohlen – also was soll's?«

Fauci: Sagen wir mal so, das war ein sehr interessanter Moment, und wir haben das inzwischen hoffentlich aufgeklärt: Man sollte das nicht tun. Man sollte nicht einmal darüber nachdenken, das zu tun.

SPIEGEL: Aber manche Leute haben tatsächlich Desinfektionsmittel zu sich genommen und starben daran.

Fauci: Genau. Deshalb sind wir am Tag darauf in die Öffentlichkeit gegangen und haben versucht, sehr deutlich zu machen, dass davon abzuraten sei.

SPIEGEL: Trump war anfangs ziemlich beeindruckt von Ihnen. Er lobte Sie als einen, der »zu Recht« ein »großer Fernsehstar« sei. Im April begann er dann, Sie öffentlich zu kritisieren. Er sagte, Sie hätten »viele Fehler gemacht« und seien ein »Panikmacher«. Und hörte auf, mit Ihnen zu reden. Das letzte Mal war Anfang Juni, richtig?

Fauci: Nein, tatsächlich habe ich ihn vorige Woche getroffen.

SPIEGEL: Ach ja? Und mit ihm gesprochen?

Fauci: Ja.

SPIEGEL: Über die Kampagne, die das Weiße Haus gegen Sie losgetreten hat, um Sie in der Öffentlichkeit zu diskreditieren, Sie inkompetent aussehen zu lassen?

Fauci: Ich glaube, da haben sie einen großen Fehler gemacht. Das Weiße Haus ist ein komplizierter Ort, es gibt da viele sehr verschiedene Leute. Ich denke, das war eine dumme Geschichte. Und ich habe das denen auch gesagt. So, wie ich mich nicht scheue, wissenschaftliche Wahrheiten auszusprechen, habe ich auch keine Angst, andere Dinge klar zu benennen.

SPIEGEL: Haben Sie denn auch Trump gesagt, dass Sie seine Zurechtweisungen nicht witzig fanden?

Fauci: Ich habe – nicht direkt ihm gegenüber, sondern im Weißen Haus – deutlich gemacht, dass ich das wirklich unglücklich und unangebracht fand. Und man kann im Weißen Haus eigentlich nichts sagen, was nicht den Präsidenten erreicht.

SPIEGEL: Worüber haben Sie vergangene Woche konkret mit Trump gesprochen?

Fauci: Ich habe ihn über den Impfstoff informiert, den wir an den National Institutes of Health entwickeln; er wollte ein wenig mehr darüber wissen. Er stellte mir die gleichen Fragen, die Sie mir gestellt haben.

SPIEGEL: Hoffen Sie insgeheim auf einen Präsidenten Joe Biden? Michelle Obama sagte auf dem Parteitag der Demokraten, Biden werde »die Wahrheit sagen und auf die Wissenschaft vertrauen«.

Fauci: Einer der Gründe, warum es mir möglich war, sechs Präsidenten der Vereinigten Staaten bis zurück zu Ronald Reagan effektiv und erfolgreich zu beraten, ist, dass ich völlig unpolitisch bin. Ich bin Wis-

senschaftler. Ich bin Mediziner. Ich bin ein Experte des öffentlichen Gesundheitswesens. Ich folge keiner Ideologie, und ganz gewiss sage ich auch nichts, was in eine solche Richtung ginge. Und ich mische mich nie und nimmer in die Politik ein. Sobald Sie das tun, können Sie Ihre Glaubwürdigkeit als Wissenschaftler und als Leiter eines nationalen Forschungszentrums vergessen! Und so konnte ich im Umgang mit allen sechs Präsidenten, denen ich gedient habe, stets neutral bleiben. **SPIEGEL:** Es kursiert eine Verschwörungstheorie über Sie, die behauptet, Sie hätten das Coronavirus erschaffen, und dass ein Impfstoff Millionen Menschen töten würde. Die Pandemie hat zwar die Forschung massiv vorangebracht, aber sie hat auch das Vertrauen in die Wissenschaft untergraben. Ist da ein irreversibler Schaden entstanden?

Fauci: Ein ernsthafter Schaden. Ich hoffe, er ist nicht irreversibel. Sie haben völlig recht: Neben der politischen Uneinigkeit haben sich einige extreme Denkweisen herauskristallisiert, darunter Verschwörungstheorien, von denen einige völlig abwegig sind. Es gibt eine starke Polarisierung. Wenn ich öffentlich Empfehlungen gebe, wie wir das Land wieder sicher öffnen können, gibt es einige Leute, die so extrem anderer Meinung sind, dass sie mir drohen! Allen Ernstes, die bedrohen mich, ganz handfest, mein Leben, meine Kinder, meine Familie, meine Frau, das ist völlig verrückt. Seuchenschutz ist ein Thema, bei dem alle an einem Strang ziehen müssten, um diese Geißel der Menschheit aus der Welt zu schaffen, aber es gibt Menschen, die so vehement dagegen sind, dass sie tatsächlich zu Drohungen greifen. Das ist einigermassen unvorstellbar. Aber es geschieht.

SPIEGEL: Haben Sie eine Ahnung, welche Seuche uns als Nächstes heimsuchen wird? Wir würden uns dann in zehn Jahren wieder mit Ihnen verabreden und schauen, ob Sie mit Ihrer Prognose recht behalten haben.

Fauci: Das Einzige, was sich an Pandemien voraussagen lässt, ist, dass sie kommen werden. Das Einzige, was sich nicht vorhersagen lässt, ist, welche Seuche zum Teufel es sein wird. Ehrlich, ich habe nicht die geringste Ahnung. Ich hoffe, es ist nicht wieder so etwas, wie wir es gerade durchmachen – ich habe Ihnen ja schon gesagt, warum das mein schlimmster Albtraum ist. Wenn also die nächste Pandemie über uns hereinbricht – und die Geschichte sagt uns, dass es dazu kommen wird –, hoffe ich, dass sie relativ unbedeutend ist und leicht eingegrenzt werden kann. Aber was auch immer es sein wird, es kommt nicht erst in zehn Jahren. Vielleicht sehen wir uns also früher wieder.

SPIEGEL: Herr Fauci, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Flexibel bleiben. Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten.

Frei Haus.

Der SPIEGEL jede Woche direkt nach Hause

Rund 4% sparen.

Für nur €5,30 pro Ausgabe statt €5,50 im Einzelkauf

Ohne Risiko.

Jederzeit kündbar, Urlaubsservice möglich

Vergünstigte Tickets.

Für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen auf www.spiegel-live.de

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/flexibel

oder telefonisch unter 040 3007-2700

(Bitte Aktionsnummer angeben: SP-FLEX)

Keine
Mindest-
laufzeit



Aus dem Hinterhalt

Gesundheit Zytomegalie ist die häufigste angeborene Infektionskrankheit – und trotzdem kaum bekannt. Mediziner und Betroffene warnen vor der Gefahr.

Der Anruf kam in der siebten Schwangerschaftswoche. »Ich wusste sofort, dass es keine guten Nachrichten waren«, sagt Julia Burkhard. Warum sonst wollte ihre Frauenärztin mit ihr sprechen?

»Es gibt da eine Auffälligkeit in Ihrem Blut«, habe die Medizinerin gesagt. Vermutlich handle es sich um eine akute Zytomegalievirusinfektion. Für Burkhard sei das nicht weiter schlimm, so die Ärztin. Ihr Ungelobenes aber könne schwere Behinderungen davontragen.

Die Wucht der Worte »schwere Behinderung« traf Burkhard unvermittelt. Zunächst schien die Gefahr noch unwirklich zu sein. »Ich google besser nicht, was das für ein Virus ist«, habe sie mit ihrem Kollegen gescherzt. Natürlich tat sie es dann doch. Und verstand den Rat ihrer Ärztin, schnell Hilfe bei Spezialisten zu suchen.

Das Zytomegalievirus (CMV) ist weitverbreitet. Zwischen 50 und 70 Prozent der Erwachsenen in Deutschland tragen Antikörper in sich, weil sie im Laufe des Lebens irgendwann eine Infektion durchgemacht haben. CMV findet sich in Körperflüssigkeiten und kann beispielsweise über Schleimhautkontakte übertragen werden.

Wer sich mit dem Virus ansteckt, fühlt sich müde, hustet, meint vielleicht, eine leichte Grippe durchzumachen. Bei Gesunden verlaufen die meisten Infektionen ohne Symptome. In der Harmlosigkeit liegt die Heimtücke des Virus. Infiziert sich eine Schwangere erstmalig, kann das für den Fötus Folgen haben: Es kann bei jedem zweiten zu schweren dauerhaften Schäden, insbesondere Schwerhörigkeit, führen.

Laut dem Berufsverband der Frauenärzte infiziert sich von 100 bis 200 Frauen, die noch nie mit Zytomegalieviren in Kontakt gekommen sind, eine während der Schwangerschaft. Wenn wie in Burkhard's Fall die Infektion in der Frühphase auftritt, liegt die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung des Babys bei 20 Prozent.

Ob infizierte Neugeborene behindert oder gesund sein werden, können Frauen-

ärzte in den ersten Monaten der Schwangerschaft kaum erkennen. Bislang gibt es keine bundesweiten Präventionskampagnen. Julia Burkhard ärgert das. Sie hat diese Arbeit nun ehrenamtlich selbst in die Hand genommen und gemeinsam mit Betroffenen und beratenden Ärzten die Initiative »Stark gegen CMV« gegründet. Auf einer Website bündelt sie Informationen und aktuelle Studien, da man im Internet bisher »vor allem veraltetes Halbwissen« finde. »Wir wollen aufklären statt Angst schüren«, sagt sie.

»Smallstepsgetbigger« heißt ihr Profil auf Instagram. »Cytomegabittewas?«, schreibt sie dort, sei die häufigste Reaktion ihrer Freundinnen gewesen, als sie von ihrer Infektion erzählte. US-Umfragen zeigen, dass neun von zehn Schwangeren noch nie von dem Virus gehört haben. In Deutschland, so schätzen Ärzte, wissen zwei Drittel aller Frauen nichts über mögliche Gefahren einer Infektion.

Dabei übertrifft in Deutschland die Zytomegalie-Infektionsrate sogar die Häufigkeit des Downsyndroms, das »jedoch medial weitaus häufiger thematisiert wird«, wie sich das »Deutsche Ärzteblatt« wundert. Die teilweise gravierenden Folgen einer angeborenen CMV-Infektion stünden »in direktem Gegensatz zur Aufmerksamkeit«, die der Krankheit zuteilwerde.

Gynäkologen wie der Zytomegalievirus-spezialist Karl Oliver Kagan vom Universitätsklinikum Tübingen fordern ein bundesweites Screening in der Frühschwangerschaft und mehr Anstrengung in der Schwangerenberatung. Es sei »erschreckend, wie wenig bekannt das Virus ist«. Auch der Berufsverband der Frauenärzte sieht das so.

CMV ist ein tückisches Virus – weil die Folgen einer Infektion kaum vorhersagbar sind. Alles kann passieren: Das Kind stirbt, im schlimmsten Fall, im Mutterleib. Oder kommt kerngesund zur Welt. Was wird geschehen? Was also tun? Die Diagnose kann Betroffene schwer verunsichern, zumal es noch keine zugelassene Therapie gibt. Immerhin lässt sich das Risiko einer

Infektion senken, um bis zu 85 Prozent – mit Hygienemaßnahmen.

Sabrina Vogt mag Desinfektionsmittel. Sie stehen überall in ihrer Wohnung, in jedem Raum, auch schon zu Zeiten vor der Corona-Pandemie. Die Frau aus der Nähe von Hannover hat zwei Söhne. Karl ist vier Jahre alt, wurde gesund geboren, sein jüngerer Bruder Henri kam mit CMV zur Welt. »Frauenärzte müssten viel mehr aufklären«, sagt Vogt. Sie fühlte sich mit der Diagnose in der Schwangerschaft »ziemlich alleingelassen«. An manchen Tagen sei sie vor Verzweiflung weinend durch den Supermarkt geirrt. Nach einer Selbsthilfegruppe habe sie vergebens gesucht. Also machte sie die Erkrankung ihres Sohnes öffentlich. Sie betreibt auf Instagram den Account »sabrina_und_die_zwerge«.

Dass der Ausnahmezustand für sie Alltag ist, erkennt man in Sabrina Vogts Wohnung erst auf den zweiten Blick. Am Külschrank hängt neben Kinderbildern der Leitfaden »Erste Hilfe bei einem epileptischen Anfall«. Im Kinderzimmer behauptet eine gerahmte Postkarte »All you need is love«. Dabei braucht Henri so viel mehr. Zum Beispiel Fußschiene, Medikamente, Therapiestunden und einen Sturzhelm. Henri bekommt regelmäßig epileptische Anfälle.

Obwohl Henri drei Jahre alt ist, kann er erst seit Kurzem laufen. Auch das Sprechen fällt ihm schwer. Da er auf dem linken Ohr taub ist, wurde ihm im Dezember ein Implantat ins Innenohr eingesetzt. Jedes zweite Kind, das unter Schwerhörigkeit leidet, so vermuten Ärzte, hat sich im Mutterleib mit CMV infiziert.

Sabrina Vogt erfuhr in der Schwangerschaft zum ersten Mal von dem Virus; wie Julia Burkhard hat sie sich vermutlich bei ihrem älteren Sohn angesteckt. Da Vogt alleinerziehend ist und Henri Tag und Nacht betreuen muss, kann sie nicht arbeiten. Sie lebt von staatlicher Unterstützung. Derzeit prüft die Verwaltung der Region Hannover, wer für Henris Erkrankung verantwortlich ist. Hätte die Krankenkasse beispielsweise teure Antikörperinfusionen in der Schwangerschaft bewilligt, wäre das Virus vielleicht nicht auf Henri übergesprungen. Dann müsste die öffentliche Hand jetzt nicht für die Hausfrühförderung und den Platz im heilpädagogischen Kindergarten aufkommen.

Julia Burkhard hingegen ist privat versichert. Nur wenige Tage nach dem Anruf ihrer Frauenärztin bekam sie im Perinatalzentrum Tübingen ihre erste Antikörperinfusion. Es ist eine sogenannte Off-label-Behandlung, also eine bislang für diese Anwendung nicht zugelassene Therapie. Der Leiter eines der deutschlandweit größten auf CMV spezialisierten Behandlungszentren hat gute Erfahrungen damit gemacht: »In 95 Prozent der Fälle konnten

50 bis 70 %

der Erwachsenen in Deutschland infizieren sich im Laufe ihres Lebens mit dem Zytomegalie-Virus.

Babys, die sich im Mutterleib mit dem Virus anstecken, werden zu

mehr als 50 %

mit schweren dauerhaften Schäden geboren. bei Erstinfektion der Schwangeren



Sendak Dogan

Mutter Vogt, Sohn Henri: »Frauenärzte müssten viel mehr aufklären«

wir die Übertragung des Virus von der Mutter auf ihr Baby im Bauch verhindern«, sagt Karl Oliver Kagan. In Burkhard's Fall nicht.

Die Fruchtwasserpunktion in der 21. Schwangerschaftswoche ergab, dass das Virus ihr Kind erreicht hatte. Es ging weiter mit engmaschigen Ultraschallkontrollen und einer Tablettentherapie. Burkhard nahm morgens einen Magensäureblocker, dann alle zwei Stunden ein Herpesmedikament, von dem die Ärzte hoffen, dass es die Aktivität der Viren hemmt. »Ich fühlte mich schwer krank statt freudig schwanger«, sagt Burkhard.

Auf der anderen Seite seien die Medikamente und Therapieoptionen »ein Strohhalm, an den man sich klammern kann, um doch etwas aktiv gegen das Virus zu tun«. Die Pränataldiagnostik sei Fluch und Segen zugleich. »Hätten wir den Bluttest anfangs nicht gemacht, wüsste ich nichts von der Infektion und hätte eine sorgenfreiere Schwangerschaft gehabt. So war es leider ein ständiger Psychoterror.«

Auch das Thema Abtreibung begleitete sie durch die Schwangerschaft. Da die Auswirkungen einer CMV-Infektion gravierend sein können, ist ein Abbruch bis in die Spätschwangerschaft möglich. Bei den

Abtreibungen an der Frauenklinik in Tübingen seien CMV-Diagnosen eine »relevante Größe«, sagt Mediziner Kagan. Erst in der 30. Schwangerschaftswoche bekam Burkhard Gewissheit darüber, dass ihr Kind keine sichtbaren Organschädigungen hatte. Was umgekehrt nicht bedeutete, dass ihr Baby völlig gesund zur Welt kommen würde.

Sabrina Vogt hat sich in gleicher Lage für die Geburt eines möglicherweise schwerbehinderten Babys entschieden. »Henri ist nicht trotz, sondern wegen seiner Krankheit ein so liebenswertes Kind«, sagt sie. Vogt berichtet aber auch von Phasen voller Selbstaufgabe und Traurigkeit, weil ihre Kinder ihre ganze Liebe aufbrauchten. Da Henri nachts häufig stundenlang wach sei, leide sie unter chronischem Schlafmangel. Er lasse »jede kleine Belastung im Alltag zum Kraftakt werden«. Trotzdem versucht sie, ein Facebook-Forum für Familien mit Kindern, bei den CMV diagnostiziert ist, zu betreuen.

Den Zytomegalievirustest hatte ihre Kasse nicht übernommen. Sie musste rund 40 Euro selbst zahlen. Bis der Bluttest zur Kassenleistung erklärt werde, brauche es noch Zeit, sagt Michael Wojcinski, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft »Impfen in der Gynäkologie« des Berufsverbands der Frauenärzte. Er ist einer der Autoren, die derzeit die Leitlinie der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften zum Umgang mit Zytomegalie in der Schwangerschaft überarbeiten.

»Bis vor Kurzem galt die Ansicht, dass man bei einer in der Schwangerschaft erfolgten Infektion ohnehin nichts mehr für das Kind tun könne«, sagt Wojcinski. Studien aber zeigten, wie erfolgreich Infektionen durch strikte Hygiene verhindert werden können. Zudem gebe es Erfolge mit Medikamenten, wie sie Burkhard bekommen hat. Da diese Therapien aber »jüngsten Datums« seien, so Wojcinski, hätten sie »noch keinen Eingang in das medizinische Allgemeinwissen gefunden«.

Julia Burkhard's Blick auf Familien mit beeinträchtigten Kindern hat sich in ihrer Schwangerschaft stark verändert. »Die Berührung Angst ist weg«, sagt sie. Den Begriff »normal« stelle sie mittlerweile infrage. »Was bitte ist ein normales Kind?« Sie habe oft gehört: »Bleib positiv. Das überträgt sich aufs Kind.« Nie habe sie sich vorstellen können, wie schwer das falle.

Im Februar kam ihre Tochter zur Welt. Fünf Tage und viele Untersuchungen, Hör- und Sehtests später setzte sich ein Arzt an ihre Bettkante. Das Mädchen trage das CMV in sich, sagte er, sei aber bislang »asymptomatisch«. Burkhard musste erst lachen, dann weinen. Vor Glück.

Anna Clauß



Papst Franziskus in Brennstoffzellenmobil bei Japanbesuch 2019: Abgasfreier Gottesdienst

Der Anti-Tesla

Verkehrswende Fast alle führenden Fahrzeughersteller haben sich den Batterieautos verschrieben. Doch mit Toyota setzt ausgerechnet der Pionier der Elektromobilität auf den alternativen Wasserstoffantrieb. Die Japaner haben gute Gründe für ihren Alleingang.

Den Stellvertreter Christi mit einem Fahrzeug heimischer Produktion zu empfangen war Ehrensache für eine der bedeutendsten Nationen der Welt. Als Papst Franziskus Ende vorigen Jahres Japan besuchte, fuhr er in einem Toyota zum Gottesdienst in Tokio. Es war ein ganz besonderer Wagen. Voranbewegt wurde der Heilige Vater von dem leichtesten Element in Gottes Universum: Wasserstoff.

Gleich zwei Exemplare seines Brennstoffzellenautos Mirai hatte der Konzern in Papamobile umgebaut. Franziskus kam so in den Genuss einer abgasfreien Antriebstechnik – aber einer, der man noch selten begegnet auf der Straße.

Knapp 12 000 Brennstoffzellenautos hat Toyota seit der Einführung des Mirai im Jahr 2014 hergestellt; die meisten wurden in die USA geliefert, kaum 400 nach Deutschland. Ein Durchbruch sieht anders aus. Das Batterieauto dagegen ist bei all

seinen Startschwierigkeiten fast schon ein Massenprodukt. Allein Weltmarktführer Tesla lieferte im zweiten Quartal fast 100 000 Exemplare aus – trotz der Corona-Krise.

Hat Toyota mit seinem Antrieb der Zukunft also aufs falsche Pferd gesetzt?

Die Frage stellt sich ausgerechnet bei jenem Autohersteller, der einst die Tür zur Elektromobilität aufgestoßen hat. Mit seinen Hybridmodellen, in denen Elektro- und Benzinmotor zusammenwirken, erzielte Toyota sensationelle Sparerfolge und wurde zum Vorbild der Branche. Der nächste Schritt, den Benzinmotor ganz abzuschaffen und nur mit Batteriestrom zu fahren, erschien da nur logisch. Doch den ging ein anderer.

Deutschlands Autokonzerne eifern Tesla nach, der kalifornischen Wunderfirma mit dem simplen Rezept: Großer Akku und starker Ladestrom – fertig ist das alltagstaugliche E-Mobil.

Umständlich erscheint dagegen der Brennstoffzellenantrieb, vor allem wenn er klimaneutral funktionieren soll. Erst muss mit Ökostrom Wasserstoff aus Wasser gewonnen, dieser dann zur Tankstelle gebracht und dort auf 700 Bar komprimiert werden, um überhaupt brauchbare Reichweiten zu erzielen.

Wenn die Brennstoffzelle am Ende dieser Prozesskette den Wasserstoff in Strom zurückverwandelt und dieser das Auto antreibt, bleibt nur ein Drittel der anfangs eingesetzten Energie für den Vortrieb übrig. Das Batterieauto nutzt dagegen etwa drei Viertel der Energie aus der Stromleitung.

Tesla-Chef Elon Musk nannte das Brennstoffzellenkonzept denn auch »lächerlich«, und kürzlich entstand der Eindruck, dass die Japaner eine Kurskorrektur vornähmen: Toyota kündigte an, Mitte dieses Jahrzehnts ebenfalls Batterieautos in größerer Stückzahl auf den Markt zu

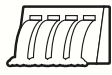
Wasser aus dem Auspuff Herstellung und Einsatz von »grünem« Wasserstoff



Windenergie

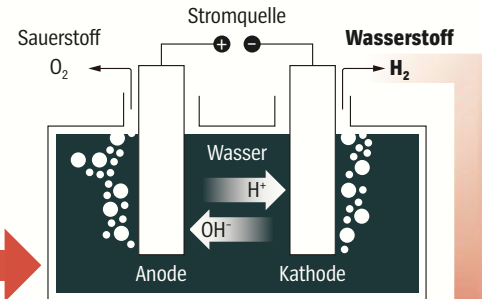


Fotovoltaik



Wasserkraft

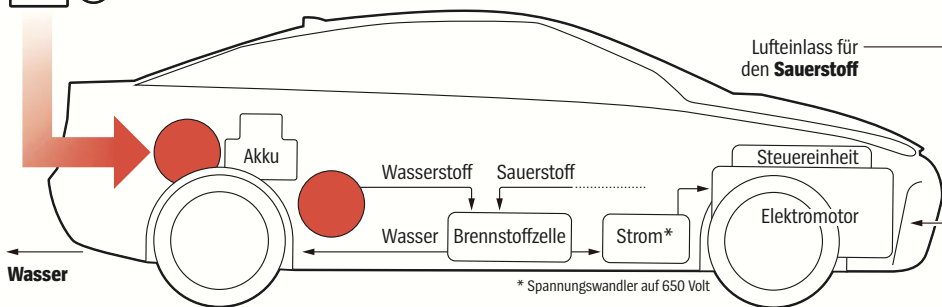
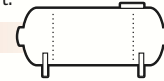
- 1** Strom aus klimafreundlicher Produktion wird eingesetzt, um mithilfe der **Elektrolyse** Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff zu zerlegen.



- 3** Dort tankt ein E-Auto mit Brennstoffzelle in **rund drei Minuten** Energie für 500 Kilometer Fahrt bei 700 Bar in die Hochdrucktanks.



- 2** Der Wasserstoff wird **gasförmig** oder **flüssig** in besonders gesicherten Tankwagen oder Pipelines zu den Wasserstofftankstellen transportiert.



- 4** In der Brennstoffzelle reagiert der Wasserstoff mit Luftsauerstoff zu Wasser. Bei der elektrochemischen Umsetzung entstehen **Strom** und Wärme.
- 5** Die Brennstoffzelle liefert unmittelbar Strom an den **Elektromotor**, der das Auto antreibt. Zusätzlich nimmt ein Akku beim Bremsen Energie auf und unterstützt die Brennstoffzelle beim starken Beschleunigen.

DER SPIEGEL

bringen. War die Brennstoffzelle also doch eine Illusion?

Antworten auf solche Fragen gibt Yoshikazu Tanaka, Chefingenieur für alternative Antriebe in der Toyota Motor Corporation, bei einem Ortstermin in der Firmenzentrale. Beide Technologien, erklärt er, hätten ihre Berechtigung: der Batterieantrieb für kleine Autos und Kurzstrecken – die Brennstoffzelle für reistaugliche Autos, Busse, Lastwagen und auch Schiffe.

Bei unserem Besuch in der Nähe von Nagoya zeichnet Tanaka ein Koordinatensystem auf einen Zettel und zwei Graphen, die das Verhältnis von Reichweite, Fahrzeugmasse und Preis darstellen. Die Botschaft ist klar: Kleine Stadtautos lassen sich günstiger mit Batterieantrieb herstellen, doch mit zunehmender Reichweite wird das E-Mobil zu teuer und zu schwer. Fortschritte der Batterietechnik könnten die Bilanz noch ein wenig zugunsten des Batterieautos verschieben, schätzt Tanaka, aber niemals so sehr, dass die Brennstoffzelle überflüssig würde.

Im Übrigen könnte das Stromnetz ein Millionenheer batterieelektrischer Reisewagen wohl nicht bewältigen. Das dafür nötige Schnellladen mit extremen Stromleistungen funktioniert bestens, solange es das Privileg weniger Wohlhabender ist. Wenn jedoch alle so reisen wollten, müsste die Welt neu verkabelt werden. Und angenommen, das gelänge, bliebe immer

noch ein Problem: Ladezeiten von einer halben Stunde wären technisch eine Höchstleistung, aber immer noch viel zu langsam. In Ferienzeiten entstünden die längsten Staus der Verkehrsgeschichte.

All das erläutert Tanaka mit ruhigen Worten und nennt die Konsequenz: Toyota werde zwar demnächst einen Konkurrenten des Elektro-Smart auf den Markt bringen, aber vorerst keine Stromlimousinen oder Batterie-SUV nach Tesla-Rezept.

Japans größter Autokonzern, trotz Corona immer noch das erfolgreichste Unternehmen der Branche (letzter Jahresgewinn: umgerechnet 20 Milliarden Euro), ist vorsichtig und konservativ – das Gegenteil von Tesla. Der kalifornische E-Pionier ist auf Wagnis programmiert und hat zeitweise horrende Verluste eingefahren. Er gleicht einem Schnellboot, das über die Wellenkämme tanzt und ebenso rasch in Seenot geraten kann.

Toyota hingegen ist ein träges Frachtschiff, das früh das Ruder in eine Richtung stellt und dann beharrlich dort hinfährt. So geschah es mit dem Hybridauto. Die

Deutschland droht den Anschluss zu verlieren – bei einer hier mitentwickelten Technologie.

Branche wunderte (und amüsierte) sich, als der Antriebszwitter 1997 auf den Markt kam. Doch Toyota hielt Kurs und baut heute derart sparsame Autos, dass die Flotte die europäischen Verbrauchsvorschriften auf absehbare Zeit einhalten dürfte, ohne ein einziges Batterieauto zulassen zu müssen. Ganz anders die deutschen Hersteller. Sie brauchen jetzt das Batterie-mobil, sonst drohen ihnen Strafzahlungen in Milliardenhöhe.

Auch was die Fahrt in Richtung Brennstoffzellenantrieb betrifft, wird das Ruder nicht mehr umgelegt. In der Nähe der Motomachi-Fabrik wurden bereits neue Produktionsanlagen für den Toyota Mirai errichtet. Die zweite Generation der Baureihe soll dort in der zehnfachen Stückzahl hergestellt werden: 30 000 statt bisher 3000 Autos pro Jahr. Das ist noch immer eine winzige Zahl für einen Konzern, der selbst im Jahr der Pandemie sieben Millionen Autos fertigen will, aber die Richtung steht fest.

Toyota stellt inzwischen auch anderen Unternehmen Patente der eigenen Technologie zur Verfügung. Denn für einen Fahrzeughersteller allein wird niemand ein Tankstellennetz aufbauen. Honda und Hyundai sind ebenfalls mit Brennstoffzellenautos auf dem Markt, doch es müssen noch mehr werden. Daimler hat 1994 als Erster die Technologie für den Einsatz im Pkw vorgestellt und schon über eine Milliarde Euro in Forschung investiert,

zögert aber und setzt derzeit fast nur aufs Batterieauto – wie die anderen deutschen Hersteller.

Zumindest die Politik hat neuerdings eine Kurskorrektur eingeleitet. Mitte Juni beschloss das Bundeskabinett eine »nationale Wasserstoffstrategie«. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) kündigte an, eine eigene Brennstoffzellenproduktion zu fördern: »Das bietet eine Zukunftsperspektive für die deutsche Fahrzeugindustrie.«

Doch die Wende kommt reichlich spät. »Deutschland droht bei der Brennstoffzelle den Anschluss zu verlieren«, warnt das Automobilberatungsunternehmen Berylls in einer aktuellen Analyse. Und das »bei einer zu großen Teilen in Deutschland mitentwickelten Technologie«.

In Japan ist die Politik viel weiter. Schon kurz nach der Präsentation des Toyota Mirai 2014 bekannte sich Premierminister Shinzo Abe zu dieser Technologie und machte den Aufbau einer Wasserstoffgesellschaft zum Regierungsauftrag. Inzwischen gibt es im Inselreich mehr als 130 Tankstellen, zum Jahresende sollen es 160 sein – in Deutschland sind es bislang nur 92.

Das Industrieministerium Meti hat bereits einen klaren Fahrplan vorgelegt: Bis 2030 sollen 800 000 Brennstoffzellenautos und 1200 Busse mit dieser Technologie auf Japans Straßen fahren. 900 Tankstellen sollen bis dahin stehen und den Wasserstoff auch wesentlich günstiger liefern. Derzeit kostet ein Kilogramm, mit dem ein Brennstoffzellenauto gut 100 Kilometer weit fahren kann, im Landesdurchschnitt umgerechnet noch knapp 10 Euro. In zehn Jahren, so das Meti-Ziel, soll der Preis auf unter 3 Euro gesunken sein.

Und grün muss er endlich werden, der Wunderkraftstoff. Bislang wird nahezu sämtlicher auf der Welt verbrauchter Wasserstoff mit Strom aus fossilen Quellen hergestellt – vorwiegend aus Erdgas und Kohle. Wenn das so bliebe, wäre eine Wasserstoffwirtschaft mit all ihren Prozessverlusten sogar schädlicher für das Klima als die direkte Nutzung der klassischen Rohstoffe.

So fördert die japanische Regierung Demonstrationsanlagen, die Wasserstoff mithilfe von Ökostrom produzieren. Im Industriehafen von Yokohama rotiert das Windrad »Hama Wing«. Es stellt für eine Elektrolyseanlage zwei Megawatt bereit. Die Wasserstoffenergie reicht für den Betrieb von zwölf Gabelstaplern in nahe gelegenen Gewerbegebieten und lässt ahnen, wie mühselig der Weg in eine grüne Massendemobilität sein wird.

Als symbolisches Leuchtturmprojekt nennt das Industrieministerium das Fotovoltaikkraftwerk FH2R, ein Solarzellenfeld auf 180 000 Quadratmetern neben

den 2011 havarierten Atomreaktoren von Fukushima. Es ist in diesem Frühjahr im Beisein von Premierminister Abe in Betrieb gegangen. Die Geste ist vortrefflich, doch der Anteil alternativer Energie bleibt überschaubar. Japan ist viel zu dicht besiedelt und zu hoch industrialisiert, um seinen Energiehunger auf absehbare Zeit mit Ökostrom aus heimischer Herstellung zu decken.

»Solche Illusionen wollen wir auch nicht nähren«, sagt Ari Ugayama, Wasserstofffachmann im Meti. Weit mehr ließe sich mit Atomkraft machen. Doch hier winkt Ugayama noch einmal ab: Seit der Fukushima-Katastrophe fehle die Akzeptanz in der Bevölkerung. Es gebe keine Pläne dieser Art. Der »graue Wasserstoff«, aus Erdgas und Kohle hergestellt, müsse den Weg ebnen in die klimaneutrale Zukunft. »Wir können die fossilen Energiequellen nicht sofort eliminieren«, sagt Ugayama.

Diese Übergangsphase sollte allerdings möglichst kurz sein. Denn mit fossilen Ressourcen ausgerechnet etwas so Ineffizientes wie eine Wasserstoffwirtschaft zu füttern, ist thermodynamischer Unfug. Ebenso gut könnte man die alte Dampflok wieder aus dem Schuppen holen.

Das weiß auch Toyota.

Der Mann im Konzern, der sich mit den Problemen befasste, die weit über das Auto hinausgingen, ist Atomphysiker. Katsuhiko Hirose zählte zu den führenden Köpfen im Entwicklungsteam, das einst Toyotas Hybridantrieb ersann. Heute lehrt er an einer Universität und ist Toyota noch

als Berater verbunden. Für jemanden, der auch die Quantenmechanik durchdringt, spricht Hirose in sehr einfachen, klaren Bildern. »Die Welt«, sagt er bei unserem Besuch in Japan, »hat erneuerbare Energie im Überfluss, so wie mancher Landwirt Milch im Überfluss hat. Die Stromerzeuger müssen nur lernen, aus der Milch Käse zu machen« – also aus dem Ökostrom haltbaren Wasserstoff.

Doch wo sollen sie stehen, die großen Produktionsanlagen der Energiewirtschaft? Hirose denkt nicht an Japan oder andere dicht besiedelte Industrieländer (allenfalls noch an die windreiche Nordseeküste). In ganz großem Maßstab – und vor allem zu ganz kleinen Preisen – werde sich der Ökostrom dort produzieren und in Wasserstoff verwandeln lassen, wo auch die fossile Energie im Überfluss sprudelt: in der Wüste.

Hirose berät die Königsfamilie Saudi-Arabiens. Er sei kein Freund der Monarchie, sagt er. Sie habe jedoch einen Vorteil gegenüber der Demokratie: »Könige planen nicht nur bis zur nächsten Wahl. Sie wollen, dass auch ihre Enkel noch in Reichtum leben.« Und in einer Welt, die auf Klimaschutz setzt, könnte das Ölgeschäft schwinden, noch ehe das schwarze Gold versiegt. Als Exporteur von Wasserstoff hingegen könnte Arabien prosperieren, solange die Sonne scheint.

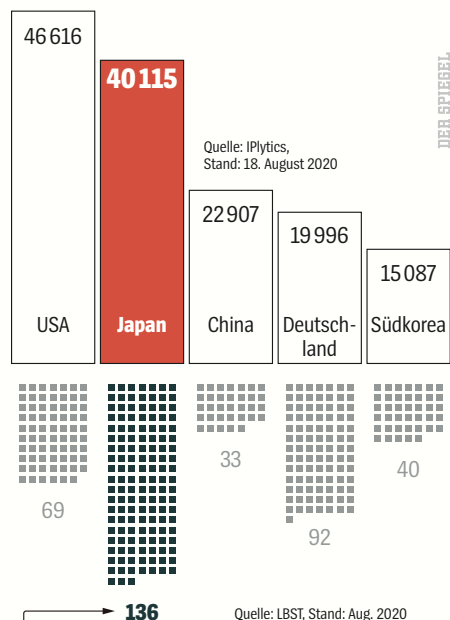
Sorgen macht sich Hirose eher um die westlichen Autokonzerne, weil sie nur noch auf Batterieautos setzen – und damit auf eine Antriebsform, mit der sie nicht nur sich selbst, sondern eine gesamte Volkswirtschaft in die Krise manövrieren könnten. Das Elektroauto ist ein simples Ding. Ganze Zulieferimperien, die etwa Getriebe und Motorenteile fertigen, werden verschwinden, wenn es sich durchsetzt.

Das meiste Geld an solchen Autos werden die Hersteller von Batteriezellen verdienen. Und die marktbestimmenden Unternehmen in diesem Feld sind die chinesischen Zellhersteller CATL und BYD, zusammen mit den südkoreanischen Konzernen LG und Samsung. Japan spielt mit Panasonic und einigen anderen Unternehmen mit, hat aber schon heute einen schweren Stand gegen die Marktmacht der anderen Asiaten. Europa hingegen hat den Anschluss längst verloren. Es gibt hier keine nennenswerte Produktion von Lithiumzellen mehr und praktisch keine Chance, wieder aufzuschließen.

Völlig anders sehe die Situation bei der Brennstoffzellentechnik aus. Konzerne wie Daimler hätten hier sogar einen Vorsprung, nutzten diesen aber nicht. »Ich verstehe das nicht«, sagt Hirose, »was die deutschen Unternehmen machen, ist Selbstmord.« Christian Wüst

Alternative in der Schublade

Angemeldete Patente für Brennstoffzellentechnologien im Verkehrssektor, ausgewählte Länder



Wasserstofftankstellen in Betrieb

Kastrierte Prinzessin

Geschichte Sigmund Freud verordnete der späteren Schwiegermutter der Queen eine grausige Prozedur. Ein Psychologe hat den Fall nun rekonstruiert.

Als die prominente Patientin zur Behandlung im Berliner Kurhaus Schloss Tegel eintraf, war sie in schlechter Verfassung. Prinzessin Alice von Battenberg hatte über Tage nichts gegessen – als Selbstkasteiung. Die Adlige hielt sich für die einzig auserwählte Braut Jesu Christi, kroch auf dem Boden herum und glaubte, dort Botschaften des Heilands zu empfangen.

Weil die damals knapp 45-jährige Mutter von fünf Kindern schließlich aufgrund vermeintlich von ihr begangener Sünden die Nahrungsaufnahme verweigerte, war die Prinzessin von Griechenland und Dänemark nach Ansicht ihrer Angehörigen reif fürs Irrenhaus.

Zwar erwies sich die für Alice ausgewählte Anstalt als ruhiges Refugium in Tegel bei Berlin; doch was die Mutter von Philip Mountbatten und spätere Schwiegermutter der britischen Königin Elizabeth II. im Laufe der Behandlung ertragen musste, würde heute den Straftatbestand der schweren Körperverletzung erfüllen.

Seine Finger im Spiel hatte Sigmund Freud, der Vater der Psychoanalyse versagte in diesem Fall als genialer Neuerer. Vielmehr empfahl er leichtfertig eine drastische Therapie, deren Nutzen in keiner Weise nachgewiesen war.

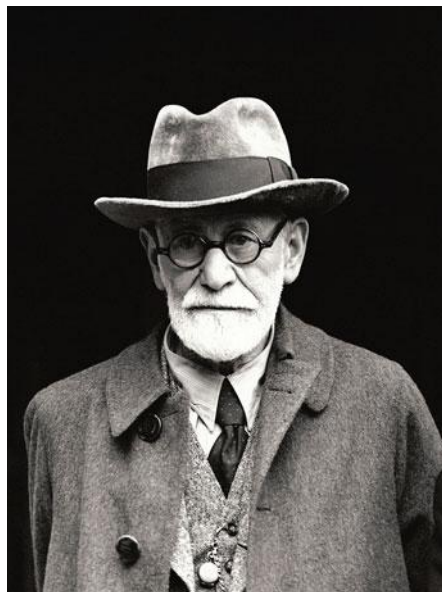
In akribischer Archivarbeit hat der Psychologe Dany Nobus von der Brunel University London die Affäre rekonstruiert. Nobus ist ausgewiesener Freud-Kenner; er war ehemals Direktor des Freud-Museums London – jener Stadt, in die der Wiener Psychoanalytiker nach der Machtergreifung der Nazis in Österreich 1938 emigrieren musste.

Rund acht Jahre zuvor, im Februar 1930, war die irrlichternde Alice ins Sanatorium nach Tegel gekommen. Dessen Leiter, der Psychoanalytiker Ernst Simmel, hatte diese erste psychoanalytische Klinik der Welt vor den Toren Berlins als Eiland für seelisch Zerrüttete konzipiert.

»Allem, was vom Psychischen her Geist und Körper des Menschen mit Krankheit und Zerfall bedroht, soll hier durch eine naturgemäße, zweckentsprechende Therapie begegnet werden«, schwärmte Simmel in einer Broschüre der Klinik.



Vandvik / Alamy Evans / INTERFOTO



Eddie Worch / AP / dpa

Prinzessin Alice 1927, Arzt Freud 1938
Verjüngung mit Röntgenstrahlen?

Hochmotiviert machte sich der Gelehrte bei der adligen Patientin ans Werk. Doch bei Alice stieß Simmels Kunst an ihre Grenzen. Die Prinzessin taugte schon aus einem simplen Grund nicht für eine Psychoanalyse: Sie war hochgradig schwerhörig. Undenkbar also, eine Analyse in klassischer Anordnung auf einer Couch durchzuführen.

Zudem zeigte sich die Hochwohlgeborene wenig offen für die therapeutische Intervention. Entsprechend verbuchte Simmel es bereits als Erfolg, als die Prinzessin ihm zugestand, er, der Klinikleiter, dürfe für sie fortan die Rolle Christi übernehmen. Den scheinbaren Durchbruch berichtete Simmel seinem Kollegen Freud. Doch der Erfinder der tiefen Seelenerforschung blieb reserviert.

Freud hatte schon seit Jahren die Meinung vertreten, dass psychotische Menschen zu jenen hoffnungslosen Fällen zählten, bei denen die Psychoanalyse nicht angewandt werden kann. Der Wiener Professor drängte den zunehmend ratlosen Simmel folglich bei Alice von Battenberg zu radikalen Mitteln: Einzig die Bestrahlung der Eierstöcke der offenbar Verwirrten durch Röntgenstrahlung verspreche Besserung. Genau so geschah es dann.

Biografen waren bisher davon ausgegangen, der nach einer Lösung fahndende Simmel habe die grausige Behandlung angeordnet, um vorzeitig die Menopause der Patientin einzuleiten. Doch das sei ein unwahrscheinliches Szenario, meint Psychologe Nobus, da Freud und seinen Anhängern »die Menopause als Auslöser für Psychosen galt, nicht als deren Heilung«.

Tatsächlich hatte die Prozedur einen anderen Hintergrund. Freud selbst unterzog sich in den Zwanzigerjahren als Mittsechziger einer sogenannten Vasoligatur, einem Vorläufer der Vasektomie. Dabei wird der Samenleiter des Mannes abgebunden, damit der Samen den Körper nicht verlassen kann. Den alternenden Therapeuten trieb nicht die Furcht, spät nochmals ein Kind zu zeugen; der Eingriff galt ihm wie etlichen anderen Zeitgenossen vielmehr als Versprechen auf Jugendlichkeit und Vitalität.

Die obskure Methode ging auf den österreichischen Sexualforscher Eugen Steinach zurück. Seiner Theorie zufolge hemmen Hoden und Eierstöcke im Alter die Produktion von Sexualhormonen. Um die Libido wieder zu erwecken, hilft nach seiner Meinung nur die Kastration – vollkommener Blödsinn, doch in den Zwanzigern war das sogenannte Steinachen unheimlich populär.

Bei Freud selbst erzielte der Eingriff nach dessen eigener Einschätzung keine Wirkung. In Ermangelung einer besseren Idee glaubte der Denker dennoch, er könne die Prinzessin verjüngen, indem er empfahl, sie mit Röntgenstrahlen kastrieren zu lassen.

Selbstredend führte die Behandlung nicht zum gewünschten Ergebnis. Alice von Battenberg wurde noch für Jahre weggesperrt, ehe sie allmählich wieder Kontrolle über ihr Leben erlangte.

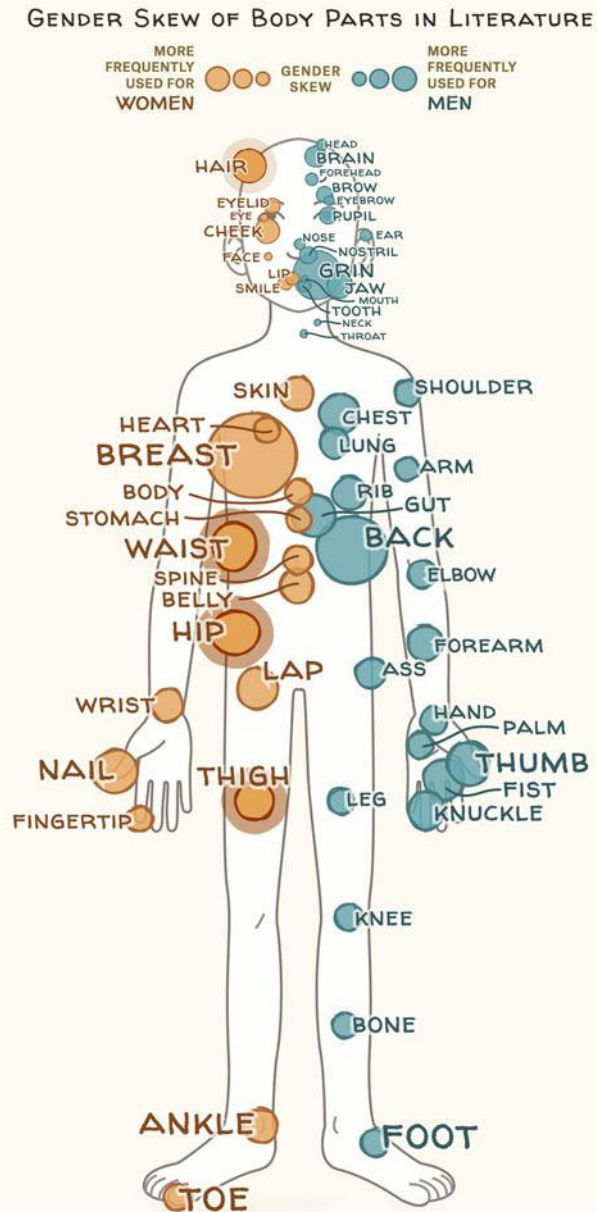
Freud-Experte Nobus glaubt zwar, dass die sonderbare Prinzessin einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte; jedoch sei sie nicht im klinischen Sinne geistig krank gewesen. Seine Diagnose fällt anders aus – und klingt dennoch verdächtig nach Freud: Der Londoner Mediziner deutet Alices Kollaps als »Reaktion auf eine übermächtige Mutterfigur«.

Frank Thaddeuz

Sechsmal mehr Brust

Sexismus Eine Analyse von 2000 Büchern entlarvt Körperklischees.

● Frauen haben weiche Oberschenkel, Männer raue Hände – so lautet das Klischee. Man will kaum glauben, dass sich solche Beschreibungen heute noch in Büchern wiederfinden. Die Datenjournalistin Erin Davis hat sie gefunden, und dann war sie so frustriert, dass sie es genau wissen wollte: Las sie die falsche Literatur? Oder werden Frauenkörper anders als Männerkörper beschrieben? Mit einem Computerprogramm untersuchte Davis 2000 Bücher, darunter mit dem Pulitzerpreis prämierte Werke, Bestseller und Schullektüre. Etwa ein Drittel der Bücher war von Frauen geschrieben oder mitverfasst worden. Das Ergebnis illustriert die Grafik rechts: Die Haare weiblicher Figuren werden zum Beispiel doppelt so häufig beschrieben wie die männlicher Figuren. Hüften, Nägel, Taille ebenso. Die Brust von Frauen wird über sechsmal häufiger als die von Männern erwähnt. Bei männlichen Figuren ist es ähnlich klischeehaft: Rücken, Fäuste und Kiefer finden überproportional Erwähnung. Auch die Adjektive, mit denen über die Figuren berichtet wird, unterscheiden sich: Werden Frauenaugen häufig als groß und wunderschön bewertet, sind die von Männern eher kalt und klein. EVH



Grafik von der Website pudding.cool

Literatur

Geruch eines Gewitters

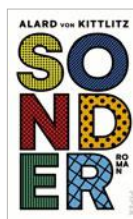
● Peter Siebert weiß, was die Menschen wollen: ein mineralisierendes Getränk etwa, Spülmittel, Schokoriegel, Zahnbürsten. Wenn er sich ein Produkt ausdenkt, wird es ein Erfolg. Als er die Chance erhält, ein Gerät zu entwerfen, das nicht nur von Marketing-Abteilungen als disruptiv

gelobt werden, sondern das Menschsein der Zukunft so verändern wird wie das Internet das Menschsein der Gegenwart, ist er gleich begeistert. Schließlich könnte die Apparatur, die die Leistung des Gehirns potenzieren soll, auch seine Karriere potenzieren. In Alard von Kittlitz' Roman »Sonder« riecht man das Unglück seines Helden wie ein Gewitter Stunden im

Voraus. Denn als Siebert sich verliebt, zum ersten Mal so richtig, ahnt man: Das alles läuft etwas zu schön, um wahr zu sein. Aber weil der schüchterne Sonderling Menschen nicht derart präzise einschätzen kann wie den Geschmack der Masse, fällt ihm das nicht auf. Kittlitz erzählt sein Debüt so liebevoll, dass man seinen Helden Siebert dennoch vor den dunk-

len Wolken am Horizont warnen will. Er schreibt, wie Netflix erzählt: in großen Bildern, mit passendem Soundtrack, mit Empathie für Antihelden. Dass am Ende kein Produkt die Qualen des Menschseins lindert, sondern doch und immer wieder nur die Liebe, ist so anachronistisch, der Protagonist Peter Siebert hätte es nicht designt. EVH

Alard von Kittlitz: »Sonder«. Piper; 320 Seiten; 22 Euro.



Aufklärung

Unbedingt großartig

● Zum ersten Mal hatte sie als 18-Jährige Sex, in einem israelischen Kibbuz. Der Dokumentarfilm »Fragen Sie Dr. Ruth« zeigt in Animationsbildern, wie die später unter dem Namen Ruth Westheimer berühmt gewordene Heldin mit ihrem jungen Liebhaber Hand in Hand zu einem Heuschober stürmt. Dann sieht man die alte Dame sieben Jahrzehnte später vor dem Heuschober in Israel stehen und von ihrer Liebesnacht schwär-



Westheimer mit Familie um 1970

men. Der Dokumentarfilmer Ryan White, der zuvor unter anderem die Tennisspielerin Serena Williams porträtiert hat, lässt sein Werk über das Leben der in den USA sehr

populären Sexualtherapeutin Dr. Ruth Westheimer des Öfteren aussehen wie eine Graphic Novel. Lebendig, komisch und oft berührend aber ist der Film, weil die mittlerweile 92-jährige Westheimer fast ununterbrochen selbst zu Wort kommt. Sie erzählt mit wunderbarer Krächzstimme von ihrer Kindheit in einer jüdischen Familie in Frankfurt am Main; von der Deportation ihres Vaters ins KZ 1938 und von ihrer Verschickung mit einem sogenannten Kindertransport in die Schweiz; von ihrem Einsatz als Scharfschützin in der zionisti-

schen Untergrundarmee Hagana während des Kampfs um die Unabhängigkeit Israels; von ihrer Aufklärungsarbeit in amerikanischen Radio- und Fernsehsendern, wo sie die menschlichen Geschlechtsteile und ihren Gebrauch erklärt. Zuvor habe sie »noch nie eine Frau in der Öffentlichkeit ehrlich über Sex reden hören«, sagt die Feministin Gloria Steinem einmal über Westheimer in diesem Film. »Fragen Sie Dr. Ruth« ist die hinreißende Charakterstudie einer nur 145 Zentimeter großen, unbedingt großartigen Frau. HÖB

Pop

Stolz und Stärke

● So muss es sich anfühlen, auf den Schultern von Giganten zu stehen: Im Januar überreichte Angélique Kidjo, die Grande Dame der afrikanischen Popmusik, ihren Weltmusik-Grammy symbolisch an Burna Boy. Der junge Musiker aus Nigeria, der lange in London lebte, aber dann in seine Heimatstadt zurückkehrte, gehöre zu einer neuen Generation afrikanischer Künstler, die »die Art und Weise verändern, wie unser Kontinent wahrgenommen wird«, so Kidjo.

Burna Boy, 29, der eigentlich Damini Egunoluwa Ogulu heißt und sich selbst auf seinem letzten Album »African Giant« betitelte, streckt sich mit seiner Musik nach dieser Verantwortung: »Twice as Tall«, doppelt so groß,

heißt seine neue Platte, es wird womöglich die erste sein, die ihn als einen global gültigen Popstar moderner afrikanischer Prägung etabliert. Auf dem Cover posiert er bereits als Afro-Superheld mit zum Aufstampfen erhobenem Stiefel, in dessen Sohlenprofil ein Gorillakopf prangt: Afrikas Symbol für Stolz und Stärke. Burna Boy wirkte bereits an Beyoncé's »Black Is King«-Projekt mit und spielte in London im ausverkauften Wembley-Stadion, jetzt heuerte er US-Produzenten wie P. Diddy und Coldplay-Sänger Chris Martin als Unterstützung an.

Eigentlich überflüssig, denn seine geschmeidigen Songs, sein »Spaceship«-Kollektiv, eine Riege junger, cooler Beat-Bastler aus Nigeria, und sein sanft fließender Sprechgesang aus Englisch und Yoruba begeistern auch ganz ohne

westliche Star-Power: »Afro-Fusion« nennt Ogulu seine Verschmelzung von Hip-Hop und R&B mit afrikanischen Rhythmen zu einem optimistischen, tanzbaren Sound. Sein Anspruch sei es, sagte er in einem Interview, »eine Brücke zu bauen, die jede schwarze Person auf der Welt zusammenführt«. Nach Afrika natürlich. BOR



Burna Boy



Installation in Amsterdam

Kunst

Anders sehen

● Als ein digitales Kunsthaus in Tokio zum meistbesuchten monothematischen Museum der Welt wurde und damit im ersten Jahr seines Bestehens das Amsterdamer Van-Gogh-Museum abhängte, ging ein Raunen durch die Kunstwelt. 2,3 Millionen Besucher zählte das Haus »Borderless« des Künstlerkollektivs TeamLab. Nun schlägt Amsterdam zurück: Am 29. August eröffnet das Nxt Museum, das sich ebenfalls immersiver Kunst widmet – also Medienkunst, die mithilfe von Klang, Licht, Virtual Reality oder künstlicher Intelligenz die Grenze zwischen Werk und Betrachter aufheben will. Das ist meist kurzweilig und selfie-tauglich wie in Tokio, wird

von Kritikern aber als Digitalkitsch abgetan. Der Titel in Amsterdam »Shifting Proximities«, auf Deutsch: »sich verändernde Nähe«, verspricht aber ernsthaftere Denkanregungen als die poppige Vorlage: Besucher sollen »die Welt um sie herum und den eigenen Platz darin anders sehen lernen«, sagt Gründerin Merel van Helsdingen. Dafür könnten etwa Baumwurzelkulpturen sorgen, die mittels Sensoren auf Personen reagieren und von deren Verhalten lernen, miteinander zu kollaborieren. Im »Biometric Mirror« erblickt der Betrachter sein mathematisch optimiertes Spiegelbild – mit Gesichtszügen, die der Computer für regelmäßig befindet, die aber für das menschliche Auge nicht unbedingt ästhetischer aussehen. CPA



Julia Steingeweg / DER SPIEGEL

Polemiker Biller: »Schnell ein paar rhetorische Muhammad-Ali-Treffer setzen«

»Ich wäre wahrscheinlich sogar aus dem KZ geflogen«

SPIEGEL-Gespräch Der Schriftsteller Maxim Biller stellt die Deutschen, das Deutschsein und das eigene jüdische Leben in Deutschland infrage. Seinen Erfolg kann man an der Zahl seiner Feinde messen. Es sind ziemlich viele.

SPIEGEL: Herr Biller, Sie werden jetzt 60. Was haben Sie gelernt in Ihrem Leben?

Biller: Noch geduldiger zu sein. Obwohl ich bei meinen Freunden, in meiner Familie sowieso als Diplomat gelte.

SPIEGEL: Sehr lustig.

Biller: Einerseits Hollywood-Diva, andererseits Diplomat. Zu Hause gebe ich immer nach. Ich entschuldige mich sogar für Fehler, die andere begangen haben.

SPIEGEL: Um des lieben Friedens willen?

Biller: Vielleicht weil es bei uns zu Hause so viele Konflikte gab. Ich kann heftig werden. Ich kann mit Worten Menschen so beschreiben, wie sie nicht beschrieben werden wollen. Und ich kann schnell ein paar rhetorische Muhammad-Ali-Treffer setzen.

SPIEGEL: Um andere zu verletzen?

Biller: Um meine Ruhe zu haben. Das habe ich in der Schule gelernt.

SPIEGEL: Geduld, Nachsicht, das sind Beschreibungen, die Ihr öffentliches Wirken nicht so richtig zu treffen scheinen.

Biller: Als Publizist oder Journalist gab es bisher keinen Grund, etwas, wie Sie sagen, dazuzulernen. Ich träume immer noch davon, meine alte Kolumne »100 Zeilen Hass« weiterzuschreiben. Sofort.

SPIEGEL: Warum machen Sie es nicht?

Biller: Wenn ich mit Leuten aus Redaktionen darüber spreche und sage, wenn wir das machen, will ich keine einzige Einmischung, ich will auch nicht hören, dass es hinterher Ärger gegeben hat, gehen die auf Toilette und kommen nie wieder. Stattdessen schreibe ich ab und zu lange Essays, polemisch, angriffslustig, aber immer mit Argumenten. Gerne auch persönlich. Warum nicht, wenn es der Sache dient? Mal gelingt es, mal nicht. Auch der beste Cowboy schießt mal daneben.

SPIEGEL: Und der Schriftsteller Biller?

Biller: Ich bin sprachlich klassischer geworden. Da ist weniger Adrenalin drin. Ich weiß, dass meine Worte, wenn ich sie richtig setze, Dinge so beschreiben, wie ich das möchte. Tempo machen, jugendlicher Überschwang, das brauche ich nicht mehr. Mir war es sowieso immer egal, was die Leser denken. Es gibt nur einen einzigen Menschen, für den ich immer geschrieben

habe: meinen Verleger Helge Malchow. Ich finde es beruhigend, wenn der sagt: in Ordnung, machen wir. Mehr brauche ich nicht. Ich habe mal in Athen einen Sirtaki-Musiker gesehen, der spielte immer weiter, auch als die Zuschauer schon gingen. Am Ende saß er allein auf der Bühne. Er muss spielen, egal ob jemand zuhört.

SPIEGEL: Als Polemiker und Journalist ist es Ihnen auch egal, was die Leute denken?

Biller: Nein. Da will ich etwas bewegen.

SPIEGEL: Was? Aufheizen? Anstacheln?

Biller: Ich will, dass sie unsicher werden. Ich will nicht agitieren.

SPIEGEL: Ihr Verleger hat über »Biografie«, Ihren Großroman aus dem Jahr 2016, fast 900 Seiten dick, gesagt, das Buch sei eine Prüfung. Es gab vernichtende Kritiken. Ich habe abgebrochen, habe die Prüfung nicht bestanden. Vielleicht wollten Sie zu sehr zeigen, was in Ihnen steckt?

Biller: Und dann, meinen Sie, sei ich auch noch enttäuscht gewesen, weil ich nicht dafür gelobt wurde? Sorry, so funktioniert das nicht. Ich leide unter meiner Hypochondrie. Ich leide darunter, dass es in Deutschland nicht 10 oder 15 Intellektuelle und Schriftsteller meiner Sorte gibt. Aber nicht unter mangelnder Anerkennung. Das wäre aberwitzig und unvernünftig. Ich kann doch nicht ernsthaft Anerkennung wollen von Leuten, die ich von Anfang an attackiert habe. Ich bin nicht verrückt. Solchenzyn wollte auch keinen Staatspreis von Breschnew. Und wer denkt, ich hätte »Biografie« geschrieben, um den Deutschen in den Arsch zu treten, den muss ich leider enttäuschen. Ich habe mir selbst in den Arsch getreten. Das waren zehn Jahre meines Lebens. Das ist meine Welt, das ist meine Sprache, bitte sehr! Aber tut mir einen Gefallen: Lasst bei euren Verrissen Oma und Opa im Keller. Sagt, dass es vielleicht aus diesem oder einem anderen Grund nicht funktioniert, weil ich es nicht kann. Oder sagt wenigstens, dass es euch fremd ist.

SPIEGEL: Das Eingeständnis der Fremdheit ist aber auch das Eingeständnis einer Lücke, die zutiefst unangenehm ist, weil sie auf die deutsche Schuld zurückführt.

Biller: Das ist Ihr psychologisches Problem! Es ist nicht meine Absicht als Schriftsteller, etwas zu verändern. Aber vielleicht kann ich den deutschen Lesern helfen, indem ich ihnen Dinge erzähle, die für sie neu sind. Vielleicht fühlt ihr euch wohler, je mehr ihr wisst. Vielleicht fühlt ihr euch immer weniger schuldig und seid dann auch weniger schuldig. Ich finde, dass Kinder etwas für ihre Eltern und Großeltern können, was sofort alle fürchterlich aufregt. Was ich sagen will: Es kommt darauf an, wie man damit umgeht, was diese Eltern und Großeltern getan, verschwiegen, gesagt, anderen angetan haben. Du musst das ins Verhältnis zu dir selbst setzen, indem du es nicht verschweigst und übernimmst.

SPIEGEL: War es richtig, dass Sie später Ihren Kritikern öffentlich antworteten?

Biller: Unbedingt. Ich habe übrigens nicht auf negative Kritiken geantwortet.

SPIEGEL: Sondern?

Biller: Ich habe auf antisemitische Chiffren geantwortet, die die Kritiker rausgeholt haben, Chiffren aus dem 19. Jahrhundert. Die kenne ich aus meinem Germanistikstudium von Thomas Mann. Dass ich das Buch damit nicht retten kann, war mir völlig klar. Aber ich denke schon daran, wie es ist, wenn jemand in 20 oder 30 Jahren »Biografie« liest und dann schaut, was es sonst gibt zu diesem Buch. Er wird vielleicht auf diesen Text stoßen und nicht denken, dass ich beleidigt klinge, sondern sich fragen, ob ich recht hatte oder nicht. Puschkin hat immer wieder seinen Kritikern geantwortet, ich lese diese Texte oft lieber als seine Gedichte.

SPIEGEL: Für viele war das ein typischer Biller: Auf Kritik wird mit Antisemitismus-Vorwürfen geantwortet.

Biller: Darf ich kurz unterbrechen? Ich habe es doch nachgewiesen! In den meisten »Biografie«-Verrissen ist vom sexsüchtigen Juden die Rede, der zu schnell redet, zu viele hebräische und jiddische Ausdrücke benutzt, und überhaupt kommt der ganze Roman angeblich wie eine Soap-Opera daher, also wie Hollywood. Was nichts anderes bedeutet als: Hilfe, jüdische Yankee-Weltverschwörung! Das stand so in fünf, sechs Kritiken der großen Zeitun-



Autor Biller mit Familie in Hamburg 2007*: »Ausgerechnet in Deutschland«

gen und Radiosender. Ich habe nicht gesagt, ihr mögt mich nicht und seid deshalb Antisemiten. Nein, mein Text ist kühl, sachlich geschrieben, aber er endet mit schrecklichen Worten: »Zurzeit bin ich nicht so gern jüdischer Schriftsteller in Deutschland.«

SPIEGEL: War es eine schlechte Idee Ihrer Eltern, 1970 aus Prag ausgerechnet nach Deutschland zu gehen?

Biller: Es war eine geniale Idee.

SPIEGEL: Für wen? Für Sie? Für die Eltern?

Biller: Sie haben mich gerettet. Mit meinem Charakter hätte ich in der kommunistischen Tschechoslowakei viel Ärger bekommen. Meine Eltern waren 40, meine Mutter sprach kein Wort Deutsch, mein Vater nur drei Wörter. Er hat in den ersten Jahren mit dem Wörterbuch technische Übersetzungen aus dem Deutschen ins Russische gemacht. Das war ein schwieriges Leben für die beiden, mit Ehekrisen und am Anfang 1100 Mark brutto im Monat. Die Leistung von Emigranteneltern kann man nicht hoch genug schätzen.

SPIEGEL: Warum Deutschland?

Biller: Weil mein Vater drei Wörter Deutsch konnte. Weil sein ältester Freund, der Journalist und Satiriker Gabriel Laub, schon vorher aus Prag nach Hamburg geflohen war. Und weil unsere Familie zufällig mit dem Boxer Bubi Scholz befreundet war, der uns ab und zu in Prag besucht hatte. Scholz hat meinem Vater auch einen Alibi-Job beim Otto-Versand

besorgt, wo er schon ein Jahr vor der Emigration gearbeitet hat. Er wollte nicht, dass seine Kinder das erleben, was er im Stalinismus der Sowjetunion erlebt hatte.

SPIEGEL: Wurde im Moment der Emigration aus einer Prager Familie eine jüdische?

Biller: Für mich stimmt das. Für meinen Vater nicht. Ich war in Prag ein tschechisches Kind, auch wenn ich wusste, dass ich irgendwie anders bin. Mein Vater mit seinem Temperament, seiner Art zu denken, seinem Gesicht, hatte schon in Russland nicht leben können wie ein normaler Russe. In der Sowjetunion, in diesem Land der Antisemiten, war es echt Stress, Jude zu sein. Die Familie meines Vaters war schon da eine bewusst jüdische Familie und auch in Prag. Mein Vater und sein Bruder wurden vom Geheimdienst überwacht. Als Anfang der Fünfzigerjahre in Prag der Slánský-Prozess vorbereitet wurde, ein klassischer stalinistischer Schauprozess, bei dem es fast nur Juden an den Kragen gehen sollte, wurde ein anderer Bruder meines Vaters, damals Diplomat in Brasilien, zurückgerufen nach Prag, aber er blieb. Ihm war klar: Kommst du zurück, bist du dran. Das ist eine Konstante der abendländischen Geschichte: In der Regel geht es als Erstes den Juden an den Kragen, wenn sich über einer eben noch friedlichen Welt die Wolken zusammenziehen. Mich haben meine Eltern aus Angst nicht beschneiden lassen, damit mir nicht die Kosaken plötzlich die Hosen runterziehen, so wie im »Dritten Reich« den Juden die Hosen runtergezogen wurden. Darum

habe ich mich später selbst als 16-Jähriger in Hamburg gekümmert.

SPIEGEL: War das so etwas wie die Manifestation Ihrer jüdischen Identität?

Biller: Klar. Obwohl ich in den ersten Jahren keine antisemitischen Erfahrungen mit meinen Klassenkameraden gemacht habe. Ich fiel auf, ich war ein schwarzhaariger, bisschen orientalischer wirkender Junge, aber keiner von meinen meistens blonden Mitschülern hat damals überhaupt gewusst, was ein Jude ist. Für die war ich einfach nur ein Ausländer. Und die Lehrer, die es wussten, sagten mir ganz lieb und freundlich, ich solle Referate über die Bibel oder die Gründung Israels halten, aber das war freundlich gemeint. Die wollten sogar etwas von mir lernen.

SPIEGEL: Das überrascht jetzt.

Biller: Moment. Es gab bald, wie überall, auch bei uns auf der Schule ein paar Maoisten. Ich war verliebt in so eine linke deutsche Trauerweide, bei einer Demonstration hat sie von Polizisten eine auf den Kopf gekriegt. Spitaler Straße, ich weiß es noch genau, ihr hassverzerrtes Gesicht, wie sie die »Bullenschweine« beschimpfte, das fand ich auch nicht so sympathisch. Deutsche gegen Deutsche? Können ihr das nicht humorvoller machen? Muss es gleich der Schützengraben sein? Die Leute meiner Generation trugen über Nacht Palästina-Sertücher. Für die war Israel schuld an allem auf der Welt. Mal demonstrierten sie gegen Brokdorf, mal gegen den Zionismus. Am Morgen nach den Selbstmorden in Stammheim komme ich die Treppe im Bismarck-Gymnasium hoch und spüre Volkstrauer. Was ist denn los? Sie flüsteren: Andreas. Gudrun. Jan-Carl. Diese Maoisten hatten sogar mit den palästinensischen und deutschen Entführern sympathisiert, die in Entebbe jüdische Passagiere selektierten, bevor ein israelisches Kommando die Geiseln befreite. Da wusste ich: Eigentlich sind wir geschiedene Leute.

SPIEGEL: Da fing es an?

Biller: Ja, aber ich hatte keine jüdischen Freunde in Hamburg, da gab es kaum Leute wie uns. Jüdische Freunde fand ich erst Anfang der Achtzigerjahre in Frankfurt. Die hatten ein völlig anderes Selbstbewusstsein als die wenigen verschreckten, hanseatischen Hamburger Juden. Dort wurde zu Hause Jiddisch gesprochen. Freitags abends war ich bei ihnen zum Schabbat, was ich von zu Hause nicht kannte. In der Synagoge wurde wenig gebetet, aber viel geschnatert. Wir waren hinter den großartigen jüdischen Mädchen her, auch wenn wir wussten, dass die schnell verblühen. Ehrlich gesagt, die Emigration nach Deutschland hat mich nicht, wie Sie es sagten, zum Juden gemacht, sondern mich befreit. In der Tschechoslowakei wäre ich ein eingegengter Jude geworden. Und journalistisch und literarisch war es ein großes Geschenk, in

* Mit Halbschwester Elena Lappin und den Eltern Rada und Semjon-Jevsej Biller.

Deutschland zu sein: Gibt es ein größeres psychologisches und intellektuelles Drama für einen jungen Juden, als so bald nach dem Krieg ausgerechnet hier zu landen? Nicht jüdische deutsche Schriftsteller waren deshalb immer ein bisschen neidisch.

SPIEGEL: Sie werfen deutschen Schriftstellern vor, nicht über die Schatten zu springen, die ihnen Eltern und Großeltern hinterlassen haben, sich nicht ernsthaft mit der Vergangenheit und der Geschichte ihrer Familien auseinanderzusetzen.

Biller: Deswegen ist Michael Haneke's »Das weiße Band« mein absoluter Lieblingsfilm. Er erzählt, was es bedeutet, Kind und Erwachsener in Deutschland zu sein, wie im Wilhelminismus, in der Strenge und Kälte der Kaiserzeit, die Kinder zu Bestien gemacht wurden, weil Bestien sie misshandelt hatten. Ich brauche einen Widerstand für mein Schreiben, nicht um daraus politische, sondern poetische Funken zu schlagen. Ich frage mich immer, was die nicht jüdischen deutschen Autoren enthüllen wollen. Jedenfalls nicht die Geschichten ihrer Familien. Ein Schriftsteller ist eigentlich Enthüllungspoet.

SPIEGEL: Es hat Sie wütend gemacht, dass ausgerechnet Jonathan Littell, ein französisch-amerikanischer Jude, das Buch geschrieben hat, das ein deutscher Schriftsteller hätte schreiben müssen: die fiktive Biografie eines Nazi-Monsters.

Biller: Genau. Das ist jetzt etwas grob, was ich gleich sagen werde, aber die Deutschen waren immer ein Volk der Bauern und Soldaten mit ein paar Adligen, Geistlichen und Künstlern, die sie die ganze Zeit an der Nase herumführten, damit sie alle immer nur dem System dienten. Egal in welchem Jahrhundert. Du lernst als Deutscher nicht, dass das Wichtigste dein Ich ist, immer wird dir gesagt: Du tanzst aus der Reihe! So heißt das doch, oder? Du willst eine Extrawurst! Es würgt mich, wenn ich diesen Ausdruck höre. Im Tschechischen oder Russischen gibt es den nicht. Ob Wilhelminismus, Nazismus oder DDR-Bolschewismus, das waren alles Systeme, die diese historische Prägung ausgenutzt haben. Wer soll in so einem Land so was wie »Die Wohlgesinnten« schreiben?

SPIEGEL: Das ist immer noch so?

Biller: Es war mal kurz anders. Mit 60 erinnert man sich auch an goldene Zeiten. Ich habe mir in den Corona-Monaten viele alte Feuilletons angeschaut und frühere Sendungen des »Literarischen Quartetts«. Da merkt man, wie viele Ichs es mal im deutschen Journalismus gab. Mein Ich war allerdings schon immer ein Problem, ich bin ein paarmal fast rausgeflogen aus der Journalistenschule in München.

SPIEGEL: Weil Sie zu sehr Ich waren?

Biller: Ich wäre wahrscheinlich sogar aus dem KZ geflogen.

SPIEGEL: Das ist kokett.

Biller: Ich wusste, Sie würden lachen.

SPIEGEL: Hätte ich nicht sollen? Sie machen Pointen, ich lache.

Biller: Mir war aufgefallen, dass auf der Journalistenschule nur Leute waren, die möglichst schnell einen Job wollten. Wenn eine Kulturnation, die eh so gern im Kollektiv denkt und arbeitet, auch noch Institutionen schafft, die das lehren und mit einem Berufsversprechen verknüpfen, fallen am Ende nur so kleine Männchen aus der Maschine raus. Aber dann kam kurz die goldene Zeit der Ichs. Die Zeitschrift »Tempo« hat da eine große Rolle gespielt. Wir konnten machen, was wir wollten. Wir haben von gleich zu gleich geredet. Wir haben immer gestritten, und niemand war beleidigt. Es gab weniger Ideologie,

»Vielleicht fühlt ihr euch wohler, je mehr ihr wisst. Vielleicht fühlt ihr euch immer weniger schuldig.«

weil wir die alte Ideologie der 68er bekämpften, auf eine unterhaltsame, gut angezogene, manchmal aggressive, manchmal auf eine scheinbar boulevardhafte Art.

SPIEGEL: Die Idee war, dass Journalismus irritieren sollte und nicht das vermeintlich Vernünftige bestätigen.

Biller: Diese Generation hatte nichts zu verlieren. Gar nichts. Wenn du nichts hast, kann dir niemand mit dem Entzug von Luxus drohen. Heute als junger Mensch bist du mit relativ großem Wohlstand aufgewachsen: Das Studium wird finanziert, die Reisen, alle haben Laptops und iPhones. Sie lachen, weil das nach alter Mann klingt?

SPIEGEL: Ein bisschen.

Biller: Es ist aber so. Nimm mal Luisa Neubauer das Handy weg. Eines Morgens wacht sie auf und hat als Einzige auf der Welt kein iPhone mehr. Oder Jan Böhmer-



Schüler Biller im Bulgarien-Urlaub 1966

»Ich kann heftig werden.«

mann. Sie müssten sofort zum Therapeuten. Der materielle Wohlstand, der digitale Überfluss und die Angst vor dem Jobverlust hat ein journalistisches Lumpenproletariat hervorgebracht. Sie werden ausgebeutet und machen es mit. Statt sauer zu sein, sind sie besonders folgsam, weil sie fürchten, dass sonst ein anderes Männchen aus der Maschine kommt. Deswegen übernehmen sie auch diese neobolschewistischen Sprachübereinkünfte, die sich noch schneller verbreiten als die Wuhan-Seuche.

SPIEGEL: Das ist unfair. Es sind auch Idealisten, ein bisschen zu sehr vielleicht.

Biller: Sie machen mit. Aber warum? Du wirst ja nicht von der Gestapo oder Stasi abgeholt. Du bekommst Stress mit deinem Arbeitgeber, vielleicht verlierst du irgendwann deinen Job. Das sind eigentlich ganz üble Kapitalistenmethoden.

SPIEGEL: Sie beschreiben das, was Cancel Culture genannt wird.

Biller: Nicht meine Terminologie, ich benutze die Wörter meiner ideologischen Gegner nie. Man darf übrigens auch nicht aus Kritik an den Neulinken zu einem Neurechten werden. Du darfst deshalb nicht zu einem Uwe Tellkamp werden, nicht zu einer Monika Maron. Obwohl, so schlimm ist sie gar nicht, sie hat sich nur ein bisschen verirrt, weil sie die Bundesrepublik mit der DDR verwechselt. Und sie hat einen wahnsinnig süßen Hund.

SPIEGEL: Können Sie verzeihen?

Biller: Mein Vater war ein Mann, der, so heißt es auf Russisch, gut einen Skandal machen konnte. Ein sehr moralischer Mensch, von dem ich vielleicht zu viel Moral gelernt oder vererbt bekommen habe. Gleichzeitig hatte er unendlich viel Verständnis für die Zwickmühlen anderer. Es gibt einen Verrat in unserer Familie, der auch das Thema meines Romans »Sechs Koffer« ist. Mein Großvater hatte die Familie im Moskau der Vierziger- und Fünfzigerjahre mit kleinen, illegalen, damals sagte man »schwarzen«, Geschäften ernährt. Eines Tages hat ihn jemand denunziert, und weil Chruschtschow gerade beschlossen hatte, an ein paar Schwarzmarkthändlern ein Exempel zu statuieren, wurde mein Großvater hingerichtet. Einem Nichtjuden wäre das natürlich nicht passiert. Wahrscheinlich hatte meinen Großvater mein Onkel verraten, der selbst festgenommen worden war. Das war das Schlimmste, was mein Vater erlebt hat. Und jetzt kommt's: Eines Tages kam ich aus der Schule, und dieser Onkel lag bei uns in der Badewanne. Er kam gerade aus dem Gefängnis. Mein Vater hat weiter mit ihm gesprochen, es war immer noch sein Lieblingsbruder, obwohl er wusste, dass der Bruder schwach war und wohl den Vater verraten hatte.

SPIEGEL: Sie haben den Ruf einer gewissen Gnadenlosigkeit gerade auch bei Leuten aus dem eher linken, liberalen Milieu.

Biller: Weil ich dieses Milieu immer als verlogener erlebt und beschrieben habe. Diese Leute sind nicht bereit, auf ihre Sozialisation und historischen Prägungen zu schauen. Wie sollen sie sich für jemanden wie mich interessieren, der sie genau dafür kritisiert? Für meine Literatur? Für meine Ideale? Für das Nicht-Bolschewistische? Das Nicht-Kommissarhafte? Für das radikal Mitthafte? Sie sollten mich aber mehr lesen, statt nur über mich zu reden und bei jedem neuen Buch entsetzt auszurufen: O Gott, schon wieder dieser Biller!

SPIEGEL: Die Nervensäge, die Krawallschachtel.

Biller: Sondern sich fragen: Moment, warum denke ich das eigentlich? Habe ich mal Erzählungen von dem gelesen? Einen Roman? Bin ich wirklich der Meinung, dass jemand, der so intensiv von sich selbst erzählt und seine Standpunkte durchargumentiert, blöder ist als die Langweiler, die unsere Literatur mit ihrer Temperamentlosigkeit zerstören? Und zweitens: Kann es sein, dass ich diesen Biller komisch finde, weil er nicht so einer ist wie ich? Das ist mein persönlicher Beitrag für jeden, der sich interessiert für Identitätspolitik: Fangt doch mal bei mir an! Fühlt euch in mich hinein! Ich bin aber einer dieser Typen, die durch dieses kleine Schlupfloch Rahel-Varnhagen-Salon in diese Welt der Deutschen gekommen sind. Und die will man dort nicht haben. Immer noch nicht.

SPIEGEL: Man will sie hier nicht haben?

Biller: Es ist bestimmt entspannter in Deutschland, Rainald Goetz zu sein.

SPIEGEL: Goetz wird das anders sehen.

Biller: Er schreibt seit über 30 Jahren Bücher und Theaterstücke, die meistens völlig unverständlich sind. Es gibt diesen Essay von Friedrich Schlegel aus dem Jahr 1800: »Über die Unverständlichkeit«, ziemlich unverständlich. Die Grundidee: Was man versteht, kann nicht mehr wahrhaftig und poetisch sein, nur Nichtverstehen sei Verstehen. Das ist natürlich das Rainald-Programm. Der geistige und poetische Aufstand der deutschen Intellektuellen bestand immer darin, ganz hinten im Festsaal des Fürsten zu hüsteln, so undeutlich und vieldeutig wie ein George-Gedicht klingt. Unsere Autoren spielen meistens nur den Künstler, sie spielen den Schriftsteller. Rainald Goetz ist ein großer Dichter. Unbedingt! Aber er kann nicht besonders gut und klar erzählen, was man als Schriftsteller auch können muss, Punkt. Er muss nichts tun, als zu Hause zu warten, bis das nächste Preiskomitee anruft.

SPIEGEL: Und Christian Kracht?

Biller: Kann ganz toll schreiben. Eine wichtige literarische Figur. Den versteht man, das ist schon mal großartig. Er kommt durch die Welt und bereist auch unterschiedliche Weltvorstellungen. Da könnte er die eine oder andere mal auslas-



Julia Steinbergeweg / DER SPIEGEL

Biller beim SPIEGEL-Gespräch*

»Fangen Sie schon wieder an?«

sen. Ich freue mich aber schon auf die Bücher der heute 18- und 20-Jährigen, weil ich genau weiß, womit sie sich literarisch beschäftigen werden, was ihr großer Konflikt sein wird und der Gegenstand ihrer »Enthüllungspoetik«: die verlogenen linken, rechten und linksrechten Übereinkünfte dieser kollektivierte Gesellschaft, deren größtes Glück es ist, auf die Spaltung zu schimpfen, die sie selbst wie ein Schattenboxer beschwört.

SPIEGEL: Sie haben vor zwei Monaten ein zorniges Essay über Identitätspolitik in der »Zeit« veröffentlicht. Sie sehen darin eine Art bolschewistische Plage, die die Menschen unfrei macht. Gibt es eigentlich auch eine jüdische Identitätspolitik, so wie es feministische, antirassistische oder queere Identitätspolitik gibt?

Biller: Jüdische Identitätspolitik ist Zionismus. Wenn ich als deutscher Schriftsteller die deutsche Literatur neu erfinde, ihr etwas Jüdisches hinzufügen will, so wie Isaak Babel der russischen, Henry Roth

»Ich habe noch nie eine
Petition unterschrieben.
Ich verachte das.«

der amerikanischen, Jiří Weil der tschechischen, dann werde ich das ohne Bedrohung nur können, weil es Israel gibt. Insofern ist Benjamin Netanyahu, den ich nie wählen würde, genauso mein Ministerpräsident wie Angela Merkel meine Kanzlerin ist, die ich auch nie gewählt habe.

SPIEGEL: Sie haben sich bisher als jüdischer Schriftsteller in Deutschland bezeichnet.

Biller: Vorbei, sorry. Meine neue Sprachregelung ist: Ich bin ein deutscher Schriftsteller. Allein um ein paar Leute ein bisschen aufzuregen.

SPIEGEL: Waren Sie das nicht schon immer? Bisschen anstrengend vielleicht mit Ihnen, aber schön, dass Sie hier sind. Ihr Essay in der »Zeit« hat für Ihre Verhältnisse übrigens relativ wenig Reaktionen hervorgerufen. Was ist da passiert?

Biller: Bisschen anstrengend mit mir? Fangen Sie schon wieder an? Ach, wissen Sie: Sie und die anderen sollten etwas weniger Angst vor mir haben. Ich bin einer gegen 80 Millionen. Wer eine These von mir falsch findet, soll seine eigene dagegensetzen, in einem Essay oder Buch, das nennt man Zivilisation. Ich bin doch nicht der fauchende Herbert Wehner oder der Bajonett schwingende Ernst Jünger. Ich will doch nur diskutieren.

SPIEGEL: So ruppig, wie das geschrieben ist, wurde es als Angriff interpretiert. Maxim Biller halt, der Provokateur und Selbstdarsteller. Es gibt den Vorwurf, dass Ihre Diskussionsbereitschaft, wie Sie es nennen, kalkuliert sei. Geschadet hat es nicht: Sie sind mit 60 einer der bekanntesten Schriftsteller und Publizisten des Landes.

Biller: Ich habe noch nie gehört, dass man dem ewig schimpfenden und auf jedes Argument verzichtenden Thomas Bernhard Kalkül unterstellt hat. Bei ihm nannte man das Eigentliche. Oder Gefühlswutausbruch. Das Eigentliche, das sind die Deutschen, beziehungsweise in diesem Fall ein weiterer rasender Österreicher. Das Aufgesetzte, das Kalkulierende, das sind komischerweise immer nur die Juden.

SPIEGEL: Identitätspolitik, so schreiben Sie es, führe dazu, dass Abweichler mit Jobverlust bedroht werden, ihre Bücher nicht erscheinen sollen. Sie lehnen das ab. Hätte Achille Mbembe, der Philosoph aus Kamerun, bei der Ruhr Triennale also reden sollen, auch wenn das, was er Israelkritik nennt, antisemitisch war?

Biller: In der Hannah-Arendt-Ausstellung im Deutsch-Hysterischen Museum ...

SPIEGEL: Sehr lustig. Die Pointe klingt, als hätten Sie sie schon öfter gemacht.

Biller: Erst zum zweiten Mal. Dort gibt es ein riesengroßes Modell des Krematoriums in Auschwitz und nebenan in einem Glaskasten den Tropenhelm eines kaiserlichen Kolonialsoldaten. Was soll mir das sagen? Dass Holocaust und Kolonialismus dasselbe ist? Mbembe ist das Maskottchen der Leute, die genau das denken, egal ob er selbst auch so denkt oder nicht. Nicht er ist das Problem, sondern diese Leute sind es, die zugleich ausgerechnet Felix Klein, den allerersten Antisemitismusbeauftragten dieses Landes, dafür hassen, dass er diese hübsche Entlastungschoreografie durcheinanderbringt. Auch ein Fall für den Vergangenheitsbewältigungstherapeuten, finde ich.

SPIEGEL: Die österreichische Kabarettistin Lisa Eckhart ist von einer Lesung in Hamburg eingeladen worden, weil sie vor zwei Jahren im WDR anlässlich der #MeToo-Bewegung sagte: Man solle den »Juden jetzt gestatten, ein paar Frauen auszugreifen. Mit Geld ist ja nichts gutzumachen. Den Juden Reparationen zu zahlen, das ist, wie dem Mateschitz ein

* Mit dem Redakteur Lothar Gorriss in Berlin.

Red Bull auszugeben«. War es richtig, Sie auszuladen?

Biller: Kann es sein, dass Eckhart in der Tradition von Harald Schmidt arbeitet? Mit ironischem Unterton sagen, die Polen wären alles Autodiebe, obwohl alle wissen, dass er nur so tut, als wäre er ironisch, denn in Wahrheit wird gelacht, weil doch alle denken, dass Polen Autodiebe sind? Eckharts größtes Vergehen ist es, dass sie nicht witzig ist. Witzig ist nur, dass ihr richtiger Name »Lasselsberger« lautet. Das ist so, als würde sich ein Dieter auf dem Standesamt in Helmut umbenennen, um einen Künstlernamen zu haben, finden Sie nicht? Jedenfalls ist es nicht meine Sache, etwas öffentlich zu fordern. Ich habe noch nie eine Petition unterschrieben. Das verachte ich. Ich bin Journalist und Schriftsteller, für politische Handlungen sind andere zuständig. Im Fall Mbembe hätte ich höchstens, wenn ich die Chefin der Ruhrtriennale zufällig getroffen hätte, gefragt, ob sie weiß, für was Mbembe steht und was sie mit dem Auftritt bezweckt. Ich selbst würde an so einer Veranstaltung nicht teilnehmen, aber ich würde auch nie ein Auftrittsverbot fordern. Ein Riesenunterschied.

SPIEGEL: Warum?

Biller: Weil ich ein freier Mensch bin. Weil das meine Entscheidung wäre. Und weil man in jedem Fall neu für sich selbst entscheiden muss. Bei Lemkuhl in München lesen? Ja. Bei Susanne Dagen in Dresden? Eher nicht. In einer Talkshow neben Dieter Nuhr sitzen? Unbedingt! Neben dem »Junge Freiheit«-Chefredakteur oder diesem seltsamen veganen Koch? Nein. Man muss sich leider immer die Mühe machen zu differenzieren, obwohl es anstrengend ist. Auch das nennt man Zivilisation. Ihr Deutschen liebt das doch, das Differenzieren, auch wenn ihr euch so oft nur vor eindeutigen Antworten drücken wollt. Dann fangt endlich bei den Sachen an, die wirklich wichtig sind.

SPIEGEL: Wo sind die Grenzen? Sie sprechen sich dafür aus, dass die umstrittenen Gedichte des Rammstein-Sängers Till Lindemann bei Ihrem Verlag erscheinen.

Biller: Obwohl der ein moderner Wagnerianer ist. Obwohl, obwohl. Ja, er muss gedruckt werden, damit ich gedruckt werden kann. Noch mal: Wenn Grenzen überschritten werden, muss man von mir aus nichts verbieten oder schließen und niemanden rausschmeißen oder zum Rücktritt zwingen. Aber ich werde dort, wo Grenzen überschritten werden, was zu einer Beschneidung meiner Freiheiten führen würde, nicht stattfinden. Ich finde, das ist eine sehr individualistische Art, sich in dieser Gesellschaft zu verhalten. Resolutionen sind etwas für Flaschen.

SPIEGEL: Herr Biller, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPIEGEL Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (2) **Robert Seethaler**
Der letzte Satz Hanser Berlin; 19 Euro
- 2 (1) **Stephanie Meyer** **Biss zur Mitternachtssonne** Carlsen; 28 Euro
- 3 (3) **Bernhard Schlink**
Abschiedsfarben Diogenes; 24 Euro
- 4 (4) **Delia Owens** **Der Gesang der Flusskrebse** Hanserblau; 22 Euro
- 5 (16) **Stephen King**
Blutige Nachrichten Heyne; 24 Euro
- 6 (5) **Marco Balzano**
Ich bleibe hier Diogenes; 22 Euro
- 7 (-) **Ursula Poznanski**
Cryptos Loewe; 19,95 Euro
- 8 (6) **Renate Bergmann** **Dann bleiben wir eben zu Hause!** Ullstein; 8 Euro
- 9 (7) **Karin Slaughter** **Die verstummte Frau** HarperCollins; 24 Euro
- 10 (8) **Suzanne Collins** **Die Tribute von Panem. Das Lied von Vogel und Schlange** Oetinger; 26 Euro
- 11 (-) **Wladimir Kaminer**
Rotkäppchen raucht auf dem Balkon
Wunderraum; 20 Euro

Früher erzählte er von Wodka und Russendiscos, jetzt schreibt er über das Verhältnis der Generationen – lustig ist es immer noch.
- 12 (10) **Laetitia Colombani**
Das Haus der Frauen S. Fischer; 20 Euro
- 13 (9) **Susanne Matthiessen**
Ozelot und Friesennerz Ullstein; 20 Euro
- 14 (13) **Pascal Mercier**
Das Gewicht der Worte Hanser; 26 Euro
- 15 (11) **Benjamin Myers**
Offene See DuMont; 20 Euro
- 16 (12) **Donna Leon**
Geheime Quellen Diogenes; 24 Euro
- 17 (14) **Lee Child**
Der Bluthund Blanvalet; 22 Euro
- 18 (15) **Charlotte Wood**
Ein Wochenende Kein & Aber; 22 Euro
- 19 (17) **Monika Helfer**
Die Bagage Hanser; 19 Euro
- 20 (19) **Elizabeth Strout**
Die langen Abende Luchterhand; 20 Euro

Sachbuch

- 1 (1) **Mary L. Trump**
Zu viel und nie genug Heyne; 22 Euro
- 2 (-) **John Bolton** **Der Raum, in dem alles geschah** Das Neue Berlin; 28 Euro
- 3 (3) **Richard David Precht**
Künstliche Intelligenz und der Sinn des Lebens Goldmann; 20 Euro
- 4 (2) **Ferdinand von Schirach / Alexander Kluge**
Trotzdem Luchterhand; 8 Euro
- 5 (4) **Philippa Perry** **Das Buch, von dem du dir wünschst, deine Eltern hätten es gelesen** Ullstein; 19,99 Euro
- 6 (5) **Maja Göpel** **Unsere Welt neu denken** Ullstein; 17,99 Euro
- 7 (8) **Michelle Obama**
Becoming Goldmann; 26 Euro
- 8 (7) **Bas Kast** **Der Ernährungskompass** C. Bertelsmann; 20 Euro
- 9 (10) **Hans-Werner Sinn**
Der Corona-Schock Herder; 18 Euro
- 10 (12) **Lily Brett** **Alt sind nur die anderen** Suhrkamp; 15 Euro
- 11 (9) **Frank Thelen**
10 x DNA Frank Thelen Media; 19,99 Euro
- 12 (6) **Markus Gabriel** **Moralischer Fortschritt in dunklen Zeiten** Ullstein; 22 Euro
- 13 (11) **Peter Hahne** **Seid ihr noch ganz bei Trost!** Quadriga; 12 Euro
- 14 (13) **Dirk Steffens / Fritz Habekuß**
Über Leben Penguin; 20 Euro
- 15 (16) **Kathrin Passig / Aleks Scholz**
Handbuch für Zeitreisende Rowohlt Berlin; 20 Euro
- 16 (15) **Kübra Gümüsay**
Sprache und Sein Hanser Berlin; 18 Euro
- 17 (20) **Margot Käßmann** **Nur Mut! Die Kraft der Besonnenheit in Zeiten der Krise** bene!; 12 Euro

Die Theologin schreibt, wie man das Gleichgewicht zwischen Sorglosigkeit und Panik findet, wenn das Leben gerade richtig schwierig wird.
- 18 (14) **Stephen Hawking** **Kurze Antworten auf große Fragen** Klett-Cotta; 20 Euro
- 19 (17) **Rutger Bregman**
Im Grunde gut Rowohlt; 24 Euro
- 20 (-) **Mojib Latif**
Heißzeit Herder; 20 Euro

Mit voller Macht

Hip-Hop Ihr Hit »WAP« ist einer der obszönsten der Popgeschichte – und für die »Elle« spricht sie mit Joe Biden: Cardi B ist die Rapkönigin Amerikas.

Etwas zu sagen, was man eigentlich nicht sagen darf, dürfte eine der ältesten und einfachsten Freuden des Lebens sein. Das weiß jedes Kind, das seinen Eltern mit Pippi-Kacka-Witzen auf die Nerven geht, und jede Komikerin, die mit den richtigen falschen Worten das Publikum auf ihre Seite ziehen kann. Aber kaum jemand nutzt diese Einsicht mit ähnlicher Entschlossenheit wie die amerikanische Rapperin Cardi B, 27. »WAP« heißt ihr neuer Song, nie wurde ein Musiktitel in der ersten Woche nach der Veröffentlichung so oft gestreamt wie dieser, er schoss an die Spitze der amerikanischen Charts – und dürfte gleichzeitig der obszönste Nummer-eins-Hit der Popgeschichte sein.

»WAP« steht für »Wet-Ass Pussy«, und im Grunde besteht das Lied aus nichts anderem als der Aufzählung der sexuellen Vorlieben Cardi Bs und der ihrer Partnerin Megan Thee Stallion, einer anderen Rapperin, die zuletzt in die Schlagzeilen geriet, als ihr Freund ihr angeblich bei einem Streit mit einer Waffe in den Fuß schoss.

Natürlich hat »WAP« in den USA für Streit gesorgt. Ein republikanischer Kongressabgeordneter sagte, solche Songs kämen heraus, wenn Kinder ohne Gott aufwüchsen, ein konservativer Kolumnist schrieb, dieses Lied müsse wohl das sein, wofür der Feminismus jahrzehntelang gekämpft habe – das war natürlich nicht anerkennend gemeint.

Andere hingegen feiern das Stück als weibliche Hymne sexueller Selbstermächtigung, und die »New York Times« liebt das Stück für seine lyrische Detailgenauigkeit und das »luxuriöse Wälzen in großartigem Schmutz«. Was der Wahr-

heit wahrscheinlich ziemlich nahekommt. Denn mehr als mit Gott, dem Feminismus und dem real existierenden Sex hat dieser Song mit der Freude am Tabubruch zu tun – was durch ein brillantes und lustiges Video noch unterstrichen wird, das die Lyrics des Songs in quietschbunten Lettern durchlaufen lässt.

Cardi B heißt mit bürgerlichem Namen Belcalis Marlenis Almánzar und kommt aus New Yorks Stadtteil Bronx. Sie wuchs in armen Verhältnissen auf – denen sie, so sagt sie es wenigstens selbst, erst entkam, als sie anfang, als Stripperin zu arbeiten. Damals habe sie auch einige Male Kunden Drogen gegeben und sie dann ausgeraubt, erzählte sie in einem älteren Video.

Tatsächlich dürfte es im Augenblick wenige Popstars geben, die so unberechenbar sind wie sie. Denn, ja, ein Teil ihrer Künstlerinnenpersönlichkeit ist die durchgedrehte Ex-Stripperin auf High Heels. Gleichzeitig inszeniert sie sich auf ihrem Instagram-Kanal als fürsorgliche Mutter einer zweijährigen Tochter, die sie fast immer dabeizuhaben scheint – und mit der sie immer wieder in abgestimmten Mutter-Tochter-Outfits posiert.

Sie ist so modebesessen wie die meisten Stars aus Hip-Hop und R & B. Fast täglich lässt sie sich in neuen spektakulären Outfits fotografieren, die so gar nichts von dem Wunsch nach Bequemlichkeit haben, der angeblich seit der Pandemie und der damit einhergehenden Homeoffice-Schluffigkeit die Mode beherrschen soll. Cardi Bs Instagram-Leben ist ein Karneval der Künstlichkeit: hohe Absätze, Kleider, die man allein nicht anziehen kann, riskante Stoffdrapierungen, die immer so gesetzt sind, dass man das riesige Tattoo sehen kann, das sich über den Rücken der Künstlerin bis an den Oberschenkel zieht.

Außerdem ist sie auch eine der politisch engagiertesten Künstlerinnen der Hip-Hop-Szene. Sie hat den linken Bernie Sanders bei seinen Versuchen unterstützt, demokratischer Präsidentschaftskandidat zu werden, sie nannte den ehemaligen Präsidenten Franklin D. Roosevelt ein Vorbild – und sie hat Trumps Herausforderer Joe Biden für die Septemberausgabe der amerikanischen »Elle« interviewt.

In Anbetracht der Routine, mit der sich im Augenblick große Teile der amerikanischen Popszene für die Demokraten aussprechen, weil solche Statements eben zur Zielgruppe passen, ist dieses Gespräch dann doch bemerkenswert. Denn anstatt Joe Biden einfach eine Bühne zu geben, konfrontiert sie ihn mit ihrer Welt. Mit den Zwängen, unter denen Kinder armer Familien leiden, wie sie selbst einmal eines war. Wie es ist, wenn man sich als Studentin nichts zu essen kaufen kann, weil das ganze Geld schon für das U-Bahn-Ticket weggegangen ist. Sie erwartet von ihm, sagt sie zu Biden, dass er sich dafür einsetze, die Bildung und die Krankenversicherung in den USA für Arme erschwinglich zu machen.

Natürlich geht es in solchen Interviews nicht so sehr um das, was gesagt wird – sondern darum, dass überhaupt etwas gesagt wird. Darum, dass der Großvater Biden zeigen kann, dass er keine Angst hat, mit einer Künstlerin zu sprechen, die unter Umständen mit Zeilen in den Kinderzimmern seiner Enkel gelandet ist, wie »Bring a bucket and a mop for this wet-ass pussy«.

Und eben auch darum, dass eine Künstlerin sich nicht von der Macht einschüchtern lassen darf. Tobias Rapp



Prince Williams / WireImage / Getty Images

Rapperin Cardi B: »Großartiger Schmutz«



Zeit für
höchsten Genuss



Südtiroler
Qualitätsprodukte



SÜDTIROL

Südtiroler Produkte vereint der hohe Anspruch an ihre Qualität. Dabei sind sie ebenso vielfältig wie die Natur und Kultur des Landes. Südtiroler Qualität erkennen Sie an der Herkunftsbezeichnung – und am Genuss. Erfahren Sie mehr unter [suedtirol.info/qualitaetsprodukte](https://www.suedtirol.info/qualitaetsprodukte)

Im Grenzgebiet

Autorinnen Eine junge Jesidin, innerlich zerrissen zwischen Deutschland und dem Nordirak: In ihrem Debütroman »Die Sommer« erzählt Ronya Othmann eine Geschichte, die ihre eigene sein könnte.

Ihre politische Stimme ist klar und unterschieden. Ihre literarische Stimme ist kontrolliert, ohne Abschweifung und schlicht. Erst wenn man mit ihr spricht, kann man hören, wie jung sie ist. Die Dinge sind »voll hart« oder »voll geil«, und sie ist »krass privilegiert«; so spricht eine 27-Jährige, die im bayerischen Freising das Abitur gemacht hat und heute in einer Wohngemeinschaft in der Leipziger Nordstadt lebt: stille Straßenzüge mit Mietshäusern aus der Gründerzeit, kaum Geschäfte, aber ein Ort wie ihr Lieblingscafé, das auch Vinylschallplatten verkauft. Innen sitzen zwei Knaben im Grundschulalter mit einer Biolino vor dem Laptop, im Hof brüten Studenten über der Examensarbeit. Eine lässige Zone, an Profit maximal desinteressiert.

Krass privilegiert ist das vor allem, wenn man im Kopf und in der Seele hat, wie es anderen Leuten geht. Verwandten, die gefoltert wurden, oder Freunden, die über Nacht ihr Dorf verlassen mussten. Oder jungen Frauen, die der »Islamische Staat« (IS) als Sklavinnen hielt – nicht muslimische Untermenschen und als Jesidinnen leichte Beute.

Ronya Othmann ist in München geboren und Tochter eines kurdischen Jesiden. Es gibt Jesiden in der Türkei, in Syrien und im Irak, dazu eine weitverzweigte Diaspora. Eine ethnisch-religiöse Minderheit, so ist die offizielle Bezeichnung für ein paar Hunderttausend Menschen, die monotheistisch, aber nicht christlich sind, und in der vieles gleichzeitig existiert, was die Erwartung gern sauberlich trennt: ein Kastensystem, das die Heiraten regelt; Tempelhüterinnen; eine patriarchale gesellschaftliche Ordnung. Dorfgemeinschaften, in denen die Analphabeten in der Mehrheit sind. Akademikerinnen, die auf einem internationalen Kongress »Transformationsprozesse in der Diaspora« erörtern. Väter, die nicht für das Hochzeitsfest der Tochter sparen, sondern für deren Studium.

Und eine wie Ronya Othmann, die, oft gemeinsam mit der Berliner Autorin Cemile Sahin, in ihrer »taz«-Kolumne »Orient Express« den Linken die Leviten liest. Jedenfalls jenen, die es sich in ihren intuitiven Überzeugungen allzu gemütlich

gemacht haben. Zum Beispiel: Opfer können nicht zugleich Täter sein. Und falls sie es doch sind, darf man sie nicht verurteilen. Oder: Muslimische Verbände in Deutschland hellwach und gar misstrauisch zu beobachten ist irgendwie rassistisch. Oder: Wenn der Westen seine Streitkräfte aus einer spannungsreichen Region abzieht, fördert er automatisch den Frieden. Oder: Der Kolonialismus ist eine Sünde, die allein auf das Schuldkonto des Westens geht.

Viele dieser Auffassungen haben etwas Reflexhaftes, sie ersparen die Auseinandersetzung mit Fakten und fühlen sich für ihre Vertreter spontan richtig an. Weshalb sie umso heftiger verteidigt werden. Oth-

Die Frauen haben in der Regel nur zwei Optionen: Heirat oder Krieg, Mutter oder Amazone.

manns Texte argumentieren vernünftig, aber auch mit einer Schärfe, die der jungen Frau im weißen Kleid nicht anzumerken ist. Dabei ist das vielleicht gerade das Angemessene, diese Arbeitsteilung der Gefühle: der Zorn für die Politik, für die Literatur die Trauer. Dass die damit aus dem Leben nicht verschwindet, dass Sublimierung die Erinnerung nicht harmloser macht, ist wiederum zu spüren, wenn man Othmann gegenüber sitzt.

Gerade erscheint ihr erster Roman, dessen Hauptfigur Leyla vor allem damit beschäftigt ist, aus ihren Erinnerungen, aus den politischen Nachrichten und aus ihrem deutschen Alltag ein brauchbares Gewebe zu machen. Fest genug, um sie zu verhül-

len, wenn es nötig ist, und durchlässig genug für Licht und Neues. Passend geschnitten für ihre deutsch-jesidische Identität, aber weit genug für weitere Bewegungen. In ihrem nächsten Roman, so erzählt sie, werde ihre Lebensgeschichte nicht mehr im Mittelpunkt stehen.

Die ist in »Die Sommer« sehr präsent. Es gibt Verfremdungen; die Familie ihrer Hauptfigur ist nicht mit ihrer realen zu wechseln. Doch was Leyla innerlich erlebt und, vor allem, womit sie fertig werden muss, entspricht Ronya Othmanns Biografie: Tochter eines politischen Flüchtlings, der dieser jesidischen Minderheit angehört, die bis zum Krieg in Syrien kaum jemandem im Westen ein Begriff war.

Deren Feinde oder Vernichter heißen: Recep Tayyip Erdoğan, Baschar al-Assad und der IS. Und zuvor: der türkische Staat, das Osmanische Reich, Saddam Hussein, die Gleichgültigkeit oder Überforderung der Weltgesellschaft. Vor sechs Jahren allerdings gingen die Hinrichtungs- und Versklavungsbilder des IS um die Welt, vor sechs Jahren bildeten die Jesiden mit kurdischer Hilfe eine Bürgerwehr im Norden Iraks, verhalfen Zehntausenden zur Flucht, und viele dieser Leute harren inzwischen in Deutschland aus. Bis der IS endgültig erledigt ist. Bis in Syrien ein Frieden herrscht, der ihnen eine unbedrohte Existenz ermöglicht. Also bis irgendwann.

»Die Nachbarn aus dem Dorf, die in die Türkei verheirateten Nichten der Großmutter und deren Kinder«, so heißt es in Othmanns Roman, »sie alle lebten mittlerweile in Deutschland.« Es sind Fremde, die ihre Heldin als ihre Familie verstehen soll. »Leyla betrachtete sie genau, die paar Männer mit dunklen Jacken und Schnurrbärten, die vor der Halle standen und rauchten, die alte Frau mit weißem Kopftuch und weißem Haar, deren Hand sie küsste.« Manche kommen offiziell, als Kriegsflüchtlinge anerkannt, andere haben Schlepper bezahlt; natürlich mithilfe derer, die es schon geschafft haben.

Die dramatische Spaltung – hier ein behütetes, bundesrepublikanisches Kind, dort Teil eines bedrohten Volkes – ist in Othmanns erstem Roman auf reale Orte bezogen. Die Schülerin aus Bayern reist in den Sommern in das Dorf ihrer Großmutter im syrisch-türkischen Grenzgebiet. Spielt mit den Cousins im staubigen Gelände, lauscht den Hochzeitsträumen der Cousine, gießt mit der Großmutter die Tomaten im Garten, die Zucchini und Auberginen.

Aus den Erzählungen des Vaters weiß sie: In Richtung Türkei liegt ein inzwischen geräumtes Minenfeld, im Dorf konnte man die Explosionen hören, wenn die Händler, durch die Gesetze zu Schmugglern gemacht, fehltraten. Aus den Erzählungen



Jesidische Flüchtlinge im Irak 2014
»Sie alle lebten mittlerweile in Deutschland«



Charlotta Sattler / DER SPIEGEL

Schriftstellerin Othmann: »Krass privilegiert«

der Familie weiß sie: Irgendwo hier im blühenden Garten liegen auch Bücher begraben. Die Großmutter hat mit der Schaufel eine Grube ausgehoben, als die Polizei Leylas Vater abgeholt hatte. Für sie waren in diesem Moment alle Bücher gleich: eine Bedrohung. Und als ihrem Sohn die Flucht nach Deutschland gelungen war, gab es für sie, die niemals lesen lernte, erst recht keinen Grund, sie wieder auszugraben.

Der Tod der Großmutter im Exil ist eine besonders tragische, besonders berührende Episode in »Die Sommer«. Als Mädchen musste sie zusehen, wie ihr Vater von muslimischen Fanatikern erstochen wurde;

sie überstand Vertreibung, Umsiedlung und Pogrome – und wurde zum Zentrum der Familie. Eine schweigsame, religiöse alte Frau, in deren Nähe Kinder, Tiere und Erwachsene zur Ruhe kamen und von deren Garten viele Menschen lebten. Niemand weiß, wie alt sie ist, als sie umnachtet stirbt, in Sicherheit, in Freiheit, umgeben von ihren Nächsten – aber des Ortes beraubt, an dem sie viele Jahrzehnte lebte. An dem sie kochte und nähte, pflanzte und erntete, flickte und reparierte, höflich die Hühner aus dem Haus vertrieb, an dem sie Kinder hegte und Kranke pflegte. An dem jedes Ding in ihrer Umgebung, als

wär's ein Dorfroman von Martin Heidegger, eine gelebte Bedeutung hatte.

In Deutschland, bei ihrem Sohn, machte man den Fernseher aus, wenn er Berichte über die Massaker in ihrer Heimat brachte. Aber die Greisin ließ sich nicht täuschen und kann sich nicht beruhigen. Nicht in ihrem Haus zu sein bedeutete Gefahr. »Sie wusste, dass man sein Dorf immer dann verließ, wenn sie kamen, um einen zu töten.«

Es sind diese Härten, die Leyla von ihren Freundinnen trennen. Die ohnehin nicht leicht verstehen, wer da mit ihnen Mathe lernt, sich die Nägel lackiert, auf den Partys mit Alkohol experimentiert: Ihr Deutsch ist so einwandfrei wie ihr Pass, aber ihr kommt, je älter sie wird, die Leichtigkeit abhanden. Sich mit der einen Heimat zu verbinden, bedeutet die Entfremdung von der jeweils anderen.

Der Kühllaster in Österreich, abgestellt in einer Pannenbucht, in dessen Laderaum im August 2015 mehr als 70 Flüchtlinge erstickten, ist für ihre Schulkameraden eine Nachricht, für ihre Familie eine Tragödie. Nicht nur weil der Freund eines Bekannten darin starb. Sondern auch weil es einer von ihren Freunden und Verwandten hätte sein können.

»Traumatisierung« lautet die entsprechende Vokabel: Die Folge von Erfahrungen, die das Fassungsvermögen der Psyche übersteigen. »Integration« heißt das freundliche Gegenteil: Statt der Abspaltung des Unfasslichen in psychosomatische Symptome, in Albträume oder Tics, geht das Bewusstsein mit dem Schrecklichen um. Spricht, handelt oder schreibt. Ronya Othmann hat sich für alle drei Möglichkeiten entschieden.

In ihrem Nachbarhaus lebt eine jesidische Familie. Othmann hat es geahnt, als sie die Neuankömmlinge sah, den Mann mit dieser speziellen Barttracht, die Frau mit typischem Schmuck: Auch sie könnten Verwandte sein. Die Kinder kommen zum Fußballspielen in den Hof ihrer WG, die Frau möchte lesen und schreiben bei ihr lernen.

Im kommenden Jahr will Othmann ihren Abschluss machen am Leipziger Literaturinstitut, mit ihrem zweiten Roman. Die Ungleichzeitigkeit, das schwer Vermittelbare zwischen der behäbigen deutschen Lebenswelt und der Not Vertriebener, wird sie vermutlich lebenslang beschäftigen. Die Frauen in den jesidischen Dörfern, so fasst sie es zusammen, haben in der Regel nur zwei Optionen: Heirat oder Krieg, Mutter oder Amazone. »Viele Familien sind natürlich dagegen, dass ihre Töchter kämpfen gehen. Aber manche tun das auch, um traditionellen Strukturen zu entfliehen.« Ihre krass privilegierte Zone gewährt eine dritte Möglichkeit.

Elke Schmitter

Rocker in Rage

Veteranen Wie schon vor 50 Jahren steht Ian Gillan mit Deep Purple an der Spitze der Charts – und beklagt doch die Gegenwart: weil ihn politische Korrektheit und Antirassismusproteste irritieren.

Es gibt Nischen, aus denen sich die Vergangenheit einfach nicht vertreiben lässt. Nicht von kulturellen Umbrüchen, nicht von ökonomischen Umwälzungen.

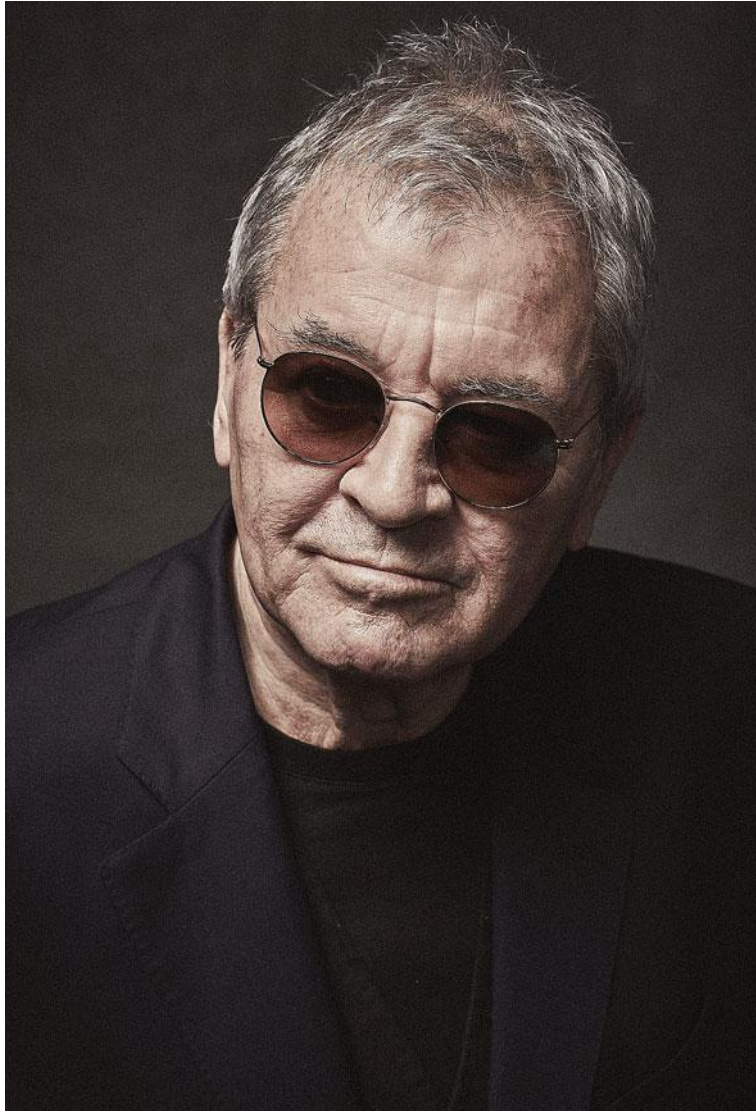
1970 war es selbstverständlich, in einer deutschen Innenstadt einen Plattenladen zu betreten und dort eine neue LP wie »Deep Purple in Rock« auf Vinyl zu erwerben. Auch 2020 gibt es noch Seitengassen, in denen Plattenläden tapfer Amazon und Spotify trotzen. Man kann sie betreten und dort die neue Platte von Deep Purple kaufen. Und die steht jetzt, wie schon 1970, auf Platz eins der deutschen Album-Charts. Wie selbstverständlich.

Damals befand sich »Deep Purple in Rock« in Gesellschaft von Simon & Garfunkel (»Bridge Over Troubled Water«), den Beatles (»Abbey Road«) oder James Last (»Non Stop Dancing«). Heute steht »Whoosh!«, das neue Album von Deep Purple, in Konkurrenz mit Künstlern wie Apache 207, KitschKrieg oder Taylor Swift.

Damals war Ian Gillan, Sänger und Texter von Deep Purple, 25 Jahre alt. Heute ist er weit jenseits der Rente. Am 19. August feierte er seinen 75. Geburtstag.

»Whoosh!«, erklärt Gillan, bezeichne das Geräusch, das die Dinge beim Vergehen machen. Die lange Karriere der Gruppe, die Menschheit, der Planet. Das Cover zeigt einen Astronauten, der sich in kleinste Teilchen auflöst und verweht, wie die Ära der athletischen britischen Rockmusik schon lange verweht ist. Von der Dreifaltigkeit ihrer Begründer, zu denen auch Led Zeppelin und Black Sabbath zählen, sind nur noch Deep Purple übrig.

Am Telefon in seinem Haus an der Algarve quittiert Gillan den Erfolg von



Sänger Gillan: »Brief von Julius Cäsar«

Studioalbum Nummer 21 mit einem trockenen Lachen. Mit Platten werde schon lange kein Geld mehr verdient, nur noch mit Konzerten. Lachen kann er auch über den Hinweis, »Whoosh!« sei Musik von alten weißen Männern für alte weiße Männer.

Er selbst könne sich noch gut an einen alten weißen Mann erinnern, seinen Onkel Albert, selbst ein hervorragender Jazzpianist: »Er wollte unbedingt unser erstes Album hören, und ich wollte unbedingt sein Lob und seine Zustimmung. Ich legte die Platte auf – aber schon nach wenigen Sekunden rannte er schreiend aus dem

Raum. Und ich fand eigentlich gut, dass er es nicht mochte. Ich war jung, unsterblich und wusste alles besser. Das ist, wie ich später merkte, der adoleszente Vandalismus der Jugend. Er schafft Raum für Neues.«

Und neu waren Deep Purple durchaus. Nahmen sie zu Beginn noch Anleihen bei den Komponisten Rimski-Korsakow, Tschaikowski und Beethoven, warfen sie mit dem Einstieg von Ian Gillan als Sänger alle klassizistischen Ambitionen über Bord. Mit Songs wie »Speed King« oder »Hard Lovin' Man« kam eine ungehörte Härte in den Pop, die »Deep Purple in Rock« zu einem Meilenstein – oder doch Vorläufer – des Metal machte.

Die Ballade »Child in Time« kann es bis heute mit »Stairway to Heaven« von Led Zeppelin aufnehmen und zeigt das enorme stimmliche Spektrum, das der junge Gillan abdecken konnte – bis hin zu seinem stilbildenden Schrei im Refrain.

Was von ganzen Generationen als Urschrei und Ausdruck leidenschaftlicher Emphase empfunden wurde, war laut Gillan aber gar kein Schrei: »Ich

habe das gemacht, weil ich es konnte. In einer früheren Band hatte ich entdeckt, dass ich so hoch singen konnte wie unsere Sängerin. Das habe ich dann bei Deep Purple benutzt. Im klassischen Gesang nennt man das Passaggio, einen bruchlosen Registerwechsel von der Bruststimme zur Kopfstimme.«

Es war dieses Talent, das ihn sogar zum Messias machte. Andrew Lloyd Webber und Tim Rice engagierten den jungen Rockstar, auf der Originalaufnahme des Rockmusicals »Jesus Christ Superstar« zu singen. Gillan sollte 1973 auch in der Verfilmung die Hauptrolle spielen – aber

da war sein Marktwert schon zu hoch. Nach Hits wie »Highway Star« und dem ewigen »Smoke on the Water« bewegte er sich auf dem Niveau von legendären Kollegen wie Ozzy Osbourne oder Robert Plant. »Das war nie meine Absicht«, sagt er heute am Telefon: »Ich hatte nie Ambitionen, erkannt zu werden oder berühmt zu sein. Ich habe mich einfach nur grinsend von Tag zu Tag treiben lassen.«

Deep Purple trieben bald von Querele zu Querele, von einem Besetzungswechsel zum nächsten und 1976 in die vorübergehende Auflösung. Da war Gillan im Streit mit dem Gitarristen Ritchie Blackmore längst ausgeschieden und verfolgte Soloprojekte – als Musiker wie als Manager einer kurzlebigen Motorradmanufaktur. »Ich stand nie im Schatten der Gruppe«, sagt er über diese Zeit, »ich habe immer in ihrem Sonnenlicht gebadet.« Wenn es ihm schlecht ging, schaute er MTV – ohne Ton. Dann hatte er wieder etwas zu lachen.

Erst seit 1992 ist er endgültig wieder bei Deep Purple und seitdem dabei geblieben. Und seit den Neunzigerjahren ist er mit seiner Stimme wirklich zufrieden: »Als ich 50 wurde, hat es plötzlich klick gemacht. Sie musste erst altern.«

Das Altern beschäftigt ihn. Und es verwirrt ihn. Weniger das eigene Altern, vielmehr die »exponentielle Beschleunigung« der Zeitläufe. Aufgewachsen ist Gillan in Hounslow bei London in einfachen Verhältnissen. Das Viertel seiner Kindheit und Jugend, sagt er, sei inzwischen komplett vom Flughafen Heathrow verschluckt worden, von seinen Terminals und Zubringern.

Bei seiner Geburt habe es eine Weltbevölkerung von knapp zweieinhalb Milliarden Menschen gegeben. Nur 75 Jahre später, rechnet er vor, habe sich die Population mehr als verdreifacht. In diesem Wachstum sieht er die Ursache für die meisten Probleme auf der Welt: »Wir stehen uns gegenseitig auf den Zehen«, sagt er: »Früher waren alte Menschen keine Gefahr für Jüngere. Sie hockten einfach herum und waren alt.«

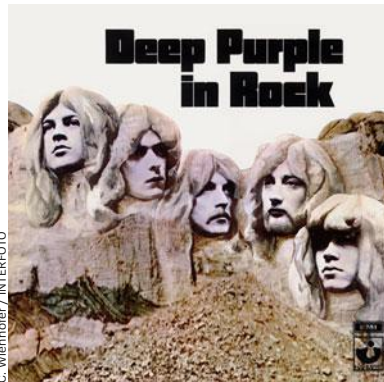
Heute, meint er, sei das anders und »alles aggressiver« geworden. An die Stelle von Tugenden wie Freundlichkeit, Höflichkeit und gegenseitigem Respekt sei die politische Korrektheit getreten: »Eine schweigende Mehrheit wird mit Angst reguliert. Das kritische Denken und das freie Sprechen werden auf diese Weise allmählich ausgeschaltet. Was mich betrifft, so singe ich umso lauter, je mehr ich zum Schweigen gebracht werden soll.«

Gillan meint das ernst und kann sich über dieses Thema mühelos in Rage reden. Zwar könne er den Ärger und die Ziele der »Black Lives Matter«-Bewegung nachvollziehen. Dennoch fehle ihm die Per-



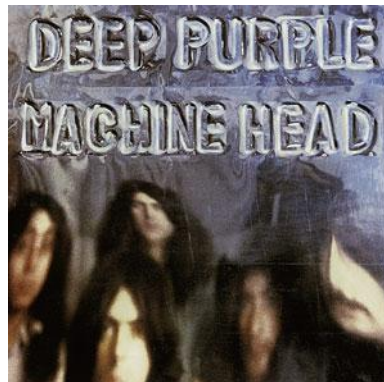
c. Wienthöfer / INTERFOTO

1



c. Wienthöfer / INTERFOTO

2



3



4

Albencover: 1 »Deep Purple«, 1969 2 »Deep Purple in Rock«, 1970 3 »Machine Head«, 1972 4 »Whoosh!«, 2020

Allen Moden getrotzt

spektive, und eine Entschuldigung für Rassismus sei Unsinn: »Wie weit gehen wir zurück? 100 Jahre? 1000 Jahre? Ich höre, da gibt es keine Limits. Das ist gut, denn heute Morgen hatte ich in der Post einen Brief von Julius Cäsar, der sich bei mir für die Versklavung der Britonen vor über 2000 Jahren entschuldigt.«

Institutionellen Rassismus habe es auch in den »freundlichen und toleranten Demokratien« des Westens schon vor 40 Jahren gegeben. Gesellschaften sollten feiern, »wie weit wir seitdem gekommen sind«, statt Statuen von Kolonialisten zu stürzen: »Wir mochten nicht, was passiert ist, also ist es nie passiert? Sorry, das ist idiotisch. Besser wäre es, die Statuen aufzupolieren!«

Eine Statue ist in gewisser Weise auch »Whoosh!«. Die Musik ist auf harmlose Weise egal, aber überraschend gelenkig für eine Gruppe, deren jüngstes Mitglied 66 Jahre alt ist. So solide, wie etwas sein muss, das seit Jahrzehnten allen Moden trotzt. Metall und Muskeln. Boogie und Shuffle, Blues und Rock. Orgel und Gitarre liefern sich Duelle.

Und Gillan tut, was er immer getan hat. Er füllt den Korridor, den ihm die Instrumente lassen, mit stimmlicher Präsenz und Texten über Dinge, die ihn persönlich beschäftigen. In »No Need to Shout« singt er davon, dass er gern seine Ruhe hätte: »I'm hearing what you say, just shut your mouth and go away.«

Vorwürfe gegen eine ganze Generation – seine Generation – von Idolen hat Gillan schon gehört, bevor es die #MeToo-Debatte überhaupt gab. Eine Szene ist ihm besonders in Erinnerung geblieben, auf dem Sunset Strip von Los Angeles in den frühen Siebzigerjahren: »Ich hielt gerade die Tür eines Plattenladens auf, als eine Frau sich über die Schwelle drängte, mir ins Gesicht spuckte und mich ein chauvinistisches Schwein nannte.«

Als Opfer habe er sich nie gefühlt, als Täter aber auch nicht. Im Gegenteil. Die Roadies von Deep Purple hätten einen »fantastischen Job« gemacht beim Abwehren all der Groupies, vor allem in den USA, die vor und nach den Konzerten in die Backstageräume oder den Bandbus drängten: »Ich habe Dinge gesehen, da möchte ich lieber nicht ins Detail gehen!«

In seiner Welt sei noch nie, »wirklich nie, jemand maßlos« beleidigt oder diskriminiert worden: »Und wenn schon? Die Welt ist nicht perfekt. Du schüttelst es ab und machst weiter!«, wie selbstverständlich.

Nischen gibt es, aus denen sich die Vergangenheit einfach nicht vertreiben lässt. Sie werden aber zusehends kleiner und kleiner. Und eines Tages, whoosh!, sind sie weg. Arno Frank

Der eigentliche Superheld

Filmkritik Mit dem fulminanten Agententhriller »Tenet« gelingt Regisseur Christopher Nolan die Wiederbelebung des Kinos.

Kinostart: 26. August

Natürlich muss es in einem Film, der das Kino nach fast halbjährigem Koma ins Leben zurückholen soll, um alles gehen, um die menschliche Zivilisation. In Christopher Nolans Actionepos »Tenet« muss eine Katastrophe abgewendet werden, schlimmer als der nukleare Holocaust – so heißt es in einem Dialog. Das kann man wohl sagen. Die Kunstform Kino steht auf dem Spiel.

Der britische Regisseur Nolan gilt als Reanimationsexperte, seit er die am Boden liegende Batman-Reihe in eine von Hollywoods erfolgreichsten Superheldenserien verwandelte. Mit »Tenet« erfüllt er sich einen lang gehegten Traum. Schon



Melinda Sue Gordon / 2020 Warner Bros.

Hauptdarsteller Washington: Weltenretten bedeutet Schwerstarbeit

lange ist er ein Fan der James-Bond-Filme, drehen konnte er bisher allerdings noch keinen. »Tenet« ist also eine Art Übersprunghandlung. Das Ergebnis: großartiges Kino.

Gleich am Anfang zeigt Nolan ein dicht gefülltes Opernhaus, das von einem Terrorkommando überfallen wird. Doch ein paar tapfere Kämpfer, darunter der nur »Protagonist« genannte und von John David Washington gespielte Held des Films, können mit knapper Not verhindern, dass es in die Luft fliegt.

Bald erfährt der Held, der für eine Geheimorganisation arbeitet, dass er noch etwas mehr retten muss, die Welt nämlich. Wie genau die Bedrohung aussieht, ist unklar. Aber alles hängt mit einem russischen Oligarchen (Kenneth Branagh) zusammen und mit einem Verfahren, das »Inversion« genannt wird. Damit kann man die Richtung, mit der sich Materie durch den Raum bewegt, umkehren. Eine abgefeuerte Kugel fliegt dann in die Waffe zurück.

Ist das so schlimm? Klingt doch eher so, als könnte man auf diese Weise viele Todesfälle verhindern. Aber so einfach ist es nicht, schon gar nicht in der Welt von Nolan. Der Re-

gisseur ist mit 50 Jahren Hollywoods hochbegabtes, nein, höchstbegabtes Spielkind, das sich extrem komplizierte Plots ausdenkt, um Bilder auf die Leinwand zu wuchten, die man so noch nie gesehen hat.

Bereits in seinem Thriller »Inception« (2010) faltete er die Stadt Paris wie einen Karton zusammen, Straßen und Häuser erhoben sich vor den Helden senkrecht in die Höhe. Bei »Tenet« stellte er sich unter anderem die Frage: Wie würde eine Verfolgungsjagd aussehen, bei der das eine Auto mit Höchstgeschwindigkeit vorwärtsfährt, das andere aber rückwärts?

Dieser Pioniergeist, mit dem Nolan das Kino erkundet wie einen unentdeckten Kontinent, macht »Tenet« zum perfekten Film für diese Zeit. Es ist einfach packend, eine Schlacht zu verfolgen, bei der die Truppen nicht nur aus verschiedenen Himmelsrichtungen angreifen, sondern auch auf verschiedenen Zeitachsen. Ihr glaubt, das Kino sei am Ende? Dann schaut mal her! Das ist Nolans Ansage.

Schon in der Frühzeit der Kinematografie gab es auf der einen Seite dokumentarische Filme, die ihr Publikum bereits über einen einfahrenden Zug staunen ließen. Und auf der anderen Seite fantastische Fiktionen, die ihre Zuschauer auf Reisen zum Mond mitnahmen. Nolan vereint diese beiden Richtungen.

Weil er auch schwierige Szenen real dreht, statt auf Computeranimationen zu vertrauen, haben seine Actionszenen oft eine physische Wucht. Wenn sich in einem Nolan-Film ein Lkw überschlägt, dann ist es ein echter. Für »Tenet« hat sich der Regisseur sogar eine ausgemasterte Boeing 747 besorgt, um sie in einer spektakulären Sequenz in Schrott zu verwandeln.

Nolan hat den Ehrgeiz, sein Publikum in eine andere Welt zu katapultieren und den Menschen dennoch das Gefühl zu geben, auf dem Boden der Tatsachen zu stehen. Er will seine Zuschauer nicht bloß unterhalten, er setzt alles daran, ihnen eine Erfahrung zu verschaffen, die so nur im Kino möglich ist. Diese Kraftanstrengung führt dazu, dass es »Tenet« bisweilen an Leichtigkeit mangelt.

Das Weltenretten, das 007 oft mit einem Fingerschnipsen erledigt, bedeutet bei Nolan Schwerstarbeit. Nur ab und zu wird der »Protagonist« für seine Heldentaten belohnt und darf im Schnellboot durch die malerische Bucht von Amalfi sausen, natürlich mit einer schönen Frau an Bord.

Der Regisseur nimmt die Dramaturgie und auch die Klischees der Bond-Filme in »Tenet« ernst. Aber er benutzt sie, um daraus einen Nolan-Film zu machen. Das ist seine Art von Inversion. Er will allen zeigen, wer der eigentliche Superheld ist, der Erlöser, zumindest der des Kinos, der jetzt so dringend gebraucht wird.

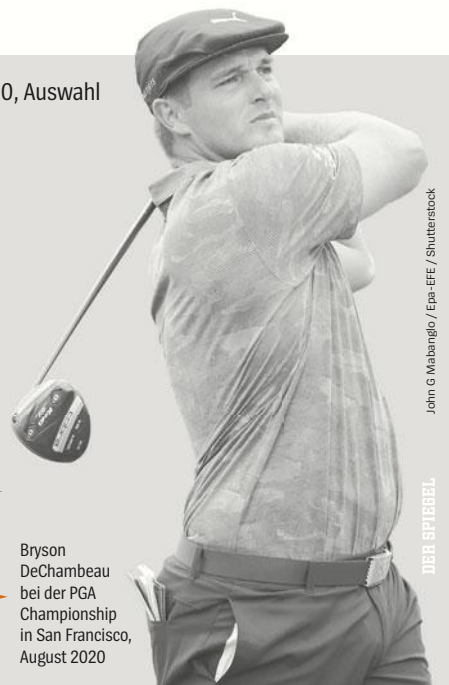
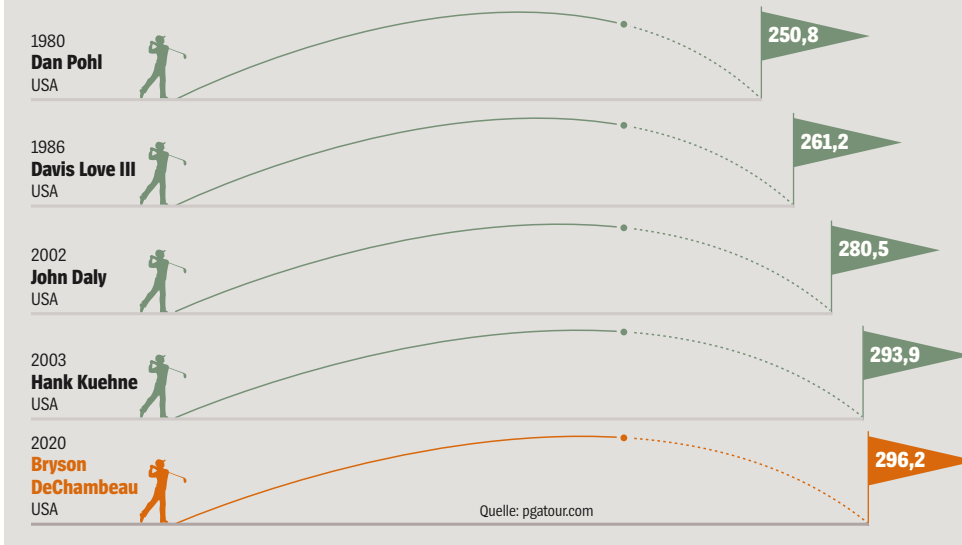
Während seit Jahren darüber diskutiert wird, ob 007 auf immer und ewig weiß und männlich bleiben wird, besetzte Nolan für die Hauptrolle den afroamerikanischen Schauspieler John David Washington, Sohn des Hollywoodstars Denzel Washington.

In einer Szene steht der Held einer blonden weißen Frau (gespielt von Elizabeth Debicki) gegenüber, die ihn um einen halben Kopf überragt. Doch statt den Größenunterschied zu kaschieren, wie es in Hollywood bei eher klein geratenen Stars wie Humphrey Bogart oder Tom Cruise jahrzehntelang üblich war, stellt Nolan ihn eher noch heraus.

Dann lässt er seinen Superagenten auf die Frau zugehen und sie küssen. Der Zuschauer hat das Gefühl, dass er sich dafür auf die Zehenspitzen stellen muss. So cool hat ein überlebensgroßer Held auf der Leinwand selten gewirkt.

Lars-Olav Beier

Durchschnittliche Abschlagweiten beim Golf in Metern, Rekordhalter bei der PGA-Tour seit 1980, Auswahl



Bryson DeChambeau bei der PGA Championship in San Francisco, August 2020

John G Mabangle / Epa-EFE / Shutterstock

DER SPIEGEL

Bryson DeChambeau, 26, könnte Golf zu einer Art Kraftsport machen. Der US-Amerikaner legte in den letzten zehn Monaten 18 Kilogramm zu. Er nutzte die Wettkampfpausen um den Jahreswechsel und wegen Corona, um Muskeln aufzubauen. DeChambeau wiegt nun knapp 110 Kilo, schlägt den Ball beim Abschlag regelmäßig mehr als 350 Meter weit und übertrifft mit seiner durchschnittlichen Weite von 296,2 Metern die 17 Jahre alte Bestmarke auf der Profitour.

Gut zu wissen

Warum können immer weniger Kinder schwimmen?

● Lange Hitzeperioden haben erfahrungsgemäß zur Folge, dass sehr viele Menschen ertrinken. Nach Angaben der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) sind in den ersten sieben Monaten dieses Jahres mindestens 192 Menschen in deutschen Gewässern bei Unfällen ums Leben gekommen. Das sind zwar 63 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, aber in der Statistik fehlen noch die Bade-toten des heißen Monats August.

Eine der wesentlichen Ursachen für die stabil hohen Zahlen von Ertrunkenen in den vergangenen Jahren ist die Tatsache, dass immer weniger Kinder richtig schwimmen können.

Nur rund 40 Prozent aller Zehnjährigen gelten laut DLRG als sichere Schwimmer, Ende der Achtzigerjahre waren es in Westdeutschland mehr als 90 Prozent. Einen der Gründe für diese Entwicklung sieht die DLRG in der Schließung zahlreicher Schwimmbäder in Deutschland. »Diesen Trend beobachten wir schon lange«,

sagt DLRG-Sprecher Achim Wiese. Pro Jahr würden im Schnitt 80 Bäder geschlossen. »25 Prozent aller Grundschulen haben keinen Zugang mehr zu einem Schwimmbad«, beklagt Wiese. Schwimmunterricht in der Grundschule werde daher immer seltener.

Aber auch im Umgang mit Kindern gebe es Probleme, sagt Alexander Gallitz. »Wir haben beim Schwimmenlernen jahrelang falsche Prioritäten gesetzt«, so

der Präsident des Deutschen Schwimmlehrerverbands. Anstatt Anfängern die Angst vor dem Wasser zu nehmen, habe man ihnen die schwerstmögliche Schwimmtechnik eingetrichtert: Brustschwimmen. Viele würden dadurch die Lust verlieren, sagt Gallitz und fordert: »Man muss individuell auf jedes Kind eingehen.« Manche würden eben gern kraulen, andere lieber rückenschwimmen.

Eine schnelle Lösung des Problems ist nicht in Sicht. Wegen Corona sind etliche Kurse ausgefallen, zahlreiche Kinder können diesen Sommer nicht wie geplant schwimmen lernen.

Die DLRG hat eine Petition im Bundestag eingereicht, um zumindest die Schließung weiterer Schwimmbäder zu stoppen. Bund, Länder und Kommunen sollen an einen Tisch gebracht werden und einen Plan entwickeln, wie man die Bäder erhalten kann. DLRG-Mann Wiese ist optimistisch. »Zumindest die Bereitschaft, dieses Problem anzugehen, ist da.« JOK



Nigel Treblin / ddp media

Die große Leere

Champions League Bayern München begeistert in Lissabon mit seiner Art, Fußball zu spielen. Doch wie lange hält der Zauber, wenn die Zuschauer ihn nur am TV-Bildschirm miterleben dürfen?

Es waren tatsächlich ein paar Fans des FC Bayern München beim Finalturnier der Champions League in Lissabon.

Zum Spiel gegen den FC Barcelona kam ein Dutzend Anhänger an das Stadion im Stadtteil São Domingos de Benfica. »Ich weiß eigentlich gar nicht genau, was wir hier machen«, sagte einer aus der Gruppe.

Wegen der Coronakrise sind bei den Partien in Lissabon keine Zuschauer zugelassen. Die Männer setzten sich auf den Bürgersteig einer Zufahrtsstraße zur Arena, wohl um der Mannschaft so nahe wie möglich zu sein. Das Match, das keine 200 Meter entfernt stattfand, verfolgten sie auf ihren Handys.

Fußball in Corona-Zeiten wirkt auf viele Menschen trist. Und nie war die große Leere bedrückender als beim Champions-League-Showdown in Lissabon. Die besten Teams Europas versammelten sich bei tollem Wetter in einer großartigen Stadt, um den wichtigsten Titel des Klubfußballs auszuspielen. Aber zu einem Fußballfest kam es nicht. Weil eben nicht Zehntausende Anhänger der verschiedenen Klubs in die Metropole geströmt waren. Weil ohne Fans in den Arenen keine Atmosphäre aufkommen konnte.

Die Geisterspiele von Lissabon waren ein Bildschirmevent. Die Bezahlender erzielten mit den Übertragungen gute Quoten.

Aber funktioniert der aseptische Fußball dauerhaft? Oder verliert das Spiel irgendwann seinen Reiz, wenn auf den Rängen niemand sitzt?

Das Finale des FC Bayern gegen Paris Saint-Germain läuft im ZDF. Dessen Sportchef Thomas Fuhrmann meint, ohne das Raunen der Fans komme bei Livespielen die Spannung nicht so gut rüber.

In den Arenen in Lissabon waren nur die Teams, Betreuer, Funktionäre und wenige Journalisten zugelassen. Sie mussten eine Erklärung über den eigenen Gesundheitszustand abgeben und bestätigen, dass man sich der Risiken während der Covid-19-Pandemie bewusst sei. »Epidemiological Acknowledgment Form« heißt

das Dokument. Wer es nicht rechtzeitig ausgefüllt an die Uefa gesendet hatte, wurde abgewiesen. Wer eintreten durfte, bei dem wurde die Körpertemperatur gemessen.

Bei den Partien im riesigen Estádio da Luz in Benfica war es mitunter so still, dass man es hörte, wenn auf der nahen Stadtautobahn ein Wagen beschleunigte. »Es tut einfach nur weh«, sagte Sky-Kommentator Kai Dittmann beim Halbfinale von RB Leipzig gegen Paris Saint-Germain angesichts der menschenleeren Tribünen.

Es gibt Fußballliebhaber, die die klinische Atmosphäre nicht stört. Sie finden es interessant, die Kommandos der Trainer und Spieler zu hören oder wenn Joshua Kimmich den Schiedsrichter anpflaumt: »Hey, come on!«

»Die Profis verzichten auf theatralisches Gehabe und Gesten in Richtung der Tribünen.«

Der Philosoph und Fußballbeobachter Wolfram Eilenberger aus Berlin hat die Partien in Lissabon »mit Vergnügen« verfolgt. Die Qualität der Spiele war hoch. Die Profis spielten, als gäbe es all die widrigen Umstände nicht.

Der »analytische Fan«, der sich für Taktik und die Ballfertigkeit der Akteure interessiert, komme auch bei Geisterpartien auf seine Kosten, findet Eilenberger. Das Spiel sei sogar »reiner«. Denn die Profis würden auf theatralisches Gehabe und Gesten in Richtung der Tribünen verzichten, weil dort ja niemand sitze.



Bayern-Funktionäre im Stadion*
Ohne Fans macht es keinen Spaß

Für Eilenberger sind Geisterspiele eine »Dystopie«, die »an Plausibilität gewinnt«. Im globalen Geschäft mit dem Fußball seien klassische Fans und Ultras verzichtbar geworden, »eine abgehängte Teilgruppe«. Denn der globalen Kundschaft der Großklubs in Indien, China und Singapur sei nicht wichtig, ob eine Arena in München, Manchester, Madrid oder Lissabon leer oder ausverkauft sei, sondern wie viele Stars auf dem Platz stünden.

Der Mangel an Stadionatmosphäre lasse sich außerdem »technisch beheben«, meint Eilenberger. TV-Sender spielen bei den Übertragungen der Geisterspiele das Raunen des Publikums und den Torjubel künstlich ein – ähnlich wie das Lachen in amerikanischen Comedyserien.

Bei den Verantwortlichen der deutschen Klubs mag sich derzeit niemand eine Zukunft in leeren Stadien vorstellen. Ohne Fans mache es »keinen Spaß«, erklärte Karl-Heinz Rummenigge, der Vorstandschef des FC Bayern, vor seiner Abreise nach Lissabon.

Vor Ort war Rummeniggiges Gefühl womöglich schnell verflogen, weil seine Mannschaft groß aufspielte. »Jahrhundert-sieg«, so titelte der Boulevard nach dem 8:2-Triumph des FC Bayern gegen Barcelona. Im Halbfinale wurde Olympique Lyon mit 3:0 Toren besiegt.

Die Kommentatoren schwärmten von dem Elan des Team und den taktischen Vorgaben des Trainers Hansi Flick. Vorigen November hatte der ehemalige Assistent von Bundestrainer Joachim Löw die Mannschaft in desolatem Zustand übernommen. In Lissabon nun attackierten die Münchner ihre Gegner mit einer Wucht und Spielfreude, dass selbst Lionel Messi resignierte.

Die Sachlichkeit Flicks tut dem FC Bayern gut. Die Mannschaft wirkt wie ausgependelt. Zu Hause am Bildschirm dürften auch etliche Fans ihren Frust über den stimmunglosen Fußball schnell vergessen haben. Der von Löw ausgemusterte Weltmeister Thomas Müller erlebt einen zweiten Frühling. Stürmer Robert Lewandowski, der ein Stinkstiefel sein kann, wenn es nicht gut läuft, feuert neuerdings seine Mitspieler an. Kapitän Manuel Neuer lobt die kollektive Gier nach Erfolg.

Und die Zukunft ist gesichert: Der Kader hat eine gute Altersstruktur. Der

* Oliver Kahn, Jan-Christian Dreesen, Dieter Mayer, Walter Menekes, Uli Hoeneß nach dem Halbfinalspiel in Lissabon am vergangenen Mittwoch.



Peter Schatz / POOL / Imago images

Torschütze Lewandowski (2. v. l.), Teamkameraden nach Treffer zum 3:0 gegen Olympique Lyon: Die Mannschaft wirkt wie ausgependelt

Marktwert des Abwehrspielers Alphonso Davies, 19, verdoppelte sich innerhalb weniger Monate auf 60 Millionen Euro. Leroy Sané, 24, der Zugang von Manchester City, wird als Schlüsselspieler in die Mannschaft integriert. Die Nachwuchsakademie des Vereins ist gut gefüllt mit Talenten.

Der FC Bayern wird die Coronakrise besser überstehen als die meisten Konkurrenten. Im schwierigsten Geschäftsjahr der Fußballgeschichte, in dem die Zuschauer-einnahmen weggebrochen sind, gelingt dem Klub womöglich der maximale sportliche Erfolg – und damit auch ein unerwarteter wirtschaftlicher Schub.

Selbst wenn Bayern das Finale gegen Paris am Sonntag verlieren sollte, kassiert der Verein noch mehr als 120 Millionen Euro an Prämien von der Uefa. Gewinnt der Klub den Henkelpott zum sechsten Mal, werden es mindestens 130 Millionen, etwa doppelt so viel, wie der Halbfinalist RB Leipzig überwiesen bekommt.

Den Rivalen in der Bundesliga zieht der FC Bayern somit wirtschaftlich weiter davon. Borussia Dortmund, der ewige Verfolger, verkündete am Montag wegen feh-

lender Ticketeinnahmen ein Bilanzminus von 44 Millionen Euro.

Der BVB absolviert derzeit ein Trainingslager in der Schweiz. Während Bayern um den Titel in der Königsklasse spielte, klickten die Dortmunder in einer Testpartie gegen den österreichischen Erstligisten SCR Altach. Kurios: Bei dieser Partie waren 1250 Zuschauer zugelassen.

Dortmunds Marketing-Geschäftsführer Carsten Cramer kämpft dafür, dass die Politik bei Bundesligaspielen wieder Publikum erlaubt. Er glaubt, dass der Fußball auf dem heimischen Markt an Bedeutung verliert, wenn die Fans weiter ausgesperrt bleiben. »Wir haben großes Verständnis für die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronakrise. Aber perspektivisch wird es für uns natürlich immer schwieriger, wenn wir nicht mit Zuschauern in den Stadien spielen dürfen«, sagt Cramer. Müsste die kommende Saison ohne Zuschauer auskommen, könnten dem Klub Einnahmen von rund 80 Millionen Euro entgehen.

Es zeichnet sich ab, dass die Auswirkungen der Coronakrise die Übermacht der Großklubs zementieren werden. Die In-

vestorenklubs aus England sind wegen der hohen TV-Einnahmen der Premier League nicht auf Ticketeinnahmen angewiesen. Hinter Paris Saint-Germain steckt das Geld der katarischen Herrscherfamilie.

Den weltweiten Marktwert Bayern Münchens haben die Siege in Lissabon weiter gesteigert. »Nur wenn die Chefs in München schwere unternehmerische Fehler machen, könnte der FC Bayern ins Straucheln geraten«, sagt ein hoher Funktionär eines Bundesligakonkurrenten, »aber davon ist wohl nicht auszugehen.«

Die Geldmaschine aus München schnurrt. Bereits vor Beginn des Finalturniers präsentierte der FC Bayern das Trikot für die kommende Champions-League-Spielzeit. »Das rote Rautendesign in handbemalter Optik« greife das Muster der Außenfassade der heimischen Allianz-Arena auf, hieß es in einer Pressemitteilung.

Das Shirt kostet für Kinder knapp 70 Euro, die »Authentic-Version« für Erwachsene sogar 130 Euro. Die Siege von Lissabon werden den Umsatz befeuern.

Danial Montazeri, Gerhard Pfeil

»Eine tolle Leistung, nur leider irre teuer«

SPIEGEL-Gespräch Helmut Marko, Motorsportchef von Red Bull, über die dramatische Dominanz von Mercedes und Reformideen für die Zukunft der Formel 1



Albert Gea / HOCH ZEITUNG / REUTERS

Weltmeister Hamilton auf Mercedes-Siegerwagen am vergangenen Sonntag in Barcelona: »Es ist noch Emotion im Spiel«

Red Bull stieg Mitte der Neunzigerjahre als Sponsor in die Formel 1 ein, für die Saison 2005 kaufte Firmengründer Dietrich Mateschitz auf Anraten von Helmut Marko ein Rennstall: das finanziell angeschlagene Team der britischen Automarke Jaguar. Seitdem ist Marko strategischer Kopf der Motorsportaktivitäten des Getränkeherstellers. Das Wissen des promovierten Juristen über Autorennen umfasst 60 Jahre. »Ich habe eigentlich alles gemacht: Fahrer betreut, Firmen beraten, Rennställe besessen«, sagt der 77-jährige Eigentümer mehrerer Hotels in Graz.

Als Rennfahrer gewann er für Porsche 1971 die 24 Stunden von Le Mans, begleitete den Sarg seines Jugendfreunds, des Formel-1-Idols Jochen Rindt, musste die eigene Karriere 1972 beenden, nachdem bei einem Grand Prix ein Stein sein Visier durchschlugen und er das linke Auge verloren hatte.

SPIEGEL: Herr Marko, Sie waren maßgeblich daran beteiligt, dass Red Bull 2004 ein Formel-1-Team kaufte. Würden Sie einem Unternehmen heute die Rennserie immer noch als Investment empfehlen?

Marko: In den vergangenen zehn Jahren hat kein Team in der Formel 1 Geld verdient.

SPIEGEL: Stattdessen haben Konzerne wie Red Bull oder Mercedes jede Saison mindestens hohe zweistellige Dollarmillionenbeträge zuschießen müssen.

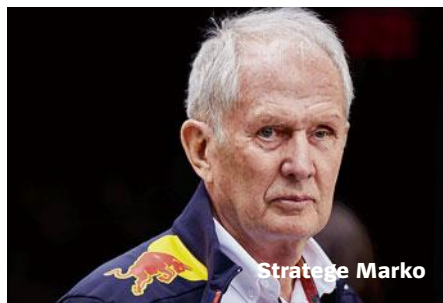
Marko: Genaue Zahlen will ich nicht nennen, aber für Red Bull haben sich die Ausgaben über die Fernseh- und Medienpräsenz dennoch gerechnet. Der Wettbewerb ist um ein Vielfaches höher als unser finanzieller Aufwand fürs Team. Vom Kaufmännischen her ist das also berechtigt, Mercedes und Ferrari sehen das ähnlich.

SPIEGEL: Für den hinterherfahrenden Rest des Teilnehmerfelds gilt das aber nicht.

Marko: Richtig, deshalb ist die Limitierung der Kosten, die wir für die Zeit ab 2021 vereinbart haben, auch überfällig. Wobei 145 Millionen Dollar pro Team meines Erachtens immer noch zu viel sind, zumal die Fahrergehälter nicht eingerechnet werden. Wichtig ist auch, dass die kleineren Teams künftig mehr Geld aus dem Vermarktungstopf bekommen.

SPIEGEL: Dieses Jahr wird Mercedes wohl das siebte Mal in Folge den WM-Titel erringen. Die Formel 1 ist nicht mehr das, was man sich unter einem sportlich attraktiven Unterhaltungsprodukt vorstellt.

Marko: Nein, es fehlt die Ausgeglichenheit. Und damit die Spannung. Mercedes hat seit 2014 von 127 Grand Prix 94 gewonnen. Und wenn Red Bull oder Ferrari mal bei einem Rennen siegen konnten, lag es daran, dass die Strecke dem Mercedes-Motor wegen der Höhenlage nicht behagte



oder etwas anderes nicht passte – in Silverstone waren es zuletzt die Reifen. Wie das Kräfteverhältnis unter normalen Bedingungen aussieht, hatten wir tags zuvor im Qualifying erlebt: Da waren die Mercedes mehr als eine Sekunde schneller als die Konkurrenz.

SPIEGEL: Woher rührt ihre Dominanz?

Marko: 2014 wurden die Hybridtriebwerke eingeführt – die Kombination eines Verbrennungsmotors mit einem Elektroantrieb, der aus der Hitze der Abgasluft und aus Bremsenergie gespeist wird. Und Mercedes hat diese komplizierte Technik von Beginn an besser verstanden als alle anderen. Eine tolle Ingenieursleistung, unglaublich effiziente Motoren, nur leider irre teuer und für einen ausgeglicheneren Wettbewerb kontraproduktiv. Im Rennsport sollte die Technik dafür sorgen, dass mehrere Teams eine Siegchance haben. Derzeit ist das Gegenteil der Fall. Im vergangenen Winter hat das Mercedes-Triebwerk nochmals an die 30 PS dazugewonnen, die das Team vor allem im Qualifying nutzt.

SPIEGEL: Vorige Woche hat der Motorsportweltverband FIA reagiert. Das Verändern des Motormanagements, das für eine begrenzte Zeit mehr Leistung aus dem Triebwerk herausholt, soll jetzt untersagt werden. Weltmeister Hamilton behauptet, dieser »Quali-Modus« werde nur verboten, um Mercedes einzubremsen.

Marko: Die FIA begründet diese Änderung damit, dass man Manipulationen an der Motorelektronik besser kontrollieren kann, wenn nur ein einziger Modus erlaubt ist. Für mich ist diese Entscheidung aber auch aus sportlichen Gründen ein richtiger Schritt. Für die Triebwerkhersteller wird die Chance, zu Mercedes aufzuschließen, wegen der Budgetbeschränkungen immer kleiner. Die heutigen Leistungsunterschiede dürfen nicht auf Jahre hinaus manifestiert werden.

SPIEGEL: Der Verband soll den Wettbewerb beeinflussen und Mercedes dafür bestrafen, dass sein Team so gut ist?

Marko: Der Verband soll für Chancengleichheit sorgen. Wir bei Red Bull kennen das. Als wir von 2010 bis 2013 mit Sebastian Vettel viermal in Folge Weltmeister wurden, sind wir mehrfach eingebremst worden. Es gab Regeländerungen, die nur auf unsere Überlegenheit zielten. Es hat auch funktio-

niert: Die anderen Autos kamen näher heran, wir waren aber immer noch siegfähig.

SPIEGEL: Wenn die FIA die Regeln mitten in der Saison ändert, um die Überlegenheit eines Motors einzudämmen, ist das kein Sport mehr, sondern reine Show.

Marko: Wir dringen zum Kern des Problems vor. Wollen Sie den Wettbewerb von Ingenieuren, angestellt bei Großkonzernen, als Sport bezeichnen? Hamilton ist ein begnadeter Rennfahrer, derzeit der beste in der Formel 1. Aber seine enorme Überlegenheit ergibt sich aus einer stärkeren Motorleistung und dem zusätzlichen Quali-Modus, mit dem sein Auto pro Runde eine halbe Sekunde schneller ist. Wir fahren derzeit keine Fahrer-WM aus, sondern eine Techniker-WM.

SPIEGEL: Aber am Ende gewinnt doch der beste Fahrer.

Marko: Ich versuch's anders. Warum ist bei der Motorradweltmeisterschaft die MotoGP-Klasse beim Publikum derzeit so populär, warum sind die Rennen so spannend? Weil deren Organisatoren ein Reglement geschaffen haben, das die Möglichkeiten der Techniker beschränkt und damit die Bedeutung der Fahrer in den Vordergrund hebt. Da nehmen Hersteller wie Yamaha, Honda, Suzuki, Ducati und KTM teil – und alle können gewinnen. Nicht das technische Produkt sollte herausstechen, sondern der Mensch. Das interessiert die Leute, das fasziniert sie.

SPIEGEL: Jahrelang feierte sich die Formel 1 selbst, weil hier die Spitze der Automobiltechnologie entwickelt wird.

Marko: Und wohin hat das geführt? Zu wahnsinnigen Kosten, zu vielen vorhersehbaren, langweiligen Rennen und einem Starterfeld, das nicht mehr voll ist.

SPIEGEL: Welchen Grund sollten Autohersteller haben, Motorsport zu betreiben, wenn nicht den, ihre technische Kompetenz zu beweisen?

Marko: Von den aktuellen Motoren hat der Kunde gar nichts. Für den Serienbau sind diese Triebwerke untauglich, viel zu komplex. Die technische Vorreiterrolle diente vielen Herstellern jahrelang als Feigenblatt, als Rechtfertigung für ihre Teilnahme an der Formel 1. In Wahrheit gilt das schon lange nicht mehr. Was die Formel 1 kann, ist, technische Innovationen in kürzester Zeit zu entwickeln.

SPIEGEL: Die Autoindustrie setzt neuerdings auf Elektroautos. Sollte die Formel 1 zu einem Unterhaltungssport werden, der unabhängig ist von der technischen Entwicklung im Serienbau?

Marko: Automobilwerke kommen und gehen in der Formel 1, das war immer so. Und mit der E-Mobilität steigt die Gefahr, dass sie aussteigen. Die Werke verkaufen ihre Autos demnächst online, der Händler wird keine Rolle mehr spielen. Da stellt sich die Frage: Was löst die Kaufentschei-

Das Gespräch führte der Redakteur Alfred Weinzierl in Graz.

dung aus? Nur der Preis? Dann hätten wir ausschließlich koreanische Autos auf den Straßen. Es ist also noch Emotion im Spiel, und die könnte der Sport herstellen.

SPIEGEL: Welche Emotion meinen Sie?

Marko: Unser Leben wird immer mehr reglementiert, nehmen Sie nur die Geschwindigkeitsbegrenzungen im Straßenverkehr. Da könnte die Formel 1 ein Spektakel bieten, das Normalautofahrer in ihren Bann zieht. Weil sie feststellen: Was die Fahrer da tun, kann ich nicht, das traue ich mich nicht. In diese psychologische Richtung muss es für den Rennsport gehen.

SPIEGEL: Was müsste die Formel 1 ändern, um die Fahrer in den Mittelpunkt zu rücken? Mehr Ausgeglichenheit unter den Autos wird kaum reichen.

Marko: Wir müssen die Telemetrie deutlich einschränken, also die Datenübertragung vom Auto in die Box. Und den Funkverkehr von der Box zum Piloten abschaffen. Derzeit sind wir in der Lage, nach der ersten Runde unserem Fahrer Max Verstappen zu sagen, dass der Hamilton in Kurve 8 eine Zehntelsekunde schneller ist. Wir haben in unserer Fabrik in England während der Rennen eine Crew von gut 50 Mann sitzen, die von jedem Team alles bis ins Kleinste analysieren. Und diesen Aufwand betreiben fast alle Rennställe.

SPIEGEL: Auf der Strecke fahren also 20 gläserne Autos?

Marko: Dem Fahrer wird fast jede Entscheidung abgenommen. Der Ingenieur sieht zum Beispiel auf dem Schirm, wenn der linke Vorderreifen am Limit ist. Also funkt er: »Ändere deinen Fahrstil so, dass der Reifen um fünf Grad abkühlt.« Mit dieser Steuerung fällt der Faktor Zufall weg.

SPIEGEL: Ohne die Hilfe von außen wären die Rennen weniger vorhersehbar?

Marko: Wir sind in der Formel 1 viel näher dran am autonomen Fahren, als alle Versuche von Google oder den Autowerken bewirken. Alles wird von Ingenieuren bestimmt: wann der Reifen gewechselt werden muss, wie viel Leistung der Motor produzieren darf, ohne zu überhitzen ...

SPIEGEL: ... was der Zuschauer alles nicht sehen kann.

Marko: Und das ist der Unterschied zum alpinen Skisport, etwa auf der Streif in Kitzbühel: Da ist ein wilder Berg, der von einem noch wilderen Skirennläufer in einem Wahnsinnstempo bezwungen wird. Du siehst alles, die Schläge, wenn er quer fährt, wenn er einen Fehler macht, selbst als Laie. Auf die Formel 1 bezogen heißt das: Der Zuschauer will nicht die beste Ingenieurscrew bewundern, sondern den Piloten, der den Rennwagen am besten am Limit fährt.

SPIEGEL: Die Besitzer der Formel 1, der US-Medienkonzern Liberty Media, lenkt die Formel 1 von Jahr zu Jahr mehr ins Bezahlfernsehen. In Deutschland werden die Rennen ab 2021 live nicht mehr auf RTL,

sondern allein beim Paysender Sky zu sehen sein. Was bedeutet das für Red Bull?

Marko: Erfahrungsgemäß sinken die Einschaltquoten nach so einem Wechsel in der ersten Phase drastisch. Allerdings weiß man auch, dass sich das mit der Zeit erholt. Und Sky wird spezielle Pakete schnüren, und ein paar Rennen werden noch frei empfangbar sein; auch Livestreams und TV-on-Demand werden deutlich ausgebaut.

SPIEGEL: Dennoch wird die Formel 1 hierzulande – ohne RTL und womöglich ohne einen deutschen Fahrer – kaum noch die gewohnte Aufmerksamkeit erzielen.

Marko: Das ist vorübergehend zu erwarten. Aber Sky bezahlt angeblich das Vierfache dessen, was RTL zu zahlen bereit war. Das kommt über die Ausschüttung von Liberty Media auch den Teams zugute. Andererseits sind die Vermarktungserlöse nicht der Grund, warum Red Bull mitfährt, sondern das weltweite Zuschauerinteresse.

SPIEGEL: Man hört von den Teams oft die Klage, dass die amerikanischen Besitzer die Formel 1 nicht verstünden. Können Sie den kulturellen Unterschied beschreiben?

Marko: Die Leute von Liberty Media sind sehr geradeaus, teils auch etwas naiv. Sie verstehen das ganze politische Geschehen noch nicht. Etwa dass sie ein Unternehmen gekauft haben, aber nicht alleiniger Herr im Haus sind. Dass sie Kompromisse eingehen müssen, weil die FIA als Verband und zehn Teams mitentscheiden.

SPIEGEL: Und die zehn Rennställe sind sehr heterogen. Mercedes ist ein Autohersteller, Red Bull ein Getränkehersteller, Williams und McLaren fahren Formel 1, weil sie es schon immer gemacht haben. Und Ferrari braucht die Serie, um den Mythos seiner Sportwagen frisch zu halten.

Marko: Also hat jedes Team seine eigenen Prioritäten. Ich kenne keinen Sport, in

dem die Teilnehmer so einen Einfluss haben. Ihr Mitspracherecht ist viel zu groß. Und alle wollen den maximalen Erfolg bei minimaler Preisgabe des eigenen Vorteils. Heraus kommen dann Kompromisse, die nicht gut sind. Dass in der Formel 1 bislang alles einstimmig beschlossen werden muss, ist völlig falsch. Gut, dass wir ab 2021 überwiegend zu Mehrheitsentscheidungen kommen werden.

SPIEGEL: Die Probleme erinnern an die Europäische Union.

Marko: Nur dass wir auch noch die FIA haben, die ein Mitspracherecht besitzt.

SPIEGEL: Derzeit wird wieder über das Ausnutzen von Regellücken gestritten. Dem Rennstall Racing Point wird vorgeworfen, von Mercedes nicht nur die Motoren und einige andere Bauteile gekauft, sondern dessen erfolgreiches Vorjahresauto einfach nachgebaut zu haben. Die FIA hat zwar das Abkupfern bestätigt, dies mit Punktabzug und einer Geldstrafe fürs Team geahndet – das Auto darf aber trotzdem weiterfahren. Ein gerechtes Urteil?

Marko: Die FIA will mal wieder niemandem wehtun. Es ist ein Kompromissurteil, bei dem man sich vor der Frage drückt: Ist das Auto legal oder nicht?

SPIEGEL: Racing Point will den Mercedes auf der Basis von Fotografien nachgebaut haben, was nicht verboten wäre.

Marko: Natürlich benötigt man mehr als Fotos. Bei derartiger Gleichheit braucht es Daten, Zeichnungen von Mercedes. Die FIA muss nun für Klarheit sorgen.

SPIEGEL: Zu Jahresbeginn stand Ferrari am Pranger. Es ging um angebliche Manipulationen am Triebwerk, die zu mehr PS verhalfen. Die Untersuchungen der FIA endeten in einem Vergleich: Ferrari lässt das Tricksen sein, zahlt ein paar Millionen Dollar – und dafür sagt die FIA, es sei kein Betrug nachzuweisen.

Marko: Niemand versteht das. Wenn es kein Vergehen gab, braucht es auch keinen Deal. Fakt ist, dass alle mit Ferrari-Motoren ausgestatteten Autos beim Saisonauftakt in Österreich langsamer waren als im Vorjahr, sie haben zwischen 0,8 und 1,2 Sekunden pro Runde verloren.

SPIEGEL: Warum konnte die FIA mit diesem faulen Kompromiss durchkommen?

Marko: Anfangs verlangten alle Teams Aufklärung. Doch dann kam Corona, der Saisonstart wurde abgesagt, das Thema verschwand in der Versenkung. Wenn Ferrari der zweite Platz in der Konstrukteurs-WM 2019 aberkannt worden wäre, hätte Red Bull als bisher Dritter 20 Millionen Dollar mehr erhalten.

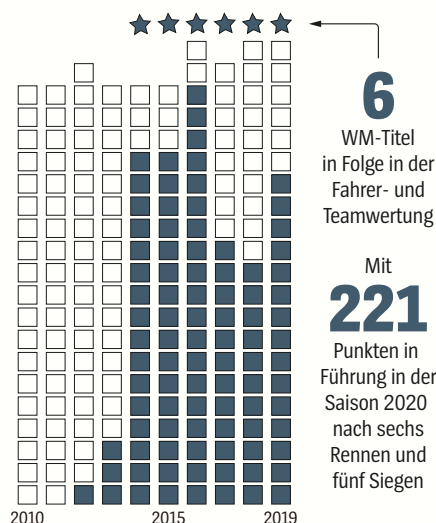
SPIEGEL: Ihre Lehre?

Marko: Es gibt auch Profiteure der Coronakrise.

SPIEGEL: Herr Marko, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Dominator aus Schwaben

Anzahl der ■ Siege des Mercedes-Formel-1-Teams seit dem Debüt 2010 in Grand-Prix-Rennen





WIRTSCHAFT AUS ERSTER HAND

SIEMENS

Wie sich
der neue Chef
Roland Busch
durch-
gebissen hat

9/2020

manager magazin

Jetzt neu
im Handel

FRISS ODER STIRB

Das gnadenlose
Geschäftsmodell
der Essenslieferdienste

+

**KULTUR-
KAMPF**

Die Kluft zwischen
Digitalos
und etablierten
Managern

**WIRECARD-
AFFÄRE**

EY INTERN

Die zahnlosen
Wirtschaftsprüfer

SKANDALREPUBLIK

Manager auf
der Anklagebank

PORTRÄT

Jörg Kukies,
Staatssekretär
im Feuer

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFDIREKTOR Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Barbara Hans, Clemens Hüsgen

BLATTMACHER Thorsten Dörting, Juliane von Mittelstaedt, Oliver Trenkamp

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITOR Susanne Amann, Birger Menke

CREATIVE DIRECTOR Judith Mohr, Nils Küppers (stellv.)

CHEF VOM DIENST *Print:* Anke Jensen, Thomas Schäfer, Jörn Sucher, Gesine Block (stellv.) *Online:* Patricia Dreyer, Anselm Waldemann; Melanie Alheimeyer, Lisa Erdmann, Björn Hengst, Olaf Kanter, Nicolai Kwasiński, Jonas Leppin, Florian Merkel, Dr. Jens Radü (Multimedia), Daniel Raacke, Janko Tietz, Martin Wolf

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Matthias Streitz, Christina Elmer (stellv.); Friederike Freiburg, Bente Kirschtstein, Ole Reifmann, Dr. Susanne Weingarten

SPiegel Jule Lutteroth, Alexander Neubacher; Malte Müller-Michaelis

REPORTER Ulrich Fichtner

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbjuweit

Leitung: Dr. Melanie Amann, Sebastian Fischer, Martin Knobbe, Philipp Wittrock. Wolf Wiedemann-Schmidt (Teamentleitung Innere Sicherheit); *Redaktion:* Nicola Abé, Maik Baumgärtner, Florian Gathmann, Kevin Hagen, Julia Amalia Heyer, Valerie Höhne, Timo Lehmann, Veit Medick, Marius Mestermann, Ann-Katrin Müller, Anna Reimann, Sven Röbel, Lydia Rosenfelder, Jonas Schabbe, Christoph Schult, Christian Tevs, Severin Weiland. *Autoren, Reporter:* Susanne Beyer, Markus Feldenkirchen, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Christiane Hoffmann

Politik Hamburg: Benjamin Schulz (Nachrichtenchef); Milena Hassenkamp, Alwin Schröder

DEUTSCHLAND/PANORAMA *Leitung:* Jörg Diebel, Cordula Meyer, Hendrik TERNIEDEN, Dr. Markus Verhoeve, Simone Salden (stellv.). *Redaktion:* Birte Bredow, Annette Bruns, Lisa Duhm, Katrin Elger, Sarah Heidi Engel, Silke Fokken, Hubert Gude, Kristin Haug, Armin Himmelrath, Charlotte Klein, Annette Langer, Gunther Latsch, Roman Lehberger, Benjamin Maack, Peter Maxwell, Miriam Olbrisch, Alexander Preker, Ansgar Siemens, Andreas Ulrich, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Annette Großbongardt, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Katja Thimm, Alfred Weinzirler, Dr. Klaus Wiegrefe

Berlin: Andreas Wassermann. *Autor:* Stefan Berg

WIRTSCHAFT/NETZWEIT *Leitung:* Markus Brauck, Yasmin El-Sharif, Judith Horchert (Netzweil), Isabell Hülsen, Stefan Kaiser (stellv.). *Redaktion:* Benjamin Biddler, Markus Böhm, Florian Diekmann, Kristina Gniwiek, Simon Hage, Henning Juergens, Alexander Jung, Dr. Matthias Kaufmann, Nik Klawitter, Matthias Kremp (Teamentleitung Netzwerk), Alexander Kühn, Hans Marquart, Martin U. Müller, Anton Rainer, Stefan Schultz, Carolin Wahnaeck, Robin Wille. *Autoren, Reporter:* Michaela Schiefel

Berlin: Christian Reiermann (Teamentleitung); Patrick Beuth, Simon Book, Markus Dettmer, Max Hoppenstedt, Michael Krüger, Conrad Thuesen, Anne Seith, Gerald Traubner. *Autoren, Reporter:* David Böcking, Marcel Rosenbach, Michael Sauga

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohr, Britta Kollenbroich (stellv.), Dr. Dominik Peters (stellv.), Maximilian Popp (stellv.), Christoph Scheuermann (stellv.). *Redaktion:* Fiona Ehlers, Lena Greiner (Teamentleitung Globale Gesellschaft), Kratin Kuntz, Steffen Lüdke, Katharina Graça Peters, Jan Puhl, Dr. Isabella Reichert, Alexandra Rojok, Raniah Salloum, Anna-Sophie Schneider, Maria Stöhr, Christoph Titz, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Susanne Koellb, Dietmar Pieper, Christoph Reuter

WISSEN *Leitung:* Michail Hengstenberg, Olaf Stampf, Kurt Stukenberg (stellv.). *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Susanne Götz, Johann Grolle, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhubbert, Julia Koch, Julia Köppe, Kerstin Kullmann, Julia Merlot, Emil Netzler, Jörg Römer, Hilmar Schmuddi, Nils-Viktor Sorge (Teamentleitung), Frank Thuesen. *Autoren, Reporter:* Jörg Blech, Rafaela von Bredow, Christoph Seidler

KULTUR *Leitung:* Sebastian Hammelehle, Eva Thöne, Laura Backes (stellv.). *Redaktion:* Felix Bayer, Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Christian Buß, Ulrike Knöfel, Carola Padberg, Hannah Pflanzky, Tobias Rapp, Katharina Stiegelmann, Claudia Voigt, Takis Würger. *Autoren, Reporter:* Andreas Borchofte, Dr. Martin Doerry, Lothar Gorris, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weidermann

REPORTER *Leitung:* Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.), Britta Stuff (stellv.). *Redaktion:* Maik Großkathöfer, Barbara Hardinghaus, Timofey Neshitov, Dialika Neufeld, Jonathan Stock. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Marc Hauer, Alexander Osang, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Udo Ludwig, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stellv.). *Redaktion:* Peter Ahrens, Anne Armbricht, Michael Fröhlingsdorf, Jan Göbel, Benjamin Naack, Marcus Krämer, Daniel Montazeri, Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Windmann

MEINUNG UND DEBATTE Lothar Gorris, Stefan Kuzmany

LEBEN *Leitung:* Anke Dürr, Frauke Lüpke-Narberhaus. *Redaktion:* Irene Berres, Antje Blinda (Teamentleitung Reise), Markus Deckerich, Detlef Hacke, Maren Keller, Heike Klover, Nike Laurenz, Dr. Heike Le Per (Teamentleitung Gesundheit), Eva Lehnen, Philipp Löwe, Bettina Musall, Anne Otto, Sandra Schürz, Julia Stanek, Nina Weber. *Autoren:* Enrico Ippolito, Mariame Wellershoff

JOB & KARRIERE (BEREITGESTELLT VON KARRIERE MAGAZIN NEW MEDIA) *Leitung:* Helene Endres. *Redaktion:* Florian Gontek, Marek Hoffmann, Verena Töpfer

GESCHICHTE *Leitung:* Jochen Leffers, Dr. Eva-Maria Schnurr. *Redaktion:* Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Uwe Klüfmann, Dr. Danny Kringel, Joachim Mohr, Frank Patalong, Dr. Johannes Saltzwedel

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel. *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckshebe, Alexandra Klaußner, Marco Wedig

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gertred Alfeis, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Jürgler, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Lünen, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulm, Sandra Waage

PRODUKTION Petra Thormann, Reinhard Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Rebecca von Hoff, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Katrin Zabel

BILDERDAKTION *Leitung:* Claudia Jeczawitz, Mascha Zuder, Mareile Mack (stellv.); Claudia Ick, Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Pinka Gebhardt, Thorsten Gerke, Felix Gienger, Niklas Hausser, Daniel Hofmann, Andrea Huss, Rosa Kaiser, Elisabeth Koll, Petra Konopka, Matthias Krug, Theresa Lettner, Nasser Manouchehri, Parvin Nazemi, Peer Peters, Jens Rensing, Oliver Schmitt, Ireneus Schubial, Erik Seemann, Maxim Sergienko, Martin Trilk, Anke Wellnitz

Mail: foto@spiegel.de

SPiegel Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

LAYOUT *Leitung:* Reinhilde Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhuue, Kristian Heuer, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Jens Kuppi, Annika Loebel, Barbara Rödiger

TITELBILD *Teamentleitung:* Katja Kollmann, Johannes Unselt; Suze Barrett, Iris Kullmann

INFORGRAFIK *Teamentleitung:* Cordelia Baumermann, Ferdinand Kuchlmayr; Roger Bollen, Thomas Hammer, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Michael Walter

INTERACTIVE *Teamentleitung:* Olaf Heuser, Hanz Sayami; Alexander Epp, Guido Griffl, Michael Abke, Kalinowski, Marco Kasang, Chris Kurt, Adia Marquez Gonzalez, Michael Niestedt, Dawoud Ouhadi, Bernhard Rüdeman

DESIGN/UX *Teamentleitung:* Alexander Trempler; Katja Braun, Anna van Hove

KORREKTUR Sebastian Hofer

TEXTPRODUZING *Leitung:* Helke Grusdas, Stefan Schütt (stellv.); Christoph Brüggemeier; Claudia Oscher, Gesche Sager, Holger Uhlig, Valerie Wagner

DATENJOURNALISMUS *Leitung:* Marcel Pauly; Holger Dambeck, Patrick Stotz, Achim Tack

SOCIAL MEDIA UND LESERDIALOG *Leitung:* Anja Kiran, Angela Gruber (stellv.). *Redaktion:* Sarah Angerstein, Kai Bonte (Forum), Veronique Brüggemeier, Dennis Deuermeyer, Fabian Domeyer, Inken Dworak (Projektleitung Snapchat), Ariane Fries (Teamentleitung Community), Eva Horn, Ties Kozok, Petra Maier, Jonathan Miske, Lina Moreno, Christian Neeb, Johanna Röhr, Robert Schlösser, Mara Veigel

SEO *Leitung:* Maximilian Rau. Bastian Midasch, Insa Winter

BENTO *Leitung:* Viktoria Bolmer, Julia Rieke. Franziska Bulban (Teamentleitung), Helene Flachsenberg (Teamentleitung), Katharina Höller (Teamentleitung), Sebastian Maas, Jan Petter, Sophia Schürmer (Teamentleitung), Maximilian Senff, Carolina Torres, Hanna Zobel, Lou Zucker. *Reporter:* Marc Röhlig, *Autor:* Sarah Klöfer, Hoai Phuong Tran Thi

VIDEO *Leitung:* Franke Böger, Anne Martin (stellv.). *Redaktion:* Benjamin Braden, Sven Christian (Leitung Technik), Benjamin Denes (Leitung Formatentwicklung), Birgit Großkathöfer, Janita Hämäläinen, Martin Jäschke, Heike Janssen, Carolin Katschak, Eckhard Klein, Fabian Pieper, Rachelle Poupplier, Charlotte Schönberger, Leonie Voss, Katharina Zingel

CHEF VOM DIENST BEWEGTBILD Bernd Czaya, Dirk Schulze, Martin Stümening

AUDIO *Leitung:* Sandra Sperber, Yasemin Yüksel. *Redaktion:* Lenne Kafka, Matthias Kirsch, Christina Pohl, Sabine Schaper, Sebastian Spaltek

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft, Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

MAGDEBURG Christopher Piltz, Tel. 0391 54428740, christopher.piltz@spiegel.de

MÜNCHEN Anna Clauf, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Flesch, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 45459550

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

ACCRA Anne Backhaus, anne.backhaus@spiegel.de

BANGALORE Laura Höflinger, laura.hoefflinger@spiegel.de

BRÜSSEL Peter Müller (Büroleitung), Markus Becker, Rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, rv_bruessel@spiegel.de

KAPSTADT Fritz Schaap, P.O. Box 15107, Vlaeberg 8018, Cape Town, South Africa, fritz.schaap.extern@spiegel.de

LONDON Jörg Schindler, joerg.schindler@spiegel.de

MEXIKO-STADT Jens Glüsing, Tel. +52 55 56630526

MOSKAU Christian Esch, Christina Hebel, Gieschewski Perelok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61

NEW YORK Peter Oehmke, Marc Pitzke, Samiha Shafy, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10027, Tel. +1 212 2217583, rv.newyork@spiegel.de

PARIS Britta Sandberg, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 58625120

PEKING Georg Fahrion, Bernhard Zand, Tel. +86 10 65323541

ROM Frank Hornig, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522

SAN FRANCISCO Guido Mingles, Tel. +1 212 2217583, rv.newyork@spiegel.de

SYDNEY Anna-Lena Abbott, Johannes Korge, Charlene Optenstein

TEL AVIV P.O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 6803466, Israel

TJUANA Sonja Peteranderl, sonja.peteranderl@spiegel.de

WARSAHU Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON Roland Nelles, Ralf Neukirch, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222

WIEN Walter Mayer, walter.mayer@spiegel.de

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Giorgos Christides, Arno Frank, Jochen-Martin Gutsch, Dr. Claus Hecking, Felix Huft, Juan Moreno, Wiebke Ramm, Anja Rützel, Aleksandar Sarovic, Jurek Skrobal

DOUMENTATION *Leitung:* Cordelia Freiwald, Kurt Jansson; Zahra Akhgär, Dr. Susmita Arp, Eva Bräth, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Almut Gieschinger, Johannes Eltzschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Janine Große, Imko Haan, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Mara Küpper, Peter Lakemeier, Julia Lange, Rainer Lübbecke, Sonja Maab, Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Niesen, Sandra Ofner, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Mirjam Schloßarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Szimán, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wahl, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelband, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPiegel-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

Anzeigen: André Pätzold
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 75 vom 1. Januar 2020
Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.media
Vertrieb: Christoph Hauschild
Herstellung: Silke Kasuba

Druck: Stark Druck, Pforzheim
FSC® FSC® C008208

GESCHAFTSFÜHRUNG Thomas Hass (Vorsitzender), Stefan Ottlitz

INTERNET www.spiegel.de

TWITTER @derspiegel

FACEBOOK facebook.com/derspiegel

Service

Leserbriefe

SPiegel-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966, Mail: leserbriefe@spiegel.de. Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADD

Ombudsstelle

Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilmann Kruse unter hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für Deutschland, Österreich, Schweiz: Mail: syndication@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540, Fax: 040 3007-2966. Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre

sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter www.amazon.de/spiegel innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

Historische Ausgaben

Historische Magazine Bonn www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde

Audioversion: Deutsche Blindenstudienanstalt e. V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise

Inland: 52 Ausgaben € 275,60, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 197,60, Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnentenservice

Persönlich erreichbar Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr
SPiegel-Verlag, Abonnentenservice, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnentenservice, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL

für € 5,30 pro gedruckte Ausgabe
 für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar. Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (katschnd, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

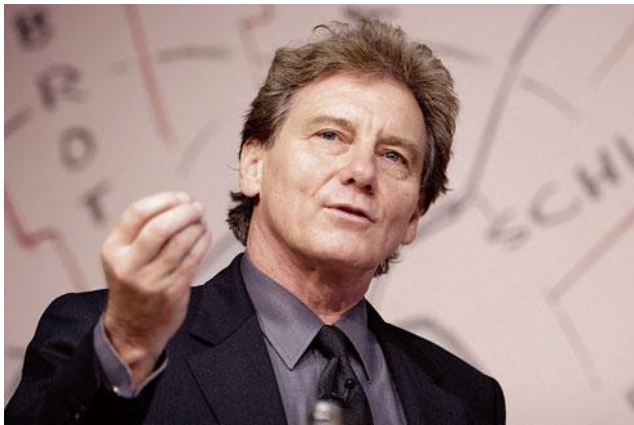
Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)



Nachrufe



Hoffmann / Imago Images

Volker Panzer, 73

Ein Schlaganfall hatte ihm die Sprache verschlagen, aber nicht den Geist. In einem Blogbeitrag vom Juli beschrieb Volker Panzer, wie es ist, plötzlich nicht mehr in der Kneipe sitzen zu können. Und er klagte: »Niemand hat Zeit für einen, der nicht mehr sprechen kann.« Es folgte ein bewegendes Aufruf: »Wo seid Ihr, Freunde? Menschlichkeits-Fanatiker? Gut-Menschen? Kultur-Schaffende? Wo seid Ihr, wenn einer wie ich nun Euch nicht mehr mit großem Mundhandwerk unterhalten kann?« Panzer war, trotz seiner großen Bekanntheit als langjähriger Moderator des ZDF-»Nachtstudios«, kein Fernsehstar, pflegte keine Allüren und versuchte auch nicht, seine Person zur Marke zu machen. Der gebürtige Saarländer prägte auf eine leise Art die bundesdeutsche Kulturlandschaft, setzte dabei auf die Kunst des Gesprächs, auf eine unideologische Art und eine sympathische Neugier. Die Gespräche des »Nachtstudios« waren angenehm sachlich, das Thema stand im Zentrum, und die Zuschauer fühlten sich wie Gäste bei Nachbarn, bei denen viel interessanter Besuch kommt, die aber aus unerfindlichen Gründen künstliches Kaminfeuer im Wohnzimmer haben. Volker Panzer starb am 13. August in Berlin. **NM**



Guido Harari / contrasto / laif

Cesare Romiti, 97

Die Italiener nannten ihn »Cesarone«, den großen Cäsar, und »il duro«, den Harten. In den Siebziger- und Achtzigerjahren hatte Cesare Romiti die Ökonomie des Landes stark geprägt. Als enger Vertrauter des Fiat-Eigners Gianni Agnelli sollte er den angeschlagenen Autohersteller im Zuge der Ölkrise

sanieren. Den Widerstand der kommunistisch beeinflussten Gewerkschaften brach Romiti durch den »Marsch der Vierzigtausend«, eine Demonstration der Mitarbeiter, die nicht mehr streiken wollten. 24 Jahre verbrachte er bei Fiat, 20 davon als Vorstandschef. Der Agnelli-Clan war von seiner Loyalität und seinen Leistungen so begeistert, dass er ihm zum Abschied Ende der Neunzigerjahre Anteile an einer Firmenholding schenkte. Damit wollte Romiti eine eigene Dynastie aufbauen, mit Anteilen an Modefirmen, Bauunternehmen und Zeitungen. Doch der Plan scheiterte, auch am mangelnden Erfolg seiner Söhne, die er als Manager einsetzte. Cesare Romiti starb am 18. August in Mailand. **SH**

Stuart Christie, 74

Mit einem Rucksack voller Sprengstoff lief der 18-jährige Schotte im Jahr 1964 durch Madrid. Die explosive Fracht war bestimmt für ein Attentat auf Franco, den letzten faschistischen Diktator Europas, der sich allerdings noch weitere elf Jahre halten sollte: Stuart Christie wurde vom spanischen Geheimdienst geschnappt und zu 20 Jahren Haft verurteilt. Er nutzte die Zeit für Weiterbildungskurse in Sprachen und Geschichte. Jean-Paul Sartre, aber auch der Philosoph Bertrand Russell setzten sich für Christie ein, der nach drei Jahren entlassen wurde. Der Sohn eines

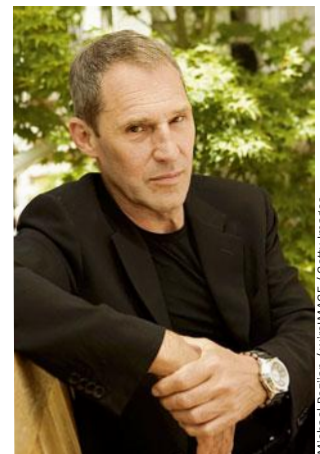


Ted West / Central Press / Hulton / Getty Images

Fischkutterkapitäns und einer Friseurin gründete eine Hilfsorganisation für politische Gefangene und, mit seiner Frau Brenda Earl, den Verlag Cienfuegos Press. 2004 erschien seine überaus spannende und unterhaltsame Autobiografie. »Meine Oma, General Franco und ich« ist eine Reise in eine längst versunkene Welt von religiöser Segregation, von Arbeiterkämpfen und einer politischen Diskussion, in der Hoffnung und Zorn sich die Waage hielten. »Es war der pure Film noir«, heißt es darin über seine erste Begegnung mit der Glasgow Anarchist Group, »nur war alles in Farbe.« Stuart Christie starb am 15. August an den Folgen einer Krebserkrankung. **ES**

Ben Cross, 72

Seinen größten Triumph feierte der britische Schauspieler 1981, als er in dem Sportlerdrama »Die Stunde des Siegers« eine der beiden Hauptrollen übernahm: die des jüdischen Leichtathleten Harold Abrahams, der 1924 bei den Olympischen Spielen in Paris die Goldmedaille im 100-Meter-Sprint gewann. Ben Cross gelang das packende und bewegende Porträt eines Mannes, der nach einem jahrelangen Hindernislauf durch ein schwieriges Leben als Erster über die Ziellinie ging. Der Sohn eines Krankenpflegers und einer Reinigungskraft musste selbst viele Hürden überwinden, die ihm die britische Klassengesellschaft in den Weg stellte. Cross absolvierte eine klassische Bühnenausbildung und war Mitte dreißig, als »Die Stunde des Siegers« mit vier Oscars ausgezeichnet wurde. Dass seine Karriere nach diesem Durchbruch stagnierte, gehört zu den Seltsamkeiten des Filmgeschäfts. Fortan war er ein gefragter und viel beschäftigter Nebendarsteller, doch in Starrollen wurde er kaum noch besetzt. Er wirkte in einigen Fernsehproduktionen mit, darunter »Palast der Winde« (1984) oder »12 Monkeys« (2018), gelegentlich auch in aufwendigen Hollywoodfilmen wie »Star Trek« (2009) oder »Ben Hur« (2010). Ben Cross starb am 18. August in Wien. **LOB**



Michael Bezjian / wireIMAGE / Getty Images

Spielen gegen die Angst

● Die Oscarpreisträgerin **Jennifer Lawrence**, gerade 30 Jahre alt geworden, ist überzeugt, ihre Bestimmung gefunden zu haben: Wenn sie nicht schauspielern könnte, wäre sie »ohne Nutzen für die Gesellschaft, denn das ist das Einzige, was ich kann«, sagte Lawrence dem Onlinemagazin »Style«. Sie liebe ihren Beruf, die Schauspielerei sei sehr wichtig für ihre Entwicklung gewesen. Lawrence hatte Ärger in der Schule und eine Sozialphobie, die sie mithilfe der Schauspielerei überwinden konnte. Inzwischen habe sie sich daran gewöhnt, berühmt zu sein, sie sei nicht mehr ständig überwältigt von dem Glamour, den roten Teppichen, den Kleidern, die sie nicht bezahlen muss. Aber man dürfe sich nicht verbiegen. Ihr treuherziger Rat: »Sich selbst treu zu bleiben, auch wenn man dann mal einen Job nicht bekommt.« Lawrence, bekannt durch »Die Tribute von Panem«, hat allerdings gut reden, sie zählt zu den bestbezahlten Schauspielerinnen. »K



lona Wolff / Camera Press / laif

Vor dem Ruhm

● Die Memoiren der Schauspielerin **Demi Moore**, 57, sind jetzt auf Deutsch erschienen: »Inside Out. Mein Leben«. Schockierend ist der erste Teil des Buchs, in dem sie von ihrer Kindheit erzählt: schwere Vernachlässigung, ständige Schulwechsel und die Alkohol- und Drogensucht beider Eltern prägten ihre frühen Jahre. Als 15-Jährige wurde sie von einem Bekannten ihrer Mutter vergewaltigt; der Mann behauptete, er habe

der Mutter zuvor 500 Dollar bezahlt. Doch es gibt auch eine Episode, die sich von dem bedrückenden Szenario abhebt: Teenager Moore wohnte eine Zeit lang in West Hollywood in derselben Apartmentanlage wie die junge Nastassja Kinski: »Von unserem Balkon aus sah ich oft ein wunderschönes Mädchen am Pool, dessen goldener Teint am Tag zu Tag schöner wurde«, schreibt Moore. »Sie war das hübscheste Wesen, das mir je begegnet war.« Moore und Kinski wurden

Freundinnen, und wegen der deutschen Schauspielerin, die zur Vorbereitung des Roman-Polanski-Films »Tess« in Hollywood war, wollte Moore ebenfalls Schauspielerin werden. Die Amerikanerin half der Deutschen, ihr Englisch zu perfektionieren. Regisseur Polanski hatte den Beginn der Dreharbeiten von »Tess« aufgeschoben, bis Kinski gut genug Englisch sprach. »Für mich ergab das Sinn«, schreibt Moore, »denn soweit ich das beurteilen konnte, war sie perfekt.« CLV

Weine als Weltstars

● Der britische Musiker **Sting**, 68, zieht Konsequenzen aus der Coronakrise – und zwar im Weinbau. Der einstige Sänger der Band The Police betreibt seit 20 Jahren mit seiner Ehefrau Trudie Styler ein Weingut in der Toskana. Der italienischen Zeitung



Britta Petersen / dpa

»Corriere della Sera« sagte Sting jetzt, er glaube, die Pandemie werde ein gesteigertes Qualitätsbewusstsein der Menschen zur Folge haben. Deshalb wolle er seine Weine »zu Weltstars« machen. Er sei »sicher, dass Qualität in allen Bereichen des menschlichen Daseins dominieren wird, ob in den Künsten oder in der Landwirtschaft«. Fortan will er des-

halb mit dem berühmten italienischen Spitzenwinzer und Önologen Riccardo Cotarella zusammenarbeiten. Das Gourmetmagazin »Falstaff« berichtet, Sting suche nach Weinen, »die seine Persönlichkeit widerspiegeln«. Der gibt sich bescheiden: »Wir fühlen uns weiterhin wie Studenten im ersten Jahr der Önologie, die von den Besten lernen dürfen«, sagte er. KS

Schreiben fürs Jenseits

● Er ist der bisher jüngste Autor, der an diesem ungewöhnlichen Kunstprojekt teilnehmen darf: **Ocean Vuong**, 31, vietnamesisch-amerikanischer Dichter, ist eingeladen, einen Text zu schreiben, der erst in 94 Jahren veröffentlicht werden soll – auf Papier, das von 1000 Bäumen stammt, die im Jahr 2014 nahe Oslo gepflanzt wurden. Das Projekt heißt »Future Library«, die Idee dazu stammt von der schottischen Künstlerin Katie Paterson, die die Schriftstellerinnen und Schriftsteller mit auswählt. Außer Vuong sind bisher Margaret Atwood, David Mitchell, Elif Shafak, Han Kang und Karl Ove Knausgård dabei. Insgesamt sollen 100 Texte gesammelt werden, die in einer Osloer Bibliothek unter Verschluss gehalten werden, ohne ge-

lesen worden zu sein – bis sie 2114 dann gedruckt werden. Länge und Genre sind den Autoren völlig freigestellt. Er habe noch nicht mit seinem Text für die Zukunftsbibliothek begonnen, sagte Vuong dem »Guardian«, das liege an der Corona-Pandemie und auch daran, dass ihn die bevorstehende Wahl in den USA zu sehr beschäftige. Die Idee aber, dass die Texte der Zukunftsbibliothek unabhängig von Weltenlauf und Buchmarkt überleben sollen, gefalle ihm: »Sie und ich müssen gestorben sein, um diese Texte zu bekommen. Aufregende Sache, daraufhin zu schreiben. Daran werde ich eine Weile sitzen.« Es wäre interessant, findet er, zu erleben, was die Leser der Zukunft sagen, vielleicht: »O meine Güte, dieser Typ ist dabei?!« KS



Kevin Mazur / Getty Images

Die Weltgrößte

● Sie schauspielert, tanzt, singt, erhält Platinschallplatten en masse, engagiert sich für Tierrechte und ist mit all ihren Aktivitäten in den sozialen Medien omnipräsent, wie es sich für einen modernen Popstar gehört. Denn der Wert eines Künstlers wird ja bekanntlich auch in Klickzahlen gemessen. Für Grammypreisträgerin **Ariana Grande**, 27, hat sich der Aufwand gelohnt, wie der »2020 Influence Index« belegen soll: Sie ist demnach die einflussreichste Person der Welt und dazu die einflussreichste Musikerin. Für die Statistik sind Instagram-,

Twitter-, TikTok- und YouTube-Accounts von mehr als 600 berühmten Leuten durchforstet und deren Follower-Anzahl geprüft worden. Der einflussreichste Sportler in diesem Kosmos ist Cristiano Ronaldo, der einflussreichste Schauspieler Dwayne Johnson. Grande darf sich über fast 330 Millionen Follower auf allen Kanälen freuen. Sie bewirbt auf Instagram nicht nur ihre künstlerischen Produkte, sondern seit Kurzem auch das neue Parfum, das sie verkaufen will: R. E. M., benannt nach einem ihrer Lieblingsongs, wie Grande beteuert. Zufällig ist der Song von einem ihrer Alben. KS



Celeste Sisman / The New York Times / REDUXPICTURES / laif



»Das eigentliche ›Masken-Drama‹ besteht doch darin, dass viele Zeitgenossen die Maskenpflicht nicht ernst nehmen. Sie lassen ihren ›Zinken‹ über den Mund-Nasen-Schutz hinausragen.«

Paul Glass, Fichtenberg-Erlenhof (Baden-Württemberg)

Oft eine Tortur

Nr. 34/2020 Das Masken-Drama – Sie ist nervig, verhasst und trotzdem unsere einzige Hoffnung

Auf dem sehr ansprechenden Titelbild vermisse ich zumindest ein Bild einer Krankenschwester oder eines Arztes. Hier in Österreich gibt es wochenlange Diskussionen, ob die Verkäuferinnen und Verkäufer in den Supermärkten nun 15 Minuten bezahlte Pause zusätzlich bekommen sollen wegen der Masken – vom Krankenhauspersonal spricht niemand mehr. Zuerst wurden wir als Helden beklatscht, aber bis heute haben viele von uns keine Prämie erhalten, die die Politiker so groß angekündigt hatten. Wir arbeiten jeden Tag 12,5 Stunden unter diesen Masken, wir schwitzen wahnsinnig. Vom Applaus können wir uns nichts kaufen, und unsere Gesundheit wird dadurch auch nicht besser.

Simone Allex, Wien

Im Prinzip bin ich für alles, was die Pandemie eindämmen könnte. In der Praxis ist es oft eine Tortur, Maske zu tragen: Beruflich nötige Zugfahrt Berlin–München, Klimaanlage kaputt bei über 30 Grad, ich japse nach Luft. Ich muss am Bankautomaten Geld überweisen, die Maske verursacht Schweißausbrüche, und die Brille beschlägt so, dass ich die Rechnung mit der Kontonummer nicht mehr lesen kann. Da nehme ich mit meinen 64 Jahren und Bluthochdruck die Maske ab, trotz der Schelte mancher Zeitgenossen. Corona: kann demnächst sein. Kreislaufkollaps: steht unmittelbar bevor. Soziale Rücksicht ist wichtig, aber Selbstfürsorge auch.

Dr. Angelika Koller, München

Ich hätte erwartet, dass Sie die Studien zur Wirksamkeit der Masken mal kritisch unter die Lupe nehmen. Meines Wissens wurden diese unter experimentellen Bedingungen durchgeführt: neue, unbenutzte Masken, kurz nach dem Aufsetzen. Die Schutzfunktion ist aber nur gegeben unter strikter Einhaltung der Vorschriften wie: »Eine durchfeuchtete Maske sollte umgehend abgenommen und gegebenenfalls ausgetauscht werden.« Und: »Nach Absetzen der Maske sollten die Hände unter Einhaltung der allgemeinen Hygieneregeln gründlich gewaschen werden.« Wie soll das zum Beispiel im Restaurant gesche-

hen? Wenn ich vom Waschbecken zum Tisch gehe, muss ich die Maske wieder aufsetzen. Hält man sich nicht an diese Vorgaben, sind die Masken ein Pseudoschutz. Manfred Stolz, Sindelfingen (Bad.-Württ.)

Kein Wort zur Effizienz und Problematik der verschiedenen Maskentypen. Kein Wort zu Materialien, Qualitäten und Herstellern, kein Wort zu ergänzenden Maß-



Maskenkuss in Frankfurt am Main

nahmen wie desinfizierenden Mundwasern, Spülungen und so weiter.

Prof. Dr. Jürgen Weyer, Köln

Ja, in Nordrhein-Westfalen gibt es die Maskenpflicht auf dem Schulgelände. Sobald ich aber einen Schritt vom Schulhof auf den Fußweg daneben mache, scheinen die Viren ihr Interesse an meiner Lunge urplötzlich zu verlieren. Hier muss ich mit einem Schulverweis rechnen, wenn ich keine Maske trage, einen halben Meter weiter kann ich Schulter an Schulter mit meiner ganzen Stufe von 120 Leuten ohne Maske reden und lachen, ohne dass es jemanden interessiert. Aber es wird noch besser: Alle acht Jahrgangsstufen an meiner Schule haben, mit Ausnahme weniger Kurse, dieselben Pausenzeiten. Etwa 1400 Schüler. Normalerweise verteilen sich diese 1400 Menschen auf vier Treppenhäuser. Wegen der Krise hat man zielsicher drei Treppenhäuser für den Weg zu den Klassenräumen gesperrt. Man kann sich vorstellen, wie das am Ende jeder Pause aussieht.

Max Hansen, Köln

Die Aussage des SPIEGEL-Untertitels, dass die »nervige« Maske »unsere einzige Hoffnung« sei, ist falsch. Das Masketragen ist nur eine sinnvolle Maßnahme unter vielen, wie Abstand halten, Kontakte reduzieren, Räume lüften, Infektionsketten und -cluster identifizieren. Es gibt also Hoffnung neben der Maske – die zu tragen

ich auch nicht nerviger finde, als sich anzuschneiden oder zu kontrollieren, ob das Bügeleisen auch wirklich ausgestellt ist.

Dr. med. Florian Steiner, Facharzt für Innere Medizin, Ausbilder für RKI und DRK, Tarmstedt (Nieders.)

Die Maskenpflicht sollte stärker kontrolliert und Verstöße sollten mit Bußgeldern sanktioniert werden. Der Eingriff in die persönliche Freiheit ist als milderes Übel gerechtfertigt, um das Recht auf körperliche Unversehrtheit zu gewährleisten.

Andreas Meißner, Dresden

Voll auf die Zwölf

Nr. 33/2020 Kolumne »Der gesunde Menschenverstand«: Prekäres Parlament

Beim Genossen Kühnert geht es nicht darum, ob er einen Hochschulabschluss hat oder nicht. Die Uni ist aber sein einziger Ausbildungsweg – und brähe er eine Freiseurlehre ab, hielte man ihm das auch zu Recht vor. Es sind ja Sozialdemokraten, die immer den Wert einer Ausbildung zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Mindestlöhnen hochhalten. Das gilt wohl aber nicht für das Vorstandsmitglied Kühnert. Es ist diese linke Doppelmoral, die sauer aufstößt.

Reimar Kunkel, Bremen

Meisterhaft, wie Markus Feldenkirchen scheinbar beiläufig Pfeile auf den vorgeblichen Sozialdemokraten und Kühnert-Gegner Sigmar Gabriel verschießt. Der wahre Charakter eines Politikers zeige sich in seinem Verhalten nach dem Ausscheiden aus hohen Ämtern... Voll auf die Zwölf!

Uwe Tünnermann, Lemgo (NRW)

Der Kommentar findet meine volle Zustimmung. »Politiker« kann man an der Uni ebenso wenig lernen wie »Millionär«. Ein Satz allerdings scheint auf ein weitverbreitetes Missverständnis des Wesens der repräsentativen Demokratie hinzuweisen: »Das Parlament möge die Gesellschaft abbilden.« Das ist ein irgendwie quotengesteuertes Wunschdenken. Der Abgeordnete repräsentiert laut Grundgesetz das ganze Volk, legitimiert durch Wahlen. Wenn im Parlament die gesamte Vielfalt des Volkes sitzen soll, kann man sich Wahlen sparen und das Statistische Bundesamt übernimmt die Sitzverteilung.

Lutz Bauermeister, Wilhelmshaven (Nieders.)

Für jede Scheibe Wurst

Nr. 33/2020 Der Soziologe Armin Nassehi erklärt im SPIEGEL-Gespräch die Berechtigung der Proteste gegen die Seuchenpolitik

Armin Nassehi war eine gute Wahl, um über den Sinn seltsamer – mithin also für den SPIEGEL unverständlicher – Kundgebungen profund aufzuklären. Aber wie kann es einem Soziologen nur gelingen, den Begriff des »zivilen Ungehorsams« in seiner Abgrenzung zum grundgesetzlich fixierten Widerstandsrecht so deutlich auszublenzen? Antwort: Die Fragen des Journalisten waren noch seltsamer als der unverstandene Gegenstand selbst.

Ulf Dressler, Lübeck

»Jeder hat das Recht auch auf abwegige Positionen«, sagt Armin Nassehi. Ja, aber auch die Pflicht, andere dadurch nicht zu gefährden. Zu Rechten gehören auch Pflichten, die für eine funktionierende Gemeinschaft und Demokratie grundlegend sind.

Günter Diehm, Donauwörth (Bayern)

Ich musste kürzlich in einem Hotel für jede Scheibe Wurst, die ich mir am Büfett holte, die Maske aufsetzen und meine Hände vorher desinfizieren. Da mutet die auf dem Foto abgebildete Demonstration in



Demonstranten in Berlin

Berlin wie eine Zirkusvorstellung mit einem Käfig voller Narren an. Wenn es doch nur so wäre! Stattdessen sind das Mitbürger, die jede soziale Kompetenz und Intelligenz vermissen lassen. Und viele von ihnen werden das Virus durch ihr asoziales Verhalten weitergetragen haben.

Ursula Thielemann, Hamburg

Eingeschränkte Sicht

Nr. 33/2020 Sollen Jugendliche wählen dürfen? Die CDU-Politiker Ruprecht Polenz und Heike Wermer im SPIEGEL-Streitgespräch

Ich bin mit Herrn Polenz einer Meinung: Das Wahlalter sollte auf 16 Jahre heruntersetzt werden. Dass die 16- und 17-Jährigen lediglich 2,2 Prozent der Wahlberechtigten ausmachen, ist kein Argument. Die Fridays-for-Future-Bewegung finde ich okay, vor allem weil sie die Parteien, besonders die CDU, gezwungen hat, das Thema ernsthafte zu bearbeiten. Das Bil-

dungswesen in Deutschland belegt im Vergleich zu anderen Ländern nur einen mageren Mittelplatz. Und dann der Kohleausstieg! Wie viele Jahrzehnte wird jetzt schon darüber gesprochen? Zu unterstellen, dass ältere Menschen eher als Jugendliche verstehen, was er für viele Familien bedeutet, halte ich für falsch.

Liesel Jungblut, Berlin

Die stellvertretende Junge-Union-Vorsitzende Heike Wermer nennt Fridays for Future eine Ein-Thema-Bewegung. Diese eingeschränkte Sichtweise einer jungen Politikerin ist erschütternd. Wirklich ernsthafter Klimaschutz würde in nahezu jeden Lebensbereich eingreifen. Er ist somit ein Viele-Themen-Projekt.

Klaus Schrage, Nürnberg

Mich wundert, dass der SPIEGEL sich mit Frau Wermers Antwort, dass man »erst mit 18 Jahren das richtige Alter für eine so verantwortungsvolle Entscheidung wie eine Bundestagswahl« erreicht habe, begnügt. Und nicht nachsetzt mit der Frage, ob es alten Menschen nicht selten an Urteilskraft und Einsicht in gegenwärtige und zukünftige Entwicklungen – für »verantwortungsvolle Entscheidungen« essenziell – mangle? Ich bin selbst knapp 77 Jahre alt, weiß also aus meinen Kreisen, wovon ich spreche. Und wenn Frau Wermer die Fridays-for-Future-Bewegung eine »Ein-Thema-Bewegung« nennt, demonstriert sie, dass sie nichts, aber auch gar nichts verstanden hat. Gegenüber den politisch saturierten und ignoranten mittleren Jahrgängen der Jungen Union sind manch Ältere – Herr Polenz ist ja schon 74 Jahre alt – die besseren Sachwalter der Zukunft.

Dr. Stephan Wohanka, Berlin

Korpus, der/die/das

Nr. 33/2020 Dudenkritik: Die neue Ausgabe des Wörterbuchklassikers

Ist es eigentlich peinlich oder doch eher folgerichtig, wenn der Autor mit großer Süffisanz gegen »altdeutsche Sprachpuristen« austeilte, dabei aber übersieht, dass eine linguistische Textsammlung nicht »der«, sondern »das Korpus« heißt?

Martin Elsbroek, Göttingen

»Korpus« ist, wie im Duden verzeichnet, ein Substantiv mit drei Genera, die jeweils Unterschiedliches bedeuten: »Der Korpus« meint die Christusfigur am Kreuz, fachsprachlich auch den massiven Teil von Möbeln und umgangssprachlich den Körper; »die Korpus« ist ein alter Schriftgrad (10 Punkt); »das Korpus« ist neben der Text- und Datensammlung auch der Klangkörper eines Instruments (auch: »der Korpus«).

Prof. Dr. Wilfried Kürschner, Vechta (Nieders.)

Tödliche Gefahr

Nr. 33/2020 Immer wieder klettern Jugendliche auf Güterwaggons und sterben durch Starkstromschläge

Als Junge im zertrümmerten Nachkriegsdeutschland war auch ich sehr abenteuerlustig und habe wegen waghalsiger Kletterpartien einige Verletzungen davongetragen. Verbotsschilder haben mich nicht abgeschreckt, sondern eher neugierig gemacht. Früher wäre auch ich auf Güterwagen geklettert, wenn sie in der Nähe gewesen wären. Die beschriebene Gefahr geht nicht von den Waggons aus, sondern vom Starkstrom. Wie wäre es, wenn der Strom aus den Fahrdrähten der Abstellgleise abgeschaltet würde? Dann wären Warnschilder, Zäune und das Entfernen von Leitern nebensächlich.

Elmar Deutgen, Oberursel (Hessen)



Warnschild der Bahn

»Das Klettern auf Zügen ist ein Jugendkult«: Mit dieser pauschalisierenden Bemerkung werden einzelne leichtsinnige und verantwortungslose Aktionen junger Menschen romantisiert. Es ist Augenwischerei, den Fehler bei den Betreibern der Bahnanlagen zu suchen. Unbefugte Menschen, egal welchen Alters, haben dort aus gutem Grund nichts zu suchen. Das sollte auch jedem rational denkenden Menschen bekannt sein. Schließlich verlangt auch keiner, dass Straßen und Autobahnen verkapselt werden, da sie doch eine so hervorragende Fläche zum Skaten böten.

Jakob Jacobsen, Kiel

Als ehemaliger Baumaschinenführer im Gleisbau war auch für mich der Fahrdrabt der größte Feind. Es ist keine Lösung, mehr Warnschilder aufzustellen. Diese seit ewiger Zeit bekannte tödliche Gefahr für Kinder und Jugendliche liegt in der Verantwortung der Deutschen Bahn. Die Bahn muss in Zusammenarbeit mit den Schulen für mehr Aufklärung von Kindern und Jugendlichen sorgen.

Günther Wagner, Duisburg

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.

Tichanowskaja erkennt keine Niederlande an

Aus den »Westfälischen Nachrichten«

Von Tagesschau.de: »Die USA erheben Abgaben auf deutsche Konfitüren und befreien griechischen Käse und Kekse aus Großbritannien.«

Radfahrer nach Kollision in Klinik geflogen

Aus den »Dürener Nachrichten«

Verhaltenstipps zum Schutz bei Gewittern in der »Mitteldeutschen Zeitung«: »Auch ein geschlossenes Kraftfahrzeug bietet Schutz. Autos und Züge bestehen aus Metall, vorausgesetzt, die Fenster sind geschlossen.«



Aushang in einer Bäckerei in Wanderup (Schl.-Holst.)

20min.ch über die Corona-Lage in Neuseeland: »Hinzu kommt, dass Neuseeland nicht dicht besiedelt ist. Die knapp 5 Millionen Menschen im Land verteilen sich so gut, dass nach Angaben der Weltbank dort nur 18 Menschen auf einem Quadratmeter leben. Zum Vergleich: In Grossbritannien sind es 275 Personen, in Indien sogar 455.«

Nach Tritt in die Wade: Messi wohl bereit für die Bayern

Von Kicker.de

Die »Eßlinger Zeitung« über Opfer von Verkehrsunfällen: »Zudem war zuletzt fast jeder fünfte Schwerverletzte auf zwei Rädern unterwegs.«

Seilbahn hängt doch noch in der Luft

ad/bauer: Wimmer: sparte: Skifahrtfrage ist nicht entschieden, U-B: abel P

Aus dem Bonner »General-Anzeiger«

Zitate

Die »Westdeutsche Allgemeine Zeitung« zur SPIEGEL-Titelgeschichte
»Der König der Spione« (Nr. 11/2020):

Der Top-V-Mann im Umfeld des islamistischen Attentäters Anis Amri hat am Montag vor dem Untersuchungsausschuss des NRW-Landtags ausgesagt ... Der in den Akten als Vertrauensperson »VP-01« geführte Mann war jahrelang ein Top-Informant der Polizei in NRW. Weil gegen ihn Todesdrohungen der islamistischen Szene kursierten, gilt er als stark gefährdet. Er befindet sich in einem Zeugenschutzprogramm. Der frühere V-Mann suchte allerdings selbst die Öffentlichkeit. Mehreren SPIEGEL-Reportern berichtete er ausführlich über sein früheres Doppelleben, woraus das Buch »Undercover – Ein V-Mann packt aus« entstand.

Die »Berliner Morgenpost« zur SPIEGEL-Titelgeschichte
»Auf der Jagd nach Dr. No« über den Skandal um das
Aschheimer Unternehmen Wirecard
(Nr. 30/2020):

Zumindest aber Aschheims Ruf hat Wirecard angekratzt ... Der SPIEGEL attestierte Aschheim, ein »gesichtsloses Kaff« zu sein. Bei den Aschheimern selbst stößt das auf Unverständnis. »Wir sind kein gesichtsloses Kaff. Aschheim gibt es schon so lange, und es wurde gemeinsam viel erreicht – und Wirecard hatte daran nur einen sehr kleinen Anteil«, sagt Clarissa Urban, die mit ihrem Bruder in fünfter Generation das Gasthaus Schäfflerwirt führt. Sie findet, man müsse Wirecard und Aschheim getrennt voneinander betrachten.

Der »Tagesspiegel« über
Harald Schmidts Abschied als Kolumnist
bei SPIEGEL PLUS

Gendern mit AKK, Pilates mit Madonna, Namensspielchen mit seinem Arbeitgeber (Online, Daily, Plus) – viele hatten diese Art selbstreferenziellen Humor zwischen E und U, zwischen Homer, Olaf Scholz und Mario Basler, hinter der Online-Paywall gar nicht mehr mitgekriegt, den Schauspieler Schmidt öfters an Bord des ZDF-«Traumschiffs« gesehen. Die vierminütigen Videoschnipsel deuten an, wozu der 62-jährige Entertainer immer noch in der Lage ist ... Die SPIEGEL-Redaktion hat ihn gefragt: »Ein letztes Interview, vielleicht ein Waldspaziergang?« Nein, er wolle verschwinden wie sein aktuelles Idol Juan Carlos.



Wir sind, was wir essen.

Unsere Ernährung beeinflusst Psyche und Natur. Wie Sie herausfinden, was am besten für Sie ist.

Jetzt im Handel

Jetzt den SPIEGEL testen und Prämie sichern

6× DER SPIEGEL für nur €23,90 + Wunschprämie



27%
sparen
+ Prämie



10€ DriversChoice-Gutschein

Der Tankgutschein ist deutschlandweit bei über 8500 Tankstellen gültig.



10€ Amazon.de Gutschein

Für Bücher, CDs, DVDs, Spiele, Technikartikel und vieles mehr.

Einfach jetzt anfordern:  abo.spiegel.de/6x

oder telefonisch unter 040 3007-2700 (Bitte Aktionsnummer angeben: SP20-026)



Es können Gebühren anfallen. Abhängig von der jeweiligen Bank.

Mein Geld ist kontaktlos schneller. **Ich zahle Visa.**

Zum Zahlen einfach an das Terminal))) halten.
[ichzahlevisa.de](https://www.ichzahlevisa.de)

VISA everywhere
you want to be